C 12611 E

konkret

Konkret: Politik und Kultur

40 JAHRE KONKRET

Morgentee entgegen

Lolita: Neuer Film in alten Säcken

Der National-Soziologe Karl Otto Hondrich

Dortmund: Brandt in der Oper

Mao=Hitler²

Die große Säuberung

in konkret Januar 1998

hier Konkret von Walter Baier

Die Nazi-Postille »Junge Freiheit« hat seit Oktober einen Ableger in Österreich (»Zur Zeit«). In der ersten Ausgabe dieses Blattes verteidigte der KPÖ-Vorsitzende Walter Baier die offizielle militärische Neutralität der Alpenrepublik als Teil »österreichischer Identität«

von Konkret

an Konkret

Kronzeugen-Regelung von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Das Böse rechnet sich von Gerhard Scheit

Stalin (= Lenin = Trotzki) ist gleich Hitler mal vier: Europas Historiker erforschen den Kommunismus und erliegen dem Fetisch der Zahl

Hochrechnung von Bernhard Schmid

Das »Livre noir« und seine Opferzahlen sind in Frankreich heftig umstritten

Brief aus Jamaica von Peter-Paul Zahl

Jetztzeit von Peter Hacks

GEDENKSTÄTTE DER SOZIALISTEN

Kunde vom traurigen Volk von Karl-Heinz Hansen

Unser nationaler »Volkstrauertag« ist so alt wie die »Bild-Zeitung« (1952) - und macht auch in der Provinz noch immer mordsmäßig Spaß

Die Mörder und die Mahner von Oliver Tolmein

Auf das Massaker von Luxor reagierte die deutsche Presse mit Maß und Nachsicht. Denn islamische Killer haben Gründe, die man schon den heimischen Nazis nicht wirklich krumm nimmt

Daten und Taten von Gaby Hommel

»Tag des Baumes«, »Jahr des Kindes«, »Woche des ausländischen Mitbürgers«: Im Kalender erscheint, was ausstirbt, mißachtet und bekämpft wird. 1997 als europaweites »Jahr gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« ist entsprechend zu bilanzieren

Gott erhalte unsre Grunen von Hermann L. Gremliza

Der »Spiegel« meldete, die Grünen hätten »den hartleibigen Links-Verleger Hermann Gremliza« eingeladen, bei der Beratung ihres Parteiprogramms »Beistand« zu leisten. Richtig ist: Ich hatte Jürgen Trittin gebeten, auf die KONKRET-Umfrage »Was ist heute noch links?« zu antworten. Der hatte, trotz Terminnot, zugesagt und im Gegenzug gefragt, ob ich bereit sei, vor dem Bundesvorstand der Grünen Kritik an der Präambel des grünen Wahlprogramms zu üben. Ich antwortete, daß ich soviel Spaß schon verstünde, fuhr nach Bonn und tat desgleichen:

Führer unser von Peter Kratz

Die »Freireligiösen« sind eine Sekte, die Adolf Hitler zu ihrem Gott erklärte und ein genetisch gereinigtes deutsches Volk für göttlich hält. Zwei Abgeordnete sitzen für sie im Bundestag. Sie gehören der SPD an, wie viele ihrer prominenten Förderer

Unser Franz von Renate Göllner

Kaum war er gefaßt, schlug dem mutmaßlichen Briefbomber Franz Fuchs aus Presse und Publikum wärmstes Verständnis entgegen. Ist der ideelle Gesamtösterreicher am Ende ein rassistischer Serienmörder?

»Wir leben im Krieg«Irrwitz und Effizienz von Knut Henkel

Nach dem erfolgreichen Jahr 96 hat sich die wirtschaftliche Lage Kubas wieder verschlechtert. Gibt es einen Weg aus der Krise? Knut Henkel berichtet vom V. Parteitag der kubanischen KP und fragte Rubén Toledo Diaz, den stellvertretenden Finanzminister Kubas, noch den Chancen, einen ökonomischen Kollaps des Landes zu vermeiden

»Wir leben im Krieg«»Wir zahlen einen hohen Preis« von Rubén Toledo Diaz, Knut Henkel

In diesem Sinne - Finanzierungsvorschlag von Georg Fülberth

In diesem Sinne – Schoppenhauers Ende von Carsten Otte

In diesem Sinne - Korruption - was sonst? von Rayk Wieland

Ruck von unten von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe von Marit Hofmann

Nationalsoziologie von Joachim Rohloff

Der Sozialwissenschaftler und »Spiegel«-Autor Karl Otto Hondrich plädiert für das Bekenntnis zur »kollektiven Identität« und meint doch nur, daß es für stolze Deutsche okay ist, Ausländer zu hassen

Wüstenkönig ist der Löwe von Arno Schmidt

Eine Friedenstaube als hoheitliches Symbol im neuen Reichstag, wie PDS-Sprecher Harnisch in KONKRET 12/97 vorgeschlagen hat? Arno Schmidt hat das Thema bereits 1957 gründlicher bedacht

Das Wort »Muttersprache« von Stefan Ripplinger

Den Gegnern der deutschen Rechtschreibreform geht es weniger um Regeln und Schreibweisen als um die »deutsche Sprache«, deren Naturkräfte die innere Einheit stiften sollen

Buch & Deckel von Holm Friebe

Steffen Kropetzky: Eine uneigentliche Reise, Verlag Volk Welt, Berlin 1997, 184 S.; 28 Mark

Buch & Deckel von Jens Hoffmann

Peter O. Chotjewitz: Die Herren des Morgengrauens. Romanfragment, Rotbuch Verlag, Hamburg 1997,201 S., 36 Mark

Buch & Deckel von Peter Köhler

Martin Hecht: Unbequem ist stets genehm. Die Konjunktur der Querdenker. Rowohlt, Reinbek 1997,140 S., 22 Mark

»Ich, der Gott Wezel« von Frank Schäfer

Am 31. Oktober vor 250 Jahren wurde Johann Karl Wezel, der Realist, Skeptiker und Aufklärer der Aufklärer, geboren. Ein Porträt und einige Hinweise auf Neuerscheinungen anläßlich des Jubiläums

Der Kern des Banalen von Karl Pawek

Er wird als Pornograph und Gewaltfetischist beschimpft. Doch der amerikanische Schriftsteller Bret Easton Ellis beschreibt bloß mit höchster Präzision das Leben in

der Warenwelt

Deutsches Fleisch von Ralf Havertz
Wie mit Marketing-Strategien Massenpolitik betrieben wird. Eine Analyse nationaler Symbole in der Werbung am Beispiel der Fleischwirtschaft

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Melodie & Rhythmus von René Martens

Kniefall in Dortmund von Corinna Stegemann, Mark-Stefan Tietze
Personenkult post mortem: Die Erhebung Willy Brandts zum Nationalmythos in der Oper

Lynesamen von Kay Sokolowsky
Die Neuverfilmung von »Lolita« findet in den USA keinen Verleih und im »Stern« einen Kompagnon

Film & Theater von Marit Hofmann

Freiheitsbier von Carsten Otte
Die Gedenkfeierlichkeiten zum 150. Jahrestag der deutschen Revolution von 1848 dräuen herauf und dienen vor allem dazu, den in der Nachkriegszeit beschädigten »Gefühlshaushalt der Nation« wieder neu auszustatten

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/98, S. 3

Walter Baier

hier Konkret

Die Nazi-Postille »Junge Freiheit« hat seit Oktober einen Ableger in Österreich (»Zur Zeit«). In der ersten Ausgabe dieses Blattes verteidigte der KPÖ-Vorsitzende Walter Baier die offizielle militärische Neutralität der Alpenrepublik als Teil »österreichischer Identität«

konkret: *Wieso gibt der Vorsitzende einer kommunistischen Partei einem faschistischen Blatt ein Interview?*

Baier: Mir war die Zeitung unbekannt. Ich bin angerufen worden, und der Mann hat sich als Redakteur einer liberalkonservativen Wochenzeitung vorgestellt. Ich habe am Telefon ein Interview gegeben, das ich allerdings nicht autorisiert habe.

konkret: *Im Vorfeld sind etliche Berichte über den »JF«-Ableger erschienen.*

Baier: Das ist an mir vorübergegangen.

konkret: *Sie plädieren in dem Interview für die Neutralität als konstituierendes Merkmal österreichischer Identität. Was bedeutet nationale Identität in Österreich, und was soll daran positiv sein?*

Baier: Die Identität besteht letztlich in der Abgrenzung von Deutschland. Das Problem für die Österreicher lautet seit Beginn des Jahrhunderts: Sind wir Deutsche oder nicht? Es geht darum, sich nicht in die Großraumstrategien des deutschen Imperialismus einbeziehen zu lassen, wie 1914 oder 1938, als die Spitzen des Heeres, der Wirtschaft und des politischen Establishments pronazistisch waren. Nach der Befreiung gab es die Chance, die Unabhängigkeit außen- und militärpolitisch zu befestigen, in der Mentalität und ökonomisch zu verankern. Die Banken und die Eisen- und Stahlindustrie wurden verstaatlicht.

konkret: *Wann waren mehr jubelnde Österreicher auf dem Wiener Heldenplatz? 1938 bei Hitlers Einzug oder 1978 bei der Rückkehr der Fußballmannschaft nach dem WM-Sieg über die Piefkes?*

Baier: Sicher waren es nicht nur die Eliten, die Nazis waren eine Massenbewegung. Natürlich waren Hunderttausende auf dem Heldenplatz, aber Hunderttausende saßen auch in ihren Wohnungen und hatten Angst. Die verbotenen Arbeiterparteien sammelten kurz vor dem Anschluß in wenigen Tagen eine Million Unterschriften für die Unabhängigkeit.

konkret: *Die KPÖ agitiert heute mit der Nation gegen die EU Wo liegt der Unterschied zu Haiders FPÖ?*

Baier: Die FPÖ hat ein ambivalentes Verhältnis zur EU: beim aktuellen Volksbegehren nicht prinzipiell gegen den Euro, sondern für eine Verschiebung. Die FPÖ orientiert sich am deutschen Finanzkapital und will eine Anbindung an den DM-Block. In der Sozial- und Wirtschaftspolitik ist die FPÖ neoliberal. Uns ist dagegen die Beschäftigungspolitik wichtiger als eine Einheitswährung. Wir sagen, der Sozialstaat darf nicht den Maastricht-Kriterien geopfert werden, die FPÖ sagt umgekehrt, die »Hausaufgaben« für Maastricht seien nicht erledigt. Für die KPÖ wäre es völlig undenkbar gewesen, das Volksbegehren zu unterstützen.

konkret: *In dem »ZZ«-Interview plädieren Sie gegen eine Berufsarmee und ßr die Wehrpflicht. Antimilitarismus ist keine KPÖ-Position?*

Baier: Seit 50 Jahren debattiert die Linke Wehrpflicht statt Berufsarmee oder generelle Abschaffung des Heeres. Die Befürworter der Wehrpflicht berufen sich auf 1934, als die Sozialdemokraten aus dem Heer ausgeschlossen wurden und danach die Berufstruppe putschte, und auf die militärische Tradition der KP: der Kampf im Februar 1934, Spanien und der Partisanenkampf gegen die Nazis. Aber das ist Geschichte. Das Bundesheer bietet heute keinen Schutz, sondern ist eine Fabrik zur Herstellung von Untertanengeist. Die KPÖ hat keine klare Beschlußlage, pazifistische und sozialistische Schule des Antimilitarismus existieren nebeneinander.

konkret: *Die KPO setzt auf einen »demokratischen« Nationalismus. Will sie mit biologistischen Konzepten Politik machen?*

Baier: Wenn die KPÖ von einer österreichischen Nation redet, dann meint sie das Gegenteil eines biologistischen oder ethnischen Konzepts. Man braucht nur das Wiener Telefonbuch durchblättern, um die Unmöglichkeit einer ethnischen Begründung einer Nation Österreich zu realisieren. Worum es geht, ist das Bestehen oder Nichtbestehen einer Zustimmung der hier lebenden Menschen einschließlich der Immigranten, in einem von Deutschland unabhängigen Staat zu leben. Das hat auch internationale Bedeutung. Der deutsche Imperialismus nähert sich seiner kritischen Masse, und es gibt in Österreich Ansätze, da mitzumachen.

konkret: *Der geläuterte österreichische Nationalist wird applaudieren. Sollte er bloß weniger rassistisch sein?*

Baier: Das sicher nicht. Aber es geht um die Selbstverortung in Europa. Definiert sich das Land als Ort, in dem sich verschiedene Kulturen begegnen und austauschen, oder als Brückenkopf für die Kolonisierung Osteuropas? Die Leute

müssen sich damit abfinden, in einem Kleinstaat zu leben, der keine europäische Mission hat.

Mit Walter Baier sprach Peter Bierl

Konkret 01/98, S. 4

von Konkret

Neues Jahr, neue Rubriken, genauer gesagt: zwei. Beginnend mit dieser Ausgabe erscheint in KONKRET unter dem Kolumnentitel »Jetztzeit« jeden Monat ein Gedicht von Peter Hacks. Die Pilot-Verse sind mit »Gedenkstätte der Sozialisten« überschrieben und befinden sich auf Seite 19 dieses Heftes. Im »Brief aus Jamaica« wird Peter-Paul Zahl, der seit 1985 dort lebt, in mehr oder weniger unregelmäßiger Folge Beobachtungen notieren, die sich ergeben, wenn man mit größerer Distanz Nachrichten und Eindrücke aus Deutschland empfängt. Im ersten Brief, auf Seite 18, schreibt Zahl über den Deutschen Herbst heute und vor dreißig Jahren.

Der Verlag bedankt sich bei den Buchhändlern und Buchhändlerinnen für die große Resonanz auf die Schaufensteraktion »40 Jahre KONKRET«. Versprochen war, der Buchhandlung, die ein Foto mit dem schönsten KONKRET-Schaufenster einsendet, einen Korb voll Champagner zum Mitfeiern zu spendieren. Der Verlag bricht sein Versprechen. Und sendet, da er sich nicht entscheiden konnte, wem der Korb gebühre, allen Buchhändlern, die ein Foto eingesandt haben, eine Magnum-Flasche Champagner ZU.

»Nicht«: so ein kleines, so ein unscheinbares und doch so unverzichtbares Wort. Rayk Wieland hatte es gesehen und gelesen, aber hingeschrieben (ins Heft 12/98, S. 41) hatte er es nicht: »Sie versucht *nicht«* - nämlich die neue Wochenschrift für Politik und Kultur »Ossietzky« - »die Interessen möglichst vieler Leserinnen und Leser mit einer möglichst bunten Mischung zu bedienen«, stand in der programmatischen Erklärung der angehenden Herausgeber - und *nicht* nicht nicht. Der Autor korrigiert sich und bittet »Ossietzky«-Redaktion und Leser/innen um Entschuldigung.

»Was ist heute noch links?« - diese Frage diskutierten am 4. Dezember im vollbesetzten Hörsaal der bestreikten Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg Hermann L. Gremliza, Matthias Küntzel, Oliver Tolmein und Detlef zum Winkel sowie die aus aktuellem Anlaß eingeladenen Studentenvertreter André Fink (Junge Kommunisten) und Christian Glasei (Liste Links). Den kontroversen Verlauf der Podiumsdiskussion wird KONKRET im nächsten Heft nachbereiten.

»Der Forschungsverbund SED-Staat und die Renaissance der Totalitarismustheorie« heißt eine Veranstaltung, die von der Antifa-Aktion Berlin, dem Kritischen Fachschaftsbund, der Freien Universität Berlin, dem AStA der FU und von KONKRET durchgeführt wird. Referenten sind Peter Steinbach, Wolfgang Wippermann und Uwe-Jens Heuer. Zeit: Donnerstag, 29. Januar, 18 Uhr. Ort: FU Berlin (Silberlaube), HS 2.

Ernst Kahl, viele Jahre verantwortlich für die Seite 3 von KONKRET, hat uns zum 40jährigen Jubiläum eines seiner Bilder für die Rückumschlagseite zur Verfügung gestellt. Das Motiv kann auch als Postkarte (10er Pack zum Preis von 10 Mark) beim Verlag bestellt werden.

Konkret 01/98, S. 6

an Konkret

Gesten der Zurechtweisung

KONKRET 12/97: »New Age in Bremen« von Jutta Ditfurth

»Auch der schwachsinnigste Gedanke hat als materielle Basis das menschliche Gehirn.« Was in Ditfurths Milieu der »neuen Streitkultur« als elegante Formulierung gilt, bleibt dennoch eine simple demagogische Masche. Dazu gehört auch, daß die Lautsprecherin der »Ökologischen Linken« mit allen Regeln solidarischer Kooperation innerhalb der Linken bricht oder daß sie sich und ihren Verein dreist zur Alleinvertretungsstelle eines ernsthaften Antifaschismus hochlügt . Der Zerfall der Marxistischen Gruppe muß ein Vakuum in der linken Öffentlichkeit hinterlassen haben, das nun wieder mit autoritären Gesten der Zurechtweisung und Besserwisserei gefüllt werden will. Dazu eignet sich die Parole »Alles Nazis außer Jutta« zunächst mal ganz gut. Ob der Bremer Ableger der Frankfurter Ditfurth-Partei damit über das Niveau eines Einpersonenhaushalts hinauskommt, bleibt allerdings offen.

Marc Gärtner.

Bremen (Teilnehmer des Workshops »AntiVisionen«)

Krönung der Schöpfung

KONKRET 12/97: »Der Feind ist der Mensch« von Peter Nowak

Falls es nun zutrifft, daß »in der Ökoszene (die Überzeugung) grassiert, der Mensch im allgemeinen und der Trikontbewohner im besonderen seien Feinde und Schädlinge der Natur«, da frage ich mich doch, was ist daran falsch? Ich stimme mit Cioran überein: Wir sind der Skandal der Schöpfung. Noch habe ich nirgends gesehen und gelesen, daß eine Amöbe, ein Isotop, eine Ameise, eine Butterblume Ausbeutung, Kriege, Quälereien jeglicher Art begangen haben. Ditfurths Diktion geht wohl dahin, daß sie vehement bestreitet, der Mensch sei nicht Feind und Schädling der Natur. Das ist der gleiche Blödsinn, den die andere Fraktion behauptet: Der Mensch ist die Krönung der Schöpfung. Wir, die wir aus einer Turnübung, verbunden mit einem Grunzen (Cioran) entstehen, malträtieren dieses Erdenei, das durch den Weltraum rast, seit ewigen Zeiten. Ich kann mir lebhaft vorstellen, daß die Natur auch ganz gut ohne uns zurecht kommt. Und doch, auch im Falschen findet sich beachtenswert Richtiges: Es ist doch diese kriminelle Aufforderung: Wachset und wehret euch und macht euch die Erde untertan, die den ganzen Schlamassel veranstaltet. »Rationales Denken«! Was ist das denn? Und »intellektuelles Werkzeug«? Denke ich mit dem Hammer, mit einem Toaster, einem Schraubenzieher?!? - Trotz allem: Frohe Weihnachten.

Bernd Kramer

Berlin-Neukälln

Dank des Vaterlandes

KONKRET 11/97: Hier KONKRET mit Jocelyne M.

Man ist vermutlich den Rassisten aus der Geschäftsleitung des Hotel Adlon auf den Leim gegangen, wenn man annimmt, daß auch eine reinrassige Arier-Schlampe mit leicht nuttiger (sexarbeiterinnenmäßiger) Reetdachfrisur dem Aussehen nach jenem »mitteleuropäischen Standard« nach Lesart des Adlons nicht genügen würde und deshalb z.B. vom Servieren des Frühstücksbüffets für die dpa ausgeschlossen worden wäre. Nur wäre eine solche in diesem Fall nicht so klug gewesen, den Versuch zu unternehmen, sich die Diskriminierung per Anwalt verbieten zu lassen, und die KONKRET-Redaktion, die ihre Aufmerksamkeit dem »harmlosen Fall« der Jocelyne N. mit Hingabe widmet, nicht so dämlich, einer solchen andersartigen und weniger gut einzuordnenden Stilblüte des deutschen Spießertums jene überbordende Aufmerksamkeit zu schenken, die jenem anderen Geschehnis Monate zuvor schon hundertfach von heuchlerischer Seite in »Das«, »Brisant«, »Guten Abend RTL«, »Blitz«, »Taff«, »Frontal« etc. pp. geschenkt worden war. Wie aber KONKRET dem scheinbar genügsam bekannten Geschehen um Jocelyne N. doch so völlig neuartige Aspekte abringen konnte, wie etwa jenen, daß es sich bei ihr augenscheinlich um eine Abtrünnige des Hututsi-Stammes handelt (Hutu-Kopf, Tutsi-Rumpf), ließe sich, wenn überhaupt, anhand der Fragekomplexe erklären, die Jocelyne zu beantworten hatte: »Wie kommt, du nicht mehr servieren?«, »Was ist mit dein Haar?, »Woher du kommen?« und: »Du Hutu oder Tutsi?« In welchem Negerkral es die dicksten Ömmel gibt, hätte vielleicht zusätzlich so manche(n) interessiert. Schließlich bemerkt auch ein jeder Einfaltspinsel, daß ein bißchen

scheinbarer Rassismus in seiner harmloseren Form als Haartrachtismus entschieden und in letzter Konsequenz die Völkerfreundschaft stärkt und daß durch ein Deutschland, in welchem sich die Ausländer schon echauffieren dürfen, sobald sie nur in die Ecke gestellt werden, eine erfrischende Brise von Toleranz und Internationalismus weht. Für diesen auch von KONKRET beförderten Eindruck winkt der Redaktion der langersehnte Dank des Vaterlandes. Der sich hierauf hoffentlich unvermeidlich einstellende Brechreiz sei Euch aufgeblasenen Narren (nota bene) von Herzen gegönnt.

Jan Jetter

Rendsburg

Klerikaler Antisemitismus

KONKRET 11/97: Herrschaftszeiten: »Eilig, eilig, eilig«

Die katholische Kirche Frankreichs bekennt nach 52 Jahren, zur Deportation der Juden aus Frankreich geschwiegen zu haben, und gesteht ein, »daß dieses Schweigen ein Fehler war«. Auch wenn dieses Bekenntnis im Vergleich zur Revidierung anderer Entscheidungen (z.B. Galilei) geradezu rekordverdächtig erscheint, ist Hohn über diese späte Reue natürlich ebenso berechtigt wie Kritik an der engen Zusammenarbeit der katholischen Kirche Frankreichs mit den deutschen Besatzern und dem Vichy-Regime. Die katholischen Bischöfe Frankreichs mit ihren deutschen Amtsbrüdern auf eine Stufe zu stellen, halte ich angesichts der weitverbreiteten Versuche, die deutsche Geschichte durch den gleichsetzenden Vergleich mit anderen Ländern zu relativieren, für fatal. Dies ist darüber hinaus auch sachlich falsch, da sich in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland zumindest einzelne Bischöfe für die verfolgten Juden einsetzten.

Bereits am 14.8.1942 (die ersten Transporte aus der »unbesetzten« Zone »in den Osten« waren am 7., 9., 12. und 14. August abgefahren, die großen Razzien in Paris waren im Juli) protestierte Kardinal Suhard bei Ministerpräsident Laval gegen die Deportation der (nichtfranzösischen) Juden. Auch Kardinal Gerlier setzte sich am 19 * August in einem Brief an Pétain dafür ein, »diesen unglücklichen Menschen ihr Leiden zu ersparen«. Einen Schritt weiter ging der Erzbischof von Toulouse, Mgr. Saliege, der den französischen Behörden am 23. August in einem Hirtenbrief vorwarf, die Juden wie eine »Herde Vieh« zu behandeln. Darüber hinaus appellierte er an die Regierung in Vichy, die weitere Durchführung von Deportationen zu verweigern. Eine Woche später wandte sich auch der Bischof von Montauban mit einem ähnlichen Brief an die Gemeinden seines Bistums und erklärte: »Die gegenwärtigen antisemitischen Maßnahmen bedeuten eine Verachtung der Menschenwürde, eine Verletzung der heiligsten Rechte der Person und der Familie.« (Zitate aus: Serge Klarsfeld: *Vichy-Auschwitz)* Serge Klarsfeld betont die Bedeutung des kirchlichen Protests und kommt zu dem Schluß, daß »hoher Klerus und Öffentlichkeit Vichy im September 1942 zum (vorläufigen) Rückzug« gezwungen haben.

»Der hohe Klerus engagierte sich nicht allein in mutigen und ergreifenden Worten, die übrigens sofort überall Gehör fanden. Auch durch sein Handeln gelang es ihm, den Machthabern in Vichy deutlich zu machen, daß sie ihre Grenzen überschritten hatten und daß sich plötzlich ein Widerstand gegen sie erhob, der durch den Charakter ihrer Aktionen gegen die Juden selbst hervorgerufen worden war.«

Alle diese Bischöfe und Kardinäle waren wie die Mehrheit des katholischen Klerus überzeugte Antirepublikaner und Petainisten und wahrscheinlich auch Antisemiten. Trotzdem traten sie, im Gegensatz zu den deutschen Bischöfen, dem Vernichtungswillen der Nationalsozialisten entgegen. Ihr Judenhaß war stärker durch den religiösen Antijudaismus geprägt als rassistisch motiviert und zielte auf die Diskriminierung der Juden bis zu ihrer Bekehrung.

Ein besonders krasses Beispiel für das Zusammenspiel von klerikalem Antisemitismus und Schutz vor der Deportation bietet die Überlebensgeschichte von Saul Friedländer. Er beschreibt in seinem Buch *Wenn die Erinnerung kommt,* wie er in einem katholischen Internat gerettet wird, unter der Voraussetzung, daß er zum Katholizismus übertritt. Friedländer lernt dort »eine völlig neue, streng katholische Welt kennen, ein royalistisches, leidenschaftlich pétainistisches, traditionsgemäß antisemitisches Frankreich« (Saul Friedländer: *Wenn die Erinnerung kommt).* Trotz der Brutalität dieser Zwangskonvertierung unterscheidet sich das Verhalten der »Retter« Friedländers immer noch von dem des deutschen Klerus.

Stephan Wirtz

Frankfurt/Main

Konkret 01/98, S. 9

Hermann L. Gremliza

Kronzeugen-Regelung

Von den zwei totalitären Systemen, die wir Deutschen erlebt haben, ist das kommunistische das inhumanste. Es hat -zig Millionen Menschen umgebracht, tut es nachweislich heute noch auf bestialische Weise. Da ist das nationalsozialistische, das den Mord an Juden fabrikatorisch vollzogen hat, vielleicht humaner, denn es ging in Sekunden.

Als Anton Teyssen, Landtagsabgeordneter der CDU in Niedersachsen, diese Sätze sprach, hatte er gute Chancen, in der öffentlichen Meinung als Nazi zu gelten. Heute, vierzehn Jahre später, könnte seine Meinung ein Fachgespräch an einem Institut für Sozialforschung bereichern, dessen Belegschaft sich zur einen Hälfte aus ehemaligen Mitgliedern der DKP (unter ihnen der vormalige Leiter der Ernst Thälmann-Gedenkstätte), zur andern aus ehemaligen Mitgliedern konkurrierender Gruppen (SDS, KBW etc.) zusammensetzt und von einem ehemaligen Trotzkisten geleitet wird. Wer nicht glauben will, muß lesen:

Erst wenn der Antifaschismus nicht mehr als Legitimationsfigur das Schweigen über die Verbrechen des Kommunismus perpetuiert, kann sich der Blick auf beide Totalitarismen öffnen. Und dies hätte gerade der politische Diskurs in Deutschland, das beide totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts durchlaufen hat, bitter nötig.

Anton Teyssens zwei totalitäre Systeme, die wir Deutschen erlebt haben, hat die Ulrike Ackermann vom Hamburger Institut für Sozialforschung zu zwei »Erfahrungen« veredelt, »die Deutschland durchlaufen hat«. Eleganter ist die Geschichte von den Deutschen, die die Juden Europas vernichtet und zwanzig Millionen Sowjetbürger umgebracht haben, noch nicht umschrieben, ja umgeschrieben worden, was daran gelegen haben kann, daß für solche Schmiererei der Ernst Nolte vielleicht doch zuviel Scham besaß oder ihm einfach die Deckung durch eine Anstalt fehlte, die sich mit der namentlichen Anlehnung an Horkheimers und Adornos Frankfurter Institut für Sozialforschung gegen jeden Verdacht imprägniert hat.

(Der in diesem Fall natürlich auch irgendwie total ungerecht sein kann, weil Frau Ackermanns Sprache die Entscheidung, ob sie von Bösartigkeit oder von Dummheit diktiert ist, total schwer macht. Wo eine *legitimierende Figur das Schweigen perpetuiert,* wo, an anderer Stelle, *die Ausblendung beziehungsweise Verharmlosung der Verbrechen ... identitätsstiftende Klammer* ist, also die Ausblendung bzw. Verharmlosung als Klammer in einer Figur Identität stiftet, sind beide, Geist und Moral, im Eimer.)

Anlaß, aber alles andere als Ursache ihrer Wortmeldung ist das *Schwarzbuch des Kommunismus,* das einige französische Historiker verfaßt haben, in deren Ehrenrettung Frau Ackermann sich selber einbezieht: Sie seien »keine Rechtsintellektuellen, sondern ehemalige Kommunisten, Maoisten oder Trotzkisten, die mit ihrer politischen Vergangenheit reflexiv gebrochen haben«, also ganz wie sie und ihre Hamburger Kollegen. In dem *Schwarzbuch,* das der ehemalige »maoistische Berufsrevolutionär« Stéphane Courtois herausgegeben hat, steht nichts, was nicht der Anton Teyssen gewußt hat, bis auf das Resümee, das Frau Ackermann in den Satz faßt: »Rund 100 Millionen wurden umgebracht.«

Über die Zahl von Opfern zu rechten erscheint immer zynisch, ist hier aber unumgänglich. 11 der 15 Millionen »umgebrachter« Sowjetbürger und 22 bis 48 (den Spielraum läßt das *Schwarzbuch)* der 44,5 bis 72 Millionen »umgebrachter« Chinesen sind, sagen die Autoren, verhungert (und das sind möglicherweise weit weniger als in vergleichbaren Zeiträumen der vorkommunistischen Zeit dieser Länder und im Rest der Welt unterm Kapitalismus).

Doch auf die Zahl 100 Millionen kam es an, sie war der ersehnte, erhoffte Beweis. »Der rote Holocaust« - einen Titel wie diesen hatte die »Zeit« nie zuvor gewagt. Auch die »Frankfurter Allgemeine« traute sich mehr denn je: »Hundert Millionen Tote hat der Kommunismus auf dem Gewissen - viermal mehr als der Nationalsozialismus«. Und so konnte der »Rheinische Merkur« die Sache zu einem guten Ende bringen: »Hitlers erstes Opfer: Deutschland«.

Was aber macht es so ungeheuer wichtig, auf den Kommunismus zehn Jahre nach seiner Kapitulation noch einmal so loszugehen, ohne Rücksicht auf eigene Verluste an wissenschaftlicher Seriosität und politischem Anstand, und die deutschen Verbrechen als minder schweren Fall abzulegen? Ich tu mal so, als wär' ich Sozialforscher, und da würde ich denken bzw würd' ich sagen bzw. sag' ich mal so:

Nach sieben Jahrzehnten, in denen ihn ein real existierender Konkurrent gezwungen hat, seine Barbarei zu zügeln, ist der Kapitalismus in seinen Normalzustand zurückgekehrt. Alles was Marx, Engels und die Ihren ihm vorhergesagt hatten und was zur Schadenfreude der Liberalen nie so richtig eintreten wollte, tritt nun, da der Kapitalismus weltweit und von Gegnern unbehindert herrscht, mit großartiger Brutalität ein: die Krisen der Produktion und Akkumulation, die Verelendung der Massen.

1989 hatte, nach Ermittlungen der Unicef, ein neugeborener Russe eine Lebenserwartung von 64,2 Jahren, 1996 nur noch von 58,3 Jahren, das heißt: ein Zehntel seines Lebens wurde vernichtet (oder, in den Kategorien des *Schwarzbuchs,* umgebracht). In Deutschland, einem der reichsten Staaten, sind 5 Millionen arbeitslos, 1 Million ist obdachlos, in Hamburg, der reichsten Stadt des Landes, kommen auf 6.000 Millionäre 150.000 Empfänger von Sozialhilfe, brave Sozialhelfer fangen an, von »Lateinamerikanisierung« zu reden. Nach Ungarn, dem ersten Erfolgsmodell des osteuropäischen Kapitalismus, ist nun auch Tschechien, das letzte, bankrott. Auch Südkorea, gestern als elftgrößter Industriestaat Paradebeispiel für die unbegrenzten Möglichkeiten der Dritten Welt, ist pleite; die erste Tranche eines Kredits über zehn Milliarden Dollar reicht nicht mal aus, die Verluste das fallierten Halla-Konzerns zu decken.

Je fragwürdiger, je katastrophischer sich der Kapitalismus entwickelt, um so dringender wird die Auslöschung aller richtigen Antworten, des ganzen analytischen Bestandes, dessen Überlegenheit nun nicht mehr zu übersehen ist. Darum die Kampagnen gegen die Moderne, gegen die Aufklärung, gegen die Kritik der politischen Ökonomie, gegen kritische Theorie, den Kommunismus, die Linke. Und darum der unendliche Bedarf an Ehemaligen, an Kronzeugen. Es hätte, zum verfolgten Zweck, ganze Kohorten liberaler und konservativer Historiker und Gesellschaftsforscher gegeben - aber wer hätte ihnen geglaubt? Nolte war das beste Beispiel. Seine Behauptung, der Nationalsozialismus sei Selbstverteidigung gegen den Kommunismus gewesen und deshalb Stalin weit mehr verantwortlich für Auschwitz als Hitler, mußte, vorgetragen von einem Rechten, mit diesem durchfallen. (Und zwar auch deshalb, weil sie durch ihre Klarheit leicht angreifbar war.) Wessen es bedurfte, ist dies:

Für eine auf die Singularität nationalsozialistischer Verbrechen mühsam aufgebaute negative deutsche Identität hat das »absolut Böse« nur einen ausschließlichen Ort: Auschwitz. Eine Identität, die ihre eigene Brüchigkeit ahnt und deshalb diese um so vehementer verteidigt.

So, im Vortrag einer Halbalphabetin, die die negative Identität was ahnen und ihre Brüchigkeit verteidigen läßt, geht's. Auch hier, bei Ackermann, werden die Deutschen eingeladen, sich mit Auschwitz, dem in Gänsefüßchen gesetzten »absolut Bösen«, nicht länger selber niederzumachen, sondern die Schuldigen woanders zu suchen, aber mehr so irgendwie, in einer Sprache, die selbst - wie ihre Sprecherin - für nichts verantwortlich ist.

Miesmacher, Leute mit »negativer deutscher Identität«, gibt es genug: Allensbach meldet, daß der Anteil der Leute, die eine »gute Meinung über das Wirtschaftssystem« haben, von 1994 bis heute von 38 auf 22 Prozent im Osten und von 57 auf 40 Prozent im Westen gesunken ist. Die »Lösung der Probleme« trauen der deutschen Demokratie im Westen noch 56 und im Osten nur noch 30 Prozent zu. Es muß ein Ruck durch Deutschland gehen, und dabei will die Sturmabteilung Nolte, legitimiert von ihren exmaoistischen Kronzeugen und vertreten durch das Magazin »Focus«, dem deutschen Volke dienen: »Als Verbündeter gegen Hitler konnte Stalin in Nürnberg auf der Anklageseite auftreten.« Nie wieder! Daß es einmal geschah, wurmt Ackermann wie Markwort. Es konnte nur geschehen, weil in Stalingrad zu viele Antifaschisten unterwegs waren.

Konkret 01/98, S. 10

Herrschaftszeiten

Einsame Nazis

Der 1982 wegen Sprengstoffanschlägen und Anstiftung zum Mord zu 13 Jahren Gefängnis verurteilte Nazi Manfred Roeder, 1990 freigelassen, hat 1995 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg einen Vortrag gehalten und anschließend als »Ehrengast« an einem Festessen teilgenommen. Ein weiterer Einzelfall, den Volker Rühes Heimatzeitung, das »Hamburger Abendblatt«, im Sinne ihres Ministers kommentierte:

Für die Bundeswehr kommt es derzeit knüppeldick. Da wird nahezu jeden Monat ein neuer Fall bekannt, in dem Soldaten in einem rechtsradikalen Milieu auftauchen... Also doch, die Bundeswehr im rechtsradikalen Sumpf? Die Frage ist klar mit »Nein« zu beantworten, auch wenn jeder einzelne Fall zu Recht mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen werden muß... Eine Berichterstattung, die wachrüttelt, bleibt notwendig. Jeder einzelne neue Fall von Rechtsextremismus ist dafür ein Beweis.

Die Arbeitslosigkeit wird die Bundesregierung bis zum Jahr 2000 eher verdoppeln, aber die Bundeswehr müßte sie, wenn sie jeden weiteren neuen Einzelfall ahnden wollte, bis zum Jahr 2000 halbiert haben.

Aller guten Dinge

Nicht einmal die »Frankfurter Allgemeine«, das Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie, kann über den wahren Zustand des Landes ganz hinwegschreiben. Man muß freilich statt der Schlagzeilen das Kleingedruckte beachten und etwa die drei kleinen Meldungen, die das Blatt am 24. Oktober in der Rubrik »Kleine Meldungen« hintereinander weg druckte, als eine Nachricht lesen:

Die »Berliner Rede«, die Bundespräsident Herzog im April dieses Jahres gehalten hat, ist auch nach einem halben Jahr in aller Munde. Über 250.000 Exemplare von Herzogs Appell zu einem Aufbruch in das 21. Jahrhundert sind an die Bürger verteilt worden. Allein 3 7. 000 Benutzer griffen im Internet auf die Rede zu.

Mit Knüppeln hat eine Gruppe von Jugendlichen in der Nacht zum Donnerstag in Halle an der Saale einen marokkanischen Studenten angegriffen. Der 25 Jahre alte Mann habe sich schließlich unverletzt in einem Taxi in Sicherheit bringen können, teilte ein Polizeisprecher mit. Zwei 16 und 21 Jahre alte Tatverdächtige wurden festgenommen. Bei ihrer Festnahme leisteten sie heftigen Widerstand.

Zwei Kampfhunde haben Jugendliche nach Angaben der Polizei im ostbrandenburgischen Eberswalde auf einen Angolaner gehetzt. Der 35 Jahre alte Mann habe bei dem Angriff am Mittwochabend Prellungen und eine Bißwunde am Bein erlitten, sagte eine Polizeisprecherin. Mehrere Jugendliche seien festgenommen worden.

As time goes by

Nach der Wende führte der evangelische Pfarrer Heinz Eggert die Hitliste der Stasiopfer mit Vorsprung an. Auf allen TV-Kanälen berichtete er, wie die Stasi ihn von Psychiatern quälen lassen und auf der Autobahn einen Mordversuch an ihm unternommen habe. Sechs Jahre später, Eggert mußte inzwischen als sächsischer Polizeiminister (»Pfarrer Gnadenlos«) wegen sexueller Belästigung eines seiner Referenten zurücktreten, resümiert der »Spiegel«:

Nie ganz losgeworden ist Eggert ein paar Mogeleien bei der Bewältigung seiner Rolle als Opfer der Staatssicherheit. Als Regimegegner sei er von Stasi-Ärzten in die Zwangspsychiatrie eingewiesen worden, behauptete Eggert, was den beschuldigten Medizinern Strafverfahren und Berufsnachteile einbrachte. Später mußte er revozieren. Die Ermittlungen ergaben, daß anläßlich einer psychiatrischen Behandlung Eggerts die Ärzte zwar die Stasi informiert, den Patienten jedoch nicht gegen seinen Willen festgehalten hatten. Eggerts schwacher Rückzug: »Nach dem, was ich heute weiß, stellen sich die Dinge anders dar «

Von dem erfundenen Mordversuch auf der Autobahn weiß der »Spiegel« auch heute noch nichts.

Neueste Biographien

Geboren ist die neue Hamburger Bürgermeisterin und Senatorin Krista Sager 1953. Wie es weiterging, erzählt die Damenzeitschrift »Emma«:

Mit 14 mischte sie sich zum ersten Mal ein, demonstrierte gegen Fahrpreiserhöhungen, den Vietnam-Krieg, die NPD - und erfuhr am eigenen Leib, was massive Polizeieinsätze waren. Es folgten: Sozialistische Studentengruppe, Bürgerinitiative

gegen Atomkraft, schließlich 1982 Eintritt in die GAL. Schnurstracks begab sie sich in deren Wirtschaftsfachgruppe, denn » Wirtschaft und Finanzen sind die Schlüsselfragen«.

Was war zwischen 1970 und 1982? Eine »Sozialistische Studentengruppe«. Wer weiß, daß diese Studentengruppe eine Abteilung des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) war? Wer will es wissen?

Karrieren

Der Betrieb läßt die Seinen nicht verkommen. Manchmal macht er sich richtig Mühe und scheut auch gewagte Umwege der Finanzierung nicht. So wurden jetzt der Schlagersänger W Biermann und der Journalist K. Corino zu »wissenschaftlichen Mitgliedern« des »Wissenschaftskollegs zu Berlin« ernannt. Verbunden mit der Mitgliedschaft sind für die Dauer eines Jahres ein Professoren-Gehalt, ein Arbeitszimmer im Wissenschaftskolleg und eine Luxuswohnung in Dahlem. Der eine Sänger will sich während des Stipendiums der »Arbeit an Shakespeare« widmen, der andere der Biographie Robert Musils.

Zivilgesellschaft 1

1977 ist Robert E. Williams im US- Bundesstaat Nebraska wegen dreifachen Mordes zum Tode verurteilt worden. Zwanzig Jahre später, Anfang Dezember 1997, wurde Williams vor den Augen der Angehörigen seiner Opfer auf dem elektrischen Stuhl getötet. Beim ersten Stromstoß hätten sich nur seine »Fäuste verkrampft«, berichteten Zeugen. Erst sechs Minuten später, nach dem vierten Stromstoß, gab Williams kein Lebenszeichen mehr von sich.

Zivilgesellschaft 2

Dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer »Aloys G.« (so kürzt die »FAZ« ihn schonend ab) wird vorgeworfen, »er sei 1944/45 in Marburg an der Dran (heute Maribor/Slowenien) als Ankläger beim dortigen Sondergericht an der Verhängung und Vollstreckung von Todesurteilen beteiligt gewesen«. Das erste Verfahren gegen G. wurde 1986 eingeleitet, das zweite 1993. Auch das zweite wurde jetzt eingestellt. Der Stuttgarter Staatsanwalt Schrimm erklärte dazu, die Ermittlungen hätten ergeben, daß G. sich an der Verhängung und Vollstreckung zahlreicher Todesurteile beteiligt habe. Aber: »Angesichts der Tatsache, daß hinsichtlich aller übrigen Strafvorschriften Verjährung eingetreten ist, kommt eine strafrechtliche Ahndung solcher Handlungen heute nur noch dann in Betracht, wenn es sich rechtlich um Mord oder Beihilfe zum Mord handelt. Dies wäre nur dann der Fall, wenn bei Tatbegehung sogenannte mordqualifizierende Merkmale, etwa Rassenhaß oder sonstige niedrige Beweggründe, vorgelegen hätten. Dies kann dem Beschuldigten jedoch nicht nachgewiesen werden.«

Zivilgesellschaft 3

SS-Sturmhauptführer Aloys G. leitete von 1965 bis 1970 die Kriminalpolizei bei der Landespolizeidirektion Tübingen. Er ist - wie Alice Schwarzer und Heino - Träger des Bundesverdienstkreuzes.

Zivilgesellschaft 4

SS-Hauptsturmführer Theo Saeveke war 1944 Polizeichef im besetzten Mailand. Dort soll er den Befehl zur Tötung von 15 Häftlingen gegeben haben. Das entsprechende Verfahren der Staatsanwaltschaft Dortmund wurde 1988 eingeleitet und 1989 eingestellt. Jetzt hat das Turiner Militärgericht Ermittlungen aufgenommen. Saeveke war zuletzt stellvertretender Leiter der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts.

Zivilgeselischaft 5

Der frühere Nazi-General Otto Ernst Remer, der den Putschversuch vom 20. Juli 1944 niedergeschlagen hatte, ist im Alter von 85 Jahren als freier deutscher Rentner in Südspanien gestorben.

Zivilgesellschaft 6

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat den Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, sofort alle Rentenzahlungen an noch lebende NS-Mörder einzustellen. Der Zentralrat der Arier in Deutschland (Bundestag und Bundesregierung) wird erklären, daß Sozialgesetze keine Strafgesetze seien.

Friedensdividende 1

US-Verteidigungsminister Cohen hat seine Nato-Kollegen darüber informiert, daß seine Regierung eine Organisation für Zivilverteidigung aufbaut, die 120 Städte der USA vor Terroranschlägen mit biologischen oder chemischen Massenvernichtungsmitteln schützen soll. Der Minister empfahl seinen Kollegen, dem amerikanischen Beispiel zu folgen.

Friedensdividende 2

Zu dem Terroranschlag auf Touristen im ägyptischen Luxor hat sich die islamische Dschamaa bekannt. Die Gruppe rekrutiert sich aus jenen 20.000 »arabischen Afghanen«, die Hälfte davon Ägypter, die in den achtziger Jahren von der CIA für den Krieg in Afghanistan angeheuert und für Terroranschläge ausgebildet worden waren. Ein anderer Teil dieser Truppen ist auf der guten Seite geblieben: Sie arbeitet für die Muslime in Bosnien.

Standortvorteil

Von den Zuständen in chinesischen Betrieben, die Sportschuhe für europäische und amerikanische Firmen fertigen, berichtet die »Frankfurter Rundschau«:

Die meisten Beschäftigten sind ehemalige Landarbeiterinnen, 90 Prozent von ihnen Frauen zwischen 17 und 23 Jahren. Sie besitzen keine Informationen über gesundheitliche Risiken durch Chemikalien. Ein Beispiel dafür ist Benzene, eine Chemikalie, die in China in Klebstoffen für Sportschuhe verwendet wird. Dieser Stoff kann Anämie und Leukämie auslösen und ist so giftig, daß er in den USA und vielen Staaten Europas verboten ist.

Der Fabriktag beginnt um 7 Uhr, um 7.30 Uhr ist Morgengymnastik. Dann arbeiten sie von 8 bis 12.30 Uhr und haben 30 Minuten Mittagspause. Nachmittags geht es von 13 bis 17 Uhr und nach dem Abendessen beginnen die Überstunden, die normalerweise bis 22123 Uhr dauern. » Wir essen, damit wir wieder arbeiten können. Wir haben keine Zeitvorstellung mehr«, wird ein Arbeiter zitiert.

Die beiden Forschungszentren, deren Untersuchungen der Bericht referiert, »vergleichen die Bedingungen mit denen eines Gefangenenlagers«. Wer nicht zu den morgendlichen Übungen erscheine, Überstunden verweigere oder mit der Nachbarin spreche, könne mit Geldbußen bis zu 18 Tagessätzen bestraft werden.

Streitfall

Anläßlich der Verleihung des »Deutschen Zukunftspreises« hat Bundespräsident Roman Herzog »mehr Anerkennung und finanzielle Unterstützung junger Forscher« angemahnt, die nicht »durch öffentlich zelebrierten Zweckoptimismus« entmutigt werden dürften, denn der Wohlstand in Deutschland beruhe auf Leistungen von Forschem und Ingenieuren. »Auch in Zukunft werden wir nur dann in Wohlstand leben können, wenn wir bei Forschung und Technik mit an der Weltspitze stehen.«

Besonders wegen der Tiefe dieses letzten Satzes ist unter des Herzogs Jubelschreibern ein Streit ausgebrochen, ob diese noch als die dritte Große Rede des Präsidenten zu würdigen sei oder doch schon als die erste Ganz Große Rede.

Vorwahl

Noch einmal hat die FDP sich und der Welt gezeigt, daß im Wahljahr 1998 mit ihr zu rechnen ist. Bei der Aufstellung der hessischen Landesliste der Partei kam ihr Vorsitzender Wolfgang Gerhardt mit 272 von 286 Stimmen sicher über die Fünf-Prozent-Hürde.

Silberstreif

Eine Befragung niederländischer Schüler durch das Clingendael-Institut Den Haag hat ergeben, daß Deutschland von allen Ländern der EG die wenigsten Sympathien genießt. Die Deutschen gelten als dominierend, arrogant, intolerant, unfreundlich und »kriegssüchtig«. Nur 62 Prozent sind der Ansicht, daß Deutschland ein demokratisches Land sei. 1995 waren es noch 72 Prozent.

Ein deutscher Mann denkt

Der Vizepräsident der Universität Kaiserslautern schreibt an den Allgemeinen Studenten-Ausschuß:

Sehr geehrter Herr Müller

hiermit teile ich Ihnen mit, daß ich die Veranstaltung »Der Abbau demokratischer Rechte vom Deutschen Herbst 1977 bis heute« nicht genehmige, weil bereits der Titel des Vortrags eine Unterstellung beinhaltet.

Mit freundlichen Grüßen

Prof Dr. -Ing. H. Hofrichter

Ihm deshalb Zensur vorzuwerfen, ist strengstens verboten.

Wir werden alle älter und gemäßigter

Alice Schwarzer

Ich war sehr viel linker, als ich jung war

Hans-Joachim Otto, Bundestagskandidat, FDP

Weltverbesserer, tut sich was! Bittsie, ich weiß doch, wie das is. Wie ich junger war, hab ich auch alles kritisiert, nix war mir recht

---

Der Realitätenbesitzer, aus »Die letzten Tage der Menschheit« von Karl Kraus

Konkret 01/98, S. 12

Gerhard Scheit

Das Böse rechnet sich

Stalin (= Lenin = Trotzki) ist gleich Hitler mal vier: Europas Historiker erforschen den Kommunismus und erliegen dem Fetisch der Zahl

»Wenn es die Sowjetunion nicht gegeben hätte, die Vereinigten Staaten hätten sie erfinden müssen« - schrieb Günther Anders 1980 und war insofern seiner Zeit wieder einmal voraus, als er die Existenz der Sowjetunion in die Vergangenheit setzte. Tatsächlich gilt dieser Satz nach dem Untergang der Sowjetunion in einem noch viel umfassenderen Sinn. Bezog sich Anders einst hauptsächlich auf die Waffenproduktion und beschränkte er die Gültigkeit seiner Spekulation auf das Verhältnis USA-SU, so dient die vergangene Existenz der Sowjetunion mittlerweile zur Legitimation für den Gesamtzustand der Welt: Sie wurde post festum globalisiert.

Es geht offenkundig um den allseitigen Wunsch, jene Dialektik der Aufklärung zu verdrängen, die das Barbarische als Moment der Moderne begreift. Diesem Wunsch gemäß verfährt die Apologie der Moderne manichäisch: Sie benötigt ein Reich des Bösen, das sie vollkommen von sich abscheidet und isoliert, um alle gesellschaftlichen Zusammenhänge, die zwischen diesem Reich und dem eigenen existieren, zu verleugnen. (Die Apologeten des >Realen Sozialismus(kommen dem übrigens entgegen, wenn sie ihrerseits die Folgen der Oktoberrevolution wie ein Experiment in einem Laboratorium begreifen, systematisch isoliert, bei dem dann irgendwann dem wissenschaftlichen Team einige Fehler mit dem Wertgesetz passiert seien.) Den Nationalsozialismus als Reaktion auf den Bolschewismus zu deuten, ist bereits eine gängige Argumentation geworden; den Kapitalismus als Reaktion auf den Kommunismus zu interpretieren, gelang selbst Nolte bisher nicht. Wie aber läßt sich dann verleugnen, daß die Oktoberrevolution eine Folge des Ersten Weltkriegs war - des ersten großen Gipfelpunkts, den die Akkumulation des Kapitals in Europa erklommen hatte? (Wenn Gott gut ist und allmächtig, woher kommt dann der Teufel?) So lautet das Problem, vor dem der Manichäismus steht. Es gibt nur eine Lösung: Die Existenz der Sowjetunion muß aus ihren Toten abgeleitet werden.

Das Mysterium, das hier erfordert ist, wird durch den *Fetisch der Zahl* gestiftet. Mit ihm wird von den gesellschaftlichen Zusammenhängen, in denen Menschen zu Tode gebracht wurden, abstrahiert, denn in diesen Zusammenhängen könnte wie in kommunizierenden Gefäßen der Druck der außerhalb des Reichs des Bösen liegenden Welt sichtbar werden. Und die Heimatländer der ursprünglichen Akkumulation zählen bekanntlich nicht gerne die Toten, auf denen sie ihren Wohlstand aufbauen.

Das Guinness-Buch der bösen Rekorde

In Frankreich haben Historiker dem Reich des Bösen nun endlich die Rechnung gelegt und eine Art Guinness-Buch der Rekorde in Sachen Crimes, Terreur, Répression veröffentlicht (»Sur une tragédie de dimension planétaire ... le primier livre de référence«): Rechtzeitig zum achtzigsten Jubiläum der Oktoberrevolution legten sie ein *Schwarzbuch des Kommunismus* vor, in dem sie alle zusammenzählten, die im Namen des Kommunismus - d. h. in solchen Staaten, die als Ziel den Kommunismus proklamierten - ermordet wurden. Sie sind summa summarum auf die Zahl von 85 bis 100 Millionen gekommen, die sich wie folgt aufteilen: Für China wird die runde Zahl von 65 Millionen Opfern angenommen; für die Sowjetunion werden 15 bis 20 Millionen veranschlagt; es folgen Kambodscha und Nordkorea mit je 2 Millionen; Afrika (Angola, Mosambique, Äthiopien) mit 1,7 Millionen, Vietnam mit 1 Million und Lateinamerika (Kuba, Nicaragua) mit 150.000 Ermordeten. Den weißen Umschlag des 850 Seiten dicken Buchs ziert eine verkaufsfördernde Schleife - sie ist zugleich die Seele des Ganzen; auf ihr steht geschrieben, worum es einzig geht und worin Ziel und Methode des Unternehmens zusammenfallen: »85 millions de victimes« (und darunter der Name des Verlags). Mittlerweile sind bereits 100.000 Exemplare verkauft.

Als Priester, der ins Mysterium der Zahl einführt, fungiert der Herausgeber des Sammelbandes, Stéphane Courtois, der einst zum maoistischen Verein »Vive la Revolution« gehörte, mittlerweile jedoch Anschluß an die akademische Gruppe >Vive le capital< gefunden hat. Ort der heiligen Handlung ist die Einleitung. Hier sprang der Herausgeber für den verstorbenen Ex-Kommunisten François Furet ein, der ursprünglich für das Vorwort vorgesehen war und der bereits in seinem 1994 erschienenen Buch *Le Passé d'une illusion (Die Vergangenheit einer Illusion)* den kommunistischen Dämon exorziert hatte. Courtois nun vereint »Rassen-Genozid« und »Klassen-Genozid« zur Kommunion des Opfers: »le génocide >de classe< rejoint le génocide >de race<«. Der Totalitarismus ist hier bis zur Symmetrie im Satzbau perfektioniert; die Opfer werden buchstäblich auf die Waage der Totalitarismustheorie gelegt: »Der Hungertod eines ukrainischen Kulaken-Kinds, das vom stalinistischen Regime bewußt dem Hunger überlassen wurde, ist ebensoviel >wert< wie der Tod eines jüdischen Kinds im Warschauer Ghetto, das vom Naziregime dem Hunger überlassen wurde.« Es geht um das Abwiegen der Opfer - nicht um die Verhältnisse, die sie zu Opfern machten. Der Historiker überträgt auf die Toten genau jenen Wahn

des Quantitativen, dem die Lebenden zum Opfer fielen. Der Erfolg seines Buches in Deutschland ist damit vorprogrammiert.

Courtois rundet nicht nur die 85 Millionen Opfer, die sich aus den einzelnen Beiträgen des Bandes schätzungsweise ergeben, auf 100 Millionen auf, er möchte vor allem die Totalitarismustheorie auf dieser Basis neu durchrechnen, um die Gleichung *Hitler = Stalin,* die überall als Grundgesetz der demokratischen Mathematik anerkannt ist, durch eine andere zu ersetzen: *Stalin (= Lenin = Trotzki) ist gleich - nach* Adam Riese und Ernst Nolte - *Hitler mal vier!* Denn nach den Berechnungen von Courtois hat der Nationalsozialismus nur 25 Millionen Tote gefordert. Auf diese Zahl kommt er scheinbar durch einen Trick: Er klammert einfach die in Kriegshandlungen getöteten Soldaten aus und berücksichtigt nur die Opfer unter der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten und unter den Kriegsgefangenen. Damit wendet er aber auf den Nationalsozialismus genau jenes Modell an, das ihm zur Berechnung der Opfer des Kommunismus dient - und diesen vermag nicht einmal Courtois die Toten des Krieges zuzuschlagen. In den Augen des Nolte-Anhängers fällt dem Nationalsozialismus also keine größere Schuld am Zweiten Weltkrieg zu als dem >Kommunismus<. Wer hier immer noch nicht begriffen hat, wem diese Arithmetik nützt, erfährt es am Ende der Einleitung, wenn Courtois schreibt: »Neuerdings hat die Hervorhebung einer >Einzigartigkeit< des Genozids an den Juden, die die Aufmerksamkeit auf seine außergewöhnliche Grausamkeit lenkt, die Wahrnehmung vergleichbarer Tatsachen in der kommunistischen Welt behindert. «

Dies ging sogar einigen Mitarbeitern des Bandes zu weit. Zwei der wichtigsten, Nicolas Werth und Jean-Louis Margolin, protestierten in einem Artikel in *Le Monde* gegen die vereinfachenden Thesen ihres Herausgebers. Doch im Grunde tun die empörten Mitarbeiter ihrem Projektleiter Unrecht: Der Priester der Opfer-Kommunion hat in seiner Einleitung nichts anderes getan, als die Zahlen beim Wort zu nehmen, die ihm von seinen Ministranten gereicht wurden, die Abstraktion also zu vollenden, die in der Methodik der einzelnen Beiträge selbst angelegt ist. Freilich zeigt sich dabei eine durchaus unterschiedlich ausgeprägte Fähigkeit zur Differenzierung. Die Zahl ist das Ziel - auf dem Weg dahin bemüht sich jedoch so mancher Autor um Devianz, allein schon um sich als akademisches Subjekt zur Geltung zu bringen. Dies betrifft neben den Beiträgen von Andrzej Paczkowski über Polen und Karel Bartosek über die Tschechoslowakei vor allem Nicolas Werths Aufsatz über die Sowjetunion, der fast 300 Seiten umfaßt. Während Courtois etwa Hungersnöte umstandslos als bewußt eingesetztes Mittel der Vernichtung rubriziert, unterscheidet Werth zwischen den Opfern des Bürgerkriegs, der Arbeitslager, der Hungersnöte (man stelle sich etwa die diesbezüglichen Zahlen in einem >Schwarzbuch des Kapitalismus< vor), der Umsiedlung und der Liquidierung politischer Gegner (für die Zeit der >großen Säuberung(kann er genau 681.692 Erschießungen nachweisen). In den meisten seiner Berechnungen liegt er deutlich unter den sonst von Antikommunisten lancierten Zahlen: Im Jahresdurchschnitt faßten die Lager nach seinen Berechnungen 2 bis 2,7 Millionen Häftlinge.

Wie eng dennoch der Spielraum solcher Differenzierung oder besser Dividierung ist, den Nicolas Werth in seinem Beitrag zuläßt, zeigt sich gerade dort, wo er über die Epoche der Sowjetunion hinausgegangen ist und einen Vergleich mit dem Zarenreich angestellt hat: So kommt Werth für die Zarenzeit zwischen 1825 und 1917 auf 6.321 politische Todesurteile, die Tscheka indes habe bereits innerhalb von zwei Monaten 10.000 bis 15.000 Exekutionen erreicht - und darin erblickt der Autor in Sachen Terror eine »veritable kopernikanische Revolution«. Hätte er im Schwarzbuch der bürgerlichen Gesellschaft - Kapitel Frankreich! - nachgeschlagen, wäre ihm die Wende nicht mehr so kopernikanisch vorgekommen. Die Bilanz des Jahres 11 der Französischen Revolution lautet: 17.000 Todesurteile und 35.000 bis 40.000 Tote - und dies in einem wesentlich kleinerem Land mit wesentlich kleinerer Bevölkerungszahl. Wenn schon Totalitarismustheorie auf arithmetischer Basis - dann ordentlich und wirklich grenzenlos.

In der Logik des Schwarzbuchs der Rekorde liegt auch, daß der Beitrag über China - jenes Land, das doch am meisten zur Gesamtbilanz des Kommunismus beigetragen hat - beinahe der kürzeste ist. Mit seinen knapp hundert Seiten hat er etwa dieselbe Länge wie das Kapitel über Osteuropa oder das über die Dritte Welt. Jean-Louis Margolin macht nicht viele Geschichten um die Zahlen. Die Kulturrevolution wird als Folge von »Pogromen« rationalisiert. Für die Zeit zwischen 1959 und 1961 konstatiert der Autor - wieder ein Rekord - die »größte Hungersnot der Geschichte« und berechnet mit verschiedenen Hochrechnungsverfahren 20 bis 43 Millionen Tote, die er sogleich Maos Konto zuschlägt. Eigentlich übernimmt Margolin die nationalkommunistische Ideologie Maos und kehrt deren Vorzeichen bloß um: Die katastrophalen Folgen des »Großen Sprungs nach vorn«, mit dem der Staat das Land aus der Dritten Welt in die Zweite katapultieren wollte, werden aus der Willenskraft, d. h. aus dem »Starrsinn« des großen Führers erklärt.

Weißbuch des Nationalsozialismus

Das Schwarzbuch aus Frankreich ist vor allem ein Weißbuch für Deutschland. Die deutsche Presse griff begierig nach den neuen Zahlen über den Kommunismus, rief einen neuen Historikerstreit aus - und nahm bei dieser Gelegenheit die Reduktion der Naziopferzahlen auf 25 Millionen wie ein Geschenk dankbar aber diskret entgegen, ist doch hiermit implizit anerkannt, daß Deutschland keine *besondere* Schuld am Zweiten Weltkrieg trifft. Zugleich hat man mit dem *Schwarzbuch* das Gegengift zu Goldhagen parat: Jede neuaufflammende Diskussion über den >eliminatorischen Antisemitismus< läßt

sich zukünftig mit Zahlen ersticken. Während die »FAZ« das eine Mal mit »Einhundert Millionen«, das andere mit »Hundert Millionen Tote« titelte (damit die Schleife des Buchumschlags noch übertrumpfte) und hinzufügte: »viermal mehr als der Nationalsozialismus«, konnte sich die »Zeit« gleich gar nicht mehr zurückhalten und platzte mit dem Sinn, der diesen Zahlen in Deutschland zukommt, gleich in der Schlagzeile ihres Dossiers heraus: »Der rote Holocaust« - natürlich ohne Anführungszeichen. Das hätten weder die *Nationalzeitung* noch die *Junge Freiheit* griffiger formulieren können; nicht einmal der »Spiegel«, der darum vielleicht darauf verzichtete, die spektakuläre Publikation mit einer Titelgeschichte zu würdigen.

In den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches ist die Totalitarismustheorie gefährlicher als anderswo. Political correctness dient hierzulande nur zur Formulierung einer Suggestivfrage: Im Interview mit der »Zeit« antwortet Courtois auf die Frage nach der Einzigartigkeit von Auschwitz genauso, wie man es von ihm in Deutschland erwarten darf: »Die Kommunisten haben die gleichen Schreckenstaten vollbracht. Meiner Meinung nach gibt es keine Spezifität des Völkermords an den Juden. Andere haben andere Völkermorde begangen ... Einzigartig ist an Auschwitz allein die industrielle Tötungsmethode. Nur die Nazis haben das getan. Doch Auschwitz war nicht charakteristisch für den Judenmord. Noch ehe Auschwitz eröffnet wurde, sind bereits zwei Millionen Juden durch Erschießung, Verhungernlassen und auf andere Weise von den Nazis ermordet worden - also nach den gleichen Methoden, nach denen Stalin etwa die Kulaken getötet hat.« Keine weiteren Fragen mehr hierzu: Die Zahl hat ihre Wirkung getan und alle Fragen nach dem systematischen Zusammenhang der Tötungen vor und in Auschwitz erledigt. (Immerhin folgt dem Interview, als pluralistische Show-Einlage, nicht nur eine begeisterte Rezension des *Schwarzbuchs* von Heinrich August Winkler, sondern auch eine grundsätzliche Kritik von Rudolf Walther. Diese stellt meines Wissens neben Bernhard Schmids Artikel in der *Jungle World* und einem hellsichtigen Kommentar von Martina Meister in der *Frankfurter Rundschau* die bislang einzige fundierte Auseinandersetzung mit dem *Schwarzbuch* dar.)

Weniger korrekt, sondern salopp wie eh und je stellt der »Spiegel« seine Suggestivfrage: »War der rote Völkermord genauso schlimm wie der Nazi-Holocaust?« Und offener als anderswo plappert der Journalist, Carlos Widmann, das deutsche Interesse an dem Buch aus: Die Neugier der westlichen Öffentlichkeit auf den »roten Völkermord« sei bis zum Erscheinen dieses Buchs »erstaunlich begrenzt« geblieben. »Dieses laue Interesse steht in einem gewissen Widerspruch zur unentwegten Beschäftigung mit der Terrorherrschaft der Nazis und der Ermordung von sechs Millionen Juden«. Zwar versäumt Widmann nicht, einige maliziöse Bemerkungen über Goldhagen einzustreuen, die eigentliche Aufmerksamkeit des »Spiegel« jedoch richtet sich auf das Zahlenmaterial: In einer übersichtlichen Grafik werden die Ergebnisse des *Schwarzbuchs* nicht nur anschaulicher als im Buch selber präsentiert - sie werden auch nach oben korrigiert: Das Hamburger Nachrichtenmagazin versteht sich als das bessere, periodisch erscheinende Schwarzbuch es Kommunismus und überbietet die von Werth errechneten 15 Millionen Opfer der Sowjetunion mit 35 Millionen; die 400.000 bis 1 Million der chinesischen Kulturrevolution mit 4 bis 10 Millionen (ohne Angaben von Quellen, versteht sich). Bei den 25 Millionen Opfern der Nazis verzichtet der »Spiegel« auf jede Korrektur. Wenn jedoch der rechtsextreme französische Europa-Abgeordnete Bernard Antony den Sinn des ganzen *Schwarzbuch-Un*ternehmens ausspricht und einfach erklärt: »Dagegen war Hitler doch ein Milchknabe«, distanziert sich das deutsche Nachrichtenmagazin: Dies sei eine »plumpe Reaktion«. »Focus« wiederum unterscheidet sich vom »Spiegel« durch eine eindrucksvollere Personifizierung der Opfer-Zahlen: Ein großes Porträt Stalins mit der Bildunterschrift »Der Beelzebub« steht einem kleiner dimensionierten und tiefergestellten Bild Hitlers gegenüber, das die Unterschrift »Der Teufel« trägt. Den Teufel mit Beelzebub austreiben - das ist denn auch das wahre Motto der Totalitarismustheorie in Deutschland.

Eine jämmerliche Farce bot hingegen der linksliberale »Freitag«: Als sollte der Geständniswahn der Moskauer Schauprozesse noch einmal zum Zuge kommen, outet sich Michael Jäger »als Kommunist«, um sich im selben Atemzug dem Souverän als geläuterter, Deutschland treu ergebener Nationalkommunist zu empfehlen, indem er Courtois' *Schwarzbuch* rückhaltlos verteidigt und eine Totalitarismustheorie nach Art der PDS oder der Grünen formuliert: »Im 20. Jahrhundert verwirklichten alle, was sie für die Wissenschaft hielten. Hitler die Rassenlehre, Stalin die Theorie der >absterbenden< Klassen. Die Baumeister der Kernkraftwerke berufen sich heute noch auf den Forschungsprozeß.« Und obendrein die Fleischesser auf die Evolutionstheorie.

Die ursprüngliche Akkumulation des Bösen

Die >Opferbilanz< löscht die heterogenen Bedingungen des gewaltsamen Todes aus - das ist ihre ideologische Aufgabe. Ein Begriff des Stalinismus aber könnte nur aus dieser Heterogenität gewonnen werden (die sich etwa auch im diskontinuierlichen Auftreten der Massenverbrechen niedergeschlagen hat) - in genauem Gegensatz zum Nationalsozialismus, dessen Vernichtungspolitik im Zusammenwirken wie in der Konkurrenz der beteiligten Institutionen geradezu homogen und kontinuierlich entwickelt wurde: Sein Fluchtpunkt ist die totale Identität; industrielle Tötung nichts anderes als konsequent zu Ende geführter Rassismus und Antisemitismus. Ein Schwarzbuch über den Nationalsozialismus, das nur die Zahlen der Opfer enthielte, wäre dennoch (auch wenn es deren haarsträubende Minimierung durch Courtois korrigieren würde) so sinnlos wie das vorliegende über den Kommunismus. Entscheidend für den Begriff der

nationalsozialistischen Herrschaft sind nicht die Zahlen der ermordeten Juden, sondern die Tatsache, daß jeder einzelne Jude unmittelbar und wie immer er sich auch verhalten mochte, von der Vernichtung bedroht war; welche Quantität diese Vernichtung schließlich erreichen konnte, hing von Faktoren ab, die außerhalb des Nationalsozialismus lagen.

Dies bedeutet auch, daß im Falle des Stalinismus Einzeluntersuchungen zu bestimmten Bereichen der Repression weiterführen als jede Gesamtschau. Solche monographischen Studien sind um so weniger spektakulär und aufsehenerregend, je mehr sie von der Abstraktion der bloßen Zahl abweichen und konkrete Verhältnisse und gesellschaftliche Zusammenhänge zu dokumentieren suchen. Das Buch *»Archipel GULag« - Stalins Zwangslager* von Ralf Stettner bietet im einzelnen weniger neues Quellenmaterial als eine brauchbare Zusammenfassung bisheriger Forschungsergebnisse. Zu einer kritischen Theorie des Stalinismus könnte es beitragen, weil es die sowjetischen Lager nicht isoliert als bloße Terrorinstrumente betrachtet, sondern in den Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion rückt. Freilich huldigt auch Stettner - er ist wissenschaftlicher Referent beim Deutschen Bundestag - dem Manichäismus, indem er das Land selbst isoliert betrachtet: Sozialismus als fensterlose Monade. Übrig bleibt also, diesen Zusammenhang anhand von Stettners Untersuchung zu rekonstruieren.

Eine gewisse Affinität von Staatskommunismus und Zwangsarbeit hatte sich bereits im Oktober 1917 gezeigt, als Lenin die Heranziehung von Häftlingen zu Zwangsarbeit vorschlug, um die »Staatsmaschinerie ins Laufen zu bringen« - ähnliche Argumente finden sich zur selben Zeit auch bei Trotzki. Kann aber Lenin und Trotzki zugute gehalten werden, daß sie die Staatsmaschinerie nach eigenem Bekenntnis nur vorübergehend antreiben wollten (um die Weltrevolution anzuheizen und das Absterben des Staates in die Wege zu leiten), so wäre auch der Einsatz von Zwangsarbeit zunächst nur als ephemere Maßnahme zu verstehen. Von einer umfassenden ökonomischen Nutzung der Arbeitskraft der Häftlinge kann jedenfalls bis Mitte der zwanziger Jahre in der Sowjetunion keine Rede sein.

Die Ausbreitung der Revolution scheiterte bekanntlich an Deutschland, und die sowjetische Staatsmaschine lief - ohne Lenin und ohne Trotzki - weiter; sie benötigte neue Energie: Da die Sowjetunion keine Kolonien besaß und mit ausländischem Kapital nicht rechnen konnte, mußten *innere Kolonien* geschaffen werden, in denen mittels Zwangsarbeit das nötige Kapital akkumuliert werden konnte - um mit der Industrialisierung des Auslandes Schritt halten zu können und dort die bei aller Abschottung notwendigen Investitionsgüter einzukaufen. Was in der ursprünglichen Akkumulation des Westens auf getrennten Bahnen verlief - die Enteignung der Bauern und die Versklavung der kolonialen Bevölkerung - wurde in der verkürzten, nachgeholten Akkumulation der SU zusammengezogen: Die enteigneten Bauern selber dienten in den Lagern als Sklaven. 1929 war das »Jahr des großen Umschwungs«: In der Dekulakisierungs-Aktion wurde die Landwirtschaft kollektiviert, d. h. die mittleren Bauern enteignet; Millionen von ihnen wurden in Lager eingewiesen oder zur Zwangsarbeit in entlegene Gebiete verbannt. Der Gulag entstand als integriertes Element der nachgeholten Akkumulation, und er blieb es, bis sie abgeschlossen war. Ralf Stettner zeigt im einzelnen, wie das Strafrecht da als Instrument der Rekrutierung verwendet wurde: War etwa 1921 noch als Höchststrafe fünf Jahre (!) vorgesehen und der Ausdruck »Strafe« aus den Gesetzestexten überhaupt gestrichen, so wurde dieser Begriff 1934 wieder eingeführt und die Höchststrafe nach sukzessiver Erhöhung seit Mitte der zwanziger Jahre 1937 auf 25 Jahre festgelegt.

Die Sowjetführung baute das Lagersystem zu einer Zeit aus, als das Land an einem akuten Arbeitskräftemangel litt. Mittels Terror sollten die fehlenden Arbeitskräfte herbeigezwungen, die abstrakte 'Arbeit aus den Menschen herausgepreßt werden. Die Zwangsarbeit wurde vor allem für die Großprojekte der ersten Fünfjahrespläne mobilisiert: für den Ausbau des Eisenbahn- und Straßennetzes (z. B. Ausbau der Transsib, Bau der Baikal-Amur-Magistrale), die Errichtung von Kanälen (z. B. Moskwa-Wolga-Kanal), Erdarbeiten etc. - mit einem Wort: für die Schaffung von Infrastrukturen für die Industrie. Dies war die Voraussetzung der Industrialisierung - nicht anders als im Westen, nur daß sie im Osten in einem radikal verkürzten Zeitraum vonstatten ging. Der Zwang zur Eile aber ergab sich aus der Nähe zu Deutschland: Besondere Bedeutung erlangte die Zwangsarbeit in der SU während das Angriffs der deutschen Wehrmacht; große Häftlingskontingente wurden in kriegswichtigen Bereichen wie der Rüstungsindustrie, beim Bau strategisch wichtiger Verkehrslinien und beim Bau von Verteidigungsanlagen eingesetzt. Und als nach 1945 die Zwangsarbeit einen neuerlichen Aufschwung nahm, hing dies mit der Tatsache zusammen, daß die Sowjetunion die Arbeitskraft der von den Deutschen ermordeten 20 Millionen Menschen ersetzen mußte, um die von den Deutschen zerstörte Produktion wiederaufzubauen. So hat Deutschland (natürlich im Verein mit Österreich), der Exportweltmeister der Barbarei, auch auf diese Weise seinen Beitrag geleistet.

Mitte der fünfziger Jahren hatte nicht nur Stalin, sondern auch der Gulag in vieler Hinsicht ausgedient: Sein Hauptzweck war erfüllt, für die jetzt anstehenden Aufgaben arbeitete er zu ineffizient, war volkswirtschaftlich nicht länger rentabel. Man benötigte jetzt vor allem >freie Arbeit<, qualifizierte und motivierte Facharbeiter. Das Wirtschaftssystem hatte sich konsolidiert und modernisiert, die industrielle und infrastrukturelle Erschließung rohstoffreicher Gebiete war weitgehend vollzogen; durch den jahrzehntelangen Einsatz der Häftlinge waren weite Gebiete kultiviert worden, und es gelang nun in größerem Umfang, >freie< Arbeiter zu bewegen, in diesen Gegenden zu arbeiten. Der Konflikt mit der chinesischen Führung, die erst damit begonnen hatte, die Akkumulation anzuheizen und sich darum weiterhin an der frühen Sowjetunion

orientierte, konnte nicht ausbleiben. Diese schließlich politisch rationalisierte Ungleichzeitigkeit trug durch den Abzug der sowjetischen Techniker und den Lieferstopp für sowjetische Maschinen wesentlich zum Akkumulationskollaps in China um 1960 bei.

Rückblickend bleibt der genaue Anteil der Zwangsarbeit an der Gesamtproduktion der Sowjetunion schwer zu ermessen; ja alle Zahlenangaben über die Lagerinsassen und die Toten der Lager schwanken in Stettners Studie über das Gulag-System ähnlich wie im *Schwarzbuch des Kommunismus - dabei* nimmt Stettner eine höhere durchschnittliche Zahl von Lagerinsassen pro Jahr an (für den Zeitraum von 1937 bis 1941 zwischen 3 und 13,5 Millionen); die jährliche Todesquote schätzt er auf 3 bis 10 Prozent. Allerdings läßt sich gerade hier die innere Situation der Lager nicht von der äußeren der Sowjetunion trennen - das begreift sogar ein Referent des Deutschen Bundestags: »Einen erheblichen Anstieg der Todesrate brachte der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mit sich. Die nach Osten verlegten Häftlinge wurden in völlig überfüllten oder nur improvisiert eingerichteten Lagern untergebracht, Versorgung und Verpflegung wurden knapp. Erst mit der Verbesserung der Verpflegung und der medizinischen Versorgung 1948 bis 1950 gelang es, die Sterbequote in den Lagern auf die der örtlichen Zivilisten zu senken.«

Nicht nur in diesem Punkt wird die Differenz zum NS-Vernichtungslager deutlich. Stettners Studie belegt eindrucksvoll, daß das Arbeitslager in der SU vor allem ein Mikrokosmos der stalinistischen Arbeitsgesellschaft war; so wurden hier im Prinzip dieselben Arbeitsmethoden und Produktionskriterien angewandt wie in der übrigen Gesellschaft: »Wie überall führten auch die Lager zu Zeiten des ersten Fünfjahresplanes die >wirtschaftliche Rechnungsführung<, den >Wettbewerb< und das >Stoßbrigadlertum< ein.« Die Zwangsarbeitslager waren im Grunde das, was die Linke (in Ost und West) immer in den NS-Vernichtungslagern hat sehen wollen: Der Staat realisierte hier unter verschärften Bedingungen die gewöhnliche kapitalistische Rationalität. Es handelte sich wirklich um eine entsetzliche Version der kapitalistischen Fabrik - während die NS-Vernichtungslager wie eine *Industrie gewordene Projektion* funktionierten. Kapitalistische Rationalität wurde im Nationalsozialismus mit antisemitischer Konsequenz am >anderen Objekt< negiert, um sie zu bewahren: durch die Vernichtung der Juden, auf die man das Real-Abstrakte dieser Rationalität projizierte. »Auschwitz war eine Fabrik zur >Vernichtung des Werts<, d. h. zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten« (Moishe Postone).

Die sowjetischen Zwangsarbeitslager sind demgegenüber Konzentrationslager im Wortsinne gewesen: Die ganze sowjetische Gesellschaft wurde hier konzentriert, und darum bringen sie eine Grundtendenz der staatshörigen Arbeiterbewegung in reinster und barbarischster Form zum Ausdruck: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« - dieses alte Arbeiterbewegungsmotto findet sich auf den Spruchbändern vieler Lager des Gulag.

Literatur:

Stéphane Courtois u. a.: *Le livre noir du communisme. Crimes, terreur et répression.* Paris 1997, 848 Seiten, 189 Francs

Ralf Stettner: *»Archipel GULag«: Stalins Zwangslager. Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Entstehung, Organisation und Funktion des sowjetischen Lagersystems 1928-1956.* Schöningh Verlag, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996, 448 Seiten, 68 Mark

Konkret 01/98, S. 17

Bernhard Schmid

Hochrechnung

Das »Livre noir« und seine Opferzahlen sind in Frankreich heftig umstritten

Am 6. November 97, pünktlich zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution, erschien im französischen Verlag Robert Laffonte das *Livre noir du communisme* (»Schwarzbuch des Kommunismus: Verbrechen, Terror, Repression«) - seither dreht sich die öffentliche Debatte um das Thema der 45 Millionen Toten des Kommunismus«. Auf diese Zahl hatte der Herausgeber des Buches Stéphane Courtois die Bilanz des »Kommunismus an der Macht« resümiert. Die Seriosität seiner Zählweise ist umstritten. So nimmt »Le monde diplomatique« die Zahlenspiele von Courtois am Beispiel der von ihm angegebenen » 150.000 Toten des Kommunismus auf dem lateinamerikanischen Subkontinent« auseinander. Pascal Fontaine, der das Kapitel über Lateinamerika schrieb, gibt für Kuba eine Gesamtzahl von 15.000 bis 17.000 erschossenen Menschen an für Peru eine Zahl von 25.000 bis 30.000 Opfern des »Leuchtenden Pfads« und für Nicaragua - überhaupt keine Zahl. Das ergibt maximal 47.000 Tote. Wie kommt aber Courtois in seiner Addition auf 150.000? »Le Monde diplomatique«-Autor Maurice Lemoine hat nachgerechnet und kommt zu dem Schluß, daß »der Autor offenkundig ... die 35.000 bis 50.000 Toten des Bürgerkriegs, der in Nicaragua stattfand - gegen die Somoza-Diktatur! - und die 45.000 bis 50.000 Toten des Krieges, der von den >Contras< und den USA unterhalten wurde ausschließlich auf das Konto der Sandinisten bucht. (Die, nebenbei gesagt, in ihren Reihen weit mehr Christen als Kommunisten zählten.)«

Courtois treibt die absurde Rechnung so weit, neben den Opfern von Hungersnöten (die allein die Hälfte seiner Toten stellen), der Zwangsarbeit in der UdSSR und politischer Repression auch dieses Ereignis zur kriminellen Bilanz des Kommunismus zu zählen: »Erinnern wir daran, daß die französische KP im Herbst 1947 einem Aufstand vergleichbare Streiks organisierte und damit die Verantwortung für das Entgleisen des Expreßzugs Paris-Lille in der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember 1947 trägt. Bilanz: 16 Tote und rund 30 Verletzte!«

Courtois verwahrt sich dagegen, daß seine Arbeit irgend etwas mit Politik zu tun habe. Bei einem Fernsehauftritt zeigte er sich »sehr überrascht« darüber, daß man ihm die - im Sommer 97 von der extremen Rechten aufgebrachte - Forderung nach einem »Nürnberger Prozeß des Kommunismus« unterstellte: »Wir sind keine Richter oder Staatsanwälte, (sondern) Historiker.« Doch in seinem Vorwort taucht der Bezug auf Nürnberg und die dort vorgenommene Definition des »Verbrechens gegen die Menschlichkeit« (eigentlich: »Menschheit«; d. Red.), die Courtois zufolge auf die kommunistischen Taten angewandt werden müsse, mindestens sechsmal auf.

Das *Schwarzbuch* erregt in allen überregionalen Blättern große Aufmerksamkeit. Die affirmativsten Kommentare kommen aus der linksliberalen »Libération« und dem sozialliberalen »Nouvel Observateur«, rechtskonservative Medien wie »Le Figaro« haben es natürlich schon immer gewußt. Auch auf politischer Ebene ist das *Schwarzbuch* - bei drei Ministern der KP im Regierungskabinett Jospin - brisant. Der Vorsitzende der christdemokratischen Formation der UDF, Francois Bayrou, wedelt von seinem Abgeordnetensitz aus mit dem *Schwarzbuch* in Richtung Regierungsbänke, und sein Fraktionskollege Michel Voisin stellt am 12. November eine Anfrage an den Premierminister, die darauf abzielt, »die Verantwortung jener festzustellen, die diese Greuel unterstützt haben«. Jospin erklärt daraufhin seine »totale Verurteilung« des Gulag, erinnert aber zugleich daran, daß die französische KP ihn, »wenn auch verspätet«, verurteilt habe, daß sie »die Lehren aus ihrer Geschichte gezogen habe«. Zugleich erinnert er daran, daß die KP »1945 an einer aus der Résistance hervorgegangenen Regierung, geführt von dem General de Gaulle«, teilgenommen habe.

Am 3. Dezember übertrug auch das (öffentlich-rechtliche) Fernsehen eine Debatte zum Thema. Neben Courtois und dem ehemaligen Gulag-Insassen Jacques Rossi waren der ehemalige Gorbatschow-Berater Andrei Gratschew, der KP-Chef Robert Hue und der Sänger Jean Ferrat - ein langjähriger interner Kritiker der französischen Kommunisten - mit von der Partie. Der Moderator hielt eine Art Tribunal über den Sekretär der französischen KP. (»Verurteilen Sie heute ohne Abstriche Lenin?«) Doch die Botschaft der Sendung war eine andere: Hue erklärte, daß er die begangenen »Monströsitäten« klar verurteile, der Kommunismus aber für ihn davon völlig loszulösen sei und daß er an »eine Zukunft für den Kommunismus« glaube. Und Jean Ferrat - von dem ein altes Lied aus dem Jahr 1980 eingespielt wurde, worin er den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, den sein damaliger Parteichef Marchais befürwortete, und die Interventionen in Ungarn und der CSSR verurteilte - fragte den Moderator, wann er eine Sendung zum Schwarzbuch des Kapitalismus zu machen gedenke: »200 Millionen Kinder arbeiten in der Welt, 40.000 sterben täglich an Hunger.«

Am folgenden Abend widmet »Le Monde« dem Thema einen Leitartikel aus der Feder ihres Chefredakteurs Jean-Marie Colombani, der an die Veröffentlichungen seiner Zeitung über stalinistische Verbrechen in den späten 40er Jahren erinnert und konstatiert, daß man sich von frisch Bekehrten á la Courtois keine Lehren erteilen lassen müsse. »Mit derselben Methode, oder eher: derselben Bedenkenlosigkeit wäre es ebenfalls einfach ein *Schwarzbuch des Kapitalismus zu* entwerfen, indem man die Millionen Tote der Schlächterei 1914-18, der diversen Kolonialmassaker von Algerien über

Indochina bis Madagaskar ... der vietnamesischen, laotischen und kambodschanischen Bevölkerung, die unter den Bomben amerikanischer B 52 dezimiert wurden, usw. zusammenzählt.«

Anders als von den Initiatoren beabsichtigt, zeichnet sich die französische Diskussion dadurch aus, daß im bürgerlichen Lager - anders als in den Reihen der Konvertiten - differenziert und zumindest die grundsätzliche Legitimität einer Gesellschaftsveränderung nicht in Frage gestellt wird.

Konkret 01/98, S. 18

Peter-Paul Zahl

Brief aus Jamaica

Deutscher Herbst 1

11. September 1997, 8 Uhr morgens: Ich lande, von Montego Bay 3 kommend, in Düsseldorf. Der Beamte, der meinen Paß überprüft, sieht mir länger ins Gesicht als anderen. Der Taxifahrer, der mich nach Ratingen fährt, klagt, er stünde schon vier Stunden am Flughafen: Die Leute nähmen heutzutage eher die S-Bahn oder ließen sich abholen. »So schlimm war's noch nie.« Er übertreibt.

11. September 1977, 8 Uhr morgens: Ich sitze in der JVA Werl, mit etwa 70 anderen der totalen Kontaktsperre unterworfen: Fliegendraht vorm Gitter, Zusatzschloß an der Tür, die Zellen über, unter und neben meiner geräumt, das Radio abgezwackt; kein Besuch, Einzelfreistunde, Einzelbad, Kirchgang verboten, keine Post, keine Zeitung, kein Telefonat, Anwaltsbesuche verboten. Neue Unterwäsche, neue Knastklamotten, das Arschloch zwei Mal am Tag inspiziert, kein Buch. Der Grund für das alles: Ein gewisser Dr. H. M. »Ich bin ein alter Nationalsozialist und SS-Führer« Schleyer ist entführt worden. Im Knast ein ungeheurer Jubel. Wie nach der Erschießung von Generalbundesanwalt Buback: Zu den kostenlosen Vergnügen der Beherrschten gehört seit Jahrtausenden die Nachricht vom gewaltsamen Tod eines unbeliebten Herrschenden. Die Kontaktsperre ist nicht neu. Ich wurde ihr - wie alle anderen politischen Gefangenen - unterworfen anläßlich der Lorenzentführung, der Flugzeugentführung nach Entebbe, der Besetzung der Stockholmer Botschaft. Der Chef des BKA, Dr. Horst »Sonnenstaat« Herold ist ein schlauer Mann: Er schafft Fakten, die ein uninformiert gehaltenes Parlament im nachhinein nur abzusegnen hat. In drei Tagen, im Stil der Krolloper. Nur vier Hanseln (linke SPD) wagen es, dagegen zu stimmen. Wer ein bißchen Rechtsstaat zu bewahren wagt, ist dann gleich »Sympathisant des Terrors«.

Am 5.9. wird Schleyer entführt, am 6., morgens, nimmt das LKA meine Zelle auseinander. Wände, Decke und Fußboden werden mit Metallsuchgeräten untersucht: Nicht ein Bleistiftspitzer wäre denen entgangen, geschweige 3 Pistolen und 570 Gramm Sprengstoff. Es ist schon erstaunlich, daß selbst 20 Jahre später 99 Prozent der Deutschen nicht nur »den Kakao, durch den man sie zieht, trinken« (Kästner), sondern auch noch immer die Scheiße fressen, die ihnen von denen da oben serviert wird, Fastfood á la Bölling, Schmidt und Herold.

11. September 1997: Mein Bruder hat viel geweint. Er trinkt zuviel. Er ist fertig mit den Nerven: Unsre Mutter hat sich einen Monat zuvor einen Oberschenkelhalsbruch zugezogen. Das passiert vielen, zu vielen alten Leuten. Zumeist im glatten Badezimmer. Der größte Teil dieser Unfälle könnte vermieden werden, baute der Staat ihnen rutschfeste Duschtassen und Kacheln ein. Die Operation ist heutzutage Routine; nach vier Tagen könnten Gehversuche beginnen. Stünde genügend Pflegepersonal im Krankenhaus zur Verfügung. Tut es aber nicht: Bei 5 Millionen Arbeitslosen muß an Arbeit gespart werden. Da liegen sie dann in ihren Gitterbetten, die Alten. Eine Flasche Sprudel wird auf das Nachtschränkchen gestellt: »Trink mal, Oma.« Tun die meisten Omas aber nicht. Sie haben keinen Durst. Also dehydrieren sie. Mit der Dehydrierung kommt der kleine Wahnsinn. Und das ist gut so. Da steckt man die Alten in ein »Pflegeheim und läßt sie mit Knete spielen« (so ein Sachverständiger in Berlin). Seit der Einführung der Pflegeversicherung ist die Pflege um 100 Prozent teurer geworden. Diese zu finanzieren, nimmt man den Alten ihr Häuschen weg.

Vier Stunden nach meiner Ankunft im Elternhaus bringt eine Ambulanz meine Mutter auf der Bahre ins Wohnzimmer. Dehydriert. Sie sieht »Hunde auf der Bettdecke, seht Ihr sie nicht?« Und schwarze Vögel im Raum. Und unterhält sich mit Leuten, die im 11. Weltkrieg umgekommen sind. Dank der Pflege im Katholischen Krankenhaus in Ratingen. Wo sie noch aus dem Bett fiel. Weil das Seitengitter des Bettes nicht hochgeklappt war. Wo man einen Schlaganfall »übersieht«. Der Hausarzt kommt, dann die Dame vom privaten Pflegedienst. Sie ist freundlich und professionell. Das beruhigt. Uns nicht, aber die Patientin, meine Mutter. Wir sind uns einig, sie keinesfalls in ein Alten- oder Pflegeheim abzuschieben.

Einige Tage später muß mein Bruder nach Irland zurück: Seine Frau kriegt das dritte Kind, und er wartet seit Monaten auf die Resultate von Tests nach seiner ersten Herzattacke vor anderthalb Jahren. Er lebt von der Stütze. Er ist 48 Jahre alt. So bleibe ich am Krankenbett. Mulle war nie für die Reaktion, nie in der NSDAP, immer eine gute Mutter, herzlich und nüchtern, nie sentimental, hatte stets ein gutes Gespür dafür, wann ihre Kinder sie brauchten. Nun braucht sie ihre Kinder. Langsam geht es ihr besser. Zum Trinken muß man sie fast zwingen. Ihr Geist entwirrt sich. Wir sprechen miteinander. Sie schläft viel. Sie hat »zu nichts mehr Lust. Das Leben macht keinen Spaß mehr.« Sie ist 85. Im abgedunkelten Krankenzimmer gucke ich viel fern, mich abzulenken. Diese gute Mischung aus Fußball und »Tatort«. Beide besser als vermutet. Und diese böse Mischung aus Nachrichten und Geschichtsschreibung nach Gutsherrenart: ein fünftklassiger Krimi des Herrn Breloer (der nicht umsonst den Bayerischen Staatspreis erhielt) und eine »Dokumentation« über den (West-)Deutschen Herbst 77 von RTL mit anschließender Talkrunde: Schily, der den Großen Lauschangriff verteidigt, eine betroffene Stewardeß, der Kronzeuge Boock, der, hört er »dieser unser Staat« oder »Güterabwägung«, mit dem Kopf nickt

wie der Nikolaus im Schaufenster zur Weihnachtszeit, und als einziger, der bescheiden Kritik äußert, Ex-Innenminister Baum (u. a. daß er pausenlos von seinem eignen Apparat verarscht und vorgeführt worden sei).

Ex-Desinformationsminister Bölling, Es-Pe-Deh, der vor 20 Jahren die Dämonisierung der RAF in der Öffentlichkeit im Akkord und mit Erfolg betrieb, darf nun im »Taz«-Journal »20 Jahre Deutscher Herbst« schreiben, »daß wir ... dazu neigten, die RAF zu dämonisieren«. Ach ja. Und daß er gesagt habe, daß nichts »zu begreifen ist ohne das Ereignis (sic!) des Vietnamkrieges«, um dann flott weiterzulügen (diese Kunst durfte er als Lehrbeauftragter bei den Kommunikationswissenschaften an der FU Berlin Mitte der 80er weitergeben): »Die akademische Jugend in den USA (habe) das Ende dieses sinnlosen Krieges auch ohne Terrorismus herbeizuführen geholfen.« Als hätte es den Weather-Underground nicht gegeben, eine US-Stadtguerilla, mit der, damals, verglichen die RAF ein Kindergarten war. Aber die Öffentlichkeit frißt das noch immer. Unter anderem, weil Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit »in diesem unseren Land« mehr als nur be- und eingeschränkt ist - ein schlechter Witz, verglichen mit der in den USA. Oder Jamaica, wo ich nun 12 Jahre lebe.

Eine Selbstkritik der RAF und der Bewegung 2. Juni fordern sie alle, von der »Taz« bis zur »FAZ«. Aber wie kann oder soll diese erfolgen, wenn nicht zuvor die Selbstkritik jener Verbrecher in Bonn erfolgt, die die Bomben auf Vietnam und Kambodscha, auf Grenada, Panama, den Irak, das Zuschaufeln von Lebenden und Toten in Massengräbern (natürlich ohne Medienzeugen) und die Bewaffnung von Mörderbanden in Guatemala, El Salvador, Angola, Mozambique, Afghanistan und Nicaragua, die Unterstützung des Apartheid-Regimes, das Verminen von Zivilhäfen nicht nur »billigend in Kauf genommen« haben, wie Staatsanwälte dies zu bezeichnen pflegen, sondern moralisch, logistisch und materiell unterstützt? Die Mörder und ihre Komplizen laufen nicht nur frei herum, sie erfreuen sich höchster Pensionen und wohlwollender Kritiken in den Lexika und Medien. Kein Prozeß droht den Mördern in Washington und ihren Quislingen in der »frei« genannten Welt. Denn dazu müßte man sie erst dingfest machen. Die Chancen dafür sehen zur Zeit nicht sonderlich gut aus. Nicht im Deutschen Herbst 97.

Nach den Nachrichten nun das Wetter der letzten 50 Jahre. Und die Lottozahlen. Die deutsche Öffentlichkeit bleibt dehydriert: Sie halluziniert (»siehst du nicht die Zivilgesellschaft?«) und hält, was ihr vorgemacht wird, für real. Wie sagte der Desinformationsminister damals (und heute)?: »Allseitige Übereinstimmung verkaufen? Nichts leichter als das. Das ist bloße Konditorkunst wie Sahneschlagen: Ein Tropfen Wahrheit und viel, viel Luft ... «

PS. Meiner kranken Mutter geht es besser. Im Dezember löse ich meinen Bruder wieder mit der Pflege ab.

Long Bay, 12.11.97

Peter Paul Zahl: neun Jahre DDR, elf Jahre alte BRD, elf Jahre Westberlin, zehn Jahre Knast, lebt seit 1985 auf Jamaica. Er veröffentlichte zuletzt die Romane »Lauf um dein Leben« und »Das Ende Deutschlands«

Konkret 01/98, S. 19

Peter Hacks

Jetztzeit

GEDENKSTÄTTE DER SOZIALISTEN

Mit Ulbrichts Abschuß war wieder einmal
Ein freies Deutschland verloren.
Er endete nicht im Landwehrkanal.
Der lag in den Westsektoren.

Der Mörder war wieder die SPD.
Der Brandt war Ulbrichts Noske.
Breshnew will Frieden an der Spree,
Meldeten die Kioske.

Zieh mollig an dein kleines Kind,
Es bläst ein Sturm, ein kalter.
Der rote Winterspaziergang beginnt
Zu Karl und Rosa und Walter.

Konkret 01/98, S. 20

Karl-Heinz Hansen

Kunde vom traurigen Volk

Unser nationaler »Volkstrauertag« ist so alt wie die »Bild-Zeitung« (1952) - und macht auch in der Provinz noch immer mordsmäßig Spaß

Traurig I

»Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide«, Groß Liederner Str. 45, 29525 Uelzen, am Donnerstag, dem 13. November 1997, Seite 8, unter der Überschrift »Frieden und Versöhnung« und einem Bild von uniformierten Kranzwerfern auf dem Uelzener Friedhof:

Unseren Gefallenen

Sie liegen im Westen und Osten, sie liegen in aller Welt,
und ihre Helme verrosten und Kreuz und Hügel zerfällt.
Sie liegen verscharrt und versunken im Massengrab und im Meer
Aber es leben Halunken, die ziehen noch über sie her!

Heut tobt man mich (sic!)frechem Gebaren, durch Flitter. Lüge und Glanz,
Sie fielen mit achtzehn Jahren - in einem anderen Land.
Sie waren nicht ausgezogen um Beute und schnöden Gewinn.
Was heute verlacht und verlogen, es hatte für sie einen Sinn!

Sie hatten ihr junges Leben nicht weniger lieb -
als die heute höhnen: es hinzugeben sei reine Idiotie!
Sie konnten nicht demonstrieren
»Mehr Freiheit bei höherem Lohn«.
Sie mußten ins Feld marschieren:
der Vater der Bruder. der Sohn!

Sie gingen die Heimat zu schützen und haben allem entsagt
» Was kann uns der Einsatz nützen?«
hat keiner von ihnen gefragt!
Sie haben ihr Leben und Sterben dem Vaterlande geweiht.
Sie wußten nicht welchen Erben und welcher Erbärmlichkeit!!!
W Schütte, Varendorf

Traurig II

Lüneburg (Heimat der »Herman-Löns-Spirituosenfabrik«), Sonntag, 16. November 1997, Lindenstraße: In den frühen Morgenstunden sprühen Unbekannte mit roter Ölfarbe »LUGE« auf eine mausgraue Steinplatte, die mit einem mahnenden, ernst gemeinten Wort Richard von Weizsäckers »Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 - 1945« gewidmet ist.

8.30 Uhr: Die Polizei entdeckt den Anschlag und bedeckt die Farbe mit Tannenreisig.

10 Uhr: Zwei Dutzend Menschen gedenken »der Opfer des Faschismus« mit Kränzen der VVN und der PDS.

Lindenstraße, 50 Meter weiter, 10.30 Uhr: Um den mit einem Bronzeadler geschmückten »Ehren«-Obelisk für Hitlers Bombenflieger, die ihr mörderisches Handwerk an spanischen Dörfern und Städten gelernt und es dann weltweit als »Mittel der obersten Kriegführung« zur deutschen Meisterschaft brachten, versammeln sich zur Andacht: eineinhalb

Dutzend letzte Getreue des Reichsmarschalls und Judenvernichters Göring, einige sonstige Sympathisanten (darunter zwei Ratsmitglieder der CDU) sowie ein halbes Dutzend Vertreter der DVU, die einen Kranz am Fuße des bronzenen Vogels deponieren.

Erst als ein Fotograf das dokumentieren will, befördern die alten Bomber das Gebinde ins nächste Gebüsch, aber »der Presse eins in die Fresse« findet dann doch nicht statt - wegen Beäugung durch Polizei in Uniform und Zivil. Statt dessen aber ein heftiger Streit zwischen Alt-Nazis und Neu-Nazis, zur ehrlichen Freude umstehender jugendlicher Gegendemonstranten.

Die Erzeuger und Betreiber des Fliegerehrenmals für das »Löwengeschwader« waren und sind mit der Luftwaffe der Bundeswehrmacht personell, institutionell und traditionell eng verbunden: Die Flieger der ersten Staffel des Jagdbombergeschwaders 36 (Rheine-Hopsten) tragen auf ihren Arbeitskitteln das Löwenwappen des von Heinrich Himmler verehrten Heinrich d. Löwen.

Das Ehrenmal wurde am 8. September 1956 mit pseudoreligiösem Schmonzes geweiht und mit gesenkten (Reichskriegs-)Fahnen in die »Obhut« der Stadt Lüneburg gegeben. Darin befindet es sich bis heute. Der amtierende Oberbürgermeister, Ulrich Mädge (SPD), möchte die alten und neuen Anbeter des Schandmals nicht vergraulen.

Lindenstraße, wieder 50 Meter zurück, 12 Uhr: Oberbürgermeister Ulrich Mädge (SPD) legt an der Gedenkstätte für die »Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft« den »Kranz der Stadt« neben die Blumen von VVN und PDS. Die Opfer ehren, ohne den Tätern zu wehren?

Im April 1997 begründete der Abgeordnete Jörg van Essen für die CDU/CSU/FDP-Koaltion die Ablehnung einer von SPD und Grünen beantragten Debatte über die Zerstörung Guernicas durch die Wehrmachtluftwaffe so: Es gehe nicht um die »Quantität, sondern um die Qualität des Gedenkens«. In Lüneburg hat man begriffen. Auch die SPD.

Traurig III

Lüneburg, Montag, 17. November 1997, Große Bäckerstraße, vormittags: Der Kommandeur des Panzergrenadierbataillons 9 hat ein Kommando »Offizier plus Mannschaft« in Ausgehuniform zum Einsatz in die Innenstadt befohlen. Auftrag: Sammeln! Für einen Verein. Name: Volksbund der Deutschen Kriegsgräberfürsorge. Parole: Heut' rasseln nicht Ketten, heut' dröhnt kein Motor, heut' stoßen mit rasselnden Büchsen wir vor!

Fürsorgedienst ist Vorsorgepflicht: Allen Kameraden soll ein gepflegtes Stückchen Erde/Wüste/Prärie sicher sein, wenn dereinst sie die Zukunft voll von vorne erwischt.

Traurig IV (nicht sehr)

Aus dem »Extra-Tip«, Lüneburg, 8./9. November 1997:

Das eiserne Kreuz ist schon wieder verschwunden

»In welcher Zeit leben wir eigentlich?« fragen sich entsetzt die Kyffhäuserkameraden. Erst vor wenigen Wochen hatte die Kyhäuserkameradschaft Bienenbüttel das Eiserne Kreuz auf dem Gedenkstein, der an das Geburtsjahr 1797 von Kaiser Wilhelm I. erinnert, erneuert. Viele Jahre war es verschwunden. Nun wurde ein neues aus Beton wieder angebracht. Doch kaum war das gute Stück montiert, war es schon wieder weg. Einfach abgeschlagen! Ob jedoch aus politischer Überzeugung oder ob es ein Jungenstreich war steht leider nicht fest.

Oder vielleicht von Jungen, die politische Überzeugungen haben? Oder gar ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, wenn schon Eiserne Kreuze aus Beton und dann trotzdem weg sind?

Konkret 01/98, S. 21

Oliver Tolmein

Die Mörder und die Mahner

Auf das Massaker von Luxor reagierte die deutsche Presse mit Maß und Nachsicht. Denn islamische Killer haben Gründe, die man schon den heimischen Nazis nicht wirklich krumm nimmt

Für die Ermordung von Touristen gibt es keine Rechtfertigung. Aber .. « Eine knappe Woche nach dem Massaker, das islamische Terroristen unter Touristen im ägyptischen Luxor angerichtet hatten, war die Stunde der Experten gekommen. Niemand wollte das Blutbad rechtfertigen. Aber Erklärungen hatten die deutschen Medien schnell und ausführlich parat. Nüchterne Erklärungen, im leidenschaftslosen Ton des Sachverständigengutachtens vorgetragen, in diesem Ton, der so bemerkenswert anschwillt, wenn es um anderes im Nahen Osten geht, z. B. um die Schüsse israelischer Polizisten gegen steineschmeißende Palästinenser. Peter Schütt zum Beispiel, der ehemalige DKP-Barde, trug als Kenner jeder Form von Osten im allgemeinen und als Experte für männliche Leidenschaften im besonderen vor: »In Luxor treffen leicht, luftig und sexy gekleidete Touristinnen aus dem Westen auf verschleierte einheimische Frauen und Mädchen. Sie begegnen einander voller Unverständnis, Verachtung und Überlegenheitsgefühlen.« Ergebnis? »Klammheimliche Sympathie zumindest eines Teils der Bevölkerung«, wenn die luftig gekleideten Frauen und Mädchen dann von Granaten zerfetzt und von Maschinenpistolen niedergeschossen werden. »Zwei Kulturen prallen aufeinander«, ist Peter Schütts Text von der Redaktion überschrieben worden: Daß es ausgerechnet Axel Springers »Hamburger Abendblatt« ist, in dem der geläuterte Kommunist seine Erkenntnisse ausbreiten kann, stimmt schon wieder versöhnlich. Denn der Autor ist sich in einem treu geblieben: In seiner tiefen Abneigung gegen den Westen und jede Kultur, die diesen Namen verdienen könnte.

»Genau zehn Tage vor dem grausamen Massenmord gab es in Luxor ein Schauspiel ganz anderer Art«, und man vermutet: schlimmerer. »Auf den Stufen des altägyptischen Tempels wurde Verdis Oper Aida in einer Prachtaufführung gegeben - mit Stars aus Rom, Paris und New York. Die 1.800 eingeflogenen Zuschauer zahlten für das Spektakel 2.500 Dollar. Daß solche vorsätzliche Zurschaustellung von Luxus auch Haß erzeugen kann, versteht sich - Haß, den sich die Terroristen zunutze gemacht haben.« Womit, was erst nur erklärt werden konnte, nun immerhin verstanden wird. »Der westliche Massentourismus«, legt Schütt nach, »bringt zwar Geld ins Land, aber er berührt auch offene Wunden im Bewußtsein der Ägypter. Die Attentäter wollten mit ihrer Bluttat diese Wunden weiter aufreißen.«

Massaker und nationale Identitätskrise hängen eng zusammen - ein Gedanke, der in Deutschland, dessen Wiedervereinigung auch die Pogrome wieder gebracht hat, auf Resonanz stößt. Auch Wolfgang Günter Lerch von der »FAZ«, einem Blatt, für das Ruhe, Ordnung und Innere Sicherheit ganz oben auf der Werteskala rangieren, reagierte nachdenklich auf das blutige Attentat. »Islam und Terrorismus« ist Lerchs Leitkommentar überschrieben, vorsichtig nähert er sich seinem Thema: »Terrorismus ist überall möglich. Auch in hochentwickelten Ländern haben sich immer wieder Menschen gefunden, die für irgendeine als absolut wahr geglaubte Idee oder Ideologie zur Waffe griffen.« Damit meint er aber nicht die massenmordenden deutschen Armeen, sondern Gruppen, die eine weniger blutige Bilanz zu ziehen haben, wie z. B. die RAF Nach dem kurzen Exkurs über die Lage an der Heimatfront kommt Nahostexperte Lerch zu seiner wichtigsten Erkenntnis: Mitverantwortlich für den islamistischen Terror ist in gewisser Weise »der Westen«, »die Überwältigung durch die Moderne, die vom Westen repräsentiert wird... Das westliche Demokratie-Konzept ist für viele ein fremder Import, dessen Wirkungen die Masse der Bevölkerung in gänzlich verzerrter Form wahrnimmt.«

Der anti-westliche Impetus, der die erklärungssinnigen Kommentare im konservativen Lager begleitet, fehlt zwar in den Medien des traditionell linken Spektrums, aber auch dort sind die Autoren bemüht, die Diskussion zu »versachlichen«, um den »politischen Islam« aus der Schußlinie der Kritik zu ziehen. »Durch ihre Sozialarbeit (haben die Untergrund-Islamisten) eine gewisse Duldung erreicht«, attestiert die »junge Welt« und kritisiert das Bemühen der ägyptischen Regierung, dem islamistischen Terrorismus »militärisch-brutal« begegnen zu wollen. Im »Neuen Deutschland« wird ein Dozent der Gesamthochschule Kassel als Experte befragt und darf erklären, daß »eine sozialere Politik in der Tat das beste Gegenmittel (ist)«. In einem Kommentar wird die Position des »Neuen Deutschland« zugespitzt: Zwar lege es nahe, das Vorgehen der terroristischen Islamisten als »faschistoid« zu bezeichnen: »Das darf aber den Blick nicht dafür verstellen, daß der Islamismus keine diffuse >grüne< Gefahr, sondern ein soziales Phänomen ist. Deshalb wird er sich in Ägypten so wenig >ausrotten< lassen wie in Algerien.« Und der »ND«-Korrespondent aus Amman wird nicht müde zu betonen, daß das ägyptische Regime am Massaker letztlich selber schuld sei: »Sämtliche Friedensangebote (der islamistischen Terroristen) schlug die Regierung aus«. Auch das bislang letzte, mit dem die Dschamaa Islamija nach dem Massaker von Luxor einen Waffenstillstand anbot, falls die Gefangenen aus der militanten Gruppe freigelassen werden würden und die Regierung die Repressalien gegen die Gruppe einstellte.

Ähnlich denkt auch die »Taz«: »Beim nächsten Angebot (der islamistischen Terroristen) sollte die Regierung bedachter reagieren - solange die islamistischen Organisationen bei ihren Sympathisanten noch Gehör finden. Sonst drohen am Nil tatsächlich >algerische Verhältnisse<.« Und der »Freitag« warnt die ägyptische Regierung davor, entschlossen gegen die Mörder vorzugehen: »Wer den Islamismus polizeilich und gewaltsam unterdrückt, läßt ihn stärker und militanter werden.

So zwingt man einen politischen Islamismus in den Untergrund und in die Gegengewalt. Wen der Staat gewaltsam verfolgt, der wird keine Skrupel haben, auch den Staat gewaltsam anzugreifen.«

Es ist bemerkenswert, wie sehr die Rezepte der deutschen Medien gegen den islamistischen Terrorismus denen gleichen, die für die Re-Integration der deutschen Nazis in die Gesellschaft entwickelt worden sind: Die Täter werden von der Verantwortung befreit und zu Getriebenen erklärt, die angesichts der miserablen sozialen Verhältnisse und der schreckenerregenden staatlichen Verfolgung in ihrem Land sich geradezu zwangsläufig dazu entscheiden mußten, Unbeteiligte zu ermorden, wo immer sie ihrer habhaft werden können. Und so wie die deutschen Volksverhetzer die Abschaffung des Aslyrechts als Gratifikation erhielten, sollen in Nahost auch die politischen Forderungen der aggressiven Staatsfeinde erfüllt werden, damit endlich wieder Friedhofsruhe einkehren kann. Und tatsächlich: Die Willkür bei der Auswahl der Opfer, die gnadenlose Brutalität der Massaker - das alles ist aus der Geschichte des westeuropäischen Rechtsterrorismus (Oktoberfestattentat, der Anschlag auf den Bahnhof von Bologna) bestens bekannt. Die Vorstellung, der ausgesuchten Bestialität islamistischer Terroristen mit Zugeständnissen an die Täter, gar mit ihrer Machtbeteiligung begegnen zu können, ist geradezu abenteuerlich. Die Erfolge einer solchen Integration lassen sich derzeit bei den Taliban in Pakistan, aber auch beim Mullah-Regime des ebenfalls von der BRD unterstützten Iran besichtigen: So zivilisiert verhalten sich islamistische Terrorgruppen, haben sie erst mal den Machtapparat in der Hand.

Konkret 01/98, S. 22

Gaby Hommel

Daten und Taten

»Tag des Baumes«, »Jahr des Kindes«, »Woche des ausländischen Mitbürgers«: Im Kalender erscheint, was ausstirbt, mißachtet und bekämpft wird. 1997 als europaweites »Jahr gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« ist entsprechend zu bilanzieren

»Es ist wohl so, daß wir alle untätige Zeugen einer abermaligen, diesmal demokratisch abgesicherten Barbarei sind.«

Günter Grass

Geplant und ausgerufen wurde das Datum von der EU-Kommission in Brüssel. Die pompösen, medienwirksam in Szene gesetzten Eröffnungsfeierlichkeiten fanden am 29. Januar 97 in Den Haag statt. Geredet wurde vom »Rassismus als Gefahr« und von »Menschen in Not«. Eine Woche später trafen sich ohne großes Aufsehen im nur wenige Kilometer entfernten Noordwijk die Innenminister der EU-Staaten. Auf der Tagesordnung standen Maßnahmen, mit denen Europa noch besser gegen Flüchtlinge abgeschirmt werden soll. Die bundesrepublikanische Auftaktfestivität ging Anfang März im Berliner »Haus der Kulturen der Welt« über die Bühne. Gastredner Roman Herzog nutzte die Gelegenheit, um für die Ausweisung straffällig gewordener Ausländer/innen zu plädieren. Barbara John, Ausländerbeauftragte des Landes und Organisatorin der Veranstaltung, diffamierte Antifa-Initiativen und Flüchtlingsgruppen, die vor den Türen des Saales gegen jede, insbesondere die institutionelle Form des Rassismus demonstrierten, als »Gewaltpotential der gesamten Stadt«.

Ein Vielfaches der rund 40 Millionen Mark, die der Öffentlichkeit unter dem schönfärberischen Begriff »Rückkehrbeihilfe« präsentiert wurden, ließ sich allein die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Monaten die Abschiebung bosnischer Kriegsflüchtlinge kosten. Ganze 4,7 Millionen Ecu, umgerechnet noch nicht einmal 12 Millionen Mark, war der gesamten europäischen Staatengemeinschaft das »Jahr gegen Rassismus« wert. Ein Viertel des Geldes verschlangen die Sonntagsreden in Den Haag und der in diesen Tagen in Luxemburg stattfindende zentrale Schlußakt. Die übrigen 9 Millionen Mark wurden in nationale Projekte gesteckt; darunter ein Posterwettbewerb in Dänemark, eine »Fun-Rallye« in Belgien sowie die bereits erwähnte Feierstunde in Berlin, deren Finanzierung den für die Bundesrepublik vorgesehenen Etat zum Großteil auffraß. Um die restlichen Krümel des Kuchens wetteiferten u. a. der Deutsche Arbeitgeberverband, die Bundeszentrale für politische Bildung und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Während die wenigen Basisinitiativen, die überhaupt an den Start gehen konnten, nicht nur in der Bundesrepublik von Anbeginn außer Konkurrenz liefen. Denn die Vergabe der verbliebenen Pfennige lag - wie hier so auch in den meisten anderen Ländern - in der Hand der jeweiligen Innenministerien.

Daß damit der Bock zum Gärtner gemacht wurde, versteht sich. Ebenso der Umstand, daß bereits bei nur oberflächlicher Betrachtung der Rahmenbedingungen das »Jahr gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit« seinen Show-Charakter zeigt - in Ziel und Inhalt von der zuständigen Koordinatorin in Brüssel nicht zufällig am Beispiel der Lichterketten gemessen, mit denen sich das deutsche Volk anno 1991/92 ein Alibi für die rassistischen Morde und Pogrome in Mölln und Hoyerswerda, Solingen und Rostock verschaffte. Doch so durchsichtig der Etikettenschwindel auch ist, er erfüllt seinen Zweck. Er dient der Kanalisierung der Empörung, die brennende Flüchtlingswohnheime, Synagogen und Kirchen noch hervorzurufen imstande sind. Als Hinweis der Schlips- an die Stiefelträger, was des Guten zuviel ist. Und nicht zuletzt als Ablenkungsmanöver der amtlichen Täter in Bonn und Paris, Madrid und Rom von ihrem europaweit organisierten Verbrechen und dessen zahllosen Opfern.

Einen aktuellen Ausschnitt davon beleuchtet in Frankreich die Situation der »Sans Papiers«, also jener Menschen vor allem aus den ehemals französischen Kolonien, die - so ihnen nicht von Anbeginn der Aufenthalt im »Mutterland« verboten war - spätestens seit der Verschärfung der Ausländergesetzgebung unter den konservativen Innenministern Pasqua und Debré zu Hunderttausenden gezwungen sind, ein menschenunwürdiges Dasein in der Illegalität zu fristen. Mit dem Versprechen, ihre Situation zu verbessern, ging Lionel Jospin im Frühjahr dieses Jahres in den Wahlkampf Wenige Wochen nach dem Amtsantritt seiner Regierung am 1. Juni erließ er eine Verordnung, worin die »Regularisierung« der Papierlosen im Einzelfall und unter der Voraussetzung geregelt wird, daß sich die Betroffenen bei den Behörden melden und dort umfangreiche Angaben über ihre Person, Wohn- und Arbeitsverhältnisse machen. Bis zum festgesetzten Stichtag am 31. Oktober decouvrierten sich rund 150.000 Männer, Frauen und Kinder wie verlangt. Etwa drei Prozent davon wurde bislang ein Aufenthaltstitel ausgestellt. Daß sich die Zahl bis zur abschließenden Bearbeitung aller Anträge noch deutlich erhöhen wird, behaupten nicht einmal die Verantwortlichen im Champs-Elysées-Palast. Statt dessen versichern sie, mit ihrer Immigrationspolitik dem Front National auch in Zukunft den Wind aus den Segeln nehmen zu wollen.

Ganz praktisch tat dies auch die Fregatte der italienischen Marine, die im März dieses Jahres ein mit mindestens 300 Menschen besetztes Flüchtlingsschiff rammte. Seitdem liegen rund 80 Tote mehr auf dem Grund der Adria. Wieviel es

insgesamt sind, weiß niemand. Fest steht lediglich, daß Nacht für Nacht morsche Fischkutter, Boote und Bötchen von der Küste Albaniens und Griechenlands in See stechen, um ihre Menschenfracht in die Festung Europa einzuschmuggeln. Erwartet, abgefangen und bei jedem Wetter wieder zurückgetrieben werden die schwimmenden Särge vom hochaufgerüsteten italienischen Küstenschutz. Der Rest bleibt Wind und Wellen überlassen; im Zweifel den Fischen. Wie am Weihnachtsfeiertag 96, als vor der Küste Maltas mindestens 290 Flüchtlinge aus Sri Lanka, Pakistan und Indien ertranken. Oder im Juni 97, als beim Versuch, die Meerenge von Gibraltar zu überwinden, mehrere Dutzend Männer aus Marokko ihr Leben ließen.

Demgegenüber nimmt sich die Zahl der aus Oder und Neiße gefischten Leichen fast schon bescheiden aus. Rund 60 sollen es in den vergangenen vier Jahren auf deutscher Seite gewesen sein. Der zuletzt bekanntgewordene Fall betraf ein 18monatiges Mädchen aus Afghanistan, das in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni gemeinsam mit drei weiteren Kindern und sieben Erwachsenen die Grenze bei Görlitz zu überwinden versucht hatte. Nicht viel weiter, aber lediglich mit ein paar amputierten Zehen davon, kamen 16 Menschen aus Irak und Bangladesh, die zum Jahreswechsel 96/97 halb erfroren in Brandenburg aufgefunden worden waren. Daß es ihnen und offiziellen Angaben zufolge etwa weiteren 7.000 Menschen im vergangenen Jahr gelang, ein Schlupfloch in der hochgesicherten Ostflanke Europas zu finden, ließ Innenminister Kanther zackig handeln. Sieben Grenzschutzboote und sechs Hubschrauber kommandierte er 1997 zusätzlich ab. Die Fußtruppen wurden auf 6.200 BGS-Beamte und 300 Hunde aufgestockt. Eine unbekannte Zahl von Bürgerwehren unterstützt die staatlichen Grenzschützen

Sonstige Maßnahmen, mit denen im Hause Kanther das »Jahr gegen Rassismus« gefeiert wurde, zielten speziell gegen solche Ausländer/innen, die sich bereits seit Jahren und Jahrzehnten im Land aufhalten. Als erstes traf es die Kinder sogenannter »Gastarbeiter«, die neuerdings ein Visum brauchen, wenn sie ihre Großeltern in der Türkei oder in Jugoslawien besuchen und nach den Schulferien oder dem Urlaub wieder nach Gelsenkirchen oder Berlin zurück wollen. Es folgten Asylbewerber/innen, Kriegs- und aus sonstigen Gründen im Land geduldete Flüchtlinge, denen ab dem 1. Juni für drei Jahre lang nur 80 Prozent jenes Sozialhilfesatzes ausgezahlt wird, von dem schon Menschen mit deutschen Paß nicht leben und sterben können. Den krönenden Abschluß der Liste bilden die sogenannten »straffällig« gewordenen Ausländer/innen. Denn seit der letzten Verschärfung des Ausländergesetzes gilt: Wer mehr als drei Jahre aufgebrummt kriegt, wird danach abtransportiert. »Nach Hause«, wie es euphemistisch heißt; tatsächlich aber nicht selten in ein den Betroffenen fremdes Land.

Schröder und Voscherau, Diepgen und Stoiber, die für eine noch schnellere Abschiebung ausländischer Straftäter/innen agitieren und auch sonst kaum eine rechte Stammtisch-Parole scheuen; Außenminister Kinkel, der Vietnam mit Streichung der Entwicklungshilfe, Bosnien mit dem Ende der Aufbauhilfe droht und auch andere Länder erpreßt, die seine hier wie dort ungeliebten Staatsbürger/innen nicht umstandslos zurücknehmen; Arbeitsminister Blüm, der im Sommer ein generelles Arbeitsverbot für Albaner/innen erließ und darüber hinaus für ein grundsätzliches Apartheidsystem bei der Vergabe von Arbeitsplätzen verantwortlich zeichnet; die Länder Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen sowie der Berliner Senat, die in einer gemeinsamen Bundesratsinitiative die ersatzlose Streichung der Sozialhilfe für alle Flüchtlinge fordern, die theoretisch zur Ausreise verpflichtet sind, praktisch das Land aber nicht verlassen können, da die Ausländerämter es nicht fertigbringen, ihnen die dazu notwendigen Papiere zu beschaffen - die Liste der im öffentlichen Auftrag tätigen Ausländerfeinde im Land ließe sich beliebig fortsetzen.

Mit Berlins Innensenator Jörg Schönbohm etwa, der im Januar ein 12 Jahre altes vietnamisches Mädchen aus dem Kinderheim holen und ohne Begleitung, Geld oder sonstigen Schutz nach Hanoi ausfliegen ließ. Oder mit Ulrich Jung, Stadtdirektor von Marienmünster, der im Februar die Schulen seiner ostwestfälischen Kleinstadt aufforderte, keine Kinder abgelehnter Asylberwerber/innen mehr aufzunehmen. Mit den Mitgliedern des Bonner Petitionsausschusses, die im März einen Ablehnungsbescheid des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bestätigten, worin es heißt, daß eine Frau aus Zaire, die nach der Ermordung ihres Mann durch Soldaten des Mobutu-Regimes selbst verhaftet, zusammengeschlagen und zweimal vergewaltigt worden war, weder eine »Verletzung der Menschenwürde in ihrem Kein« noch eine sonstige Maßnahme mit »asylbegründender Eingriffsintensität« erfuhr, sondern »lediglich belästigt« wurde. Oder mit den Frankfurter Richtern, die Anfang Mai bestätigten, daß sich der hessische Hochtaunus-Kreis mit Recht weigert, die Kosten einer lebensnotwendigen Nierentransplantation für einen kurdischen Asylbewerber zu übernehmen. Mit den Polizeibeamten, die im August einen Pfarrer aus dem badischen Linkenheim in Handschellen legten, weil dieser darum gebeten hatte, einen in der Nacht aus dem Bett ins Flugzeug nach Istanbul gezerrten Familienvater doch wenigstens die Gelegenheit zu geben, sich von Frau und Kindern zu verabschieden. Oder mit den Richtern am Bundesverwaltungsgericht, die im November entschieden, daß bei Abschiebungen keine Rücksicht darauf zu nehmen ist, ob Familien auseinandergerissen werden.

Der institutionell vorgegebene Rahmen wird von privaten Aktivitäten ausgefüllt. Nicht nur, aber speziell in Deutschland, wo die tägliche Mißhandlung von Ausländer/inne/n auf der Straße und das Abbrennen ihrer Häuser nur noch dann wahrgenommen wird, wenn »Bürger in Uniform« oder eine gesamte Dorfbevölkerung daran beteiligt sind; wo Ladenbesitzer mit quergestellten Besen in der Tür, Gastwirte mit dem Schild »Pferdewurst« im Fenster Sinti und Roma

abzuschrecken versuchen, Hausbesitzer grundsätzlich keine Wohnungen an »Zigeuner« vermieten und dafür die richterliche Absolution erhalten; wo die Initiative der Gollwitzer, ihr Dorf »judenfrei« zu halten, in Wort und Geist nicht nur von einem Ministerpräsidenten unterstützt wird, sondern auch von einer schweigenden Mehrheit von Komplizen und Komplizinnen im Land. Weshalb die Heuchler und Hetzer in der Bundesrepublik auch keineswegs mit ihren Gesinnungsgenossen in den Nachbarstaaten gleichzusetzen sind. Dies zu tun, hieße, ihnen auf den Leim zu kriechen. Denn genausowenig wie Antisemitismus und Antiziganismus mit sonstigen Formen des Rassismus und des Fremdenhasses in einen Topf geworfen können, darf die deutsche Judenverfolgung einem Allgemeineren subsumiert werden. Weder im Stil der Protagonisten des »Jahres gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit« noch im Sinne einer Beschreibung dieser Kalenderfeierlichkeit als europaweiter Totentanz.

Konkret 01/98, S. 24

Hermann L. Gremliza

Gott erhalte unsre Grunen

Der »Spiegel« meldete, die Grünen hätten »den hartleibigen Links-Verleger Hermann Gremliza« eingeladen, bei der Beratung ihres Parteiprogramms »Beistand« zu leisten. Richtig ist: Ich hatte Jürgen Trittin gebeten, auf die KONKRET-Umfrage »Was ist heute noch links?« zu antworten. Der hatte, trotz Terminnot, zugesagt und im Gegenzug gefragt, ob ich bereit sei, vor dem Bundesvorstand der Grünen Kritik an der Präambel des grünen Wahlprogramms zu üben. Ich antwortete, daß ich soviel Spaß schon verstünde, fuhr nach Bonn und tat desgleichen:

Sie können sich jetzt zurücklehnen. Was ich Ihnen zu bieten habe, ist bloß ein bißchen Sprachkritik. Und die bewirkt in diesem von den neuen Medien und den neuen sozialen Bewegungen einträchtig analphabetisierten Land gar nichts. Das sehen Sie schon daran, daß es einerseits mich gibt und andererseits eine grüne Bundestagsfraktion.

Um keinen Textsortenfehler zu begehen, der im krassesten Fall dann entsteht, wenn der Kritiker eine Satire als Nekrolog liest oder umgekehrt, zunächst eine Bemerkung, um welche Sorte Text es sich hier handelt: Parteiprogramme, insonders die von Parteien, die in Gegnerschaft zum gesellschaftlichen System entstanden sind - erst die liberalen, dann die sozialistischen, zuletzt die Grünen - sind keine Programme, die ankündigen, was die Parteien vorhaben. Sie dienen vielmehr dem Zweck, die praktische Politik, welche die Führungen und Mandatsträger der Partei in den letzten Jahren außerhalb oder entgegen dem zuletzt beschlossenen Programm getrieben haben, zu ratifizieren. In Godesberg, beispielsweise, wurde keine neue Politik beschlossen, die die SPD in den kommenden Jahren angehen wollte, sondern eine Politik abgesegnet, welche die deutsche Sozialdemokratie spätestens seit Bebels Tod tatsächlich betrieben hatte. Friedrich Ebert, beispielsweise, war ein Godesberger durch und durch.

Daß diese Programme ehemals linker Parteien allesamt auch ein paar nostalgische Töne anschlagen, dient der Besänftigung der weniger flexiblen Nachhut. Hieß der Erinnerungsposten im Görlitzer Programm der SPD von 1921, also unter Ebert: »Grund und Boden, die Bodenschätze sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen... Kontrolle des Reichs vor allem über Kartelle und Trusts ... «, hatte er im Godesberger Programm bereits diese fast parodistische Form angenommen: »Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.« Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen, wird sich Carlo Schmid gedacht haben, bzw. »Wacht auf, Unterprivilegierte dieser Erde, erstrebt die neue Wirtschaftsordnung«.

Mit dem vorliegenden Wahlprogramm der Grünen verhält es sich nicht anders. Es dient dazu, die Mitglieder der ehemaligen Anti-Partei-Partei auf deren letztem Schritt zur ganz normalen, ordentlichen deutschen Parlamentspartei in Treue fest um ihre Mandatsträger zu versammeln.

Präambeln wiederum sind der Versuch, dem folgenden Text und dessen profanen Details eine höhere Weihe zu geben. Sie sind so etwas wie die Profile an den Fassaden von Gründerzeitvillen. Diese Ornamentenmasern, wie Tucholsky sie nannte, tragen nichts zum Gebrauchswert bei, putzen aber ungemein. Sowohl zur Herstellung als auch zur Beurteilung dieses kunstgewerblichen Schnickschnacks werden nicht selten parteilose Kulturschaffende beigezogen. Also bitte:

Die Präambel Ihres Wahlprogramms beginnt mit einem Zitat aus A*lice im Wunderland* - *»Würdest* du mir bitte sagen, wie ich von hier aus am besten weitergehen soll?« fragt Alice die Katze. Die Katze antwortet: »Das hängt sehr davon ab, wo du hinwillst.« Daran knüpft das Programm den Satz: »Wir leben nicht im Wunderland.« Das meine ich mit Kunstgewerbe, dessen Synonym Fälschung heißt. Sie besteht hier darin, daß Alices Wunderland mit dem Wirtschafts-Wunderland, das der Satz vom Wunderland meint, in dem wir nicht leben, keinerlei geistige Verbindung hat. Die Antwort der Katze ist keineswegs, wie die Gegenüberstellung suggeriert, wundersam, der märchenhaft einfache - und deshalb unrealistische - Weg aus schwierigen Problemen, sondern radikal realistisch.

Es gebe, heißt es dann, eine entscheidende Wahl: »zwischen einer Politik, die sich den Problemen stellt, und einer Politik, die sich auf den Erhalt der Regierungssessel konzentriert«. Das ist erstens und bewußt ein populistischer Gemeinplatz: Die Bonzen, die Postenjäger, die Karrieristen sind immer die andern. Zweitens und unbewußt ist es eine innerparteiliche Spitze. Alles hängt davon ab, wie die Autoren oder die Leser das Wort Erhalt verstehen, das ja zwei gleichgewichtige Bedeutungen hat: als Erhaltung, Bewahrung eines Besitzes, oder als Entgegennahme, Empfang von Besitz. Im Witz funktioniert das so: Ein jüdischer Schüler wird von seinem Nazi-Lehrer ertappt, wie er während des Unterrichts Tagebuch führt. Der Lehrer nimmt ihm das Tagebuch weg und liest daraus vor. Erster Eintrag: Gott erhalte Adolf Hitler. Zweiter Eintrag: Gott erhalte Hermann Göring. Undsoweiter. Dem Nazi-Lehrer kommen Tränen der Rührung. Er liest weiter: Gott erhalte Ernst Röhm. Darunter: Hat erhalten am 30. Juni 1934. Mit »Erhalt der Regierungssessel« kann erstens die Regierung gemeint sein und zweitens die zur Regierung drängenden Grünen. Die Möglichkeit, daß der Autor dieses schönen Satzes pfiffig genug war, beides zu meinen, schließe ich aber aus.

Es folgen: die Wahl zwischen Egoismus und Solidarität, die Wahl zwischen Ellenbogen und Gerechtigkeit, die Wahl zwischen Lauschangriff und Demokratie, zwischen Zukunft und Zerstörung der »natürlichen Lebensgrundlagen«. Alles so schön übersichtlich, daß man es hätte abkürzen können: zur Wahl zwischen Gut und Böse. Pro bono, contra malum, wie das Motto der »Welt im Spiegel« hieß. Es endet mit der Wahl zwischen »dem Herbst des Patriarchen und dem Frühling des Aufbruchs«. In diesem Tonfall hat der Parteidichter Peter Schütt, bevor er zu Springer ging, für die »UZ« gedichtet. »Das ist der Widerspruch unserer Zeit, daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und sich jetzt vor den Folgen fürchtet; daß der Mensch die Produktivkräfte aufs höchste entwickelte, ungeheure Reichtümer ansammelte, ohne allen einen gerechten Anteil an dieser gemeinsamen Leistung zu verschaffen... « Oder war das Günter Grass? So jedenfalls beginnt die Präambel zum Godesberger Programm, deren Nähe zu dieser hier nicht zufällig ist.

Zum »Politikmodell«, der »Politik der sozialen Kälte«, die »in den letzten 16 Jahren die Kluft zwischen Armut und Reichtum immens vergrößert« habe: daß in einer grünen Analyse dieser Entwicklung das entscheidende Datum, die Jahre 1989/1990, nicht vorkommen darf, leuchtet ein. Aber daß die Armut nun geradewegs von der Powerteh kommt, daß ein »Politikmodell«, die »Standort-Sicherung« und die »Realität« bzw. die »Ideologie der Globalisierung« der Grund für Ausbeutung und Verelendung sein sollen - ist das nicht ein bißchen übertrieben? Gewiß, wer nicht in Verdacht geraten will, an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu rühren, muß für seine Kritik unverfängliche Begriffe suchen: »Politik der sozialen Kälte« für Klassenkampf, »massive Umverteilung zugunsten der Unternehmen und Vermögenden« für Ausbeutung bzw. Expropriation, »Armut als allgemeines Lebensrisiko« für Verelendung, »Wettbewerb« für Kapitalismus. Wobei einen diese Verballhornungen sprachlich wie gedanklich ganz schön ins Gedränge bringen, wenn man eine Erklärung für die »massive Umverteilung, die Beschneidung sozialer Rechte und der Lebensperspektiven junger Menschen« geben will. In der Präambel heißt die Antwort: »Wer nicht unmittelbar zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beiträgt, ist - vom neoliberalen Standpunkt aus gesehen - uninteressant.« Was heißt: unmittelbar? Und was: vom Standpunkt aus gesehen? Als der Gedanke noch ein Gedanke war und nicht bloß eine Meinung, ist er, 1848, so formuliert worden: »In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d. h. das Kapital entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt.« Wer nicht unmittelbar zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beiträgt, ist - vom neoliberalen Standpunkt aus gesehen - uninteressant: das Kommunistische Manifest ad usum delphini, nämlich für den »Taz«-Leser.

Weniger heiter als finster wird's bei der Wendung gegen das »Finanzkapital«, an das der Staat seine Handlungsfähigkeit abgegeben habe. Abgesehen davon, daß der Staat von dort seine Handlungsfähigkeit bezieht, weil bekanntlich nicht die Volkswahlen AG für den Schröder arbeitet sondern der Schröder für VW - der Reflex, der den Autor oder die Autorin unter allen denkbaren Ersatz-Vokabeln nach dem »Finanzkapital« hat greifen lassen, wäre eine eigene Untersuchung wert, deren Ergebnis ich hier gleich vorwegnehmen will: Das Kapital ist das schaffende, das national Wertvolle, das es irgendwie nicht verdient bzw. sich sehr bestimmt verbeten hat, »Kapital« genannt zu werden; das »Finanzkapital« ist das raffende, couponschneidende, imperialistische Wall-Street-Kapital. Das Finanzkapital ist, mit Bebel zu sprechen, das Kapital des dummen Kerls. Selbstverständlich haben die Verfasser keinen Augenblick an etwas Antisemitisches gedacht. Sie haben es bloß mit traumwandlerischer Sicherheit hingeschrieben.

Was »Zivilgesellschaft« ist, weiß ich inzwischen gut genug, um zu wissen, daß man sich das nicht zu merken braucht. Aber wofür steht »Zivilmacht Europa«? Sie soll eine Art Gegenentwurf zur »Osterweiterung der Nato« sein. Heißt das, sie solle deren Ziele - insbesondere die Plünderung der Beitrittsländer durch die Rüstungskonzerne und die militärische Sicherung dieser neuen Geld- und Warenmärkte - mit politischen und ökonomischen Mitteln organisieren?

Dann kommt es doch noch, das Kapital bzw. der Kapitalismus. Und zwar so: »Die Kohl-Regierung predigt den Kapitalismus als Erfüllung der Geschichte.« Das ist natürlich gelogen: Die Kohl-Regierung beißt sich lieber ihre zwanzig Zungen ab, als das Wort Kapitalismus auch nur auszusprechen, geschweige denn zu predigen. Was gepredigt wird, ist die »Marktwirtschaft«, bei Kohl wie im Wahlprogramm der Grünen, das so fortfährt: »Doch Marktwirtschaft ist nur im Wechselspiel mit materieller Sicherheit, sozialen Rechten und Demokratie überlebensfähig.« Abgesehen davon, daß das Quatsch ist, weil die Marktwirtschaft in Chile unter Pinochet so herrlichen Aufschwung genommen hat wie in China unter Deng und in Deutschland unter Hitler - was, in aller Dialektiker Namen, bedeutet das Wort »Wechselspiel«? Gibt der Verfasser, die Verfasserin darin die Kenntnis einer Ahnung oder die Ahnung einer Kenntnis wieder, daß umgekehrt ein Schuh draus wird? Daß parlamentarische, bürgerliche Demokratie nur möglich oder meinetwegen »überlebensfähig« ist, wo gesellschaftlicher Reichtum herrscht und auch den Unterklassen eine gewisse materielle Sicherheit gewährt werden kann (seit 1989/90 aber nicht mehr muß)?

Während das Wahlprogramm der Grünen der Kohl-Regierung vorwirft, sie predige, nämlich den Kapitalismus, analysiert das Wahlprogramm der Grünen ein paar Zeilen später »die staatliche sanktionierte Anbetung des Götzen Markt«. So stelle ich mir Kritik der politischen Ökonomie im Konfirmandenunterricht vor. Und wodurch muß »die staatliche sanktionierte Anbetung des Götzen Markt« abgelöst werden? Sie muß abgelöst werden »von einer breiten gesellschaftlichen

Reformdebatte über die sozialen und ökologischen Grenzen der Marktgesellschaft ... « Das ist konsequent: wenn Kapitalismus Markt heißt, heißt Klassengesellschaft Marktgesellschaft. Marktgesellschaft - das ist doch mal was anderes.

»Die breite gesellschaftliche Reformdebatte« soll auch geführt werden »über eine Arbeitswelt, die Kinder nicht zu Störfaktoren einer allseitigen Verfügbarkeit stempelt«, und dieser Appell ist ganz gewiß sehr gut gemeint. Leider zeugt er wiederum nur davon, wie ein Gedanke unter der Last einer guten Meinung in sich zusammenbricht: Wahr ist, daß in einer Gesellschaftsordnung, die allseitige Verfügbarkeit verlangt, Kinder stören. Was folgt, wenn man die Kinder nicht abschaffen will, aus dieser Erkenntnis? Daß eine Gesellschaftsordnung, die allseitige Verfügbarkeit verlangt, abgeschafft wird? Oder, sozialdemokratisch gesprochen: so verändert wird, daß aus der allseitigen Verfügbarkeit eine etwas weniger allseitige - der Sprachgebrauch ist diesem Vorhaben angemessen - gemacht wird? Nein. Die Verfasser der Präambel wollen weder die Störfaktoren, nämlich die Kinder, abschaffen, noch die allseitige Verfügbarkeit. Abschaffen wollen sie das »stempelt«, also die gar nicht so falsche Bezeichnung eines falschen Verhältnisses.

Adorno hat einem Frankfurter Lokalaphoristiker das Wort in den Mund gelegt: »Wer aus dem Fenster schaut, wird manches gewahr.« Der entsprechende Aphorismus der Präambel Ihres Wahlprogramms lautet: »Die Gestaltung der Zukunft muß in das Zentrum der Politik rücken.« Der Satz hat ein Vorbild: »Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch.« Herzlich Ihre CDU. Der Unterschied zwischen den beiden Sätzen ist der zwischen einer Rolle Klopapier und der längsten Serviette der Welt. Nein, das ist ungerecht, die CDU-Weisheit ist bloß normale evangelische Blödmacherei, der Satz mit der Gestaltung der Zukunft im Zentrum ist eine Beschwörungsformel der anthroposophischen Art.

Und nachdem vorne der Standort-Egoismus hinreichend gegeißelt worden ist, kann nun hinten dem Wirtschaftsminister vorgeworfen werden, daß er für den Standort nicht genug tue, sondern »ein fleischgewordenes Standortrisiko« sei. Die Häufung körperlicher Anspielungen in dieser Präambel - »fleischgeworden«, »schlanker Staat«, »kräftiges Abspecken« - sei nur nebenbei erwähnt. Ihre gruppenpsychopathologische Genese liegt zu nahe.

Alles in allem geht mein Urteil dahin, daß die Präambel zu Ihrem Wahlprogramm den ornamentalen Zweck, den ein solches Papier erfüllen soll, rundum erfüllt. Es ist in ihm nicht ein Gedanke enthalten oder versteckt, der die Führung der Partei in irgendeiner Frage zu einer bestimmten Entscheidung verpflichten oder die Mitglieder ermuntern könnte, eine solche von ihren Vertretern zu verlangen, oder sonstwie bei der Gestaltung der Zukunft Ungelegenheiten machen könnte. Das kunstgewerbliche Geschick der Autoren ist sehr zu loben. Am besten gefallen hat mir ihr Ausruf: »Ja zur Öffentlichen Sicherheit, entschiedenes Nein zu rechten Parolen!« Da ist einfach alles drin, was ein Innenminister Ihrer Partei einmal brauchen könnte.

Konkret 01/98, S. 26

Peter Kratz

Führer unser

Die »Freireligiösen« sind eine Sekte, die Adolf Hitler zu ihrem Gott erklärte und ein genetisch gereinigtes deutsches Volk für göttlich hält. Zwei Abgeordnete sitzen für sie im Bundestag. Sie gehören der SPD an, wie viele ihrer prominenten Förderer

Was mag sich verbergen hinter dem Adjektiv »freireligiös«, mit dem sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Prof Dr. jur. Eckhart Pick aus Mainz als einziges MdB im *Handbuch des Deutschen Bundestages* selbst bezeichnet? In ihrem Mitgliedermagazin »Vorwärts« finden die Sozialdemokraten keine Antwort, obwohl sich das Blatt ansonsten intensiv einem neuen deutschen Thema widmet, der »Sektenpolitik«. Picks Fraktionskollegin Doris Barnett, persönliche Gegenkandidatin von Bundeskanzler Kohl im Wahlkreis Ludwigshafen, bekennt sich nur intern. Wegen ihrer »Freien Religion« fühlt sie sich von Christen verfolgt. In der Zeitschrift der »Freireligiösen«, »Wege ohne Dogma« (»WOD«), beklagte Barnett sich während des Wahlkampfs 1994: Weil sie seit früher Kindheit »freireligiös« sei, habe sie sich im Vergleich zu den Christen immer »besonders anstrengen« müssen: »Trotz meiner allgemeinen guten Leistungen in der Schule wurde ich von einigen Lehrern schlechter bewertet als meine Mitschüler.« Jetzt wisse sie, was es heiße, einer Minderheit anzugehören.

Ein so schweres Schicksal hatten die »Freireligiösen« nicht immer zu tragen, jedenfalls nicht vor dem 8. Mai 1945. Denn ihre drei größten Ideologen, die auch in den 90er Jahren die organisierte »Freie Religion« inhaltlich prägen, waren stramme Nazis: Wilhelm Bonneß, Georg Pick und Dietrich Bronder, vor 1945 an der Verfolgung von Christen und Juden beteiligt, danach Präsidenten, Ehrenpräsidenten und Bundesgeschäftsführer des »Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands« (BFGD), der zusammen mit den offen nazistischen »Deutschen Unitariern«, der nazistischen »Germanischen Glaubens-Gemeinschaft« und den Anhängern des Sozialdarwinisten Ernst Haeckel 1949 den »Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit« (DVfG) als Nazi-Auffangorganisation gründete; 1992 hat man sich in »Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften« (DFW) umgetauft.

Heute sind Eckhart Pick - Georg Picks Sohn - und Doris Barnett die prominentesten und politisch wohl wichtigsten »Freireligiösen«, schützen die Mitgliedssekten und den Dachverband politisch und juristisch und helfen so, ihrer Propaganda die staatlichen Geldquellen und den Zugang zu den staatlichen Schulen zu sichern. Das vordergründige Ziel dieser Verbände ist es, mit den großen Religionen gleichberechtigt zu werden, um auf dieser Basis politische Agitation zu betreiben. In Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen haben sie es bereits geschafft: Als Körperschaften des öffentlichen Rechts erheben staatliche Finanzämter die Kirchensteuern dieser Sekten, und ihre Funktionäre halten an staatlichen Schulen Religionsunterricht ab, der aus den Kulturetats der Länder finanziert wird.

In den vergangenen Jahrzehnten unterstützten vor allem SPD-Politiker auf Landes- und Bundesebene die »freireligiös-unitarische Bewegung«, wie sie sich selbst nennt. Die heutige Präsidentin des DFW, Helga Lewandowski, saß für die SPD im niedersächsischen Landtag. Die SPD-Landesregierung von Niedersachsen unter Ministerpräsident Georg Diederichs und seinem Vize, dem Sozialmister Kurt Partzsch (Mitglied der »Freireligiösen«), schanzte diesen Sekten Millionen zu: Die Landesregierung schloß 1970 einen Staatsvertrag mit den »Freireligiösen« ab, ähnlich einem Kirchen-Konkordat; von den hier vereinbarten regelmäßigen staatlichen Zuschüssen lebt die Szene bis heute. Die Bundestagsabgeordneten Otto Heinrich Greve und Franziska Striefler (zeitweise Oberbürgermeisterin von Hannover) und der Kasseler Oberbürgermeister Lauritz Lauritzen (ein NS-Jurist, der unter Bundeskanzler Willy Brandt zum Bundesbauminister aufstieg) unterstützten sie schon Anfang der 50er Jahre, als ihre Hauptfunktionäre gerade aus den Internierungslagern der Alliierten für hochrangige Nazis entlassen worden waren. Die heimliche »Freireligiöse« Käthe Strobel wurde von Kanzler Brandt zur Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit berufen.

Die Mitglieder der »Freireligiösen« und des Bundestages Walter Behrendt, der in den 70er Jahren auch Präsident des Europäischen Parlaments war, und Friedrich Wilhelm Wagner, erst Verteidiger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß gegen die IG Farben, die Produzenten des KZ-Gaskammer-Giftes Zyklon B, dann Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, sicherten ihre »Gesinnungsfreunde« (so nennen sie sich intern selbst) in der SPD politisch ab. Partzsch hatte als stellvertretender Ministerpräsident Niedersachsens, als Bundesvorsitzender und Ehrenvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt und als Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege eine zentrale Stellung für die Geldquellen der DVfG-Mitgliedsverbände inne, die bis heute - nun als DFW-Mitgliedsverbände - Wohlfahrts-Gelder erhalten, überwiegend aus den Töpfen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV), der ebenfalls in der Bundesarbeitsgemeinschaft sitzt und mit der »freireligiös-unitarischen Bewegung« eng verbunden ist (was die vielen linken lokalen DPWV-Gruppen wie Aids-Hilfen oder Ausländervereine gar nicht wissen).

Noch Ende der 80er Jahre hielt auch der frühere hessische Ministerpräsident Holger Börner durch Äußerungen in der Zeitschrift der »Deutschen Unitarier«, »unitarische blätter«, in Treue fest zu der Sekte. Der niedersächsische Kultusminister Ernst-Gottfried Mahrenholz (später ebenfalls Richter am Bundesverfassungsgericht) unterstützte die

»Freireligiösen« vielfach und besuchte ihre Kongresse, wie noch in den 90er Jahren der hessische Kultusminister Hartmut Holzapfel den »Unitariertag« besuchte, zu dem Ministerpräsident Hans Eichel ein freundliches Grußwort verfaßte. Eichel soll »bestürzt« gewesen sein, als er erfahren habe, was Antifaschisten seit den 50er Jahren wissen: daß der »Unitariertag« immer schon ein schlecht getarntes Nazi-Treffen war. Daraufhin nahm der Bestürzte nicht selbst teil, sondern ließ sich von seinem Kultusminister vertreten.

Ständig wechselnde Namen der Organisationen und ihrer Zeitschriften, Ein- und Austritte bei den Dachverbänden, dann wieder Personalunionen - was wie Sektenstreiterei erscheint, macht die Szene nach außen unübersichtlich und auch für den Verfassungsschutz schwer durchschaubar. Tatsächlich findet man hier aber seit den 30er Jahren immer dieselben Personen und ihre immer gleichen, nur durch Wortwahl variierten Ideen. Die Hamburger Innenbehörde räumte auf eine Kleine Anfrage der GAL-Abgeordneten Anna Bruns ein, daß in den letzten Jahren im »Haus der Deutschen Unitarier« die rechtsextremistische Organisation »Gesellschaft für freie Publizistik« tagte, die der Verfassungsschutz seit langem beobachtet, und der nazistische »Freundeskreis Filmkunst« um Jürgen Rieger und den NS-»Reichsfilmintendanten« Fritz Hippler dorthin zu ihren Versammlungen einlud.

Man hätte vorher wissen können, um wen es sich bei dieser »Bewegung« handelt, hatten doch die »unitarischen blätter« bis in jüngste Zeit ganz offen ihre Ideologie aus dem »Kirchenkampf« der Nazis abgeleitet und die Zeitschrift der »Freireligiösen«, die mal »Freie Religion«, mal »Der Freireligiöse«, mal »Der Humanist« hieß und neuerdings den Titel »Wege ohne Dogma« trägt, immer wieder Texte von Georg Pick, Bronder und Bonneß abgedruckt. Picks Bücher werden bevorzugt in den Antiquariaten und Buchvertrieben der Neonazis feilgeboten. Trotzdem verteidigt sein Sohn Eckhart Pick die Sekte, und Doris Barnett präsentiert sich 1994 selbst voller Stolz als religiöse Schülerin von Wilhelm Bonneß, von dem sie in den 60er Jahren die »Jugendweihe« erhalten habe. Bonneß gehörte mit Georg Pick und anderen zu den Köpfen des Nazi-»Kirchenkampfes«, der den Antisemitismus mit der Agitation gegen das »jüdische Christentum« verband und eine »arteigene germanische Religion« propagierte.

Diese nationalsozialistische »Religion der freien Deutschen« (Pick) sollte nach dem Endsieg an die Stelle des Christentums treten, das die »Freireligiösen« gleich mit dem Judentum und den Juden Europas »ausmerzen« wollten. In der Zeitschrift »Deutscher Glaube«, die von führenden SS-Leuten wie den Rassetheoretikern Hans F. K. Günther und Lothar Stengel-von Rutkowski herausgegeben wurde, lobte Bonneß - beruflich Wehrmachtspsychologe, später dann »Landesprediger« der pfälzischen »Freireligiösen« - 1942 die »nationalsozialistische Rassenerkenntnis«: »Arteigen aber sind die auf Erbanlagen und Erbgütern beruhenden Lebenskräfte und Lebensformen, die hinter allen volkskundlichen Erscheinungen, Gegenständen und Handlungen stehen: ihre Erkenntnis, ihre Vergleichung und Abwägung gegenüber fremdem Geist und Wesen ermöglicht die >Pflege und Entfaltung der arteigenen Kräfte auf der einen Seite, die Ausmerzung der artfremden auf der anderen(«, so zitierte Bonneß zustimmend einen Nazi-»Volkskundler«. Dann fuhr er mit eigenen Worten fort: »Hier werden jene aufstehen, die schon immer die Gegner einer wahren Volkseinheit waren, jene Kreise, ... die es als Gefahr ansehen, wenn in dem bisher vorwiegend von ihnen gedeuteten und gehüteten Volksgut ein neuer Beweis für die Richtigkeit nationalsozialistischer Rassenerkenntnisse gefunden wird.«

Etliche der Herausgeber und Autoren der Zeitschrift »Deutscher Glaube« bestimmten - bis heute - die Ideologie der »Deutschen Unitarier«, die gemeinsam mit den »Freireligiösen« den Sekten-Dachverband DFW dominieren. Der Gründer von »Deutscher Glaube« und - neben Alfred Rosenberg - maßgebliche Ideologe des »Kirchenkampfes« der 30er Jahre, Wilhelm Hauer, später eine Art »Unitarier«-Papst, wurde auch von den »Freireligiösen« in »WOD« 1993 im Vergleich zu christlichen Nazis positiv dargestellt; angesichts seiner nach 1945 fortgesetzten rassistischen Agitation und des Vorwurfs gegen ihn, er sei unfähig gewesen zu trauern, fragte »WOD« scheinheilig: »Worüber hätte Hauer trauern sollen?«

In den 30er Jahren war Hauer in Personalunion Chef des BFGD und der »Deutschen Glaubensbewegung«, eines Zusammenschlusses von Nazi-Sekten (»Wir stehen mit dem Führer auf dem Boden des Dritten Reiches. Wir stehen in einem Deutschen Glauben, der seine Richtlinien aus dem religiösen Erbgut des deutschen Volkes nimmt«), die dem NS-Staat einen religiösen Überbau geben wollten und die dann 1949 - zum Teil unter neuen Namen - den DVfG als Ersatz gründeten. Noch im November 1944 - Aachen war bereits befreit - hatte Hauer geschrieben: »Ich kann meinen Glauben nicht trennen vom Schicksal meines Volkes, und ich hoffe, daß das, was ich zu sagen habe, dazu dient, daß auch die politischen Entscheidungen die richtigen werden, daß im Willen Adolf Hitlers in der Tat der Wille Gottes zum Ausdruck kommt. ... Heil Hitler! gez. Hauer.«

Redaktionsleiter der Zeitschrift »Deutscher Glaube« und Mitbegründer der »Deutschen Unitarier« war der spätere rechtsextremistische Verleger Herbert Grabert. Autoren des Grabert-Verlages wurden noch in den 80er Jahren von Organisationen der »freireligiös-unitarischen Bewegung« als Redner eingeladen, die »Ehrenpräsidentin« der »Deutschen Unitarier«, Sigrid Hunke, war zur selben Zeit Autorin des Verlags; noch in den 90ern bezog man sich in »WOD« positiv auf sie.

Bonneß betonte in den 70er Jahren in »Der Humanist« weiterhin die Verschiedenheit der menschlichen Rassen und schrieb bewundernd über Friedrich Nietzsche, den die SS in »religiösen« Feierstunden zu einem ihrer Götter gemacht hatte. »Und

lieber verzweifelt, als daß ihr euch ergebt«, so zitierte Bonneß »die Botschaft Friedrich Nietzsches« für seine Alten Kameraden im »Humanist« 1979. Der Tübinger Religionswissenschaftler Hubert Cancik hat den Nazi-Nietzsche-Kult als eine antichristliche, antijüdische »moderne pagane Religion« analysiert, die von »kämpferischer, elitärer Weltanschauung« geprägt gewesen sei; das Weimarer Nietzsche-Archiv sei selbst auch ein »Zentrum der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Weltanschauung« gewesen, gefördert vom thüringischen NSDAP-Gauleiter Fritz Sauckel, den die Alliierten als einen der Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg hinrichteten. Und ausgerechnet Sauckels enger Vertrauter Lothar Stengel von Rutkowski (SS-Nr. 3683, beruflich als Mediziner im Rasse- und Siedlungsamt der SS Thüringen beschäftigt, dann bei der Waffen-SS) war bis in die 80er Jahre Autor in den »freireligiösen« und »deutsch-unitarischen« Zeitschriften, aber auch in denen der zahlreichen »nordischen« Organisationsgründungen Jürgen Riegers, wurde vom »Humanist« zu seinem siebzigsten Geburtstag mit einem langen Artikel geehrt und sprach noch in den 90ern auf einer »Unitarier«-Veranstaltung in Kassel - zur Gentechnik. Stengel-von Rutkowski hatte nach 1945 in der Gesundheitsverwaltung des SPD-regierten Landes Hessen Karriere gemacht.

Barnetts Lehrer Bonneß war nicht nur Präsident und Ehrenpräsident des BFGD, wofür er das Bundesverdienstkreuz erhielt und 1995 in »WOD« mit einem flammenden Nachruf bedacht wurde, er führte auch lange die BFGD-Zeitschrift »Der Humanist« und bestimmte gemeinsam mit dem BFGD-Bundessekretär (Generalsekretär) Dietrich Bronder die Linie des Blattes. Als dieses noch »Der Freireligiöse« hieß und von Bonneß allein verantwortet wurde, forderte hier der DVfG-Präsident Gerhard von Frankenberg (vor 1933 Landtagsabgeordneter der SPD) ein Fortpflanzungsverbot für weniger »wertvolle Individuen«: »Da wir nun einmal gezwungen sind, die Bevölkerungsziffern zu begrenzen, sollten wir zu erreichen suchen, daß möglichst viel gesundes Erbgut erhalten bliebe. ... Die Drohung der Masse, der gute Denkgewohnheiten fehlen, stellt uns vor eine gewaltige Erziehungsaufgabe. ... Falsch aber wäre es, sich dabei auf die Einsicht der in Frage kommenden Personen zu verlassen. Das würde vielmehr zu einer >Gegenauslese< der Gleichgültigen, Törichten und Verantwortungslosen führen; denn die würden fortfahren, sich fortzupflanzen, während die wertvollen Individuen ihre Kinderzahl beschränkten. Ganz ohne Beschränkung der persönlichen Freiheit geht es in solchen Fällen nicht.«

Die Sätze stammen aus Frankenbergs Rede auf einem europäischen Kongreß der »Freireligiösen«, der 1968 in Hannover unter dem Titel »Der Schutz des Lebens und seine menschliche Erfüllung« stattfand. »Der Freireligiöse« dokumentierte den Kongreß. Niedersachsens SPD-Sozialminister Kurt Partzsch überbrachte damals die Grußworte der Landesregierung, und der damals europaweit prominenteste Sozialdemokrat, Sicco Mansholt (Vizepräsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und später ihr Präsident), hielt die Festrede gegen den »Mamama-ismus (Marx-Mao-Marcuse» der Studentenbewegung.

Der Schritt von der Eugenik zur Euthanasie ist klein, die »Freireligiösen« sind ihn gegangen. In den 70er und 80er Jahren war »Der Humanist« - in dem nun auch eine frühere NPD-Größe wie Peter Bahn lange Artikel schrieb und in dem Werbung für Schriften des Mitbegründers der »Kieler Liste für Ausländerbegrenzung«, Fritz Castagne, gemacht wurde - voll von Euthanasie-Propaganda und von Werbung für die »Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben«. Deren Chef Hans Henning Atrott war zeitweise auch Chef des BFGD-Mitgliedsverbandes »Freireligiöse Landesgemeinde Bayern«, eifriger »Humanist«-Autor und wurde 1990, als die öffentliche Debatte um seine Person begann, vom »Humanist« vehement verteidigt. 1994 beschloß der DFW eine »Erklärung zum Humanen Sterben« und forderte in einer begleitenden Presseerklärung, die niederländische Euthanasie-Regelung in Deutschland einzuführen; »WOD« als das Organ der »Freireligiösen« verbreitete den Text.

Das »humane Sterben« stand in einer politischen Kontinuität: Im Präsidium des DFW, das die Erklärung beschloß, saß 1994 der langjährige Präsident der »Deutschen Unitarier«, Horst Prem, beruflich Chef der Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Daimler-Benz-Tochter Dasa. Als »Unitarier«-Chef hatte Prem den SS-Offizier Albert Hartl (einst unmittelbarer Vorgesetzter Adolf Eichmanns im Reichssicherheitshauptamt der SS, dann ein führender Ideologe der »Deutschen Unitarier«) 1982 in einem Nachruf zum »Wegweiser« der Unitarier erklärt Hartl hatte sich in den Euthanasie-Prozessen der Nachkriegszeit selbst gerühmt, maßgeblich am Zustandekommen des NS-Euthanasieprogramms beteiligt gewesen zu sein, erst durch seine Aktivitäten sei der angeblich zögerliche Hitler überzeugt worden, die T4-Aktion zur Ermordung Behinderter zu starten. »WOD« warb auch 1996 noch für Propagandaveranstaltungen Prems.

Der langjährige Bundessekretär des BFGD, Dietrich Bronder - einer SS-Familie entstammend, wie er 1990 in seinem Buch *Bronders Weltpanorama* bekannte, selbst SA- und NSDAP-Mitglied, in einem Lager der Alliierten für Nazi-Funktionäre inhaftiert, dann hauptberuflich Parteisekretär der SPD in Niedersachsen, bevor ihn ein Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Hannover, Albert Heuer, der Gründer des DVfG, für den BFGD abwarb, dann Schützling des SPD-Bundesministers für innerdeutsche Angelegenheiten und hannoveranischen SPD-Bezirksvorsitzenden Egon Franke - Bronder also schrieb in seinem *Weltpanorama* zur NS-Euthanasie: »Ich war und bin ein Verfechter der Euthanasie und des Gnadentodes, und zwar aus humanitären Gründen, die allerdings nicht nur für die Opfer, sondern in erster Linie für die betroffene Umwelt zu gelten haben.« Bei der T4-Aktion sei er »sehr dafür« gewesen, schrieb er 1990 weiter, »weil ich meine, daß der Mensch souverän genug ist, seine eigenen Gesetze zu machen, und wenn's not tut auch gegen seinesgleichen. Und hier tat es not.

Täglich setzten ganze Divisionen junger Männer ihr gesundes Leben für das Vaterland ein. Mit welchem Recht füttern wir die Krüppel weiter, die immer mehr werden, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, heute weit über eine halbe Million in der BRD? Sicher nicht nach dem Recht der Natur, die mit ihren Mitgestalten anders umgeht: sie wirft sie einfach aus dem Nest, weil das Kranke, geistig und körperlich Mißgebildete kein Lebensrecht hat.«

Man kann sich denken, was gemeint war, wenn »Der Humanist« in den 70er und 80er Jahren unter Bronders Führung immer wieder für »Euthanasie« und »Sterbehilfe« warb; man kann sich nun auch denken, was der DFW und sein Blatt »WOD« meinen, wenn sie eine »Erklärung zum Humanen Sterben« verbreiten.

Bronder war in den 80er Jahren wegen des angeblichen Verrats der SPD an der nationalen Sache zur CDU übergetreten, 1990 wegen seines *Weltpanoramas* jedoch aus der CDU wieder ausgeschlossen worden. Das Buch selbst enthält ungeschminkte Bekenntnisse zur europäischen Auschwitzleugner-Szene, zur konkurrierenden antisemitischen Ludendorff-Sekte, zur NSDAP und der Politik Nazi-Deutschlands, zu rechtsextremistischen Parteien wie NPD oder DVU; es rechtfertigt die Nazi-KZ als notwendige Mittel zum deutschen Endsieg: »Schwarze Schafe gibt es wohl überall, die man selektieren muß, um die anderen nicht anzustecken«; »alle, die den Sieg behindern konnten, wie Miesmacher und Meckerer, Saboteure, Diebe, Abhörer von Feindsendern, Frauen, die sich mit Fremdarbeitern einließen, Homosexuelle usw. Heute macht man ein großes Geschrei um diese Leute. Aber einen Krieg gegen diese Übermacht von Feinden konnten wir nicht führen ohne eine straffe Disziplinierung unseres Volkes. Und wer da zuwider handelte, obwohl er um die Verbote und die Strafen wußte, der mußte die Konsequenzen tragen.« Über einen evangelischen Vorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) schrieb Bronder 1990: »Nachdem ich diesen Menschen gesehen und gehört hatte, war mir klar, daß er ins KZ kommen mußte. Man wollte uns schon damals vor ihm schützen.«

Bronders Buch verschwand sehr schnell wieder vom Markt. Heute gibt es noch eine Handvoll Bibliotheken, die es öffentlich ausleihen; wegen der zahlreichen, Jahrzehnte währenden Querverbindungen, die Bronder ganz offen zugibt, ist es eine Fundgrube antifaschistischer Recherche. Die »Freireligiöse Gemeinde Mainz« (FGM) aber, der SPD-MdB Eckhard Pick angehört, begründete 1995 in »WOD« mit einem Text Bronders über »Natur« und »Naturreligion« ihre eigene »Religiösität«.

Das ist nicht verwunderlich, denn die einzige »Pfarrerin« der FGM, Elke Gensler, leitete schon 1992 in »WOD« aus einer der radikalsten NS-Schriften Georg Picks, seinem Buch *Die Religion der freien Deutschen* (1937), die Weltanschauung der Sekte ab: »Seine (Georg Picks) Persönlichkeit hat die Entwicklung der Gemeinde in den langen Jahren seines Wirkens maßgeblich geprägt. Die Kraft seiner Rhetorik, sein Charisma, die innere Leidenschaft seines religiösen Wollens«, so Gensler 1992, »machten viele seiner Vorträge zu einem Erlebnis.«

Auch nur einen einzigen Satz der Kritik sucht man vergebens. Und bis heute ist der 1972 verstorbene Georg Pick, der die FGM von 1922 bis 1966 selbst als »Pfarrer« führte, nicht nur die überragende ideologische Leitfigur der »Freireligiösen«, sondern wird auch immer wieder in »WOD« mit Artikeln, Reprints und Werbeanzeigen für seine Schriften geehrt, die sein Sohn Siegfried zum Teil neu herausgibt. Das Buch *Die Religion der freien Deutschen,* dessen gesäuberte Fassung bis heute zu den Grundlagentexten der Sekte gehört, wie der Gensler-Artikel in »WOD« zeigt, kann man in der Mainzer Stadtbibliothek lesen: »Alle verantwortlichen Glieder des Volkes ordnen sich zu einer echten Aristokratie, an deren Spitze der Führer steht, dessen Gestalt ihnen heilig ist als die Verkörperung des Willens der ganzen Nation«, so hatte Pick dort seine »Religion« beschrieben.

· Und so bricht als erster. alles andere in sich einschließender Impuls das Gelöbnis der Treue aus ihnen hervor. und das Erheben der Rechten und der Heilruf auf den Führer ist wie ein Gebet, in dem ihre eigene göttliche Sehnsucht sich mit dem göttlichen Wesen ihres Volkes begegnet.

· Nichts ist für den Deutschen so gotterfüllt wie sein Volk, in seinem erwählten Führer aber erkennt er die stärkste Sammlung der Kräfte seines Volkes. Hinter dem Ich des Führers steht die Seele des Volkes, die jedem Deutschen tiefster Lebenswert ist. Darum ist die rückhaltlose Unterwerfung unter seine Autorität der Akt der höchsten Freiheit, die dem Deutschen erreichbar ist, die unmittelbarste Vermählung des individuellen Willens mit dem Mysterium des Volkes.

· Das elementare Geschehen des Jahres 1933 hat in Deutschland die Bahn dazu geöffnet. Der Nationalsozialismus erfüllt schon in seinem Namen die Forderung des Lebens, deshalb müsse jeder »Volksgenosse« bereit sein, *aus dem Ganzen und für das Ganze zu leben und zu sterben. ... In diesem Augenblick bin ich nicht mehr Mensch, sondern Gott.*

Die Selbstvergöttlichung ihrer Mitglieder ist der - offenbar auch für SPD-MdB attraktive - Kern der »Freien Religion«. Man versteht diese eigene Göttlichkeit ausdrücklich nationalistisch und rassistisch, wie es Georg Pick 1937 schrieb: »Deutsches Volk, gleich den alten Griechen in ihrer großen Zeit wirst du ein Herrenvolk sein, vorbildlich und gesund an Körper und Geist.« »Pfarrerin« Elke Gensler, die an staatlichen Schulen in Rheinland-Pfalz »Religionsunterricht« für die Kinder der »Freireligiösen« erteilt, zitierte ihre »Religion« noch 1992 ohne jede Kritik aus diesem Buch. Auch »die Verhütung erbkranken Nachwuchses, die Ausschaltung aller ungesunden Erbmasse, eine aus Ehrfurcht vor dem Leben, aus Verantwortung vor der Gottheit ergriffene Maßnahme, für die einst ein gesundes Volk den Gesetzgebern von heute danken

wird«, befürwortete Pick 1937 und erklärte auch gleich noch die »Polizeigesetze« Nazi-Deutschlands explizit für »göttlich«.

Nur wenig verändert, gestrafft und um die allzu peinliche Hitler- und NS-Vergöttlichung gereinigt, brachte Pick dieses Buch 1966 erneut heraus, seiten- und kapitelweise mit identischem Text, und bis heute wird diese Neuauflage von seiner Sekte und ihrer »Pfarrerin« zur Lektüre empfohlen. Man wahrt Kontinuität bis ins Detail. Der »verantwortliche Redakteur« von »WOD«, Eckhart Pilick aus Ludwigshafen (vorher Chef der Zeitschrift »Freie Religion«, ein guter Bekannter der Ludwigshafener SPD-Abgeordneten Barnett), hatte 1992 in »WOD« Georg Pick und auch den Eugeniker Gerhard von Frankenberg als bedeutende Vordenker bezeichnet und das Verbot des Alten Testaments herbeigewünscht, weil es angeblich die Gewalt verherrliche und deshalb unter den Paragraphen 88a des Strafgesetzbuches fallen müsse. In den 80er Jahren hatte er in »Freie Religion« noch die alte Parole der völkischen Bewegung des 19. Jahrhunderts und der »deutschgläubigen« rechtsextremistischen Sekten der 20er Jahre gegen die christlichen Kirchen als selbstverständlichen Bezugspunkt wieder angeführt: »Los von Rom!«, eine Parole, die die Völkischen nicht antiklerikal, sondern antisemitisch meinten.

Pilicks Zeitschrift »WOD« ist heute das offizielle Organ der »Freireligiösen«. Die Dachverbände BFGD und »Freie Religionsgemeinschaft Rheinland« (die rheinhessische Extra-Sekte des Pick-Clans, in der sich einige lokale »Freireligiöse Gemeinden« aus dem Mainzer Umland zusammenschlossen und in die die FGM ihre Körperschaftsrechte als lukrative Mitgift einbrachte) fungieren als gemeinsame Herausgeber des Blattes. In »WOD« schreibt auch Margarete Dierks. In den 30er Jahren verteidigte sie die Nürnberger Rassegesetze, in den 50ern trat sie mit der Riege der Nazi-Dichter bei den rechtsextremistischen »Lippoldsberger Dichtertagen« auf, in den 80ern schrieb sie die Biographie Wilhelm Hauers, mit dem sie lange eng zusammenarbeitete. 1993 hatte einer der Topfunktionäre dieser Sekten, Erich Satter, der sich ebenfalls als Schüler von Wilhelm Bonneß versteht, lange Zeit die Werksdruckerei der IG Farben-Nachfolgerin Höchst AG leitete und in »WOD« seine Weltanschauung auf die *Praktische Ethik* des Euthanasie-Befürworters Peter Singer stützt, Antifaschisten vorgeworfen, »kulturelles Aids« zu verbreiten und damit die Presse zu »infizieren«. Deren »Informations-Immunsystem« sei bereits beeinträchtigt.

PS. SPD-MdB Eckhart Pick, Professor für bürgerliches Recht an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Chef der Mainzer SPD und Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, versucht zur Zeit, einschlägige Äußerungen über seine Sekte verbieten zu lassen - die Kandidatenaufstellung zur nächsten Bundestagswahl steht an. Das ist ihm mit Hilfe des Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz, des Sozialdemokraten Georg Bamberger, vorläufig auch gelungen. Bamberger gehört wie Pick zu den führenden Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen ASJ. Der Fall selbst aber ist weiterhin anhängig, unter anderem beim Bundesverfassungsgericht.

Peter Kratz veröffentlichte zuletzt die Bücher »Rechte Genossen. Neokonservatismus in der SPD« und »Die Götter des New Age. Im Schnittpunkt von >Neuem Denken<, Faschismus und Romantik«

Konkret 01/98, S. 30

Renate Göllner

Unser Franz

Kaum war er gefaßt, schlug dem mutmaßlichen Briefbomber Franz Fuchs aus Presse und Publikum wärmstes Verständnis entgegen. Ist der ideelle Gesamtösterreicher am Ende ein rassistischer Serienmörder?

Am vierten Februar 1995 werden im österreichischen Oberwart, im Südburgenland, vier Männer durch einen Bombenanschlag getötet. Josef Simon, Peter Sarközi, Karl und Erwin Horvat sind Roma. Die vier Männer befinden sich auf einem Patrouillengang, als sie ein Schild mit der Aufschrift »Roma zurück nach Indien« entdecken. Als sie die Stange zu entfernen versuchen, an der das Schild befestigt ist, detoniert die Bombe. Die Polizei vermutet eine »Zigeunerfehde« und durchsucht die Wohnungen der völlig verzweifelten Familien. »Geht es schon wieder los?« fragt sich ein älterer Mann, der Auschwitz überlebt hat. Erst nach eineinhalb Tagen, als die Spuren in dem durchweichten Boden längst verwischt sind, beginnen die Ermittlungen außerhalb des Romamilieus.

Die Begräbnisfeierlichkeiten geraten zu einem Akt inszenierter Staatstrauer. Beschwörend wird von einer »erschreckend finsteren Stunde«, von einem »Anschlag gegen die Familie aller Österreicher« gesprochen. Bundeskanzler und Regierungsmitglieder eilen nach Oberwart. Das Requiem für die Ermordeten wird vom Fernsehen übertragen. Man verspricht den Roma eine bestimmte Summe Geldes zur Sanierung ihrer Siedlung. Der Betrag ist bis heute nicht überwiesen worden.

Der Anschlag in Oberwart war der schwerste in einer Serie von Attentaten: Seit Dezember 1993 sind in Österreich 24 Briefbomben verschickt und drei Rohrbomben gelegt worden; mehr als ein Dutzend Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Verantwortlich für die Attentate zeichnete laut Bekennerschreiben die BBA, die Bajuwarische Befreiungsarmee.

Knapp drei Jahre nach dem Anschlag sieht sich der österreichische Innenminister zum Feiern veranlaßt: Mitte November 97 werden sechs seiner Beamten für besondere Verdienste bei der Aufklärung der Briefbombenserien geehrt. Zwar sei der Fall noch nicht restlos geklärt, wir haben aber, so der Chef der Exekutive, »einen Einzeltäter in spe« und »eine Fülle von Indizien, die sehr gut zusammenpassen«. Zu verdanken ist die Festnahme des Hauptverdächtigen Franz Fuchs aber in erster Linie zwei Frauen, die am Abend des ersten Oktober von dem hinter ihnen fahrenden Mann verfolgt und belästigt wurden. Daß die beiden sich weder an die örtliche Feuerwehr noch an den Pfarrer gewandt haben, sondern schlicht und »sofort die Gendarmerie verständigten«, auf dieses »Vertrauen« in sein Personal ist der Minister besonders stolz. Das prompte Erscheinen der Beamten wertet er gar als ein europaweit einmaliges Phänomen: »In welchem Land außer Österreich«, so seine bislang unbeantwortet gebliebene Frage, »würden die Beamten in so einem Fall sofort reagieren?«

Die Verhaftung des Franz Fuchs ist ein purer Zufall gewesen. Hätte der mutmaßliche Täter nicht durchgedreht und eine Bombe gezündet, die ihm beide Unterarme wegriß, sondern einfach seine Autopapiere vorgewiesen, er säße heute noch unbehelligt in seiner Stube. Dort fand man nicht nur sechs Rohrbomben, sondern auch eine Sprengfalle, getarnt als Blumentopf, deren Aufbau und Sprengkraft jener von Oberwart ähnelte.

Vier Jahre lang hatte der achtundvierzigjährige Vermessungstechniker aus Gralla, einer 1.400 Menschen zählenden Gemeinde der südlichen Steiermark, ungestört in seiner Werkstatt gebastelt. Manchmal soll er Kürbisse, gefüllt mit Sprengstoff, in die Luft gejagt haben. In Gralla ist das nicht weiter aufgefallen. Gralla liegt nämlich an der slowenischen Grenze, deshalb ist hier auch oft von »Fremdschutz« und »Heimatschutz« die Rede. »Sich als Deutschösterreicher zu bekennen, ist kein Verbrechen«, sagte Fuchs' letzter Arbeitgeber. Unweit von Gralla agitiert auch eine »österreichische Historiker-Arbeitsgemeinschaft für Kärnten und Steiermark«, die in Broschüren und Büchern das steirische und Kärntner »Grenzland« als jahrhundertealtes »Bollwerk« gegen die »Überfremdung« aus dem südlichen Nachbarland beschwört. Erst vor zwei Jahren wurde hier der Ex-SS-Hauptsturmbannführer Wilhelm Höttl mit dem goldenen Ehrenzeichen der Stadt Steiermark geehrt. Es gibt Gegenden in Österreich, wo man die Brüche mit der Lupe suchen muß, die das Land vom Dritten Reich trennen.

Was in Osterreich unmittelbar nach der Verhaftung von Franz Fuchs in den Medien hochschwappte, zeugt von einem Wohlwollen, ja einer heimlichen Sympathie mit dem Eventual-Täter, von der jeder einheimische Autoknacker, gar ausländische Hühnerdieb nur träumen kann. Selten mobilisierte die österreichische Volksgemeinschaft ein derart hohes Maß an Empathie, selten wurde in der Presse und im Fernsehen nach so viel Verständnis geheischt wie im Falle des Franz Fuchs. Unter der Überschrift: »Seine Kollegen sprechen nur gut über ihn« (»Kurier«, 4.10.97) erinnert sich sein Schulkollege Reinhold Heidinger, daß er der »Beschützer der Armen und Schwachen« - also offenkundig eine steirische Ausgabe Mutter Teresas - war, der sich, als er in Deutschland bei VW und Mercedes als Fließbandarbeiter jobbte, immer wieder »für ausländische Kollegen eingesetzt (habe), denen es nicht gut gegangen ist ... Daß er etwas mit der rechten Szene zu tun gehabt haben könnte - niemals!«

Auch in seiner Heimatgemeinde war, wenn jemand Hilfe brauchte, »der Franz da«. Und damit das auch wirklich die ganze Nation erfährt, wird dieses Interview abends via TV in die Wohnzimmer gestrahlt. Natürlich blieb diese Uneigennützigkeit auch dem Vizebürgermeister von Gralla, Manfred Tuscher, nicht verborgen, der in Franz Fuchs offenbar einen tadellosen Staatsbürger sieht: Fuchs nämlich, der sich niemals politisch betätigte, habe selbst die ihm angebotene Arbeitslosenunterstützung abgelehnt. In einer Region mit dem größten Arbeitslosenanteil des Landes ein wahrhaft vorbildliches Verhalten. Da verwundert es auch nicht, wenn ein Kolumnist über diesen Typus ins Schwärmen gerät: Der steirische Mensch, steht da auf der gleichen Seite geschrieben, sei »ein herrlicher Mensch«. Fürwahr!

In nahezu allen Zeitungen ist man dem »verpfuschten« Leben des Franz Fuchs akribisch und einfühlsam auf der Spur: Hochbegabt und vielseitig talentiert sei er gewesen, »der Franz«, erinnert sich sein Professor, der damals überzeugt war, daß seinem Schüler eine »große Karriere als Atomphysiker« bevorstehe. »Einen Weinkrampf« habe er bekommen, als er von dessen Verhaftung erfuhr, und es tue ihm »unendlich leid, was aus ihm geworden ist« (»Die ganze Woche«, 8.10.97). Überhaupt sei Franz Fuchs erst so richtig zum »Sonderling« geworden, nachdem ihm die Freundin seine Ersparnisse gestohlen und ihn verlassen hatte. Danach habe er sich umbringen wollen. Die aus Slowenin stammende Frau sei der eigentliche Grund, warum Franz Fuchs die Öffentlichkeit zunehmend scheute. Von da an gings bergab. Gut möglich, »daß damals der Fremdenhaß in Franz Fuchs aufgekeimt ist« (»Kurier«, 6.10.97).

Das kann nun jeder leicht nachvollziehen: welch tragisches Schicksal! Zu Recht kann so einer auf die Hilfsbereitschaft seiner Landsleute und die Solidarität der Presse rechnen. Da will »Fuchs-Freund« Ewald Tscherko - »Es waren wirklich wunderbare Jahre« - ein Buch über ihn schreiben: »Vom Geld kauf ich ihm neue Hände« (»täglich Alles«, 3.11.97), und auch ein anderer hilfsbereiter Österreicher möchte einen Beitrag für seine Prothese spenden, von der sich der interessierte Leser dann zwei Wochen später auch ein richtiges Bild machen kann. Auf der ersten Seite von »täglich Alles« (16.11.97) prangt unter der Überschrift »Das ist Ihre neue Hand, Herr Fuchs« das gute Stück. Wie schade, daß Fuchs in seiner Zelle zur Zeit nur Börsennachrichten lesen darf, er würde sich über soviel Anteilnahme freuen.

Sollte es bis dahin wirklich Menschen gegeben haben, die mit Zorn auf die Briefbombenserie reagierten, so erfahren sie jetzt, daß es auch ganz anders geht. Kurz nach der Verhaftung können sie von zweien der Opfer lesen, die ihrem Täter längst verziehen haben: Flüchtlingshelferin Maria Loley und Pfarrer August Janisch - beide waren durch Briefbomben schwer verletzt worden - empfinden keinen Haß und haben dem Täter in christlicher Nächstenliebe längst vergeben; für den Geistlichen, der ihn »unbedingt« besuchen möchte, ist diese Tat gar »ein Schrei nach Liebe« (»Kronenzeitung«, 5.10.97). Versöhnung wird auch via TV zelebriert: In »Vera«, einer besonders widerwärtigen Talkshow, führt die Moderatorin die Mutter des Franz Fuchs vor, die sich vor laufender Kamera und Millionenpublikum schluchzend bei einem der Opfer für die Tat ihres Sohnes entschuldigt.

Nicht die Reaktionsweisen der Angehörigen oder der Opfer stehen hier zur Debatte, sondern um den Kontext geht es, in dem sie präsentiert werden, sowie um die Botschaft, die sie, medial perfekt aufbereitet, transportieren: An das Mitleid der Leser und Zuschauer wird appelliert, Mitleid mit dem »verpfuschten Leben« des Franz Fuchs, hineindenken sollen sie sich in sein »Bombenhirn«, insgeheim ihn und seine Taten verstehen und begreifen lernen. Auch in einer eigens zum Thema stattfindenden Fernsehsendung »Zur Sache« wird nicht über Ausländerfeindlichkeit diskutiert, sondern über das Schicksal des Franz Fuchs und seine psychologischen Implikationen. Längst ist der Mord an den vier Roma aus den Gazetten verschwunden, aber wer bereits tot ist, was soll man über den schon schreiben? Nichts wird berichtet über die Hinterbliebenen, ihre Familien, die weiterhin gezwungen sind, in einer völlig desolaten Siedlung am Stadtrand zu hausen, die es nach wie vor kaum wagen, in dem örtlichen Dorfwirtshaus ein Glas Bier zu trinken, weil die rabiaten Bürger Oberwarts sie dort nicht dulden, und die so wie bisher um ihr Leben fürchten müssen. Aber was ist schon das Leben dieser Roma im Vergleich zu dem Schicksal eines Franz Fuchs?

Ganz Österreich fühlt sich jetzt in einen Mann ein, der, mit G. G. Holz zu reden, nichts anderes tat als sich in die ganze Nation einzufühlen. Der »Oberwachtmeister der Reserve«, der sich selbst als »österreichischer Patriot« bezeichnet, ist dem Staat keineswegs so feindlich gesinnt, wie es von der Polizei dargestellt wird. Im Gegenteil, absolute, wenn auch diskrete Treue zum Staat ist eine seiner bemerkenswertesten Eigenschaften. »Deutschösterreich als Stammgebiet der Bajuwaren«, heißt es in einem der Bekennerschreiben, »benötigt keine Ausländerindustrie, bestehend aus politischen Ausländer-Lobbyisten, aus Aufwieglern, Förderern und Erfindern immer neuer Volksgruppen, aus Amateurdolmetschern, Fremdspracheneinpeitschern, Integrationsprojektanten, Menschen- und Waffenschmugglern, aus Rassentheoretikern und Menschenzüchtern nach dem Vorbild des marxistischen Einheitsmenschen«. Franz Fuchs nimmt den Begriff der Nation todernst. Nicht dem Staat an sich gilt sein ganzer Haß, sondern jenen Vertretern, die ihn in seinen Augen der Globalisierung opfern. Sie werden von ihm, der gleichsam als selbsternannter Stellvertreter der österreichischen Volksgemeinschaft agiert, zur Rechenschaft gezogen.

Der Rassismus des Franz Fuchs speist sich aus der Angst vor der eigenen Deklassierung. Ohne feste Anstellung, sieht er in jedem Nicht-Österreicher einen potentiellen Konkurrenten, der ihm seinen zukünftigen Arbeitsplatz streitig machen könnte. Seine Wut entlädt sich auf den Ausländer, der für ihn die Folgen einer Niederlage in der Konkurrenz symbolisiert. Deshalb

ist der Bajuwarischen Befreiungsarmee das Fernsehen mit seinem staatlich verordneten Antirassismus ein Greuel; mit einer Sendung wie »Heimat, fremde Heimat«, an deren Moderatorin Silvana Meixner sie ebenso eine Briefbombe sandte wie an die Pro-7-Moderatorin, den »Mischling« (BBA) Arabella Kiesbauer.

Überhaupt sind »ausländerfreundliche« Personen und Einrichtungen Ziel der Anschläge: die in Flüchtlingsfragen engagierte Mutter des Sängers Willi Resetarits, der Wieser-Verlag in Klagenfurt - der slowenische Autoren publiziert -, die Grünen-Abgeordnete Madelaine Petrovic und zwei Flüchtlingsberatungsstellen. »Ausländerfreundlich« ist in den Augen der BBA aber auch ein ungarisches Partnervermittlungsinstitut sowie Wiens ehemaliger Bürgermeister Helmut Zilk, bei dem wohl auch sein Einsatz für jüdische Belange im Visier der BBA gestanden haben dürfte. Ihnen allen wurde ein »Denkzettel« verpaßt, weil sie »öffentlich zur Vermischung der Rassen ermutigt haben«, heißt es in einem Bekennerschreiben.

Das Besondere am Rassismus des mutmaßlichen Täters ist, daß er alles monatelang akribisch, gewissermaßen mit »deutsch-österreichischer« Gründlichkeit plante. Der technisch hochbegabte Vermessungstechniker ist perfektionistisch bis zur Pedanterie. Spontane Triebabfuhr ist seine Sache nicht. Mit dem Terror deutscher Skins, die nach einigen Flaschen Bier gröhlend alle Nicht-Deutschen, die ihnen über den Weg laufen, seien es nun Schwarze, Asiaten, Türken oder Roma, auf offener Straße zusammenschlagen, hat seinesgleichen nichts gemein. Die BBA greift ihre Opfer nicht unmittelbar und persönlich an, tritt ihnen nicht von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Das sind keine Schläger, die Asylanten aus S-Bahn-Zügen werfen, die Behinderte verprügeln oder Frauen überfallen und vergewaltigen; Franz Fuchs würde diese Art der »Freizeitgestaltung« möglicherweise sogar verachten.

Die österreichische Variante des Terrors ist ein gleichsam vermittelter Rassismus: In Manier der Schreibtischtäter wird hier aus der Distanz und der Anonymität heraus agiert. Offenkundig genoß der Täter die Vorstellung, daß seine Fahnder, über die er Hohn und Spott ausgoß, jahrelang hilflos über seinen seitenlangen Ergüssen brüteten. Er suchte immer wieder den Kontakt zu Medien und Exekutive und narrte beide; unter anderem mit einem umfassenden mathematisch codierten Schreiben, in welchem er die Verantwortung für die Anschläge in Oberwart und Stinaz übernimmt. Der Medienterrorist befriedigte seine eigenartige Lust vor dem Fernsehschirm, sobald er erfuhr, daß wieder einmal eine Rohr- oder Briefbombe in den Händen eines seiner Opfer explodiert war.

Daß es buchstäblich jeden, vom Postbeamten bis zum Schulkind hätte treffen können, war kalkuliertes Risiko: Niemand sollte vor dem Terror wirklich sicher sein. »Die günstigste Ablaufprognose sah vor«, heißt es in einem der Bekennerschreiben, »daß der unverwundbare Germanenfresser und rabiate Widerling Terezija Stoicsics (Flüchtlingssprecherin der Grünen, R. G.) vor dem Einbiegen zum Elternhaus aus dem Auto hüpft, >JEBEM TI BOGA!< schreit und die herumstehende Dose aufhebt.« Doch diese »günstigste Ablaufprognose« trat nicht ein, nach der herumstehenden Dose griff ein Bediensteter der Müllabfuhr, der sich schwer verletzte. Und die Rohrbombe, die in einem Papierkorb vor einer slowenisch-deutschsprachigen Schule in Klagenfurt deponiert war, explodierte in den Händen eines Polizisten und riß ihm beide Unterarme weg.

Schon eine Woche nach der Verhaftung des Franz Fuchs ist die Republik froh, daß die Österreicher auf den »Bombenterror gelassen reagierten«, ja daß sich das Land reif verhalten habe. Die Morde an den vier Roma sind - dank der einfühlenden Berichterstattung über den mutmaßlichen Täter - längst vergessen, die Opfer der Briefbomben nur mehr mediale Staffage und über den Rassismus in diesem Land zerbrach sich ohnehin niemand den Kopf. Nur das Theater bildet wieder einmal eine Ausnahme: Im Burgtheater wird Elfriede Jelineks »Stecken, Stab und Stangl« aufgeführt, ein Stück, in dem die Berichterstattung über Oberwart thematisiert wird. Erleichtert nimmt man auch zur Kenntnis, daß der »österreichische Patriot« Franz Fuchs keiner Partei angehört. Doch gehört nicht gerade er, der nirgendwo hingehört, überall hin?

Wirklich uneins ist man sich nur noch über die Frage, ob die Bajuwarische Befreiungsarmee nun tatsächlich existiert oder ob sie eine Erfindung des Franz Fuchs ist. Je liberaler und alternativer die Presse, desto ausgiebiger die Spekulation, daß da vielleicht doch noch eine geheime rechtsradikale Organisation hinter dem mutmaßlichen Täter auftauchen würde. Vor allem altgediente Linke fahnden verzweifelt nach Komplizen, neofaschistische Gesinnung und Täterschaft sind für sie stets an traditionell braune Netzwerke gebunden. Man will sie schließlich unterscheiden können, die Österreicher von den Nazis, die Guten von den Bösen. Doch im Falle des Franz Fuchs dürfte es sich vor allem um einen wildgewordenen Spießer handeln. Deren gibt es freilich genug. Es sind all jene, die »Osterreich zuerst« gröhlen und die in ihrem nationalen Wahn vor dem Fernseher Beifall klatschen, wenn an der Grenze zu Italien Dutzende Polizisten, begleitet von Hunden und einem Hubschrauber, zur Jagd auf ein Häuflein flüchtende Rumänen blasen. Ihr Rausch gründet sich einzig auf den Besitz eines österreichischen Reisepasses. Sie alle stehen nicht von vornherein im Widerspruch zum Rechtsstaat, ja sie sind sogar insofern Demokraten, als sie stets auf die Einhaltung von Gesetz und Ordnung dringen.

Daß die BBA in Osterreich auch aktive Anhänger hat, auf die sie sich im Ernstfall verlassen kann, steht jedenfalls fest: In den vergangenen Jahre bekundeten gleich mehrere Staatsbürger ihre Sympathie, indem sie im Namen dieser Organisation Drohbriefe schrieben und Bombenattrappen verschickten. Die siebzigjährige Pensionistin und ihr siebenundreißigjähriger Sohn, die zuerst einen Drohbrief schrieben und dann auf einem Grundstück, auf dem ein islamisches Gebetshaus errichtet

wird, die Attrappe einer Rohrbombe hinterlegten, sind keine Ausnahme. Spaßige Bastelschüler führen so allerorten das Werk des Täters fort, zunächst »als ob«. Die BBA, soll Franz Fuchs in einem seiner ersten Verhöre zu Protokoll gegeben haben, »ist in ganz Österreich«.

Renate Göllner ist gelernte Schneiderin und Doktorin der Philosophie. Sie lebt in Wien

Konkret 01/98, S. 34

Knut Henkel

»Wir leben im Krieg« Irrwitz und Effizienz

Nach dem erfolgreichen Jahr 96 hat sich die wirtschaftliche Lage Kubas wieder verschlechtert. Gibt es einen Weg aus der Krise? Knut Henkel berichtet vom V. Parteitag der kubanischen KP und fragte Rubén Toledo Diaz, den stellvertretenden Finanzminister Kubas, noch den Chancen, einen ökonomischen Kollaps des Landes zu vermeiden

Mit einjähriger Verspätung wurde er einberufen, der V Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (PCC), und viele der 1.481 teilnehmenden Delegierten knüpften große Erwartungen an das dreitägige Großereignis. Eine Analyse der gesellschaftlichen Situation hatten sich die Revolutionäre der ersten Stunde ebenso versprochen wie die jugendlichen Kader. Klartext wollte man reden, die gesellschaftlichen Probleme benennen und nach Lösungen suchen, um die auseinanderdriftende kubanische Gesellschaft zu festigen, so war es in den Straßen Havannas vor Beginn des Parteitags am 8. Oktober zu hören.

Dafür wurde es auch höchste Zeit, denn selbst eine Studie des Zentralkomitees der PCC vom April 1996 war zu einem beunruhigenden Ergebnis gekommen: Nur noch rund 45 Prozent der Bevölkerung würden verläßlich hinter der Regierung Fidel Castros stehen, rund 25 Prozent seien hingegen als prinzipielle Regierungsgegner anzusehen, und die verbleibenden 30 Prozent der Bevölkerung würden ihre Haltung von ihrer ökonomischen Situation abhängig machen. Doch ökonomisch sieht die Bilanz der Regierung Castro nicht allzu rosig aus: Nach dem Höhenflug des letzten Jahres, der dem Land 7,8 Prozent Wirtschaftswachstum und ein höheres Binnenangebot beschert hatte, sieht es in diesem Jahr wieder schlechter aus: 2,5 bis 3 Prozent wird es geben, wenn der Wirtschaftsstratege der Regierung, Carlos Lage, mit seiner Parteitagsprognose recht behält. Damit hinkt die Konjunktur nicht zum ersten Mal hinter den Erwartungen und dem Plan hinterher, der 5 Prozent Wachstum vorsieht.

Woran es liegt, wissen die kubanischen Spezialisten nur allzugut: am fehlenden Konzept der Regierung. Doch was sie nicht wissen ist, wo dieses Konzept nach sechs Jahren des Reagierens und des Improvisierens in der Wirtschaftskrise denn herkommen soll. Was ebenfalls fehlt, ist der offene Umgang mit dieser Situation - eine breite Diskussion über die Nöte und Zwänge, denen sich die Regierung gegenübersieht, über Ziele und Probleme der derzeitigen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung, wie Omar Everleny Perez, Vizedirektor am Studienzentrum der kubanischen Wirtschaft (CEEC), unumwunden zugegeben hat: »Ich hoffe, daß unsere gesellschaftlichen Probleme, die eng verknüpft sind mit der Legalisierung des US-Dollars im Juli 1993, auf dem Parteikongreß diskutiert werden, und daß es zu einer breiten öffentlichen Diskussion darüber kommt.«

Der Wunsch des Sozialwissenschaftlers ging nicht in Erfüllung, denn der Kongreß tagte hinter verschlossenen Türen, und die Berichterstattung der kubanischen Medien erweckt bisher nicht den Anschein, als ob es die erhoffte gründliche Analyse und Diskussion gegeben hätte. Zwar wurden in den Redebeiträgen der Delegierten immer wieder Probleme wie die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, ansteigende Korruption, Doppelmoral, Diebstahl oder die fehlende Arbeitsmotivation und -produktivität angesprochen, zu einer Entwicklung von Lösungsansätzen kam es den zugänglichen Informationen zufolge aber nicht.

Symptomatisches Beispiel dafür ist die seit Monaten auf der Stelle tretende Diskussion über den Rückschlag in der kubanischen Zuckerproduktion, die das Vorjahresergebnis um rund 300.000 Tonnen unterschritt. Dieser neuerliche Einbruch wird auf vielfältige Versäumnisse und die schwierige Kreditsituation zurückgeführt - eine allenfalls oberflächliche Analyse. Der Sachverhalt wiegt um so schwerer, führt man sich vor Augen, daß gerade mal 76 der 1.210 Agrarkooperativen (UBPC), die den Großteil der Anbaufläche beackern, schwarze Zahlen schreiben. Dabei liegt die Ursache für die mangelnde Rentabilität auf der Hand, wie auch Everleny zugibt - es ist der fehlende Arbeitsanreiz, der aus dem staatlichen Ankaufssystem für Agrarprodukte resultiert: »Der Staat legt die Preise vorher fest, zu denen er ankaufen wird. Und er legt die Preise so fest, wie er es für richtig hält. Das sind eben keine Preise von Angebot und Nachfrage, es sind ziemlich niedrige Preise, die nicht unbedingt die Produktivität der Kollektive steigern«, sagt der Sozialwissenschaftler. Wer sich jedoch mit den offiziellen Verlautbarungen zufriedengibt, wird über derartige Zusammenhänge nichts erfahren, sondern lediglich auf Appelle stoßen, man möge doch bitte mehr und effizienter arbeiten. Auf dem Parteitag war kaum ein Wort so oft zu hören wie »Effizienz«.

Andererseits scheinen die gesellschaftlichen Krisenphänomene aber auch nicht völlig ignoriert worden zu sein, denn nach dem Parteitag kam es rasch zu ersten Personalveränderungen: Ende Oktober wurde der bisherige Zuckerminister Nelson Torres entlassen, dem der neuerliche Ernteausfall angelastet wurde. Die Zuckerproduktion ankurbeln soll nun Ulises Rosales del Toro. Del Toro ist nicht irgendwer, sondern ranghöchster General nach Raul Castro und Mitglied des engsten

Führungsstabes um Fidel Castro - ein klares Indiz dafür, wie wichtig die Reanimierung des Zuckersektors den Verantwortlichen ist. Was einen General allerdings dazu befähigt, einen kompletten Industriezweig zu reorganisieren, fragt man sich auf Kuba kaum, denn dort spielt das Militär bereits seit längerer Zeit eine aktive Rolle in der Wirtschaft. Nicht nur zahlreiche Unternehmen des Landes, wie das drittgrößte Tourismusunternehmen - Gaviota S.A. -, befinden sich in den Händen der revolutionären Streitkräfte, sondern auch in der Landwirtschaft ist die Armee engagiert. Seit Jahren verfügt sie über eigene landwirtschaftliche Betriebe, welche die Versorgung der gesamten Streitkräfte mit Nahrungsmitteln sicherstellen und Überschüsse auf den Bauernmärkten verkaufen. Diese Erfolge, die unter anderem auf die Einführung westlicher Managementmethoden zurückzuführen sind, machen die Armee zur wohl letzten Option, den Zuckersektor, an dem 500.000 Jobs hängen, wieder flottzukriegen.

Doch sowohl Rosales del Toro als auch der kommunistische Jugendverband UJC, der fehlende Perspektiven der nachwachsenden Generation beklagte und mehr Aktivitäten der Partei für die Jugend reklamierte, stehen vor nahezu unlösbaren Aufgaben. Weder den Zuckerbauern noch den Jugendlichen hat der kubanische Staat einen angemessenen Lohn bzw. Job anzubieten. Nahezu alle Werktätigen kommen mit ihrem Durchschnittslohn von rund 200 Peso nicht aus, da aufgrund des geringen Warenangebots die Preise seit langem in keiner Relation mehr zu den Löhnen stehen. Letztlich müssen alle Kubaner sich nach Feierabend nach zusätzlichen, oft illegalen Einnahmequellen umschauen, um über die Runden zu kommen, worunter die Arbeitsmotivation leidet.

Ursache für dieses Mißverhältnis ist zum einen die niedrige Produktivität, zum anderen der Währungsüberhang und zum dritten die Einführung des US-Dollars quasi als Leitwährung, der immer noch 22mal mehr wert ist als der heimische Peso. Aus diesem irrwitzigen Verhältnis resultiert denn auch das kubanische Dilemma, dessen ganze Tragweite auch während des Parteitags allenfalls im Inner circle thematisiert und diskutiert wurde. Nach außen drang nichts, und vielleicht sollte das angesichts der anhaltenden Strangulierungspolitik der übermächtigen USA auch so sein. Deren »Kapitulation oder Tod«-Politik, unterstützt und getragen vom kubanischen Exil in Miami, das höchstwahrscheinlich für die Attentatsserie der letzten Monate verantwortlich ist, läßt wenig Spielraum für eine pragmatische Auseinandersetzung, da jedes Zeichen einer »Schwäche« der kubanischen Führung in Miami wie in Washington als Aufforderung verstanden wird, die Blockade Kubas weiter zu verschärfen.

So gilt es für die Kubaner, zumindest nach außen Geschlossenheit zu demonstrieren, was seinen Niederschlag eben auch im Machtzuwachs der Armee findet, die mittlerweile immerhin ein Viertel des Politbüros stellt - dabei auch der neue Hoffnungsträger für die Zuckerindustrie, General Ulises Rosales del Toro.

Knut Henkel ist freier Journalist und lebt in Hamburg

Konkret 01/98, S. 35

Rubén Toledo Diaz, Knut Henkel

»Wir leben im Krieg«
»Wir zahlen einen hohen Preis«

konkret: Herr Toledo, die kubanischen Finanzämter haben vor wenigen Monaten die Betriebsinspektionen ausgeweitet, um sich einen Überblick über die realen Einnahmen im Privatsektor der kubanischen Wirtschaft zu verschaffen. Nun ist immer wieder zu hören, daß die Inspektoren Schmiergelder nehmen und die Betreiber danach in Ruhe ihren Geschäften nachgehen können. Der tiefere Grund für die steigende Korruption scheint die Existenz zweier Währungen und dreier unterschiedlicher Preissysteme zu sein: Die Löhne, die der Staat in Peso bezahlt, passen nicht zu den freien Preisen auf den Bauernmärkten und erst recht nicht zu den Dollarpreisen in den sogenannten Touristentiendas. Eine vierköpfige kubanische Familie benötigt ca. 1.000 Peso im Monat, um über die Runden zu kommen. Wenn beide Eltern arbeiten, verdienen sie etwa 400 Peso. Das reicht hinten und vorne nicht, und einige Produkte sind überhaupt nur gegen Dollar oder in sehr begrenzten Mengen zu kriegen, beispielsweise Kinderschuhe. Das führt zu Diebstählen in den staatlichen Betrieben und schlechter Arbeitsmoral.

Toledo: Die Legalisierung des Dollars in Kuba war die einzige Möglichkeit, den Bankrott, den Zusammenbruch unseres Landes zu verhindern. Es war eine Notmaßnahme, die nichts zur Verbesserung der sozialistischen Gesellschaft beitragen konnte. Wir brauchten damals dringend die Dollars, die in der Bevölkerung zirkulierten, um Erdöl und Nahrungsmittel zu importieren und die Grundversorgung zu garantieren. Es war uns auch klar, daß wir damit die Bevölkerung in einen Teil mit und in einen Teil ohne Dollar teilen würden und daß diese Maßnahme der Arbeitsmoral nicht guttun würde - aber das war der letzte Strohhalm angesichts des Drucks, den die USA auf uns ausübten. Es gibt wohl kein Land auf Erden, das es mit so einem mächtigen Feind vor der Haustür zu tun hat. Die Politik der USA hat uns den Weg der Kreditaufnahme versperrt, der uns unter normalen Bedingungen wohl noch geblieben wäre.

Bis heute haben wir erhalten, was es zu erhalten gab: Es sind keine Schulen, keine Krankenhäuser geschlossen worden, die Kinder haben ihren täglichen Liter Milch - doch das konnten wir nur machen, indem wir eine doppelte Währung im Land zuließen, zu deren Folgen auch die Korruption gehört, das stimmt. Wir versuchen natürlich durch Kontrollen gegenzusteuern, die Arbeitsdisziplin zu verbessern, die Identifikation mit der Arbeit, mit dem Betrieb herzustellen.

Durch die Ausweitung der Buchführung, durch zusätzliche Kontrollen und effektive Lagerhaltung bemühen wir uns, effizienter zu arbeiten und die Löcher zu stopfen. Natürlich ist klar, daß viele Produkte, die auf dem Schwarzmarkt angeboten werden, aus staatlichen Betrieben kommen, daß Angestellte sie klauen und sie dort verkaufen, um ihren Lohn aufzubessern. Auf der anderen Seite ist der Mindestlohn in Kuba in den letzten Jahren gestiegen: von 1995 auf 1996 beispielsweise von 128 auf 130 Peso; der Durchschnittslohn wuchs von 190 auf 202 kubanische Peso im gleichen Zeitraum. Die betriebsinterne Versorgung konnte verbessert werden, und das System der Arbeitsanreize wird in immer mehr Betrieben eingesetzt. Immer mehr Arbeiter erhalten Zugang zu speziellen Geschäften, in denen sie rare Produkte für kubanische Peso einkaufen können. Hinzu kommen Arbeitsprämien, freier Transport zur Arbeit, ein reichhaltiges Frühstück oder Mittagessen am Arbeitsplatz, zum Teil wird die Arbeitskleidung gestellt, oder die Arbeiter erhalten am Ende des Monats einen Warenkorb mit raren Produkten. Diese Anreize werden von den Unternehmen gewährt, die es sich leisten können, die selbstfinanziert arbeiten und rentabel sind. Und die Zahl dieser Unternehmen nimmt kontinuierlich zu.

Kubanische Sozialwissenschaftler wie Julio Carranza Valdes haben sich bereits 1994, vor der Öffnung der Bauernmärkte, dafür ausgesprochen, eine Währungsreform durchzuführen. Man hat nicht auf sie gehört. Warum?

Der Vorschlag wurde in den Arbeiterparlamenten diskutiert, die von der Regierung eingerichtet wurden, um die Meinung der Bevölkerung zu den unterschiedlichen Vorschlägen zur Reform des Währungs- und Finanzsystems einzuholen. Der Vorschlag einer Währungsreform stieß auf keine breite Unterstützung.

Ein Währungsumtausch ist desto einfacher, je weniger Geld im Umlauf ist. Zum damaligen Zeitpunkt war sehr viel Geld im Umlauf. Zudem würde eine Währungsreform auch die Ursachen des Problems nicht beseitigen, sondern nur punktuelle Erleichterung bringen. Die Phänomene, die den Währungsüberhang erzeugt haben, würden damit nicht verschwinden, und das Risiko, daß es binnen weniger Jahre erneut zu einem Währungsüberhang kommen würde, läßt sich so nicht ausschließen. Aus dieser Perspektive wären die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kosten höher als der Nutzen, weil ein Währungsaustausch auch einen traumatischen Effekt hat, wofür es zahlreiche Beispiele in aller Welt gibt. Das Vertrauen in die Währung wird erschüttert - ohnehin sparen die Leute ihr Geld schon in Dollar, weil der Wert des Peso schwankt und das Vertrauen in die nationale Währung nicht das größte ist.

Aber was ist die Alternative?

An erster Stelle müssen wir das Angebot an Produkten und Dienstleistungen verbessern. Arbeitsplätze müssen geschaffen, Produktionsmaterialien bereitgestellt, die Produktivität muß gesteigert werden, das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage muß sich verbessern und gleichzeitig die Differenz zwischen Löhnen und Preisen abgebaut werden. In einigen Bereichen machen wir ja bereits Fortschritte: Das Angebot auf den Bauernmärkten ist wesentlich größer als noch vor einem Jahr, die Preise geben langsam nach, auch im gastronomischen Bereich hat es einen Angebotsaufschwung gegeben, und die neuen Geschäfte für die Arbeiter, in denen man Dollarprodukte für Peso erwerben kann, stärken ebenfalls die nationale Währung und reduzieren die Differenz zwischen den Löhnen und den Preisen. Auch das Steuersystem spielt dabei eine wichtige Rolle, denn es sorgt für eine Umverteilung: Die Leute mit hohen Einnahmen unterstützen diejenigen, die nicht über diese Möglichkeiten verfügen, wobei der Staat die Umverteilungsagentur ist.

Der Schlüssel für die Sanierung des Finanz- und Währungssystems liegt in der Steigerung der Produktion. Wir müssen produktiver werden und das Land attraktiver für internationale Investitionen machen. Das ist eins der wenigen Mittel, Kapital ins Land zu holen, denn der internationale Kapitalmarkt ist uns verschlossen, für Kuba gibt es keine Überbrückungskredite, was zum einen mit der ungelösten Schuldenfrage zu tun hat, zum anderen mit der Blockadepolitik der USA. Also haben wir uns bemüht, mit der Novellierung des Investitionsgesetzes und der Einrichtung von Freihandelszonen unsere Attraktivität für ausländische Investitionen zu steigern, was allerdings von den USA durch das Helms-Burton-Gesetz behindert wird. Wir bemühen uns, den Tourismus weiter auszubauen, weitere Arbeitsplätze in diesem Bereich zu schaffen, ihn mit der nationalen Wirtschaft stärker zu verbinden, denn gerade in diesem Bereich sind die Potentiale bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Es ist äußerst schwierig, die Kubaner angesichts der niedrigen staatlichen Löhne zu höherer Arbeitsleistung zu motivieren.

Ja, sicher.

Aber dieses Problem hängt doch eng mit dem chronischen Währungsüberhang auf dem kubanischen Markt zusammen. Nach Schätzung kubanischer Ökonomen würden etwa 3,5 Milliarden Peso ausreichen, es zirkulieren jedoch immer noch gut 9 Milliarden Peso, und die staatliche Abschöpfungspolitik, die 1994 eingeleitet wurde, stagniert.

Diese Schätzung hatte bis 1994 ihre Berechtigung. Heute allerdings, in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs, mit 180.000 Selbständigen, den Bauernmärkten, den Handwerkermärkten, mit einem wesentlich höheren Finanzverkehr zwischen den unterschiedlichen Unternehmen, trifft diese Schätzung nicht mehr zu. Wir bemühen uns, das Finanzsystem zu konsolidieren, und ein wichtiger Indikator ist der Dollarkurs der Wechselstuben. Der Peso hat in den letzten Jahren an Wert gewonnen. Das liegt an der Ausweitung des Angebots. Zum Beispiel im gastronomischen Bereich oder auf den Industrie- und Handwerkermärkten, die eine wachsende Bedeutung erlangen. Auch die speziellen Geschäfte für die Arbeiter haben eine wichtige Bedeutung.

Aber sind diese Spezialgeschäfte denn überhaupt sinnvoll angesichts der Kosten, die für die Einrichtung aufgebracht werden müssen? Wenn jedes Ministerium eigene Geschäfte für seine Angestellten und Arbeiter aufmacht, wäre es da nicht klüger. gleich einen Teil des Lohns in Dollar zu bezahlen, wie es in der Tabakindustrie der Fall ist, wo die Arbeiter 4 Prozent ihres Lohns direkt in Devisen erhalten?

Auf den ersten Blick kann dieser Eindruck entstehen, aber diese Geschäfte unterschieden sich in einigen Punkten von den ansonsten üblichen Touristentiendas. Das Preisniveau zwischen den normalen Touristentiendas und den Tiendas der Ministerien unterscheidet sich erheblich, und in diesen Geschäften muß nicht in Dollar bezahlt werden, was den Peso wiederum stärkt. Zudem sind diese Geschäfte auch als Erleichterung für nicht unwesentliche Teile der Bevölkerung gedacht, die sich diese Produkte sonst nicht leisten könnten. Sie sorgen für einen sozialen Ausgleich.

Vielleicht ist die eine oder andere Maßnahme in Ihren Augen nicht ganz nachzuvollziehen, aber man darf nicht vergessen, in welcher Situation wir stecken: Wir zahlen einen hohen Preis, um zu überleben.

Aber die Regierung schaut sich den Einfluß der doppelten Währung auf das kubanische Gesellschaftsmodell seit vier Jahren mehr oder minder untätig an. Die Folgen sieht man auf den Straßen: Die Nachbarschaftshilfe, die Solidarität im Alltag hat stark nachgelassen, die Ellbogen werden ausgefahren auf der Suche nach dem Dollar

Wir leben nun einmal quasi im Krieg mit den USA, insofern sind unsere Maßnahmen auch eher Maßnahmen einer Kriegswirtschaft. Wir versuchen, die fundamentalen Prinzipien unserer Gesellschaft zu erhalten, auch wenn einige Elemente unserer Wirtschaft weniger mit Sozialismus und mehr mit Kapitalismus zu tun haben.

Konkret 01/98, S. 37

Georg Fülberth

In diesem Sinne - Finanzierungsvorschlag

Blickt jemand von sehr weit her - sagen wir mal: vom Mond – auf Deutschland, dann ergibt sich folgendes Bild: Die Studierendenbewegung 1997 fing mit dem Uni-Ranking des »Focus« und der zweiten Ruck-Rede des Bundespräsidenten an. Im kurz darauf beginnenden Wintersemester wurden Vorlesungen und Seminare boykottiert. Die Frankfurter Börse, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Kohl applaudierten. Das Trauma von 1968, als Intelligenz und Kapital auseinander zu geraten drohten, war endgültig überwunden.

Steigen wir vom Mond auf die Erde und betrachten die Dinge aus der Nähe, vielleicht sogar von innen, sehen sie anders aus: Das Kapital und seine Lautsprecher wollen die Neuorganisation der Universitäten nach den Grundsätzen der Betriebswirtschaftslehre zwecks Behauptung des Standorts Deutschland im internationalen Wettbewerb. Die Mehrheit der Studierenden hat davon nichts. Ihnen geht es um interessante Lehrveranstaltungen, in denen die eigene Anstrengung Freude macht. Was hindert sie daran? Die Forderung nach mehr Geld, so berechtigt sie ist, hat auch Ersatzcharakter Sie steht zugleich für etwas anderes.

Die Studierenden müssen gar nicht erst einen »Spiegel« von vorgestern lesen, um sich als Teil der »Generation ohne Chancen« zu erkennen. Für viele von ihnen sind Universitäten Warteschleifen vor der Arbeitslosigkeit, die ihre Altersgenoss(inn)en häufig schon viel früher packt. Dieses Problem ist kein hochschulpolitisches, sondern ein gesellschaftliches und am besten mit Marx'»Allgemeinem Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« zu begreifen.

Eine Minderheit der Studierenden - streikend oder nicht - sieht das anders. Universitäten, die als Trainingslager für den Kampf aller gegen alle organisiert sind, halten sie für genau die richtigen Anstalten: hier können sie sich fit machen. Diese Ansicht findet sich vor allem bei Studierenden der Betriebswirtschaftslehre (einschließlich der Bankbetriebslehre). Nun gehört dieses Fach (häufig auch als BWL abgekürzt, weil man es kaum aussprechen kann, ohne rot zu werden) ohnehin nicht an die Universität. Eine Wissenschaft ist es - anders als die Politische Ökonomie und deren Kritik - nicht. Die Unternehmen holen sich ihre wichtigsten betriebswirtschaftlichen Zuarbeiter längst schon von Berufsakademien, die sie angeblich selbst finanzieren, sich in Wirklichkeit aber vom Staat per Abschreibungen subventionieren lassen. Wer B WL an einer Universität belegt, ist insofern von vornherein zweite Wahl und lernt die für Examen und Praxis nützlichen Tricks nicht beim Professor, sondern beim Repetitor

Die Streichung dieses Fachs würde Mittel freimachen, die, wie man hört, in Forschung und Lehre anderweitig benötigt werden.

Konkret 01/98, S. 37

Carsten Otte

In diesem Sinne – Schoppenhauers Ende

Als der Geschichtsprofessor Albert Norden am 16. März 1962 auf einer Pressekonferenz in Berlin erklärte, der Journalist Werner Höfer habe im nationalsozialistischen »12 Uhr Blatt« vom 20. September 1943 die Hinrichtung des Pianisten Karlrobert Kreiten bejubelt, geschah gar nichts. Die Aussagen des »SED-Propagandachefs« ()Spiegel«) verliehen dem westdeutschen Fernsehstar sozusagen Immunität. Weil sogar die »Deutsche Nationalzeitung« dem ehemaligen NSDAP-Mitglied seine neudeutsche Frühschoppen-Liberalität vorhielt, konnte sich Höfer mühelos als medialer Musterdemokrat in Szene setzen. Das Vaterland bedankte sich auch für diesen Einsatz; Gustav Heinemann verlieh dem Sonntagsredner 1973 das »Große Bundesverdienstkreuz«.

Als Harald Wiesner die bekannten Vorwürfe im »Spiegel« vom 14. Januar 1987 noch einmal verbreitete und die Journalistenkollegen, nachdem sie sich vom »Schock der Wahrheit« ()Taz(o einigermaßen erholt hatten, die Enthüllungstat der »Edelfeder« (»FR«) einmütig lobten, mußte Höfer gehen. Der Opportunist wurde von den anderen Opportunisten seiner Gilde gerichtet. Höfer hatte das Rentenalter längst erreicht, der Nachwuchs forderte seinen Arbeitsplatz; er hätte leise und reumütig abtreten sollen, ihm wäre ein Staatsbegräbnis versprochen worden. Statt dessen beschimpfte der ehemalige Fernsehdirektor seinen Arbeitgeber und klagte gegen seine Ankläger. Damit war Höfer endgültig erledigt, weil er gegen das Gebot der Anpassung verstieß, das er jahrzehntelang so vorbildlich befolgt hatte. Höfer mußte als Nazijournalist aus dem Betrieb entfernt werden, damit der Rest der Meute mit bestem Wissen und Gewissen weitermachen konnte wie bisher.

Der WDR entließ Höfer im Schnellverfahren und ohne Anhörung, der »Spiegel« gewann ebenfalls den Prozeß und durfte den Freund Augsteins fortan einen Schreibtischtäter nennen. » Was ist Demokratie?« heißt ein von Höfer herausgegebener Sammelband, und jene Gewalt, die gemeinhin als die vierte im Staat bezeichnet wird, hatte ihm eine abschließende Antwort gegeben. Höfer verlor nie die Illusionen über seinen Berufsstand, bis zum Schuß beharrte er darauf, in die inkriminierten Passagen seines Kreitel-Artikels habe man »hineinredigiert«. Seinen Sturz hat der Pressemann daher nie verwunden. Als Werner Höfer in der Nacht zum 26. November 1997 im Alter von 84 Jahren starb, war er stark abgemagert und fast blind.

-

Konkret 01/98, S. 37

Rayk Wieland

In diesem Sinne - Korruption - was sonst?

Die Korruption ist auch nicht mehr das, was sie mal war Mußte noch vor zwei Jahren Südkoreas Staatspräsident Roh Tae Woo zurücktreten, weil insgesamt 952 Millionen Mark an Korruptionsgeldern geflossen waren, so genügen heute vergleichsweise Groschen, um halbe Regierungen und Parteivorstände zum Abtritt zu bewegen. Angeblich wegen 90. 000 Dollar Buchhonorar mußten kürzlich der russische VizepremierAnatoli Tschubais (»bester Finanzminister der Welt«, »Euromoney«) und einige seiner Mitstreiter ihre Posten räumen; 380. 000 Mark reichten in Tschechien aus, um Premier Vaclav Klaus, die gesamte Regierung und die Parteispitze, wie es so schön heißt, »das Handtuch werfen« ()ND(o zu lassen. Das ist – wenn‘s stimmt -nicht nur sehr preiswert, sondern das sind Dumpingpreise, die entweder auf einen außerordentlichen ökonomischen Substanzverlust der osteuropäischen Volkswirtschaften verweisen oder auf die inzwischen erreichte Inferiorität der politischen Führungskaste. Sollten, was wahrscheinlicher ist, ganz andere Summen und Vorgänge im Spiel sein, die aber, um diverse Schicklichkeiten zu wahren, nicht verlautbart werden möchten, dann zeigt die Höhe der an- und zugegebenen Zahlungen nur wie eine Öffentlichkeit ausgestattet ist, die über derlei Trinkgeld sich zu enragieren vermag: nämlich offenbar unvorstellbar erbärmlicher noch.

Überhaupt ist es ein Skandal, daß Korruption noch immer ein Skandal ist. Wessen Interessen hätten denn Politiker zu berücksichtigen, wenn nicht die derjenigen, die sie bezahlen? Welche Firmen sollten bei den großflächigen Privatisierungen den Zuschlag erhalten, wenn nicht die, die am meisten bieten? Marktwirtschaft ist ohne Korruption undenkbar. Korruption ist praktisch Marktwirtschaft in der Sphäre der Politik und macht sie überhaupt erst berechenbar Ihre moralische Diskriminierung erweckt den Anschein, als würde Politik nichts kosten.

Funktionäre, die nicht funktionieren, gab‘s nur im Sozialismus. Der ist bekanntlich »gescheitert«, weil er zu teuer war Jetzt ist er im Ausverkauf zu haben und verspricht sich, dank der Bezahlbarkeit maßgeblicher Politkräfte, auch zu rentieren.

Konkret 01/98, S. 39

Rayk Wieland

Ruck von unten

»Der deutsche Tiger sagte zum deutschen Kalb: Ich will von jetzt ab Gras fressen. Und dir hole ich eine Flasche Milch. Denn wir sind beide Deutsche.«

Bertolt Brecht

Arbeiter können, zumindest können sie es noch, wenn ihnen die Monatsration, die der Unternehmer für sie abwirft, nicht langt, streiken - Arbeitende nicht. Sie wären dann keine mehr. Bei Studenten ist das anders. Seit Wochen streiken die Studierenden, gehen die Studierenden auf die Straße, richten die Studierenden Vollversammlungen aus, reichen die Studierenden Petitionen ein und unternehmen die Studierenden allenthalben allerhand, um auf eines aufmerksam zu machen: daß sie, die Studierenden, nicht studieren, sondern streiken. Der semantische Lapsus, gewiß, gründet auf ehrbaren grammatischen Ambitionen. Allein, er ist, ebenso wie die ehrbaren Forderungen und Resolutionen der Streikenden, ein Indiz für die unreflektierte Semantik der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Proteste der Studenten richten sich, in der Hauptsache, dagegen, daß die Universitäten nicht mehr funktionieren, wie sie sollten oder könnten. Das aber wäre angesichts der Zwecke, auf die ihr Funktionieren abzielt, eher die gute Nachricht. Universitäten sind Anstalten zur Verfertigung von Leistungsträgern für die Leistungsgesellschaft. Die Studenten streiken, weil sie diesen Fertigungsprozeß effektiver gestalten wollen. Sie fordern eine bedarfsdeckende Finanzierung der Hochschulen, bessere Ausstattung, vor allem der Bibliotheken. Dabei bliebe die Mehrzahl der Bücher, die derzeit nicht beschafft werden können, ohnehin besser ungelesen. Davon freilich scheinen die streikenden Studierenden nichts wissen zu wollen.

Kein Zufall ist vielleicht, daß in dem Moment, da die Europäische Union beschlossen hat, die Tabakwerbung nahezu vollständig zu verbieten, die Studenten »Lucky Streik« zum Motto ihrer Protestaktionen machten. Es kann unterstellt werden, daß sie dafür nicht einmal Geld erhalten haben. Das frivole Motto blieb indes die einzige - bemerkenswerte - Innovation, die im Arsenal des altbekannten gewerkschaftlichen und sozialarbeiterbewegten Protestkokolores vorgenommen wurde. Wieder kamen alle die hilf- und harmlosen Mittel zum Einsatz, die womöglich das Wohlwollen breiter und höherer Gesellschaftskreise erzeugen, ansonsten aber, auf eine durchaus enervierende, ja ennuyierende Weise, lediglich bekunden, daß die Spielregeln eingehalten werden. Da war der Sarg mit der Aufschrift »Bildung«, der den Demos vorangeschoben wurde; da schritt der Sensenmann durch die Reihen; da wurden Transparente hochgehalten mit Texten wie »Biltunk tuht nod« oder »Bildung wird dünner, Kohl immer fetter!«; da entkleideten sich Studenten »bis aufs letzte Hemd«; da gab es das »Streikfrühstück (bei den Theologen», das »politische Aufwärmtraining«, die »Streikdisco« und natürlich Flugblätter, Ansprachen, Arbeitsgruppen. Alles wie gehabt, wie vor dreißig Jahren – wenn zwar mit wesentlichen Unterschieden. Undenkbar ist seinerzeit gewesen, daß Professoren, Rektoren oder Politiker sich mit den Studenten solidarisieren, die das politische System zu überwinden trachteten. 1967 ff. ging es - neben der Öffnung der Hochschulen für alle sozialen Schichten - um Bildungsinhalte. Was hingegen die heutige Generation umtreibt, das läßt sie sich vom neuen »Zeit«-Chefredakteur Roger de Weck attestieren: »Es ist eine vielversprechende Generation - die besten nämlich sind engagiert, aber nicht ideologisch; stark leistungsorientiert, aber nicht verkrampft; flexibel, aber zielstrebig; pragmatisch, aber auch äußerst kreativ.« Das sind akademische Sekundärtugenden, mit denen eine neue nationale Arbeitsfront eröffnet werden kann. Davon freilich scheinen die streikenden Studierenden nichts wissen zu wollen.

So verwundert nicht, daß Börsenchefs, Arbeitgebervertreter und Bundesregierung die Studenten unterstützen und sich an die Proteste anflanschen wollen; Bundespräsident Herzog hat mit seiner Rede zum fälligen Bildungsruck quasi die Schirmherrschaft übernommen (»Roman, hier ruckt's«, lautet die Parole der Dannstädter Studenten). Zwar werden inzwischen mancherorts die »heuchlerischen Solidaritätsadressen« der Politiker zurückgewiesen, aber diese Zurückweisungen sind selbst heuchlerisch. Die Hauptforderungen der Studenten - bessere Finanzausstattung der Unis, neue Bafög-Regelung, keine Studiengebühren - zielen allein auf eine Umverteilung der öffentlichen Mittel zu ihren Gunsten, d. h. zuungunsten von anderen. Das Studium möge qualifizierter, effizienter werden, auf daß ein guter Start ins anschließende Berufsleben gewährleistet sei. Das liegt in der Logik des Standorts und erheischt deshalb Applaus von vielen Seiten. In der gleichen Logik liegt aber auch die Kürzung sämtlicher Budgets der öffentlichen Haushalte sowie die Verbilligung von Institutionen, die keinen direkten Gewinn abwerfen. Am effizientesten werden diejenigen Studienabgänger arbeiten, die Kommilitonen und Konkurrenten überflüssig machen bzw. wegrationalisieren. Davon freilich scheinen die streikenden Studierenden nichts wissen zu wollen.

Vom Standpunkt der Politökonomie, einer Wissenschaft, der die Studenten sich auch dann nicht befleißigen, wenn sie nicht streiken, handelt es sich bei ihnen um Erzeugnisse, Produkte. Die Universität, sagt Adam Smith, verfolgt den Zweck, Leute zu erzeugen, die von ihrem »Geist ihr Brot haben«. Der Wert dieses Produkts zerfällt in seinen Gebrauchs- und seinen

Tauschwert. Der Gebrauchswert ist die Summe seiner nützlichen Eigenschaften; die sind zu vernachlässigen. Interessanter ist der Tauschwert, der sich bemißt durch die zu seiner Herstellung notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit. Je kürzer diese ist, um so wertloser ist das Produkt Student. Sein Wert allerdings entspricht nicht unbedingt dem Preis, der sich auf dem Markt realisiert und durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Daraus erhellt zum einen, daß effizientere Universitäten, für welche die Studenten sich einsetzen, deren Wertminderung zur Folge haben. Zum anderen, daß, wenn der Ausstoß von Studenten ansteigt, ihr Preis sinken muß. Je mehr Absolventen also erfolgreich die Universität verlassen, desto billiger werden sie und desto weniger Brot wird für ihren Geist abfallen. Davon freilich scheinen die streikenden Studierenden nichts wissen zu wollen.

Das Milchmädchenhafte dieser Rechnung ist kein Einwand gegen sie. Fragil sind weniger dergleichen Zusammenhänge als der offensichtliche Widerwille, sie ins allgemeine Bewußtsein zu heben. Im kollektiven Unterbewußtsein nämlich, falls es so etwas gibt, scheint die Einsicht in diesen krisenhaften Prozeß vorhanden zu sein. Die Studenten von heute können sich - anders als ihre Vorgänger, deren spätere Privilegien und Karrieren von ihrem politischen Engagement unangetastet blieben - den Luxus von radikaler Kritik und Widerstand nicht mehr leisten. Mehr als ordnungspolitische Mißlichkeiten müssen sie fürchten, bei den Verteilungskämpfen, die kommen werden, unberücksichtigt zu bleiben. Ihre Lage ist ungleich prekärer als vor dreißig Jahren. Der Studienabschluß allein genügt heute nicht mehr, einen attraktiven oder auch nur passablen Job zu bekommen, sein Wert verfällt zusehends. Dagegen kann man natürlich protestieren. Man kann Sternmärsche ab- und Transparente hochhalten. Man kann die Seminare blockieren. Ja, »es wäre«, wie de Weck schreibt, »ein schlechtes Zeichen, wenn die jüngeren Deutschen nicht aufbegehrten«, der Streik sei »eine deutsche Stunde der Wahrheit«. Deutsche Stunden der Wahrheit, das weiß man, sind immer besonders verlogen gewesen. Davon freilich - aber lassen wir das.

Konkret 01/98, S. 40

Marit Hofmann

Kunst & Gewerbe

Fremdenverkehr in Österreich

Die Österreicher sind einfach offener. Das hat auch ein österreichischer Akademiker afrikanischer Abstammung, der sich als Nachttaxifahrer sein Geld verdient, immer wieder durch Diskriminierungen aller Art am eigenen Leib erfahren müssen. Seine Geschichte soll nun in Salzburg verfilmt werden. Als das Drehteam die Stadt um Übernahme der Aufenthaltskosten bat, antwortete der Stadtrat Sigi Mitterndorfer von Haiders Freiheitlicher Partei (FPÖ), er sei weder als Fremdenverkehrsbeauftragter noch als Politiker bereit, einen Film zu unterstützen, »in dem die Salzburger indirekt als Rassisten dargestellt werden«. Mitterndorfer hält das Projekt ebenso wie das Europäische Jahr gegen den Rassismus für ein Ergebnis des vorherrschenden Zwanges zur politischen Korrektheit. Denn es würde bedeuten, daß der Rassismus »als so starkes Problem angesehen wird, daß es mit Millionenaufwand bekämpft werden muß. Die Österreicher haben es nicht notwendig, sich in irgendeiner Form als Rassisten diffamieren zu lassen.« Die »Kronen Zeitung« titelt, noch um einiges schamloser: »Steuergeld für eine Nazi-Beschimpfung!« Freilich hätten die Filmemacher selber wissen müssen, daß man Nazis in Österreich nicht beschimpfen darf. (Siehe auch Renate Göllners Beitrag in diesem Heft, S. 30 ff.)

Neue Wiener Schule

Auf den ersten Blick ist die Wiener »Zeitung für harmonische Musik« nichts weiter als das Projekt eines leidenschaftlichen Musikers. Doch wenn der Herausgeber und alleinige Redakteur des vierseitigen Blattes, Alfred Wittenberger (selbst Musiker der sog. Harmonia Nova), gegen die Avantgarde kämpft, dann hat das auch eine politische Dimension, die man nicht unterschätzen sollte: »Es gibt Bestrebungen, Schönes zu zerstören oder nicht aufkommen zu lassen... So gibt es Verbote, Dreiklänge zu verwenden, um *modern* gelten zu können. Das Konzept dahinter war, Häßlichkeit ... dem Publikum aller Arten aufzuzwingen. Weiters schöpferische Komponisten dazu zu erziehen, daß sie einerseits Häßliches, was mit *neu* gleichgesetzt wurde, hervorbringen, und andererseits der Möglichkeit, Schönes hervorzubringen, beraubt wurden, indem dieses von sogenannten >Autoritäten< (meistens >gescheiterten< Komponisten, die Kritiker wurden) kräftigst abgewertet wurde... Die Verbindung zum nun hoffentlich überwundenen Kommunismus ist offenbar. Er ist und war die Quelle der Verhinderung des Besseren, Schöneren, was ja auch der nun offenbare Bankrott der Oststaaten gezeigt hat. Eine weitere Parallele ist, daß zur gleichen Zeit Kommunismus und Avantgardismus . .. ihre relative Beliebtheit im Westen genossen. Kommunismus verstand sich nebenbei ja auch als Avantgarde der Politik, obwohl aus heutiger Sicht es mehr als eine Degeneration erscheint.«

In derselben Ausgabe der Zeitung heißt es in der Rubrik »Aktuelles kurz gemeldet«: »Die Stadt Wien hat auch heuer kein Geld für Harmonia Nova - wohl aber für Avantgardefestival Wien Modern.« Wer hätte das gedacht: Wien ist fest in kommunistischer Hand.

Ossi Jetzky

Noch ist das ominöse »Weltbühnen«-Nachfolgeblatt »Ossietzky« nicht erschienen, da taucht auch schon ein Pendant- bzw. Konkurrenzunternehmen auf, das mit dem Titel »Das Blättchen« Ansprüche - »Unabhängigkeit des Urteils / Sinn für Humor / Zivilcourage« - geltend machen und auf dem anscheinend riesigen Markt für ambitionierte Tucholsky-Projekte speziell als Ostprodukt mit »Ostsicht« reüssieren will: »Berlin ist Hauptstadt, Berlin ist Regierungssitz, Berlin liegt im Osten, hier erscheint das >Blättchen<.« Der Waschzettel enthält mehr Phrasen als alle SPD-Parteiprogramme zusammen, verspricht aber dreist der »feuilletonistischen Geschwätzigkeit« keine »ostdeutsche Spielart hinzufügen« zu wollen und kündigt an: »Wir wollen uns einmischen und werden uns nicht entschuldigen.« Schon jetzt erhebt sich die Frage, was das Ost»Blättchen« dem West-»Ossietzky« voraushaben könnte, doch auch darauf wissen die Herausgeber Jörn Schütrumpf und Ulrich Backmann die rechte Antwort: »Wer in der Osten dem Westen etwas voraus hat, dann die Erfahrung des Scheiterns - und die des« Scheiterns, pardon: »Lebens danach.«

Major Kuchenfilmer

»>Air Force One< war für mich ein toller Spaß ... ein großes Fun-Unternehmen.« Der deutsche Regisseur Wolfgang Petersen macht seine Filme mit der Unterstützung des Pentagon jetzt in Amerika, verhilft Clinton (alias Harrison Ford in der Rolle des Action-Präsidenten) zu einem »Super-Image« und sagt auf die Frage, ob ihm die Darstellung von Nationalstolz Spaß macht: »Es hat so viel Spaß gemacht, weil ich Deutscher bin. Es war uns ja nicht erlaubt. Wir durften mit Patriotismus überhaupt nichts anfangen. ... Es ist nicht richtig, wenn einem das über Jahrzehnte hinweg vorenthalten

wird. Ich hatte immer das Gefühl, es kann nicht gutgehen, wenn wir das auf Dauer unterdrücken. Die Folge sind diese ganzen neonazistischen Bewegungen.« Amerika hingegen »ist im Aufwind. Es herrscht ein neues Selbstbewußtsein. Da paßt unser Film gut rein.«

Bereits zur Zeit der Studentenproteste hatten Petersens neidische Kommilitonen an der Berliner Film-Akademie ihn mit dem Ausdruck »Major-Kuchenfilmer« bedacht. Aber seine aktive 68er Phase ging eh, »da ich letzten Endes ein glühender Amerika-Fan war,... schnell vorüber.« In den USA hat »Air Force One« gute Aussichten, einen ähnlichen Anstieg der Rekrutenzahlen zu erreichen wie »Top Gun« in den 80ern . Hätten die Deutschen Petersen nicht vergrault, käme ein solcher Effekt nun vielleicht der um Nachwuchs besorgten Bundeswehr zugute. Dann müßten sich die Offiziere auch nicht mehr mit Selbstgedrehtem versorgen. Von »Skandalvideos« würde jedenfalls niemand zu sprechen wagen, wenn sich Petersen wieder mal der verletzten deutschen Soldatenseele annehmen würde. Schließlich hat man ihm schon die heimattümelnde Kameradenlegende »Das Boot« als Antikriegsfilm durchgehen lassen.

Ausgezeichnet I

Für 250.000 verkaufte Soundtracks ihres neudeutschen Films »Bandits« wurden Riemann & Rebellen-Schwestern mit der Goldenen Schallplatte belohnt. Das Hamburger Polizeiorchester begleitete die Feier musikalisch.

Ausgezeichnet II

Weil er »auf seine Weise zum Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands beigetragen«, »Mut, Zivilcourage und mit seinen unorthodoxen Mitteln großes Talent bewiesen«, vor allem aber »Intellektuelle, Dichter und Künstler in der DDR wahrhaft mobilisiert« hat, wurde Wolf Biermann mit dem Nationalpreis der Deutschen Nationalstiftung ausgezeichnet. Biermann selbst gefällt sich darin, in der »FAZ« darauf hinzuweisen, daß er diese Auszeichnung bereits 1965 in seinen Lied »Das macht mich populär« vorausgesagt bzw. eingefordert hatte: »Küßt mich, bestecht mich, liebt mich heiß / Greift tief in eure Tasche / Gebt mir den Nationalpreis - und / Versteht sich: Erster Klasse! « Damals hatte er, Biermann, den Preis nicht verdient und nicht bekommen.

Ausgezeichnet III

Den Deutschen Fernsehpreis »Telestar« von ARD und ZDF erhielten Produzent Ulrich Lenze, Regisseur Heinrich Breloer und »Schleyer«-Darsteller Hans Brenner für den Zweiteiler »Todesspiel«. Auf derselben Veranstaltung sprach die Jury auch den TV-Produzenten Helmut Ringelmann (»Derrick«) und Gyula Trebitsch (»Die Drombuschs«) Sonderpreise für ihr Lebenswerk zu.

Jugend tut was

Alle mal herhören: Der Kategorische Imperativ ist geändert worden. Ab jetzt gilt es so zu handeln, »daß die Folgen deines Handelns zukünftigen Generationen ebenso große Chancen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse und ebensoviel Freiheit für eigenständiges Handeln lassen, wie sie die heutigen Generationen besitzen.« Die längst überfällige Modernisierung hat die neugegründete »Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen« vorgenommen. Auf ihrem ersten Jugendkongreß, auf dem alle maßgeblichen Verbände (also neben den Jungscharen der Parteien - von Junger Union bis zum grünen Nachwuchs - auch Pfadfinder und Beamtenjugend) vertreten waren, wurden unter der Anleitung des nicht mehr ganz jugendlichen Stiftungsbeirats (darunter der Club-of-Rome-Professor Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, der Wirtschaftsethiker Prof Dr. Hartmut Kreikebaum, der katholische Theologe Prof Dr. Hans Kessler und der Philosoph Prof Dr. Vittorio Hösle) Generationenverträge zu Rente, Ökologie und Bildung verfaßt und an alle Bundestags- und Landtagsabgeordneten verschickt - mit der Bitte, den Wunsch nach einer »Gesellschaft, die ökologisch und finanziell gesund ist«, ernst zu nehmen.

Ja, die engagierte Jugend hat heute Grund zu hoffen. Der Bitte, den Wunsch ernst zu nehmen, wird vielleicht sogar, dank der äußersten Devotheit, in der er vor- und angetragen ward, tatsächlich stattgegeben. Ernst gemeinte Wünsche, die ernst genommen werden möchten. Da gibt's wirklich nichts zu lachen.

Viva Claudia

Während sich Nena und Roman Herzog in der Villa Hammerschmidt menschlich näherkamen, mimte Viva-Chef Dieter Gorny weiter den Miesepeter. In einem Gespräch warf er Claudia »Witwe« Nolte vor, keinen Draht zur Pop-Kultur zu haben. Doch die flotte Jugendministerin (3 1) wußte zu kontern. Erstens habe sie als »jüngerer Mensch« selbst begeistert AC/DC gehört, zweitens seien im Bundeswettbewerb »Jugend musiziert« alle Musikrichtungen vertreten, und drittens akzeptiere sie, daß die Jugend Räume für sich beansprucht: »Das finden die körperlich unangenehm, wenn ich mich da

reindränge.« Wo sie recht hat, mag auch Gomy nicht widersprechen. Nach einem längeren Hin und Her darüber, wer nun mehr für die Jugend tut, Nolte oder Gomy, schlug die Ministerin ganz spontan die Gründung einer gemeinsamen Stiftung >Popkultur< vor und meinte: »Wir hätten uns offenbar längst mal treffen sollen.« Fragt sich nur wozu? AC/DC hören? Gemeinsam die Flöte blasen? Oder etwa unangenehme körperliche Dinge tun?

Loch hinten

Wenn es darum geht, uns noch bei den banalsten Alltagshandlungen uneingestandener Ideologien zu überführen, dann übertrifft Slavoj Zi'zek sogar seine Vorbilder Lacan und Althusser. In seinem neuen Buch *Die Pest der Phantasmen* (Passagen Verlag) hat er uns nun auch »in der Domäne der Ausübung der Exkrementalfunktion« erwischt - auf dem Klo:

»In der traditionellen deutschen Toilette befindet sich das Loch, in welchem die Scheiße verschwindet, nachdem wir Wasser nachgespült haben, vorne, so daß die Scheiße zuerst vor uns liegt, damit wir an ihr riechen können, in der typisch französischen Toilette, wo das Loch hinten ist, das heißt, wo die Scheiße so schnell als möglich verschwindet, ist es umgekehrt; zuletzt stellt die amerikanische Toilette eine Art von Synthese, eine Mittelstellung zwischen diesen beiden oppositionellen Polen, dar - das Toilettenbassin ist voll mit Wasser, so daß die Scheiße in ihm treibt, sichtbar, aber nicht inspizierbar ... Es ist klar, daß keine dieser Versionen in reinen Begriffen der Nützlichkeit beschrieben werden kann: eine bestimmte ideologische Auffassung, wie sich das Subjekt zu dem unerfreulichen Exkrement, das aus dem Inneren unseres Körpers kommt, verhält, ist in ihnen klar erkennbar.«

Zizek findet in Hegels Unterscheidung existentieller Haltungen der drei Nationen eine Bestätigung seiner Analyse: So läßt der deutsche Toilettentyp auf »vieldeutige kontemplative Faszination« (Hegel sprach von deutscher reflektierender Gründlichkeit) schließen, der französische auf den »hastigen Versuch, den unerfreulichen Exzeß so schnell als möglich hinter sich zu bringen« (französische revolutionäre Eile), und der englische moderate utilitaristische Liberalismus offenbart sich schließlich in der »pragmatische(n) Annäherung, den Überschuß als ein einfaches Objekt zu behandeln, welches auf geeignetem Weg beseitigt werden muß. Es ist also für einen Akademiker einfach, am runden Tisch zu behaupten, wir lebten in einem postideologischen Universum - in dem Augenblick aber, wo er nach der hitzigen Diskussion aufs WC geht, steckt er wieder knietief in der Ideologie ... «

Stopp! Daß Intellektuelle, in einem Anflug von postideologischer Verzweiflung, mit beiden Füßen voran ins Klo springen, ist ja wohl übertrieben. Und daß Politik Scheiße ist, auch nicht neu. Aber Scheiße Politik? Am Arsch sind sie beide.

Meine Frau sagt, sie erkennt die Rolling Stones sofort an den klassischen drei Akkorden. Sehr schön, sag ich dazu, aber viel zu aufwendig. AC/DC benötigen nur ein Riff: Dä Dä Dä!

AC/DC-Gitarrist Angus Young im »Spiegel«

Konkret 01/98, S. 42

Joachim Rohloff

Nationalsoziologie

Der Sozialwissenschaftler und »Spiegel«-Autor Karl Otto Hondrich plädiert für das Bekenntnis zur »kollektiven Identität« und meint doch nur, daß es für stolze Deutsche okay ist, Ausländer zu hassen

Was eigentlich, fragte vor einer Weile der Soziologe Karl Otto Hondrich die Leser der »FAZ«, *ist das Verbindende in einer Welt, in der die Frankfurter Sekretärin mit Managern aus Nigeria und Kaufleuten aus Kasachstan telefonieren muß*?* Das Telefon, sollte man meinen. Nein? Dann vielleicht das Menschenrecht oder der Weltmarkt? Auch falsch: Denn Markt bedeute Konkurrenz, und das Menschenrecht sei oft nicht mehr als *eine moralische Angriffswaffe der westlichen Kultur.* Um's also kurz zu machen: Die Frankfurter Sekretärin und den kasachischen Kaufmann verbindet eine gemeinsame Identität.

Diese *kollektive Identität,* die für gewöhnlich jedermann einsam mit sich herumträgt, durfte im vergangenen Sommer, als zwei Milliarden Schafe um eine Schnepfe trauerten, massenhaft *bei Diana ersatzweise andocken.* Wer immer da nun seine *Fähigkeit zu trauern* bewies, teilte mit dem verblichenen *Vorbild, Ebenbild, Spiegelbild* eine abstrakte Menschlichkeit, aus der zwar keinerlei Recht entspringt, wohl aber ein weltumspannendes Gefühl. Was Reich-Ranicki nur in der großen Literatur genießt, das erkannten Milliarden von Menschen- und Schwiegerkindern im wirklichen Leben der Prinzessin Di. Nämlich *das, was wir mit ihr teilen und gemein haben, das Allgemeine, das Kollektive: Konflikte zwischen Mann und Frau, zwischen Tochter und Schwiegermutter. zwischen Spontaneität und Tradition; die Angst zu versagen und den Mut zum Neuanfang,- das Unglück und das Glück, die Liebe, den Haß und schließlich den Tod.*

Nun könnte man zwar einwenden, es stürbe sich in einem Mercedes der S-Klasse durchaus anders als in einer peruanischen Wellblechhütte und Bulimie sei mit Hunger nicht wirklich zu vergleichen. Ferner könnte man die historische Erfahrung geltend machen, daß niemand sich je von seiner konfliktträchtigen Schwiegermutter abhalten ließ, fremde Schwiegersöhne sinnlos totzuschießen. Aber damit entlarvte man sich schon als unverbesserlicher Gesellschaftskritiker. Denn wer, in alter Frankfurter Tradition, der jammernden Menge etwa ein falsches Bewußtsein unterstellt, der ist selber doof. *Das falsche Bewußtsein ist ihr - der Kritiker -falsches Bewußtsein,* und besteht in dem Irrtum, es gäbe überhaupt noch etwas zu kritisieren.

Die ganz neue Frankfurter Schule der Soziologie schert sich nicht um Ökonomie und soziale Klassen, sie betreut und interpretiert das Volk, seine Identität und seine Gefühle. Die Erzeugnisse der Kulturindustrie stehen nicht länger unter Ideologieverdacht, sie künden Wahrheit. Aus der ehemaligen Mrs. Windsor, einer dummen, verlogenen Jet-Set-Existenz, sprachen folglich Of*fenheit,* ff *issen und selbst gemachte Erfahrungen.* Und des Volkes Liebe zu ihr ist so*ziale Wirklichkeit, sogar in hoher. brisanter Potenz. Sie ist ein Gemeinschaftswerk des Volkes und seiner Prinzessin. Sie stärkt, ja ermächtigt beide: die charismatische Person und das Volk.* Dafür aber, daß die *Kraftquelle,* ja das *Kraftwerk* der Identität ein Volk immer auch zu Krieg und Totschlag ermächtigt, bringt Hondrich tiefes Verständnis auf Kollektive Identität, die während der Volkstrauertage außer den Angehörigen der Verstorbenen wirklich jeden aufnahm und hereinließ, begreift sich ansonsten eher als exklusive Veranstaltung.

Eine schlichtweg menschliche Identität, das weiß Hondrich am besten, gibt es gar nicht. Jede Identität schließt grundsätzlich mehr Menschen aus als sie einschließt und muß deshalb im Kampf definiert und gewonnen werden. So erlebten die Slowenen und Kroaten in ihrem *Unabhängigkeitskampf* die *kämpferisch organisierte und ritualisierte Gewalt als identitätsstiftende Kraft eigener Art.* Der italienische Bauarbeiter hingegen, dem im Brandenburgischen mit einem Baseballschläger der Schädel eingeschlagen wurde, muß sich von Hondrich sagen lassen, daß dieser Angriff keineswegs gegen ihn persönlich und *kaum gegen eine bestimmte Person, ... sondern gegen irgendeine Person oder kleine Gruppe als Träger kollektiver Identitäten* gerichtet war. Die den Schläger führten, taten das im Namen einer von der bloßen Gegenwart des Nicht-Identischen beleidigten Identität. Mit ihr ist nicht gut Kirschen essen, vielleicht verzichtete man besser ganz auf sie.

1992 veröffentlichte Hondrich ein Buch mit dem Titel *Lehrmeister Krieg.* Es steht nur wenig drin, was man bis dahin und seitdem nicht mehrfach anderswo gelesen hätte. Auf eigenwillige Begründungen, warum er demnächst Krieg führen darf, ja soll, ist der Minister Rühe kaum angewiesen. Hondrichs Theorem, daß der Krieg zwar schrecklich, aber auch lehrreich sei und durchaus positive Effekte zeitige, ist deshalb kaum mehr als ein Kuriosum und ein weiteres Beispiel für den Hirntod einer Wissenschaft, die sämtliche Bestrebungen der Nation verständnisvoll begleitet.

Während der *marxistische Neo-Primitivismus* hinter kriegerischen Ideologien ökonomische Interessen vermutet, entdeckt Hondrich die wahre Ursache vor allem der zukünftigen Kriege in diffusen Werten und Gefühlen, in *ethnokultureller Identität.* Auch wenn diese aus nicht viel mehr besteht als einem bunten Lappen und dem Herrschaftsanspruch reanimierter Provinzhäuptlinge. Wo immer solche Identitäten sich selbst entdecken, da sind sie auch schon mindestens seit Jahrzehnten

und meistens von kommunistischen Regimes unterdrückt worden und haben deshalb jedes Recht, sich gewaltsam zu befreien. *Ein Blick auf die gegenwärtigen Kriege auf dem Balkan und in der ehemaligen Sowjetunion bestätigt dies: die aus der Unterdrückung auftauchenden Völker führen nicht gegen Diktatoren oder für wirtschaftliche Interessen Krieg, .. . sondern für Zusammengehörigkeitsgefühle und Lebensformen.* Hat man diese Lebensformen einmal als *Wertbilder* anerkannt, fragt man besser nicht nach ihrer Substanz. Denn schon die bloße Beschreibung müßte unvermeidlich in Kritik ausarten.

Obwohl der Krieg *das individuelle Leben zerstört, kann er das kollektive erneuern.* Lebendige Kollektive kann er aber doch auch, zumindest wenn er verloren geht, unmißverständlich hinter ihre Grenzen weisen. So lernten die Iraker im zweiten Golfkrieg, daß sie Kuwait bis auf weiteres nicht besetzen dürfen. Die Amerikaner lernten vom Vietnamkrieg - daß sie ihn nicht gewinnen konnten. Die Deutschen lernten aus dem Ersten Weltkrieg eher nichts und aus dem Zweiten, daß sie am Ende immer die Betrogenen sind. Diesmal fühlten sie sich ausgerechnet *vom Nationalsozialismus ... um den Erfolg aller Anstrengungen, um den Sinn der ihnen abverlangten Opfer und schließlich noch um ihre kollektive moralische Integrität gebracht.* Daß der Führer das deutsche Volk verraten habe, ist unter Rechtsradikalen keine Neuigkeit. Aber: Seit fünfzig Jahren bemühen wir uns, die Unmöglichkeit einer Kollektivschuld zu beweisen, und nun kommt dieser Hondrich mit seiner kollektiven moralischen Integrität! Die Juden nützen solche Konzentrationsschwächen natürlich sofort aus, wird doch die ständige *israelische Inanspruchnahme des deutschen Schuldkomplexes _für aktuelle politische Zwecke* immer wieder beklagt. Sie haben halt die Lektion des Zweiten Weltkriegs gründlich gebüffelt: *Krieg und Holocaust, von den Deutschen veranstaltet, haben die Juden von friedfertigen Bürgern vieler Staaten zu einem wehrhaften Staatsvolk gemacht - und die Deutschen zu einem friedfertigen.* Die Pädagogik des Holocaust wäre folglich für einen weiteren Bestseller gut.

Der Krieg entfaltet seine segensreiche Wirkung, lehrt Hondrich, zuverlässig nur im Lager der Verlierer. Die Sieger sehen sich bestätigt, trinken Alkohol, werden fett und dekadent. Vom Golfkrieg allerdings ließ der kollektive Deutsche, obwohl er immer noch beurlaubt war, sich ganz ohne Not beleben: *Unsere hervorragende Friedfertigkeit - plötzlich warf sie den Schatten des Memmenhaften, des Trittbrettfahrens.* Gleichzeitig schwoll die Verantwortung in der Mitte Europas usw. - mit dem Ergebnis, Deutschland dürfe fortan *nicht unbeteiligt bleiben, wenn der Frieden in seinem Umkreis gestört ist.* Der Umkreis wird im Idealfall von westlichen Werten, im Zweifelsfall auch von wirtschaftlichen Interessen definiert und reicht mindestens bis zur fernsten Ölquelle. Man kennt das. Originell aber bleibt Hondrichs Vorschlag, die Uno, weil in ihr jeder mitreden darf, doch lieber zu ignorieren und an ihrer Stelle einen *Quasi-Weltstaat* zu errichten, *in dem die Industriegesellschaften dominieren* und der vermutlich Nato heißen wird. Sich dessen *Drohgewalt* freiwillig zu unterwerfen, ruft Hondrich alle minderen Staaten auf Die pervertierte Version der Weltrepublik verspricht nicht einmal dauerhaften Frieden: Soll *diese Drohgewalt nicht als Papiertiger entlarvt werden, dann muß sie ernstgemeint sein und die Bereitschaft zum Krieg einschließen.*

Mit der Identität verhält es sich wohl ähnlich wie mit der Religion. Sie befriedige ein menschliches Bedürfnis, heißt es; trotzdem leben viele ganz gut ohne sie. Und während aus religiösem oder nationalem Wahn täglich zahllose Morde begangen werden, hat von agnostischem oder kosmopolitischem Eifer noch niemand physischen Schaden genommen. Gegen alle Vernunft hat Hondrich die Identität immer wieder gepudert und gewickelt; statt zu erforschen, wie man sie schmerzlos um die Ecke bringt, fordert er den Staat auf, ihr nach Kräften zu willfahren. So wird die Soziologie selber gemeingefährlich.

Wir tun gut daran, Diskriminierung als einen Grundtatbestand menschlicher Sozialität anzunehmen. So viel hat die Frankfurter Aftersoziologie, seit sie sich von jedem kritischen Anspruch befreite, zwar schon herausgefunden. Daß Hondrich den Fremdenhaß trotzdem nicht in der Anthropologie seßhaft macht, muß man ihm als Inkonsequenz ankreiden. Denn für den Lynchmob taugen wir alle, *wenn wir gegen Ausländerfeindlichkeit kämpfen, kämpfen wir also gegen etwas in uns selbst. Es sind diese Regungen, die wir mehr oder weniger bewußt niederhalten wollen. Gelingt es uns, die eigene Ausländerfeindlichkeit so ins Unbewußte abzudrängen, daß sie uns selbst ganz fremd erscheint, dann kämpfen wir. indem wir für die Fremden eintreten, gegen das Fremde in uns selbst.*

Dieser Gedanke, wäre er nicht so bescheuert, könnte einem mächtig Angst einjagen - zumal die psychische Konstitution der Ostdeutschen noch um eine Umdrehung gefährlicher ist. *Nach der Wiedervereinigung selbst eine Minderheit von 17 Millionen benachteiligter Quasi-Ausländer,* gaben sie *der Feindseligkeit gegenüber Ausländern in Deutschland in den letzten Jahren eine ganz besondere, einmalige Pointe:* Sie zündeten Asylbewerber an und meinten doch sich selbst. Aber ist nicht, mit Monty Python gefragt, jeder Totschlag ohnehin nur ein extravertierter Selbstmord?

Wer an seinem Nachbarn schnüffelt, ob er deutsch sei, und bei negativem Befund nach der Keule greift, der braucht zum Mord keine Argumente. Professor Hondrich aber kennt eins, das selbst den halbwegs gebildeten Kameraden noch nicht eingefallen ist: Zu *allem anderen, was gegen Ausländer gesagt werden kann, kommt ja noch das Gefühl, daß sich die Deutschen ihretwegen entzweien!* Hart geht Hondrich deshalb mit volksfremden Elementen ins Gericht, die sich einer über sie verhängten Identität nicht ohne Widerspruch fügen wollen und schamlos fraternisieren. Er meint unsere Eliten; in ihren Vorstadtvillen werden sie *von Ausländern kaum behelligt;* vielmehr können sie *von billigen polnischen und philippinischen*

Arbeitskräften in Haus und Garten auch außerhalb der Legalität profitieren. Wegen ihrer internationalen Geschäftskontakte mußten sie die angestammte deutsche Xenophobie schlecht und recht sublimieren, nun bilden sie *eine latente Koalition mit den Ausländern - gegen das Volk, dem Ausländer in großer Zahl im Alltag viel näher rücken und das sich von ihnen bedrängt sieht.* Aber eins sollten auch sie immer beherzigen: Sie sind hervorgegangen aus der *Mehrheit des Volkes, ... von dem sie - und ich nehme mich da nicht aus - Teil bleiben.* Und wenn nicht, dann eben Bumms! - müßte ein engagierter Nazi an dieser Stelle hinzufügen.

Da - soziologisch gedacht - jeder einzelne mehreren verschiedenen Mehrheiten angehört, die Eliten aber schwerlich einen Teil der nichtprivilegierten Masse bilden, muß es die ausländerfeindliche Mehrheit sein, der Hondrich sich verbunden fühlt. Trotzdem ist er selbst beileibe kein Ausländerfeind: *One* of *my best friends is from Africa, kann auch ich von mir sagen.* Und er sympathisiert stets mit dem Befreiungskampf der Ostdeutschen. Einst forderten sie *Einheit Freiheit, Gleichheit - die republikanische Dreieinigkeit,* an die man sich doch irgendwie anders erinnert, und meinten die Gleichheit ausschließlich der Deutschen. Was sie bekamen, war die westliche *Multikulti-Moral... Gegen diese moralische Fremdbestimmung wehren sich die jugendlichen Gewalttäter stellvertretend für das Volk* und marschieren *dorthin, wo er (der Westen) seinen Geßlerhut aufgepflanzt hat, Symbol seiner Fremdherrschaft: ein Asylbewerberheim.* Dabei gewinnen sie fast gar keine Identität, sondern nur *ein Selbst- und Gruppenbewußtsein, das ihnen im Alltag ... versagt ist.* Ob denn wenigstens dieses Bewußtsein ein falsches sein könnte und ausnahmsweise kritisiert werden darf?

Nach dem Brandanschlag von Mölln denkt Hondrich über das Verhältnis von gequälter Mehrheit und mordender Minderheit nach: *In der Gewalt von wenigen machen sich Wut und Enttäuschung von vielen Luft. Der starke Staat, nach dem jetzt gerufen wird, kann nur Herr der Lage werden, sofern das Volk sich mit seinen Sorgen und Wünschen von ihm verstanden und vertreten fühlt - und nicht von den Gewalttätern.* Das ist - denn aus Hondrich spricht ja immer das Volk selbst - eine Drohung. Um dem Staat die Beseitigung des Asylrechts abzupressen, nimmt das Volk die Ausländer als Geiseln. Einige werden, weil der Staat sich weigert, von ehrenamtlichen Killern ermordet. Anders ist die Sache nicht zu regeln, denn es gibt *für kollektive Gefühle,* die neuerdings zum Gegenstand der Soziologie aufgestiegen sind, *keine größere Kränkung, als sie zu übersehen und zu überhören. Genau dies aber widerfährt ihnen in Deutschland.* Trotzdem bleibt das Motiv der Mörder unergründlich: *Ob sie von Haß erfüllt sind, wie wir klischeehaft leichthin sagen, möchte ich in Frage stellen. Ist Haß nicht eine sehr menschliche, personenbezogene Regung?* Vielleicht ist, was da mordet, einfach nur tätige Identität.

Dennoch ist Hondrich kein rechtsradikaler Ideologe. Vermutlich hält er sich sogar für liberal. Auch er will nicht die Ausländer, sondern die *Ausländerfeindlichkeit wegmachen - obwohl* der Unterschied zwischen beiden Optionen in seinem Verständnis gefährlich schrumpft. Von der Schuld am Fremdenhaß mag Hondrich die Fremden nicht entlasten; *das wichtigste Kampfinstrument gegen Ausländerfeindlichkeit ist demnach die Diskriminierung zwischen drinnen und draußen und die Kontrolle der Grenzen. Es dürfen nicht zu viele Ausländer auf einmal ins Land gelassen werden, genauer: nur so viele, daß die Einheimischen ihre Interessen und Identitäten nicht nachhaltig beeinträchtigt sehen.* Warum aber auch der einzige Ausländer schon einer zuviel sein kann, zeigt die Anekdote vom Schweizer Urs, der sich in seinem Betrieb gegen die Anstellung eines Jugoslawen wehrt: Der erste bringe den zweiten mit, und die beiden lauerten nur darauf, daß ein Einheimischer krank werde, um den dritten einzuschleusen; schließlich stehe man *allein mit den Jugos da.* Diese *Erfahrung,* die Urs aber, weil in seinem Betrieb gar keine Ausländer arbeiten, nie gemacht hat, will Hondrich nicht bestreiten: *Welche Erfahrung hätte ich ihm entgegenhalten können und sollen?* Um das nicht mehr zu wissen, wird man neuerdings Soziologe.

Was kann man, neben ihrer Diskriminierung, noch für die Ausländer tun? Sehr wenig. Denn *die deutschen Türken, denen das Privileg von zwei Staatsbürgerschaften zuwächst, während wir selbst nur eine haben, können mit unserem unterschwelligen Neid rechnen* auch dann, wenn das Privileg des zusätzlichen Passes nur darin besteht, daß man nicht in die Türkei reisen kann, ohne dort seinen Wehrdienst zu leisten. Und was das Asylrecht selig betrifft, von dem man bisher annahm, es sollte lediglich Menschen vor politischer, religiöser und rassistischer Verfolgung schützen, so sei endlich einmal gesagt: Der Streit um den Artikel 16 war *nur vordergründig ein Konflikt pro oder contra Ausländer. Hintergründig* aber ging es um eine *Straf- und Umerziehungsaktion: Ausländerfeindlichkeit unter Deutschen soll bestraft werden, eine multikulturelle anstelle einer ethnisch-monokulturellen Identität soll gelernt werden.*

Nun handelt zwar von Monokulturen nicht die Soziologie, sondern der Landfunk. Trotzdem ist das alles so gemein: Die Franzosen haben ihren Le Pen und kommen doch ungeschoren davon. Aber die Deutschen werden sich vom Menschenrecht nicht notzüchtigen lassen, denn *jahrhundertelang (!) gewachsene Identitäten, darunter die Vorstellungen, wer Deutscher sei und wer nicht, kann man nicht kurzerhand ignorieren, austricksen, vergewaltigen.*

Inzwischen wurde das Asylrecht beseitigt, das Problem aber, das die Deutschen mit den Ausländern haben, besteht weiter fort. Da es nicht zu lösen ist, kann man es nur beseitigen, indem man es neu formuliert. Hondrichs Vorschlag lautet, künftig *nationale Tendenzen ... als Implikation von Weltoffenheit* zu begreifen. *Erst in der Öffnung zur Welt fügen sich individuelle Selbstgefühle zu einem Wirgefühl zusammen.* Wer nicht weiß, daß in der Ferne noch andere leben, soll das heißen, kann

sich gar nicht recht als Deutscher empfinden. Eine weitere Implikation von Weltoffenheit wäre demnach der Weltkrieg. Hätte Hitler nicht gewußt, daß es im Osten ein Polen gibt, hätte er nie und nimmer zurückschießen können.

---

* Alle kursiven Passagen sind Zitate von Karl Otto Hondrich

Konkret 01/98, S. 45

Arno Schmidt

Wüstenkönig ist der Löwe

Eine Friedenstaube als hoheitliches Symbol im neuen Reichstag, wie PDS-Sprecher Harnisch in KONKRET 12/97 vorgeschlagen hat? Arno Schmidt hat das Thema bereits 1957 gründlicher bedacht

Ich will hier nicht gegen die orientalisierenden Bramarbasse losziehen, die ums Ende des vergangenen Jahrhunderts in der Literatur bedeutendes Aufsehen erregten - nichts gegen Freiligrath und seine Staffage aus Mohrenkönigen und toll gewordenen Giraffen; nichts gegen Sudermanns Großwildjäger, seinerzeit durchaus vollbärtig=ernst gemeint, und heute so wonnig komisch zu lesen, daß man ihm schon deswegen gut sein muß, auch wenn er nicht noch die handfesten Tilsiter Geschichten geschrieben hätte. Und ich will ebensowenig über den >Großen Brehm< plaudern; oder den >Krüger-Park< der Südafrikanischen Union, wo man nach Belieben mit Pavianen, Grant=Gazellen oder Flußpferden zusammen frühstücken kann : das hat alles der Kulturfilm viel geschickter und farbiger erledigt, als eine Schreibmaschine das auf einem zweidimensionalen Din=A=4=Blatt vermag.

Aber es bleibt immer interessant aufzuzählen, was einem bei diesem speziellen Silbenfall >L-ö-w-e< so alles einfallen kann ! Von Asbach=Flaschen lacht er einen an. Der >Löwe der Gesellschaft<, Dandy Brummell, schlendert herbei. Theodor Däubler, dem die Araberkinder in Kairo schreiend nachliefen mit »Simba !« : und das heißt ebenfalls >Löwe(; denn der Zweizentnermann mit dem buschigen Brüllhaupt erschien den unverdorbenen Naturkindern als Anthropomorphisierung ihres Heldentiers.

Und das ist das Stichwort für eine neue Gedankenreihe; denn mir fiel all dies ein, als ich neulich ein mächtiges >Wappenbuch(betrachtete. Nicht nur die von Adelsfamilien waren darin - relativ harmlose Symbole und Geräte -, sondern vor allem die farbenprächtigen Schilder der Staaten (Nietzsche, Zarathustra, >Vom neuen Götzen(!).

Und mich betrübte, wie wir da, Tag für Tag, an wappengeschmückten >Behörden< aller Art vorbeitraben. An >Öffentlichen Gebäuden<. Briefe >dienstlichen Inhalts< empfangen. Eidesstattliche Erklärungen abgeben; Anträge ausfüllen; Stempelungen erleiden; Urkunden aufbewahren, D=Markstücke hinreichen : immer atmen wir Wappenluft ! Und es ist fürchterlich bezeichnend, was wir uns da als Siegel aller Art aufpressen lassen - unbewußt, gewiß; wir sind auch in dieser Hinsicht abgestumpft und gefühllos geworden ! Bei Betrachtung der gängigen Staatswappen stellen sich sogleich die merkwürdigsten Betrachtungen ein: wir leben inmitten von Raubtieren !

>Adler< : die sind's ! Unsere Bundesrepublik. Die Vereinigten Staaten : in der Linken einen Lorbeer (für sich selbst); in der Rechten ein Blitzbündel (für die Anderen; also wahrscheinlich Ferngelenktes). Aus dem alten österreichischen Wappen gaffte es gerupft. Das zaristische Rußland bedurfte gar eines Gegeiers mit zwei Köpfen (und nicht minder die gute Stadt Lübeck : Keiner werfe den ersten Stein !).

Wenn's nicht so bedenklich, raubritterhaft--gefährlich wäre, könnte man sich ja amüsieren über die unzähligen balancierenden >Löwen< : Holland, Norwegen, Belgien, Luxemburg (Liechtenstein zeigt zur Abwechslung wieder zwei Adler). Im Braunschweiger Wappen marschieren gleich drei von den Bestien. (>Steige hoch, Du roter Adler ! (: Brandenburg, Pommern, Westpreußen, Rheinprovinz, Schlesien). Bei Hessen=Nassau hat man die Wahl zwischen einem goldgelben Löwen und einem silbern und rot gestreiften, sowie einem Silberadler mit 4 (vier) Klauen - und man vergesse nie, daß dergleichen auf jeder gestempelten Geburtsurkunde prangt, jedem friedlichen Trauschein, jedem bürgerlichen Kaufkontrakt !

Man kann natürlich auch den unverbindlich=amüsierten Standpunkt des Briefmarkensammlers annehmen, und sich an den >Landschaften(von San Salvador ergetzen : da dampft ein energischer Vulkan über einem scharmanten Meer; links geht eine strahlenreiche Sonne auf, und zwölf Sterne bilden nach oben den abschließenden Bogen. Spazierengehen kann man in den reizenden Passagen von Ecuador und Costarica, von Bolivien und Nicaragua ganz zu schweigen.

Wo aber findet man vernünftige, menschenwürdige Zeichen, d. h. solche, die einmal nicht aus der >guten alten Zeit< der Raubritterschaft herrühren ? Wo solche, die Bürger- und Bauernfleiß verherrlichen; die ewig=ehrwürdige Arbeit des >Dritten und Vierten Standes< ? (Und sie sind in Wahrheit der >Erste und Zweite Stand< !)

Da ist Hamburg : ein silberner Torturm in rotem Feld (= Trotz und Sicherheit seiner Bewohner : gut !). Bremen hat einen Schlüssel - zur Welt vermutlich, auch das sinnreich und Niemandem wehetuend. Baden führt in goldenem Feld einen roten Balken, bon, das ist wenigstens unanstößig (gleichviel, was sich die Heraldiker bei einem >Balken< denken), und kann für's Zimmermannshandwerk vereinnahmt werden. Wo aber sind die Großstaaten, die sich nicht mehr der unwiderstehlich=brutalen Raubtiere bedienen; die weder der Löwen noch Adler bedürfen, noch Einhörner oder anderer Fabeleien ?

Da ist einmal Sowjetrußland : ein Hammer und eine Sichel sind doch wohl unverleugbar ehrwürdigere Symbole, als >Wilde Männer< oder rasende Tiere. Oder die schöne Harfe des Freistaates Irland : sollte das vielleicht das gelobte Land

für Dichter und Sänger sein ? Schlagen wir getrost an unsre eigne Brust, und vergleichen wir die Wappen der beiden Staaten des geteilten Deutschland : im Osten Zirkel, Hammer, Ährenkranz; im Westen der uns zum Überdruß geläufige herbarienplatte Schwarzadler! Wie wäre es, wenn wir uns endlich einmal ermannen würden, und beide vertauschen - aus >Prestigegründen< könnte ja bei einer eventuellen Wiedervereinigung keiner das Wappen des Anderen übernehmen ! - gegen, meinethalben, ein aufgeschlagenes Buch : >Land der Dichter und Denker<. Wäre das nicht würdiger als die ausrangierten Totschlägerzeichen aus den finsteren Zeiten, wo ein Mann nur so viel wert war, wie sein rechter Bizeps ?!

Man werde sich doch endlich klar darüber, daß der es schwerer hat, ein friedlicher fleißiger Bürger zu werden, der von Kind auf gewöhnt wird - und sei es nur beim Aufkleben der Briefmarken - pausenlos das Gesäß eines Großraubtiers abzulecken. Aufgabe für den künftigen Bundestag also : Ändert unser Wappen ! Ins Menschliche; ins Bürgerliche.

Niederschrift: 6.2.57.

Mit freundlicher Erlaubnis der Arno Schmidt Stiftung Bargfeld entnommen aus: Arno Schmidt: »Bargfelder Ausgabe«, Werkgruppe III, Essays und Aufsätze 1, S. 347ff., Zürich 1995

Konkret 01/98, S. 46

Stefan Ripplinger

Das Wort »Muttersprache«

Den Gegnern der deutschen Rechtschreibreform geht es weniger um Regeln und Schreibweisen als um die »deutsche Sprache«, deren Naturkräfte die innere Einheit stiften sollen

Die Sprache, bemerkte Fritz Mauthner, ist die Peitsche, mit der wir zur Arbeit gepeitscht werden. Wer von dieser Peitsche getroffen wird, dem sollte gleichgültig sein, ob ihr Stiel mit Perlmutter besetzt, ob die Peitsche aus Rohr oder aus Leder gefertigt ist. Eher sollte ihn bekümmern, wie der Hieb geführt wird und wo er ihn trifft.

Den Gegnern der sog. Orthographiereform hingegen ist nicht nur an der Beschaffenheit der Sprache, ihrem ledernen Material, gelegen - sie erblicken in diesem sogar den Wesenskern deutscher Kultur. »Sprache ist Heimat«, verkündet Walter Kempowski im »Spiegel«. Linguisten und Bürokraten wollten dem »lebendigen Organismus der Sprache ... zu Leibe rücken«, fürchtet die »FAZ«. Die Reform schade dem »Ansehen der deutschen Sprache und Literatur im In- und Ausland«, heißt es in der »Frankfurter Erklärung«, die im Herbst 1996 Hunderte prominenter Künstler und Intellektueller von Günter Grass bis Botho Strauß unterschrieben haben. Über ihren Rädelsführer, den Weilheimer Deutschlehrer Friedrich Denk, wird berichtet, er wolle im Kampf gegen die Reformer gar sein Leben in die Schanze schlagen. Aber warum? Denk in einem »Taz«-Interview: »Ich glaube, daß durch die Rechtschreibreform das Verhältnis zur Muttersprache gestört wird.« Es wäre ein Leichtes zu belegen, daß es der Reform gar nicht um das geht, was Sprache genannt zu werden verdient, sondern um deren graphische Repräsentation, um Verschriftlichung. Dann erhielte man von dem erbittert geführten Krieg, in dessen Verlauf Volksbegehren beantragt, die höchsten Gerichte bemüht und Polizisten zu Hilfe gerufen wurden, einen recht oberflächlichen Eindruck.

Man müßte sich dann fragen, warum das »Unbehagen, das wir empfinden, wenn die Rechtschreibung eines Wortes geändert wird« (Ludwig Wittgenstein, Philo*sophische Untersuchungen),* solch heftige Reaktionen auslöst - bei Kulturtrampeln, denen man soviel Sensibilität nicht zutraut. Man käme dann vielleicht zu dem Schluß, um einiger Ornamente, um des Buchstaben »ß« und der Schreibung von »Rhabarber« (bzw. »Rabarber«) willen, sei eine Hysterie ausgebrochen. Dann könnte man sich nur noch darüber wundem, warum die bislang gültige Orthographie, die 90 Prozent der professionell Schreibenden ohnehin nicht beherrschen (eine Lehre aus den acht Jahren, in denen ich als Korrektor arbeite), nun mit blanker Waffe verteidigt wird.

Selbstverständlich geht es um etwas anderes, und der Streitpunkt ist auch schon benannt: Wohnt in der Sprache ein lebendiger Geist, oder besteht sie bloß aus toten, willkürlich gesetzten Zeichen? Auf diese Frage haben die Reformer keine Antwort geben müssen, weil es ihnen, wie gesagt, nur um einige Konventionen der Graphemik zu tun war. Aber in einer für sie bezeichnenden Verkennung kreisten die Pamphlete der Anti-Reformer stets um dieses Thema. Es ist vielleicht kein geringes, weil es in dreitausend Jahren Philosophie immer wieder diskutiert wurde, allerdings selten auf so niedrigem Niveau.

Hinzu kommt ein starkes politisches Moment: »Die Sprache gehört allen, und sie prägt alle; Staatsvolk und Nation bestehen als Sprachgemeinschaft. Die Sprache ist wesentlich für Einheit und Einheitlichkeit« (»FAZ«). Auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands darf nicht das angetastet werden, was die Idee dieser Einheit überhaupt stiftet: die deutsche Sprache. Beide Motive - Belebtheit und politische Aufgabe der Muttersprache - zusammengenommen, verweisen sie auf den Denker, der wie kein anderer vor ihm die Deutschheit aus der deutschen Sprache abgeleitet hat: Johann Gottlieb Fichte.

In seinen *Reden an die deutsche Nation (1807/08)* bestimmt Fichte die »Hauptverschiedenheit zwischen den Deutschen und den übrigen Völkern germanischer Abkunft«. Diese Verschiedenheit, erklärt er, könne weder in Wohnsitz oder »Heimat« der Deutschen liegen noch in ihrer »Abstammung«, sondern allein in der »Sprache«, die »einen vollkommenen Gegensatz zwischen den Deutschen und den übrigen Völkern germanischer Abkunft« begründe. Die Menschen, d. h. die Deutschen, würden weit mehr von der Sprache »gebildet« als die Sprache von den Menschen: »Nicht eigentlich redet der Mensch, sondern in ihm redet die menschliche Natur, und verkündiget sich andern seinesgleichen.« Noch »nach Jahrtausenden« sei die deutsche Sprache eigentlich dieselbe geblieben. Sie sei eben - hier glaubt man, die Denk-Schüler zu hören - nicht »willkürliches Machwerk«, sondern »unmittelbare Naturkraft«.

Fatal sei es, lehrt Fichte, wenn das Volk »mit Aufgebung seiner eigenen Sprache eine fremde« annehme. Die deutschen Wörter besäßen einen ganz eigenen, »sittlichen Gehalt«. Die Völker aber, welche »neulateinische Sprachen«, also romanische, sprechen, befänden sich »nicht im Besitze irgendeiner lebendigen Sprache«, sie hätten - »die Sache genau genommen«

gar keine »Muttersprache«. Der Unterschied zu den anderen germanischen Sprachen bestehe darin, »daß der Deutsche eine bis zu ihrem ersten Ausströmen aus der Naturkraft lebendige Sprache redet, die übrigen germanischen Stämme eine nur auf der Oberfläche sich regende, in der Wurzel aber tote Sprache«. So erkläre es sich, daß der Deutsche das Ausländische in

seine lebendige Sprache übersetzen kann, »dagegen der Ausländer, ohne eine höchst mühsame Erlernung der deutschen Sprache, den wahren Deutschen niemals verstehen kann, und das echt Deutsche ohne Zweifel unübersetzt lassen wird«.

Und so erklärt sich wohl auch der geharnischte Widerstand gegen eine Regelung, nach welcher »Rhabarber« auch »Rabarber« geschrieben werden darf. Oder der Schüler statt »Necessaire« auch »Nessessär« verwenden kann; oder statt »Strophe« auch »Strofe«. Hier versuchen Ausländer, oder zumindest ausländische Wörter, sich als deutsche bzw. Deutsche auszugeben, ohne jemals einen Asylantrag gestellt zu haben. Hier wird die deutsche Sprache mit fremden gekreuzt, und das darf nicht sein: Denn bisher sind die Deutschen doch bei ihrer »aus wirklichem Leben sich fortentwickelnden Ursprache geblieben«, während die anderen Völker »eine ihnen fremde Sprache angenommen« (Fichte) haben. Mit den bekannten Folgen. Der ganze Schwung der deutschen Metaphysik ginge verloren und vielleicht auch das »Recht« der Deutschen, »sich das Volk schlechtweg ... zu nennen«, wenn die »Ausländerei« (Fichte) weiter um sich greift.

Nur so wird die Sorge Denks begreiflich, das »Verhältnis zur Muttersprache« könnte gestört werden: Die andern haben ja keine, sie haben nicht einmal das Wort. Auch das Wort »Heimat« bleibt unübersetzbar, daher die Furcht Kempowskis, aus jener Heimat vertrieben zu werden, die ihm die deutsche Sprache ist. Und auch die Angst der »FAZ« erschließt sich, mit der »Sprachgemeinschaft« könnte das »Staatsvolk« abhanden kommen. Gemeinschaft, Staatsvolk, das sind Produkte deutscher Rede; wenn ich mich auch nicht auf den nominalistischen Standpunkt stellen will, das deutsche Volk gebe es gar nicht - alle, die in seinem Namen des Landes verwiesen oder in die Isolationshaft geschickt werden, können das Gegenteil bezeugen.

Gefördert und gepflegt durch Friedrich Denk und die deutsche Bildungselite hat sich während des Orthographie-Streits jene »Muttersprachen«-Philosophie Fichtescher Prägung regeneriert, wie sie Leo Weisgerber, ein bis in die siebziger Jahre sehr angesehener und seither etwas in Vergessenheit geratener Sprachwissenschaftler, 1937 bündig definiert hat: »Zu den stärksten geistigen Kräften, die ein Volk in seinem Daseinskampf einzusetzen hat, gehört seine Muttersprache.« Diese Muttersprache vermittelt das »Gefühl der unmittelbaren Schicksalsverbundenheit mit den Sprachgefährten, der Mitverantwortung für ein gemeinsames Volkserbe höchsten Wertes«, und sie fordert Einsatz: die »Einzelbereitschaft für diese volkstumerhaltende Kraft, selbst unter den unsäglichen Opfern, die ein erbitterter Sprachenkampf verlangen kann«. Aber in diesem Sprachenkampf wirke der einzelne mit »an der inneren Geschlossenheit und äußeren Stoßkraft des Volkes« *(Muttersprache und volkhafte Erziehung).* Ein Volksbegehren dürfte also noch das wenigste sein, was man den Sprachgefährten abfordern darf, wenn es um die innere Geschlossenheit und äußere Stoßkraft des deutschen Volkes geht.

Und so sind in allen Gauen tapfere Sprachgefährtinnen und Sprachgefährten aufgestanden und haben vor den Gerichten gegen die neue Rechtschreibung geklagt. Zwar von acht Verwaltungsgerichten und vier Oberverwaltungsgerichten abgewiesen, wurde der Klage der Denk-Anhänger insgesamt achtmal stattgegeben, und das ist ein Erfolg auf ganzer Linie. Es ist nämlich schwer vorstellbar, daß in einem Bundesland diese, in dem anderen jene Rechtschreibung praktiziert wird. Für Februar wird eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erwartet.

Zuletzt gab das Berliner Verwaltungsgericht dem Spandauer Gernot Holstein recht, der die »Persönlichkeitsrechte« seiner Kinder Randolf, Armin, Sigurd und Ulrike durch die neue Rechtschreibung bedroht sieht. Gewiß, es trifft zu, daß durch den Gebrauch der Sprache die Persönlichkeit deformiert wird, aber was will die Rechtschreibung noch Kindern anhaben, die Randolf, Armin, Sigurd und Ulrike Holstein heißen und damit bereits fürs Leben gezeichnet sind? Die Begründung des Berliner Richters jedenfalls ist durch und durch fichteanisch: »Die Rechtschreibung hat eine grundlegende Bedeutung für die Entwicklung junger Menschen. « Daher darf sie nicht von einer den Naturkräften der deutschen Sprache so fernstehenden Institution wie der Berliner Schulverwaltung geregelt werden. Aber wer hat die Autorität, es zu tun?

Zu Beginn der Anti-Reform-Kampagne ließ der Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Herbert Heckmann, noch verlauten, die deutschen Dichter allein seien es, die »so etwas wie das aktuelle Hochdeutsch fixieren«. »So etwas wie«, das saß. Von diesem Vorschlag und den deutschen Dichtem hat man seither nichts mehr gehört. Es sieht eher so aus, als ob die Gegner der Reform die Rechtschreibung wieder in die Hände des Volkes legen wollten. Und das heißt, die Orthographie so zu belassen, wie sie ist, nämlich wie einige Lehrer und Beamten sie im Jahr 1901 nach ihrem Gutdünken festgelegt haben.

Dem verblüffenden Gedanken, eine einigermaßen willkürliche Regelung nur deshalb, weil sie vor über neunzig Jahren getroffen wurde, nunmehr für eine Emanation des deutschen Volkes auszugeben, scheinen inzwischen auch Verteidiger der Reform zu folgen. Erwin Teufel, Regierungschef Baden-Württembergs, erklärte, Sprache sei »ein dynamischer Prozeß, der nicht in Gesetzen statisch verfestigt werden kann«. Die Einwände der Bevölkerung seien also zu hören und eventuell in dem Reformwerk zu berücksichtigen. Sein Ohr noch näher am Maul des Sprachvolkes hat Gerhard Schröder, der als einziger Ministerpräsident die Reform gestoppt hat.

Beim Stand der Dinge tut es nicht mehr viel, daß Friedrich Denk ein Mann ist, der Gertrud Fussenegger und Ernst Jünger einer *Zensur der Nachgeborenen* (so der Titel seines Werks über »regimekritische Literatur im Dritten Reich«; s. KONKRET 8/96) unterworfen sieht und die bereits Hochgeehrten noch einmal rehabilitieren will. Denk ist ein Lehrer, der

für seine sicherlich nicht in ihren Persönlichkeitsrechten beeinträchtigten Schüler Lesungen z. B. mit Lothar-Günter Buchheim veranstaltet: Der ehemalige Kriegsberichterstatter trug aus seinen Kriegserinnerungen vor und nannte Weilheim den »Nabel der Welt« (»Gymnasium Weilheim Informationen«, 33/96).

Das tut alles nicht mehr viel, weil Denk auch ein ins »ß« verliebter Schöngeist sein könnte und doch mit seiner Kampagne den trübsten Kräften Vorschub geleistet hätte. Er tat das Rechte zur rechten Zeit. Während seiner Volkserhebung erneuerte sich die deutsche Gegenaufklärung; es zeigte sich, daß nicht nur der Pöbel, sondern auch der Bildungsbürger zurück will. Und diesmal ging es nur um ein paar Buchstaben - so einfach werden sie sich das nächste Mal nicht abspeisen lassen.

Konkret 01/98, S. 48

Holm Friebe

Buch & Deckel

Steffen Kropetzky: Eine uneigentliche Reise, Verlag Volk Welt, Berlin 1997, 184 S.; 28 Mark

Es gibt, scheint's, einen neuen, alten Typus auf dem literarischen Parkett: den juvenilen Hauptstadtliteraten, der gern auch als »ärgerlicher junger Mann« gewandet in Erscheinung tritt. Nach allen Regeln der Kunst abgebrüht und mit allen Abwässern der Großstadt gewaschen, gibt er den Citoyen, der sich in der abendländischen Geistesgeschichte auskennt und die Metropolen-Mythen nur so aus dem Ärmel schüttelt. Die großen Topoi der Philosophie dekliniert er rauf und runter, daß es kracht, und weil man heuer ja nicht mehr so ohne weiteres von den letzten Dingen schwadronieren kann, wird das ganze als uneigentliches Sprechen, als ironischer Seitenhieb auf die europäische Denkungsart deklariert.

Bei Steffen Kropetzky, dem schnöseligen Shooting star unter den Berliner Jungliteraten, die im Prinzip nichts zu erzählen, dafür aber eine unendlich große Klappe haben, in der noch jede schwafelige, irgendwie bedeutsam klingende Begrifflichkeit Platz findet, liest sich der Untergang des Abendlandes etwa folgendermaßen: »Denn offensichtlich rasen wir auf die Apokalypse zu; dieser erstaunlicherweise auf Europa beschränkten Endzeit kann man nur begegnen, indem man sich verwechseln läßt; es ist bereits unmöglich geworden, gleichsam existentialistisch sich gegenseitig zu etwas Neuem zu machen, sich also zu schaffen - dieser Zug ist endgültig abgefahren; statt dessen herrscht die universale Verwechselung.« Und zum Verwechseln ähnelt alles, was Kropetzky an hochangereicherten philosophistischen Alltagsbespiegelungen zu Papier bringt, den hinlänglich vertrauten hochstaplerischen Wortbeiträgen aus dem philosophischen Proseminaren: kalkuliert und kokett bis dorthinaus.

»Aber das Unwahre läßt am Geschwollenen sich erkennen«, schreibt Adorno über den Jargon der Eigentlichkeit, »die Stereotypen des Jargons sind zugleich Phantasmen subjektiver Bewegtheit. Sie scheinen zu garantieren, daß man nicht tut, was man doch tut, indem man sie in den Mund nimmt: mitblökt.« Eben das läßt sich über den Jargon der Uneigentlichkeit in verschärftem Maße sagen.

Konkret 01/98, S. 48

Jens Hoffmann

Buch & Deckel

Peter O. Chotjewitz: Die Herren des Morgengrauens. Romanfragment, Rotbuch Verlag, Hamburg 1997,201 S., 36 Mark

Der im Zonenrandgebiet eher gemächlich mit Frau und zwei Söhnen dahinlebende Schriftsteller und Anwalt Fritz Buchonia wird wegen eines Briefes, in dem er einige Schriftstellerkollegen über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen informiert hat, vom Staatsschutz der BRD observiert, eingeschüchtert und schließlich auch von der Staatsanwaltschaft zur offiziellen Vernehmung vorgeladen. Diese Ereignisse stören die ansonsten streng geregelten Alltagsabläufe zwischen »Wurstekammer«, Schafstall, freiwilliger Feuerwehr, Arbeitszimmer und Morgenkaffee, der erst dann auf dem Tisch zu stehen hat, wenn der immer korrekt bemützte Hausherr auch innerlich zum Frühstück bereit ist. Buchonia, verwirrt, ängstlich und an seinen gleichsam surrealen Wahrnehmungen verzagend, beschließt, seine Erlebnisse niederzuschreiben. Das Buchprojekt scheitert nicht zuletzt am fehlenden Mut des Autors, die wahren Namen der Personen und Städte zu nennen, und den Zweck der gegen ihn gerichteten Maßnahmen auszusprechen. Die eigenen, den Verwertungsregeln des Buchmarktes gleichgeschalteten Zensurinstanzen waren wieder einmal schneller als die staatlichen. Nachdem die über ihn kursierenden Gerüchte unerträglich geworden, die Freunde auf Distanz gegangen sind und seine Frau sich von ihm getrennt hat, flieht Buchonia in die schützende Großstadt. Allein in einem schäbigen Zimmer stellt er sich vor, wie es wäre, nach Sizilien zu fahren und dort zu leben.

Der im Herbst 1978 erstmals veröffentlichte Roman von Chotjewitz zeigt, welche Mittel die parlamentarische Demokratie damals bereithielt, um staatsfeindliche Linke gegebenenfalls ausschalten zu können. Auch wenn bezweifelt werden muß, daß es diese Linken heute wieder gibt, ist es nützlich, sich genau an die von Chotjewitz auch in literarisch ansprechender Form beschriebenen Tatsachen zu erinnern. Darüber hinaus zeichnet der Roman sehr anschaulich den Zerfall eines Individuums nach, das von staatlichen Instanzen ins Visier genommen und gehetzt wird. So anschaulich, daß rekonstruierbar wird, welche Fehler das Individuum selbst und welche seine Freunde, Bekannten und Kollegen zu verantworten haben.

An der totalen Beherrschbarkeit der Individuen wird weiterhin mit Geduld und Genauigkeit gearbeitet. Gut, daß ein Roman wieder aufgelegt worden ist, der mit Geduld und Genauigkeit an diese Arbeit erinnert.

Konkret 01/98, S. 48

Peter K□ hler

Buch & Deckel

Martin Hecht: Unbequem ist stets genehm. Die Konjunktur der Querdenker. Rowohlt, Reinbek 1997,140 S., 22 Mark

Neu ist das Thema nicht: Schon das *Wörterbuch des Gutmenschen* von 1994 hatte dem »Querdenker« gleich zwei Artikel gewidmet. Neu ist auch nicht, daß der scheinbar »unbequeme«, »unangepaßte«, »widerständige« Querdenker in Wahrheit das Gegenteil ist. Wiglaf Droste hatte es 1994 auf den Punkt gebracht: »Längst Mehrheitsfähiges und Binsenweises herauszuposaunen, das ist wahre Querdenkerei.« Neu ist aber, wer alles in den letzten Jahren zum Querdenker ernannt wurde: Roman, der Bundesherzog, der Berufsvertriebene Herbert Hupka, der Bertelsmann Reinhard Mohn, die Mutter der Nation Inge Meysel, selbst ein Kurt Vawra, der 45 Jahre seines Lebens hinter Gittern verbrachte, darf sich brüsten, »ein unbequemer Gefangener« zu sein. In Industrie und Christdemokratie wimmelt es heute von Querdenkern, aber auch im Privatleben, wo man sich am »Blues-, Jazz-, Globetrotter- und Querdenker-Stammtisch« trifft oder mit dem per Kontaktanzeige gesuchten Wunsch-Lebensabschnittspartner »gemeinsam unorthodoxe Wege suchen, lachen, querdenken« will - aber »bitte mit Konterfei«.

Schon diese ebenso informative wie komische, zum Teil auch gespenstische Fallsammlung macht - wenngleich Martin Hecht das etwas zu flott formuliert - deutlich: »Der Querdenker ist neben dem solariumgebräunten Erlebnisfanatiker oder dem erfolgreichen Manager-Dandy mit Hand am Handy zum mächtigsten gesellschaftlichen Persönlichkeitsideal avanciert.« Hecht bleibt aber nicht bei der Dokumentation stehen, sondern schreitet zur polemischen Analyse des konservativen Zeitgeists, der Begriffe wie »Reform« und »Kritik« vereinnahmt, Konformität in Nonkonformismus umgedeutet und den einst oppositionellen »Querdenker« zu einer Stütze von Staat und Wirtschaft, zu einem Sprachrohr der Machthaber umfunktioniert hat, aus dem der Jargon der Eigentlichkeit tönt.

Nur daß Martin Hecht zum Beschluß seiner polemischen Studie einen Abriß der europäischen Geistesgeschichte zu geben versucht und behauptet, der seit dem Ausgang des Mittelalters den Fortschritt voranbringende unabhängige Intellektuelle habe sich heute als Querdenker verabschiedet - das ist zuviel der Ehre. Hochstapler und Scharlatane, Dummschwätzer, Windbeutel und Knalltüten hat es schon immer gegeben, und unabhängige, ja oppositionelle Intellektuelle sind auch heute noch ein paar da. Martin Hecht sagt es im Untertitel seines Buches selbst: Es gibt bloß eine »Konjunktur der Querdenker«, und die ist, wie jede Konjunktur, einmal zu Ende.

Konkret 01/98, S. 49

Frank Schäfer

»Ich, der Gott Wezel«

Am 31. Oktober vor 250 Jahren wurde Johann Karl Wezel, der Realist, Skeptiker und Aufklärer der Aufklärer, geboren. Ein Porträt und einige Hinweise auf Neuerscheinungen anläßlich des Jubiläums

»>Er ist ein Sohn von dem Herrn Grafen<, zischelte sich jedermann ins Ohr, der auf die Gunst neidisch war, die die Herrmannische Familie von dem Grafen genoß; und dieses war das ganze Städtchen.« Wezel weiß, wovon er spricht, wenn er Herrmann, den männlichen Helden aus seinem »komischen« Liebes- und Bildungsroman *Herrmann und Ulrike,* zum Gegenstand des Kleinstadtklatsches werden läßt. Auch ihm, dem Sohn des fürstlichen Mundkochs, dichtete man in den engen Gassen seiner Geburtsstadt Sondershausen, »wo ein jeder 1/4 auf 1 Uhr weiß, was sein Nachbar um 12 Uhr gespeist hat«, eine illegitime Abkunft vom dort residierenden Landesherrn an. Belege dafür gibt es bis heute nicht. Später, als er sich nach einer recht steilen Karriere als freier Schriftsteller psychisch einigermaßen derangiert wieder in Sondershausen niederläßt, soll er sich selbst für den Sohn Heinrichs 1. von Schwarzburg-Sondershausen gehalten haben. Und damit nicht genug. Zur Legende vom wahnsinnigen Dichtergenie Wezel gehört auch das blasiert-blasphemische Wort: »ich, der Gott Wezel«. Und die Selbstbezeichnung seiner Schriften als »opera dei Wezelii«.

Schon bei den Mitschülern am Sondershäuser Lyceum hat er sich durch seine Arroganz und Egomanie unbeliebt gemacht - vielleicht eine Folge seiner haushohen intellektuellen Überlegenheit. »Omnes praecellit, qui parvus staturae est«, lautet denn auch der - damals übliche - charakterisierende Hexameter des Subkonrektors: »Der überragt alle, der von kleiner Statur ist.« Sein Lehrer Nikolas Dietrich Gieseke, Theologe und Verseschmied mit guten Kontakten zur literarischen Welt, fördert seinen Primus, zumal dessen poetische Neigungen (schon früh soll sich Wezel an einer *Ilias*-Übersetzung versucht haben), besorgt ihm ein Stipendium fürs anschließende Theologiestudium in Leipzig und gleich auch noch eine Unterkunft beim berühmten Gellert. Der Theologie kehrt Wezel bald den Rücken, zwangsläufig, und verlegt sich auf Jurisprudenz, Philosophie, Philologie und nicht zuletzt die »schönen Wissenschaften«.

Gellert verbessert seinen Stil und läßt ihm eine fundierte literarhistorische Ausbildung angedeihen. Wezel liest Lockes *Essay on Human Understanding,* La Mettrie, Holbach, Helvétius und bastelt sich daraus eine synkretistische Philosophie, die zwischen dem Sensualismus englischer und dem Materialismus französischer Provenienz vermittelt. Nach Gellerts Tod verläßt er Leipzig, ohne Abschluß, und tritt eine Hofmeisterstelle in Bautzen an, die ihm Muße läßt für die eigene Produktion. Dann der erste literarische Erfolg: *Lebensgeschichte Tobias Knauts, des Weisen, sonst der Stammler genannt.* Ein Anti-Bildungsroman. Inhaltlich ein realistischer Gegenentwurf zu Christoph Martin Wielands *Geschichte des Agathon,* formal eine Adaption des Sterneschen *Tristram Shandy,* dieses zwischen Essay und Erzählung changierenden Textes mit seinen die Haupthandlung spiegelnden, erweiternden und oft auch bloß verwirrenden Digressionen. Um zu verhindern, daß man ihn gleich als Sterne-Nachahmer abtut, der er hier durchaus noch ist, motiviert Wezel das narrative Durcheinander mit mimetischen Ambitionen: »Mein Plan sollte dem Plane der wirklichen Begebenheiten ähnlich sein: alles ohne Ordnung scheinen, und nichts ohne Endzweck sein.« Wirkliche Begebenheiten - das heißt aber auch: gegenwärtige Wirklichkeit.

Anders als Wieland, der seinen Agathon im antiken Griechenland, in einer idealisierten Umgebung zu Weisheit und Tugend kommen läßt, ihn noch dazu mit Reichtum und Schönheit ausstattet, schildert Wezel die bedrückende Realität des häßlichen deutschen Kleinbürgers, der es zu gar nichts bringt. (Und Wieland hat sich gewiß geärgert, als man ihn in einer Rezension für den Verfasser des anonym erschienenen To*bias Knaut* hält und vor allem dafür lobt, daß »Wieland den Schauplatz auf deutschen Boden versetzt; er, der sonsten seine Helden in idealische Welten oder in fremde Provinzen zu versetzen pflegte«.)

Wezel erzählt die Geschichte eines armen, buckligen und stotternden Landpfarrerssohnes, der hinaus in die Welt zieht, um sein Glück als Soldat zu machen, den es statt dessen - in pikaresker Manier - hierhin und dorthin verschlägt und der sich dabei keineswegs moralisch läutert oder intellektuell entwickelt. Aus dem ungebildeten Dummkopf wird ein religiöser Schwärmer, mithin ein noch größerer Dummkopf Ein klarer Affront gegen das aufgeklärte Perfektibilitäts-Dogma. Schon hier, im ersten Roman, gibt sich Wezel als archetypischer Spätaufklärer zu erkennen, als entschiedener Realist und empirischer Skeptiker, der sich gegen jede Form von Schwärmerei wendet - und sei es gegen die der Aufklärung selber. Deren allzu idealistischer Tugendbegriff wird ebenso als weltfremd geschildert wie ihr eudämonistisches Menschenbild. Seiner Ansicht nach läßt sich Tugend nur ganz konkret, pragmatisch und ex negativo bestimmen, als »die Abwesenheit des Lasters«.

Der Roman ist zudem gespickt mit Gesellschaftskritik, vor allem in seinen satirischen Passagen, die sich gegen Hoffart und Willkür des Adels richten und in denen Wezel die Drangsal der armen Landbevölkerung in düsteren Farben zeichnet. So läßt der perfide Patron des Kirchspiels das Pfarrhaus der Familie Knaut, das er zudem regelmäßig als Schießstand nutzt, verfallen, ohne einen Gedanken an die Gesundheit der Bewohner zu verschwenden: Gevater Knaut »hatte Husten, Gicht und die Frau Magisterin einen großen Auswuchs an dem rechten Beine durch diese unmenschliche Lebensart sich

zugezogen; seine ganze Nachkommenschaft, geborne und ungeborne, geriet in Fäulnis und versprach nichts als einen elenden Haufen Krüppel, Schwindsüchtige und dergleichen. Alle die Beschwerlichkeiten des Seelsorgers und die Gefahr, ihn bei strenger Kälte, Schloßenwetter oder heftigen Regengüssen ertrinken, verhageln oder erfrieren zu sehn, waren noch keine dringenden Bewegungsgründe, den Bau zu unternehmen.« Erst als während eines Sturms ein Teil des Gebäudes einstürzt auf die just gegenwärtige Schießgesellschaft - und zu allem Überfluß die gnädige Patrons-Gemahlin, vom Krach erschreckt, ihr Schoßhündchen fallen läßt, das sich dabei prompt eins seiner untrainierten Beinchen bricht, nimmt der Gutsherr die dringend nötige Renovierung in Angriff. Auf daß sich ein solches Unglück niemals wiederhole!

Besonders ergötzlich überdies - und literarisch ebenso originell wie vorausweisend: die derben Milieuschilderungen, die präzisen Skizzen der unteren Gesellschaftsschichten, die auch das Ordinäre und Obszöne nicht aussparen und einem Feingeist wie Wieland degoutant erscheinen mußten (zumal der gerade eifrigst darum bemüht war, sich als Weimarer Klassiker zu situieren, und also alles, was nach Sturm und Drang aussah, argwöhnisch beäugte). In seiner Rezension des Buches rügt er denn auch pikiert den »im Fett erstickten Truthahn« und die »wallende Brust der dicken, schwarzbraunen, zerlumpten Bettelfrau«.

Nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin, wo er sich noch einmal als Hofmeister anstellen läßt, privatisiert Wezel nun vorwiegend in Leipzig. Sein zweiter Roman erscheint: *Belphegor. oder die wahrscheinlichste Geschichte unter der Sonne.* Eine Bearbeitung des *Candide-Stoffes, die* für einige Aufregung in der Gelehrtenrepublik sorgt und die Arno Schmidt zweihundert Jahre später neben *Gulliver's Travels* von Swift und Voltaires *Candide* als das »dritte dieser alten Bücher des ehrwürdigsten Gott-, Welt- und Menschenhasses« wiederentdecken und einigermaßen einseitig vereinnahmen wird (was dann wiederum eine kleine Wezel-Renaissance auslöst). Über jenes »folgenreiche Mißverständnis« Schmidts, der in Wezel nur den Vorgänger und Geistesbruder, eben den aufgeklärten »Schreckensmann« sehen will, augenscheinlich weil er nicht viel mehr als den *Belphegor* kannte, informiert uns jetzt Wolfgang Hörner mit wünschenswerter Gründlichkeit (in dem von Irene Boose herausgegebenen Geburtstagsbändchen *Warum Wezel?).*

Wie in der französischen Vorlage schickt Wezel einen jugendlichen Enthusiasten hinaus in die Welt und konfrontiert ihn mit Gewalt, Unterdrückung und Leid, um ihm seine idealistische Weltsicht auszutreiben. Allerdings geht es Wezel dabei nicht so sehr um eine Widerlegung der Leibnizschen *Theodizee,* also um eine Entlarvung der vermeintlich besten - als der in Wirklichkeit schlechtesten - aller möglichen Welten. Wie am Ende auch Voltaire (und später Kant) zieht er sich auf eine agnostische Position zurück: Beide Welt-Anschauungen seien »blos *unsre* Erfindung, *unsre* Vorstellung, die wir nie zu einiger Evidenz erheben können«.

Wezel bekämpft statt dessen, wie schon im *Tobias Knaut,* den allzu hehren Moralbegriff der Aufklärung - und zeigt in immer neuen Episoden, »daß Neid und Vorzugssucht die zu allen Zeiten, an allen Orten, in allen Ständen der Menschheit und Gesellschaft, bey allen Charakteren allgemeinste Triebfedern der menschlichen Natur und die Urheberinnen alles Guten und Bösen auf unserm Erdballe« sind. Das heißt nun aber nicht, daß man an der Welt und am Menschen verzweifeln müßte. In dieser Gefahr schwebt allein der Schwärmer, der es versäumt hat, seine hohen Ideale auf ein realistisches Maß herunterzustimmen. Ein solcher Schwärmer ist Wezels Anti-Held Belphegor. Er hat die Welt nicht aus eigener Anschauung kennengelernt, ist von positiven Vorurteilen verblendet und somit durch die schockhaft erfahrene Entzauberung der Realität nahe dran, von einem Extrem ins andre zu fallen - das heißt sich zum Pessimisten und Melancholiker zu entwickeln: Sonst malte ihm seine Einbildung »die Erde als Paradies und izt als eine Mördergrube; sonst den Menschen als einen friedsamen, liebreichen Engel und izt als einen streitsüchtigen, unterdückenden Wolf; sonst den Lauf der Welt als ein sanfttönendes, harmonisches Konzert, dessen Melodie in der abgemessensten Ordnung herabfließt, und izt als ein Chaos, als eine allgemeine, verwirrungsvolle Schlacht«.

Kurzum, die Zielscheibe der Satire, das haben alle zeitgenössischen Kritiker von Merck bis Wieland wohl infolge der deutlichen inhaltlichen Parallelen zum Voltaireschen *Candide* übersehen, ist nicht Leibniz und seine Lehre von der »prästabilierten Harmonie«, sondern der idealistische Schwärmer. Wezels bösartige Karikatur der Welt ist im Negativen ebensosehr von der Wirklichkeit entfernt wie die Weltsicht Belphegors im Positiven und übernimmt so eine Art Korrektiv-Funktion. Die Wahrheit liegt in der Mitte - und ist erst vom Leser herzustellen.

Daß der *Belphegor - auf* diese indirekte Weise - als Plädoyer für eine illusionslose, realistische Sicht der Dinge gedacht war und wohl nicht als Manifestation des »ehrwürdigsten Gott-, Welt- und Menschenhasses« zu lesen ist, zeigt ferner ein Beitrag Wezels für die *Pädagogischen Unterhandlungen* des Dessauer Philanthropins: *Welche Seite der Welt soll man jungen Leuten zeigen?* Dort entwickelt er, wie man Belphegors Desillusionierungserfahrung vorbeugen könne - nämlich indem man den Heranwachsenden von vornherein ein realistisches Bild der Wirklichkeit zeichne: »Ihr werdet das in eurem künftigen Leben finden: keine wunderschöne Erde, sondern auch wüste und rauhe Gegenden; nicht Freude auf allen Wegen, sondern mit unter reichliche Betrübnis ... Lebt mit Klugheit, sucht euch jede Sache so zu kehren und zu wenden, daß sie euch Vergnügen macht! Selbst in eurem Unglücke, in euren Tränen müßt ihr die Freude zu finden wissen ... Leiden und thun! das sind die zwey großen Geschäfte der Menschheit, die ganze Anwendung unsrer Kräfte. «

Und *Herrmann und Ulrike,* Wezels berühmtester und wohl auch gelungenster Roman, der soeben in einer von Bernd Auerochs kundig kommentierten und instruktiv benachworteten Neuedition erschienen ist (als wohlgeratenes Entree der im Heidelberger Mattes Verlag entstehenden achtbändigen Wezel-Gesamtausgabe), liest sich denn auch wie die Probe aufs pädagogische Exempel. In dieser psychologisch differenzierten und welthaltigen »bürgerlichen Epopöe«, die Wieland für den besten deutschen Roman überhaupt hielt, führt Wezel vor, wie sich seine beiden Helden auch in einer widerständigen Umwelt durchsetzen: Heinrich Herrmann, Sohn eines Steuereintreibers, und seine große Liebe, Baronesse Ulrike, verlieren gelegentlicher Schicksalsschläge ungeachtet nie ihren tätigen Optimismus und dürfen nach vielen Irrungen und Wirrungen und einer glänzenden Karriere Herrmanns bei Hofe schließlich trotz des Standesunterschieds heiraten.

Bei Erscheinen des Romans 1780 befindet sich Wezel auf der Höhe seines Ruhms. Er schreibt noch einen Roman, *Wilhelmine Arend, oder die Gefahren der Empfindsamkeit,* das orientalisch dekorierte Aufklärungsmärchen *Kakerlak oder Geschichte eines Rosenkreuzers aus dem vorigen Jahrhunderte,* einige Lustspiele, Kritiken, Polemiken und hantiert an einem großangelegten *Versuch über die Kenntniß des Menschen,* in dem er in guter sensualistisch-materialistischer Tradition die Philosophie auf das Substrat des Körpers zurückführen will. Mit Ernst Platner liefert er sich einen erbitterten Streit um die Theodizee-Frage und wird Opfer der sächsischen Zensur, darf den dritten Teil seines anthropologischen *Versuchs* nicht mehr veröffentlichen, weil er den orthodoxen Theologen Seydlitz und Gellerts bigotten Nachfolger Johann Georg Eck mit einem offensichtlich allzu freigeistigen »System über die Entstehung des Menschen« gegen sich aufbringt.

Dieser Zensur-Skandal ist dann womöglich der Auslöser seines schwer erklärlichen Verstummens gegen Ende der 80er Jahre: »Ich bin der Schikanei von solchen Leute so überdrüssig, daß ich die Schriftstellerei zurücksetzen will, bis ich meine Geschäfte in einem Lande wieder anfangen kann, wo man sich weniger einfältig gegen mich beträgt«, schreibt er 1788. Seine letzten, immerhin noch dreieinhalb Lebensjahrzehnte verbringt er zurückgezogen in Sondershausen (da jedenfalls fand er nicht das Land, das er suchte) und verläßt kaum einmal sein Zimmer. Ein Pflegefall. In den Klatschspalten berichtet man noch bisweilen vom ehemaligen Dichtergenie, das dem Wahnsinn anheimfiel. Der Mythos Wezel beginnt die Realität zu überlagern.

Hendrik Bärnighausen widmet sich in seiner ebenso fundierten wie lesbaren, zitat- und abbildungsreichen Biographie ausführlich den letzten Sondershäuser Jahren und dokumentiert die vielen (vermeintlichen) Augenzeugenberichte, denen wohl in den seltensten Fällen zu trauen ist. Auch in dem wohlfeilen Begleitbändchen zur Gesamtausgabe findet sich eine von Wolfgang Hörner besorgte Zusammenstellung der einschlägigen Quellen - neben Alexander Koseninas gediegener Edition und Kommentierung zweier Briefe Wezels an Chodowiecki (als kleiner Vorgeschmack auf die Briefausgabe) und einer guten Handvoll alerter, für Wezel werbender Aufsätze. Instruktiv vor allem Irene Booses Bemerkungen zu den *Wezel-Konstruktionen* in der DDR, der eigentlichen Heimstatt germanistischer Wezel-Forschung, die ebenfalls nicht frei von Verzerrungen war. Kaum haltbar sind beispielsweise jene oft kolportierten Verschwörungstheorien, wonach Wezel Opfer einer planvollen Nicht-Rezeption seitens der Weimarer Klassiker geworden und seine vermeintliche geistige Umnachtung nur eine Behauptung reaktionärer Kräfte gewesen sei, um einen unliebsamen linken Gesellen mundtot zu machen. So gern man das alles glauben möchte, Beweise dafür gibt es nicht.

Eher an Wezel-Kenner richtet sich die von Alexander Kosenina und Christoph Weiß herausgegebene Aufsatzsammlung, die mit klugen Analysen der wichtigsten Werke, vornehmlich der vier großen Romane aufwartet, aber auch weniger Bekanntes wie Wezels Gelehrtensatire *Silvans Bibliothek* oder die *Lustspiele* in den Blick nimmt. Eine Edition der bisher unveröffentlichten Korrespondenz Wezels mit der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und eine Bibliographie beschließen dieses Kompendium. Das Jubiläum hat sich also gelohnt. Und wir harren nun gespannt der folgenden Bände der Heidelberger Gesamtausgabe, die jetzt Schlag auf Schlag bis 1999 erscheinen sollen.

Literatur:

Johann Karl Wezel: *Herrmann und Ulrike.* Hg. von Bernd Auerochs (Bd. *3* der Gesamtausgabe in *8* Bänden), Mattes Verlag, Heidelberg *1997, 921 S., 98* Mark (bei Subskription der Gesamtausgabe *78* Mark).

Irene Boose (Hg.): *Warum Wezel? Zum 250. Geburtstag eines Aufklärers.* Mattes Verlag, Heidelberg *1997, 96 S., 9,80* Mark.

Hendrik Bärnighausen: *»Einer der vorzüglichsten Schriftsteller Deutschlands« - Johann Karl Wezels Jahre in Sondershausen.* Hain Verlag, Rudolstadt *1997, 150 S.,* Abb., *24,80* Mark.

Alexander Kosenina, Christoph Weiß (Hg.): *Johann Karl Wezel (1747-1819).* Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert *1997, 304 S., 6* Abb., *62* Mark.

Konkret 01/98, S. 52

Karl Pawek

Der Kern des Banalen

Er wird als Pornograph und Gewaltfetischist beschimpft. Doch der amerikanische Schriftsteller Bret Easton Ellis beschreibt bloß mit höchster Präzision das Leben in der Warenwelt

Wenn ein amerikanischer Roman in Deutschland und nur in Deutschland indiziert wird, wenn ein renommierter Verlag wie Simone & Schuster lieber einen 300.000-Dollar-Vorschuß abschreibt, als seine weiblichen Mitarbeiter und die von ihnen alarmierten Frauengruppen durch die Veröffentlichung eines garantierten Bestsellers zu provozieren, wenn jede Neuerscheinung eines Autors das literarische Establishment aufstöhnen läßt und die Leserschaft in aggressive Verächter und süchtige Bewunderer spaltet, muß dieser Autor zumindest interessant sein.

Bret Easton Ellis ist mehr als nur interessant und zudem, da seine bisher erschienenen Werke *Less than Zero* (1985), *The Rules of Attraction* (1988), *American Psycho* (1991) und *The Informers* (1994) nun auch als deutsche Taschenbücher vorliegen, preiswert kennenzulernen.

Wer starke Reize braucht, um etwas zu verstehen, sollte gleich *zu American Psycho* greifen, dem grellsten, spektakulärsten Buch dieses Autors, der 1964 in Los Angeles geboren wurde, als Punk in vielen New-Wave-Gruppen Keyboards spielte, bis er an einem Provinzcollege ein Studium begann und sich dort zum wohl bedeutendsten Moralisten der zeitgenössischen amerikanischen Literatur entwickelte.

Denn selbstverständlich kann man Ellis (wie de Sade und viele andere) nur dann für einen verachtenswerten Pornographen und Gewaltfetischisten halten, wenn man *American Psycho* auf ein paar Stellen reduziert. Diese »Stellen«, 14 detailliert beschriebene Morde an sieben Männern und sieben Frauen, sind ungeheuerlich und dennoch nicht brutaler als die Gesellschaft, die Ellis uns vorführt. Vor allem aber ist ihre Beschreibung ein notwendiges literarisches Stilmittel. Ohne diese Morde und die Art ihrer Darstellung bliebe *American Psycho* unverständlich und wohl auch ungelesen.

Die Story nämlich ist - wie immer bei Ellis - nahezu beliebig. In *American Psycho* betätigt sich ein höchst erfolgreicher, über den teuersten Geschmack und die begehrtesten Kreditkarten verfügender Börsenmakler als Stadtreiniger und beseitigt, was ihm wie auch vielen hierzulande als Dreck erscheint: Bettler, Penner, Andersfarbige und Nutten. Dieser Mann hat zwar einen Namen, aber dessen Bedeutung liegt allein in der Assoziation, die er auslöst. Wie Batman die Stadt von Verbrechern säubert, säubert Bateman, hierin eine Art radikaler Sozialdemokrat, die Einkaufsstraßen vom störenden Lumpenproletariat. Daß er Frauen mit größerer Lust und daher andauernder quält, entspricht nur dem Typ des Ordnungsfanatikers, der seit Jahrtausenden im Geschlecht der Frau das größte aller Übel sieht.

Bateman ist keine Person, nur eine Figur. In keinem von Ellis' Romanen gibt es einen Helden, austauschbare Darsteller sind ihr Personal. Ihr Denken, Fühlen und Sprechen entbehrt jeder Individualität. Sie sind seelenlose Kunstfiguren, synthetisiert aus Medienmüll.

Wirklich quälend und nur in Erwartung der nächsten Mords-Action erträglich sind die Alltagsschilderungen. Gut die Hälfte des 550-Seiten-Romans besteht aus der exakten, beeindruckend kenntnisreichen Benennung und Beschreibung von Designermode, Designermöbel, Designerdüften, Designeressen, Designergetränken und den Erläuterungen ihrer angemessenen oder peinlichen Kombination. Kaum weniger gründlich als das Lifestylegeschwätz der Fit-for-Fun-Generation parodiert Ellis ihre Diskurse über Pop-etc.-Musik (Huey Lewis and the News, Whitney Houston, Genesis). Weit über Frankfurter Musikkritikerniveau analysiert er Musik und Texte mit sturem Ernst, bis sich deren Banalität nicht mehr überhören läßt.

Ellis, der sich selbst »old fashioned« nennt und dem Fortschritt skeptisch gegenübersteht, beschränkt sich nicht darauf, die absolute Leere der Kommunikation, der Gefühle, des Denkens dieser Yuppiegesellschaft zu beschreiben, vielmehr reproduziert er sie und macht sie so erfahrbar in der quälenden Teilnahme. Bateman und seine Kumpane agieren in einem Käfig aus schicken, in Trendmagazinen propagierten Normen, eng und eisig, und noch der blutrünstigste Mord ist zwanghaft (wie die Tat jenes Münchner Rentners, der in einem U-Bahn-Eingang einen Raucher erstach, weil dieser das Rauchverbot mißachtete). Ist aber der Wert eines Menschen erst einmal auf ein Etikett, auf ein Markenimage reduziert, sind die Markenlosen wertlos, das Verschwinden und der Tod solcher Looser wird kaum bemerkt. Die Mitglieder der Fit-for-Fun-Generation kennen und erkennen sich nur mehr an ihren Accessoires. Daraus zieht Ellis seinen genialen Schluß.

Während *American Psycho* von Zorn und Wut geprägt ist und kein Mitgefühl erlaubt, lassen die älteren und neueren Geschichten oft Trauer, ja Verzweiflung spüren. Obwohl Ellis' jüngstes Buch, *The Informers* (dt. *Die Informanten)* Sex und Gewalt fast schon dezent nur mehr andeutet, hagelte es wieder Verrisse. Die New York Times nannte es schlicht »dumm«. John Locke hat das Phänomen schon vor 300 Jahren beschrieben: »Niemand aber entgeht der Strafe und dem Tadel und Mißfallen seiner Umwelt, der gegen die Mode und Ansicht derjenigen Gemeinschaft verstößt, der er angehört.«

The Informers (wörtlich: die Denunzianten, sinngemäß: die Formatierten) besteht aus 13 eng verwobenen Momentaufnahmen reicher Jugendlicher im Los Angeles der 80er Jahre. Wer will, kann die Icherzähler identifizieren, Figuren zurückverfolgen, das Beziehungsgeflecht rekonstruieren. Es wäre allerdings sinnlos, denn Ellis geht es auch hier nicht um Geschichten. Die paar Todesfälle erschüttern niemanden sonderlich, und im Luxus gibt es sowieso kein Leben, nur ein Sein.

Wann immer es möglich ist, verzichtet Ellis daher auf soziale, biographische, sogar geschlechtsspezifische Details, gelegentlich erfährt der Leser lange oder überhaupt nicht, ob da ein Mann oder eine Frau erzählt. Jede Individualität fehlt, manche Figuren können nur mittels ihrer Automarke identifiziert werden, nicht einmal die Sprache erlaubt Rückschlüsse.

Elf Jahre arbeitete Ellis an *The Informers* ohne die Absicht, diese Stories jemals zu publizieren. (Erst als er einen neuen, bis heute unvollendeten Roman über Models nicht termingerecht fertigstellen konnte, bot er *The Informers* seinem Verlag als Ersatz an.) Es war eine Art Übungsbuch. Wenn er mit einem abzuliefernden Text nicht weiterkam, holte er die Arbeitshefte hervor, probierte neue Schreibtechniken, neue Monolog- und Stimmformen aus, bis dem Perfektionisten ein Text perfekt erschien. Dabei gelang ihm das fast Unmögliche, die Verknappung des Geschwätzes, der Banalität, der Gleichförmigkeit auf ihren Kein. *The Informers* ist ein Konzentrat des Nichtigen, des Leeren, des Scheins, und weckt doch Mitleid, z. B. mit Anne. In 16 unbeantworteten Briefen aus L. A. wandelt sie sich vom Menschen zum Typ. Neugierig, fröhlich kommt die Studentin aus der Provinz nach L. A., mutig und stark und voller Pläne. Kein Brief unterscheidet sich in Haltung und Diktion merkbar vom folgenden, und doch wird Anne in ihrem letzten Brief nach nur fünf Monaten L. A. zum gefühllosen, funktionierenden Hardbody mutiert sein. Von einem Freund, den sie vor zwei Monaten noch liebte und der dann irgendwie gestorben ist, erbt sie einen Ferrari, und das Drehbuch, das sie zusammen mit einem neuen Typen schreibt, ist endlich »kommerziell«.

Wer die Alternative Sozialismus oder Barbarei für überspannt hält oder nur auf die ökonomische Frage reduziert, sollte sich einer Ellis-Lektüre aussetzen. Ellis zählt zu jenen konservativen Schriftstellern, die durch ihre Fähigkeit des genauen Hinschauens und exakten Darstellens radikaler sind in ihrer Kapitalismuskritik als manch aufrechter Sozialist. Vor allem aber beherrscht er das Stilmittel der Satire virtuos. Seine Beschreibungen von Safer sex z. B. *(Unter Null)* oder von Weihnachtseinkäufen *(American* Psycho) kommen unserer Normalität so nahe, daß wir nicht wissen, warum die Lektüre uns graust.

Ellis' scheinbar realistische Darstellung der Wirklichkeit macht unseren Alltag unheimlich. Mit Ellis im Kopf wird manch Restaurantbesuch zur Qual, perfekte Körperbräune eklig, teures Tuch schäbig und MTV entnervend. Damit muß ein Ellis-Leser, muß eine Ellis-Leserin leben und Konsequenzen daraus ziehen oder allein schon aus Selbstschutz in den Chor derer einstimmen, die Ellis einen unbegabten, dummen, obszönen Autor schimpfen.

Brei Easton Ellis: *Einfach unwiderstehlich,* Rowohlt, Reinbek *1988* (rororo *12412), 268* Seiten, *12,90* Mark; *Unter Null,* Rowohlt, Reinbek *1996* (rororo *13286), 192* Seiten, *9,90* Mark; *American Psycho,* Kiepenheuer & Witsch, Köln *1993* (Ki*Wi 300), 549* Seiten, *24,80* Mark; *Die Informanten,* Rowohlt, Reinbek *1997* (rororo *13877), 260* Seiten, *14,90* Mark

Konkret 01/98, S. 54

Ralf Havertz

Deutsches Fleisch

Wie mit Marketing-Strategien Massenpolitik betrieben wird. Eine Analyse nationaler Symbole in der Werbung am Beispiel der Fleischwirtschaft

»Wenn sie mit Fleischermessern
durch eure Schlafzimmer geht,
werdet ihr die Wahrheit wissen.«
Heiner Müller

Bilder britischer Rinder, deren Körper von nervösen Zuckungen erschüttert werden und die in völliger Orientierungslosigkeit verenden, gingen in den letzten Jahren immer wieder um die Welt. Berichte über eine Krankheit namens Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE), auch »Rinderwahn« genannt, wurden mit ihnen illustriert. Wissenschaftler (Veterinärmediziner, Neurologen, Virologen) demonstrierten in diesen Berichten an präparierten Hirnen toter Tiere die organischen Folgen der Krankheit: Die Hirne waren schwammartig durchlöchert. Da eine Übertragung der Krankheit vom Rind auf den Menschen über die Nahrungskette nicht auszuschließen ist und die beim Menschen vorkommende Creutzfeldt-Jakob-Krankheit ähnliche Symptome aufweist wie die Rinderkrankheit, reagierten die Fleischesser in der BRD empfindlich. Der Absatz von Rindfleisch ging 1996 ebenso zurück wie die Rindfleischpreise. Die Gewinneinbußen betrugen in der BRD für haupterwerbliche Rinderzüchter insgesamt 700 Millionen DM. In der Europäischen Union sind die Preise für Rindfleisch 1996 gegenüber dem Vorjahr um knapp 15 Prozent gesunken.

Im Verbund mit der Fleischwirtschaft reagierten die deutschen Medien prompt: Da BSE vorwiegend in Großbritannien auftrat, wurde ihr ein territorial-geographischer, letztlich nationaler Ursprung aufgeprägt: Britische Rinder sind wahnsinnig. Im Gegenzug wurden in der BRD Rinder, die nicht aus britischer, sondern aus deutscher Zucht kamen, gesund gesprochen: »... bei Rindfleisch ist die Herkunft entscheidend«, heißt es in einem Faltblatt der Aktionsgemeinschaft Deutsches Fleisch (AGF). □ *Rindfleisch aus deutscher Herkunft* stammt von Tieren, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind«, läßt die AGF wissen.

Das Hochglanz-Faltblatt ist beidseitig bedruckt und aufgeklappt nicht viel größer als ein DIN-A4-Bogen. Es weist sieben handwerklich recht mißlungene Zeichnungen auf Gleich an drei Stellen wurden nationale Symbole der BRD in diesen Zeichnungen untergebracht: die territorialen Umrisse des Staatsgebietes der BRD, eine vermenschlichte Darstellung eines Rindes, das - wie der »Spielführer« der deutschen Fußballnationalmannschaft - ein schwarz-rot-gelbes Band am »Arm« trägt und einen »Tierpaß« vorweist; ein Viehtransporter mit der Aufschrift »Made in Germany«.

Am deutlichsten aber tritt - schwarz-rot-gelb - das vierte nationale Symbol hervor, das nicht in eine Zeichnung eingearbeitet wurde. Es ist als Bestandteil des Layouts dem Text des Faltblatts unterlegt, der »ein lückenloses und schlüssiges Herkunftssicherungssystem« beschreibt. In diesem Text taucht das Adjektiv »deutsch« achtmal auf, viermal das Substantiv »Deutschland« und einmal »Germany«. Auf »Herkunft« wird insgesamt neunmal (nimmt man die »Herkunfts«-Hinweise außerhalb des Fließtextes hinzu, zwölfmal) bestanden. Andere Staaten bzw. Territorien werden zweimal genannt, das hört sich dann so an: »Sofort nach der Geburt erhält jedes Kalb eine Ohrmarke mit einer individuellen Nummer.. Ein Kalb, das heute zum Beispiel in Irland geboren wird, ist dadurch auch später noch eindeutig von einem zur gleichen Zeit in Thüringen geborenen Kalb zu unterscheiden.« An anderer Stelle: »In Deutschland war und ist es, im Gegensatz zu Großbritannien, nicht üblich, den Futtermitteln für Wiederkäuer Tiermehl beizumischen« (verschwiegen wird, daß die Fütterung von Tiermehl an Wiederkäuer in Großbritannien bereits 1988 verboten wurde, EU-weit, und damit auch in der BRD, jedoch erst 1994). Das Faltblatt weist also nach außen, auf die Orte, die aus den Massenmedien als Orte der Krankheit bekannt sind. Das Kranke kommt von draußen, was drinnen ist, muß schon seiner Herkunft wegen gesund sein.

Das von der AFG angepriesene »Herkunftssicherungssystem« wird als spezifisch deutsch gepriesen. Zwar werden Ohrmarken in der gesamten EU verwendet, einen Tierpaß bekommt das Rind aber nur als »deutsches«.

Auf »Herkunft« setzt auch die »Centrale Marketing-Gesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft« (CMA). Ende 1996 begann die CMA mit ihrem Werbefeldzug für Rindfleisch: »Bei Rindfleisch das Wichtigste: die Herkunft. CMA Deutschland«, war allerorten auf Plakaten zu lesen. Über diesem Schriftzug hatte die CMA schwarz-rot-gelb einen abstrakten Rinderkopf drucken lassen. Die Farbgebung transportiert mit der abstrakten Form einen konkreten Inhalt: die nationale Identität des Viehs.

Seit Mai 97 läßt die CMA ein weiteres Plakat kleben, in dem die nationalistische Konnotation der CMA-Werbestrategie noch deutlicher zutage tritt. Der aufgedruckte Text ist - graphisch unterstützt - in drei semantische Felder unterteilt: 1. Das

Motto: »Soviel bleibt sicher:«, in Form eines regierungsamtlichen Stempels. 2. Die Botschaft: »Rindfleisch aus deutschen Landen können Sie vertrauen.« 3. Zwei Beglaubigungs-Unterschriften: »Eine Information der deutschen Landwirte« und »CMA Deutschland«.

Das neue Plakat behält den abstrahierten schwarz-rot-gelben Rinderkopf des ersten bei. Er steht hier im gleichen Zusammenhang, aber in einer neuen Umgebung. Die Beibehaltung des Zeichens macht es zum Markenzeichen für »deutsches Rindfleisch«. Während der Hintergrund des ersten Plakates zur Gänze weiß war, beschränkt sich in der neuen Version der weiße Hintergrund auf die obere Bildhälfte, die von dem, nun ein wenig verkleinerten, Rinderschädel dominiert wird. Die untere Hälfte ist von einer grünen Fläche bedeckt - saftiges, grünes Weideland, das sich am Horizont ungleichmäßig gewellt vom weißen Himmel abhebt: Auf deutschem Boden weidet eine deutsche Kuh. In Wort, Symbol und Abkürzung ist »Deutschland« auf dem Plakat insgesamt sechsmal genannt bzw. repräsentiert. Wem hier aber mit der Attributierung »deutsch« nationale Identität verliehen werden soll, ist ein Siebtes: die Ware Rindfleisch.

Für die CMA ist Agrarwirtschaft in Produktion, Absatz und Konsum, d. h. für Produzenten, Händler und Käufer, eine nationale Sache - eine Frage der Herkunft. Damit folgt die Marketing-Agentur den Ergebnissen, die ihre Marktforschung zutage gefördert hat. Laut einer von der CMA in Auftrag gegebenen Befragung von 450 Hausfrauen« nach den »Kriterien beim Einkauf von Nahrungsmitteln« hat die Bewertung des »Herkunftslandes« als wichtiges Kriterium zwischen 1993 und 1996 so stark an Bedeutung zugenommen, daß man von einer Verdopplung sprechen kann. Ähnliches gilt für die »Güte- und Qualitätsgarantie« und das »Gütezeichen/-Siegel«.

Das nationale Symbol fungiert als Abstraktion von Gebrauchswerten*, die als »Güte«, »Qualität« und - bei potentieller Gefährdung der Konsumenten durch die Ware - als »Sicherheit« auftreten. Indem ein Symbol alle diese Bedeutungen repräsentiert, wird es zu einer hochgradigen Abstraktion, die eine Realisierung der abstrahierten Gebrauchswerte verbürgt.

Die Frage liegt nahe, was in der ökonomischen Strategie der Organisation CMA, die »Deutschland« im Namen führt, den Vorrang hat, die Förderung des Absatzes von Waren aus der Agrarwirtschaft oder die Propagierung »Deutschlands«. Das angebotsseitige Bekenntnis zur Nation muß sich in der Bilanz ja wohl positiv niederschlagen, sonst würde es nicht so dominant ausfallen. Abwegig ist die Frage, was hier im Vordergrund steht, jedenfalls nicht, wenn wir uns 1. das Erscheinungsbild dieser Strategie anschauen und wenn wir 2. betrachten, was Alexander Dill über den Nutzen des Wettbewerbs »How to promote Germany« sagt, den er bei den »Wirtschaftsjunioren Deutschlands WJD« geleitet hat und der in dem Buch *Marketing für Deutschland* dokumentiert ist. Dill stellt darin die Frage: »Marketing für ein Land?« und bedauert, daß einige Branchen den Wettbewerb nicht unterstützt hätten. Er nennt die CMA »sowie die gesamte Hotellerie und Gastronomie, also gerade jene Branchen, die - wie nun der Wettbewerb zeigt - am stärksten von der Realisierung der Konzepte unserer Teilnehmer profitieren würden...« Die aus den internationalen Wettbewerbsbeiträgen ausgewählten 112 Arbeiten strotzen nur so vor nationalen Symbolen der BRD.

Ein Bewußtsein für die absatzfördernde Wirkung einer Betonung des Nationalen hat auch die »Wirtschaftsvereinigung Deutsches Lammfleisch e. V« (WDL) entwickelt. Auf der »Grünen Woche« 1997 in Berlin führte die WDL ein neues, geschütztes Zeichen ein, das nun für den Verband, für die darin organisierten Produzenten und Vertreiber und ebenso für die Lammfleisch-Produkte selbst stehen soll. Das Zeichen ist kreisrund, dadurch erhält es den Charakter einer Münze oder eines Stempels, darin von links nach rechts leicht ansteigend in grünen Lettern: »Frisches Lammfleisch«, darunter, in der gleichen Farbe gehalten: der Schattenriß eines Hirten mit drei Schafen. Die Schemen des Schäfers und seines Viehs sind dreifarbig unterstrichen: schwarz-rot-gelb. Schriftzug und Schattenriß werden umkränzt von einem schwarzen Aufdruck: »Gutes aus unseren Landen«. Dieser Schriftbogen ist nach unten geöffnet; er beginnt und endet an der Linie des imaginären Bodens, auf dem Hirte und Schafe stehen. Hier wird der Umstand, daß Agrarprodukte auf »deutschem Boden« gewachsen sind, als deren vornehmliche Qualität herausgestellt.

Eine Broschüre der WDL stellt das Verbandszeichen vor: »Die WDL ist Inhaber des Verbandszeichens >Frisches Lammfleisch - Gutes aus unseren Landen<. Sie vergibt es innerhalb eines Vertragssystems an Erzeuger, Vermarkter und Absatzmittler. Das Zeichen ist wesentlicher Bestandteil neuer, wirkungsvoller Marketing-Strategien, die von der WDL in Zusammenarbeit mit den dafür kompetenten Organisationen zur Unterstützung und Sicherung des deutschen Lammfleisch-Marktes erarbeitet wurden. Gleichzeitig soll das Verbandszeichen mit seiner deutlich wiedererkennbaren Gestaltung die Verbraucher in hohem Maße auf Lammfleisch aus Deutschland und die damit verbundene Qualität aufmerksam machen.«

Das Markenzeichen drängt darauf, ganz an die Stelle der Gebrauchswertbezeichnung zu treten. Beispiele dafür gibt es genug: »Tempo« stand lange Zeit für Pa*piertaschentücher,* »Spüli« für *Geschirrspülmittel,* »Tetra-Pak« steht besonders im Osten der Republik mittlerweile für *Getränkeverpackung* und ebenso für das in der Verpackung befindliche *Getränk.* Nach diesem Muster verdrängt die Marke »deutsches Lammfleisch« die Gebrauchswertbezeichnung »Lammfleisch«. Das scheint zunächst paradox, da »Lammfleisch« ja im Markennamen auftaucht, bleibt aber in der Logik der Warenästhetik, denn der Unterschied zwischen »Lammfleisch« und »deutsches Lammfleisch« ist wesentlich.

Nationale Symbole kommen in der warenästhetischen Präsentation von Lammfleisch wie von Rindfleisch verstärkt zum Einsatz, also in unterschiedlichen Warensegmenten. In der Wahrnehmung der Konsumenten ist daher mit einer gebündelten Wirkung dieser einzelnen Strategien zu rechnen. Der Lammfleischkäufer, für den »Herkunft« bereits ein überzeugender Beweggrund für die Entscheidung zum Kauf von Lammfleisch war, ist vorbereitet, wenn er am Markt als Interessent für Rindfleisch auftritt und ihm dabei wiederum »Herkunft« in Form des nationalen Symbols als Qualitäts- und Sicherheitsgarantie angeboten wird. Es kann also angenommen werden, daß diese das Nationale betonenden Marketing-Strategien effektiver werden, wenn man sie gleichzeitig anwendet.

Ästhetische Innovationen bringen gewisse Moden hervor, die für ein ganzes Produktsegment oder in einer ganzen Branche durchgesetzt werden (vgl. Haug 1971, S. 51ff). Läßt ein Textilien-Hersteller seine Krawatten breiter schneidern und hat er damit Erfolg, ist damit zu rechnen, daß die Konkurrenz ihm darin folgen wird. Eine gegenseitige Verstärkung der Wirkung am Markt in neuem »Gewande« auftretender Waren wird von Marketing-Fachleuten propagiert, sie ist strategischer Bestandteil ästhetischer Innovationen. Diese strategischen Entscheidungen folgen zunächst scheinbar dem altbekannten Schema der Warenästhetik. Nur ist das nationale Symbol nicht irgendein Zeichen.

Eine ästhetische Innovation ist im Normalfall Bestandteil einer relativ kurzfristigen Strategie. Sie ist »Funktionsträger der Regeneration von Nachfrage« (W E Haug). Die beständige Erneuerung der Warenerscheinungen suggeriert am Markt die permanente Zufuhr neuer Produkte. Dem Konsumenten erscheinen die bereits in seinem Besitz befindlichen Waren dadurch nicht mehr zeitgemäß und - technisch und ästhetisch offenbar nicht mehr auf der Höhe der Zeit - von minderer Qualität. Die ästhetische Innovation unter Einbeziehung des nationalen Symbols dient nun vor allem der Zurichtung der Käufer-Wahrnehmung auf das Schema »drinnen/draußen« bzw. »identisch/nicht-identisch« und dadurch einerseits der Etablierung nationaler Monopole, andererseits aber auch der Verstärkung gemeinschaftsbildender - und eben nicht nur konsumentengemeinschaftsbildender - nationalistischer Ressentiments. Diese können langfristig nur gehalten werden, wenn die induzierende Ästhetik beibehalten wird. Weitere ästhetische Innovationen sind dann zwar noch denkbar, aber nur unter Beibehaltung der nationalen Symbolik. Die steht hierzulande in einer Tradition, die die Marketing-Strategen der Fleischwirtschaft nutzen: Mit der »Gesundheit«, der im Falle der Rind- wie Lammfleischwerbung Ursprünglichkeit in »deutschem Boden« angedichtet wird, wird wieder mal das Gegenteil, die »Krankheit« und also das Nicht-Deutsche, geächtet.

»Der mystische Charakter der Ware entspringt ... nicht aus ihrem Gebrauchswert« (MEW 23, S.85). Marx zufolge erhält sie diesen Charakter dadurch, »... daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt ... « (MEW 23, S.86). Es sind also die Verhältnisse der Menschen untereinander, die sie in den Waren wiederfinden, die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Produktion. Ihre Wahrnehmung als transzendent verdankt die Ware dieser Eigenschaft.

Wenn die Waren aus Sicht der Betrachter nun in einem gesellschaftlichen Verhältnis zu stehen scheinen, dann nimmt die nationalistisch ästhetisierte Ware eine ganz eigene Stellung in der Wahrnehmung ein: Sie ändert ihren Wert. Das nationale Symbol greift in den Wertbildungsprozeß ein, indem es darauf hinwirkt, daß verschiedenartige Produkte im Austausch nicht mehr als Werte gleichgesetzt werden. Denn das nationale Symbol verweist auf die nationale Zugehörigkeit (auch: Zusammengehörigkeit) der Produzenten wie der Konsumenten. Auf die Vergegenständlichung des Arbeitsprozesses in der Ware bezogen, bedeutet dies, die Ware spiegelt nicht mehr »abstrakt menschliche Arbeit« wider, sondern *abstrakt nationale Arbeit.* Die Ästhetisierung von Waren mittels nationaler Symbole tendiert dahin, von der Zirkulationssphäre nationalistisch auf die Produktionssphäre zurückzuwirken.

In seiner Analyse der Jeanskultur kam W E Haug 1981 zu dem Schluß, daß die Warenästhetik »para-ideologisch« ist und »zwangsläufig auf konsumtive Befriedigung« drängt, d. h. Werbung und Marketing bedienen sich der Ideologie nur zur Durchsetzung des Kapital-Interesses, nicht um der Ideologie selbst willen. Das Kapitalinteresse selbst aber ist alles andere als ideologiefrei. Das gilt für die hier besprochenen Fälle wie für die derzeit breit angelegte Entwicklung in der gesamten Warenästhetik, eine Entwicklung, die nahezu alle Produktsegmente und Branchen betrifft. Das Kapital geht *sichtbar* eine Liason mit dem Nationalismus ein. Letzterer zielt auf alles andere als auf konsumtive Befriedigung; zwei seiner Schlüsselbegriffe sind »Opfer« und »Verzicht«.

Diejenigen, die national aufgemachte Waren unters Volk bringen, haben eine bestimmte Vorstellung von den potentiellen Käufern: Sie schauen mit einem »konservativen Blick auf die Masse« (Kurt Lenk). Sie treiben Massenpolitik, und die »hofft darauf, die von der Kulturindustrie trainierten Gabenempfänger ... in reguläre Zwangsgefolgschaft umzuorganisieren« (Horkheimer/Adorno).

* Ich stütze mich hier und in der Folge auf die von W. F. Haug in seiner Theorie der Warenästhetik eingeführten Begriffe: ästhetische Abstraktion, ästhetische Innovation, ästhetisches Gebrauchswertversprechen, Warenästhetik

---

Literatur:

Wolfgang Fritz Haug: *Kritik der Warenästhetik,* Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, *1971.*

Wolfgang Fritz Haug: *Ideologische Werte und Warenästhetik am Beispiel der Jeanskultur,* in: Zeitschrift für Semiotik *3/1981,* Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, *S. 185-202.*

Rolf Havertz lebt als freier Autor in Berlin

Konkret 01/98, S. 57

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Sehr geehrte Damen und Herren vom Rundfunkrat des SFB

Zurück von der Tagung der Katholischen Akademie zu Erling-Andechs zum Thema »Gibt es einen bezahlbaren Ersatz für den Arbeitsplatz«, entnehme ich dem Insertionsteil heimischer Blätter relativ verwundert, daß der SFB nach dem Ausscheiden des erkrankten Herrn von Lojewski trotz unüberhörbaren Händeringens ohne Intendant dasteht. »Es gibt«, sagte einmal der Soziologe Pierre Cousterman, »nichts unglücklicheres, ja schädlicheres für die Gemütsverfassung der modernen Infogesellschaft als eine führungsverwaiste Rundfunkanstalt.« Ich teile diese These und bewerbe mich hiermit verantwortungsbewußt ohne Verzug um das vakante Amt. Ich bin deutschblütig, 59 Jahre alt, vorzeigefähig, für mindestens eine Amtsperiode verläßlich fit und (bis auf eine kleine Verkehrssache mit dem Fahrrad nach einer Weihnachtsfeier) nicht vorbestraft. Fanatischer Rundfunkhörer seit meiner Kindheit im Nachkriegsbayern (»Brummlgschichten«, Sonntagmittagskonzert) gestaltete ich mein erstes eigenes Dampfradiostückchen im Sommer 1965 beim - ja: SFB! Es war dies eine im geleasten Rolls Royce (mit ausklappbarem Whiskeytischchen im Fond) sozialkritisch exekutierte Kurzreportage über das Mauervisiting längs der Bernauer Straße (leicht möglich, daß sich da noch was findet, auf Mikrofilm, im Honorararchiv). Fast eintausend Fünf- und Mehrminüter habe ich seither für ARD-Anstalten verfaßt, und, bis auf lediglich zwei Stück, alle selbst gesprochen. Die Rundfunkpraxis war meine Universität. Und die Hörerschaft in ihrer ganzen Zusammenhangszerrissenheit, von der Löterin bis hinauf zu einem Wirtschaftskapitän oder einem vom Stamme derer von Karajan, ans Gerät zu fesseln mit pantherpissescharfen Piècen oder Schmunzelschnurren - das war der Nukleus meines journalistischen Credos. Logo, daß ich auch auf dem Sektor bewegtes Bild, sowohl auf der Produktionsseite als lebenundlebenlassenorientierter Kostenminimierer wie jenseits der Kamera (ZDF, ab 20. Januar, als »Amtsveterinär Dr. Rufus Binder« in der Huby/Masten/Fierek-Serie »Tierarzt Doktor Engel«) nicht ganz frei von Meriten bin. Postmoderner Pantheist, bin ich politisch parteilos, weiß jedoch mein Faible für Sekundärtugenden solide zu vereinbaren mit ausgeprägter Schwäche für Gescheiterte und Anarchie. Freunde sagen mir einen Hang zu Tabubrecherischem nach, Frauen beschwärmen meine Herzenswärme. Eigenschaften, die in. E. für die ausgeschriebne Stelle gewiß kein Beinbruch wären. Mit einem Jus-Diplom kann ich leider ebensowenig dienen wie mit der amtlichen Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen. Dafür gäbe ich jedoch als ehemaliger Gastwirt der Wilmersdorfer »Drehscheibe« die Gewähr für eine lukullische Revolution in der interredaktionellen Ideenbrutstätte an der Masuren-Allee: der SFB-Kantine. Erinnern Sie die letzte Breitseite der Herren Kohl, Stoiber und Biedenkopf gegen das Öffentlich-Rechtliche Rundfunksystem? Lesen Sie mein in der Tradition eines Emile Zola, eines Kurt Tucholsky, eines Robert Return abgefaßtes Kampfgedicht »Rettet die ARD«, und Sie werden (nicht zuletzt meiner Zuckerlzusage gewiß, daß ich Ihnen die Chose zum halben Tarif mache) auf- bzw. ausatmend sagen: Hotte, Sie sind unser Mann!

Ich freue mich auf das geräumige Büro vis-à-vis vom Funkturm und bin, dankbar für Ihren Bestallungsbescheid, jetzt schon Ihnen

Ihr h.t.

An die KÖNIG BRAUEREI Duisburg

Geschäftsleitung

Fax 0203 455 2511

Hamburg, 19.11.1997

Sehr geehrte Geschäftsleitung, wir vernahmen entsetzt die Nachricht von der Ermordung Manfred Meisels (und eines Teils seiner Angehörigen). Als KÖPI-Trinker kam uns spontan die Idee, Sie zu bitten, eine Belohnung zur Ergreifung des oder der Mörder(Innen) des KÖPI-Königs von Mallorca auszuloben. Wir selbst würden der von Ihnen zur Verfügung gestellten Summe einen Betrag im Rahmen unserer Möglichkeit angliedern. Eine Brauerei, die das tragische Schicksal ihres umsatzpotentesten Gastwirts nicht kalt läßt, setzete u. E. in einer Zeit gefühlloser Geschäftigkeit ein unübersehbares wie beispielstiftendes Zeichen angewandter Humanität.

Mit vorzüglicher Hochachtung

h.t., Sprecher des Stammtisches »Die Schopenhauer«

*

KÖPI-Dieze

z. H. Herrn Horst Tomayer

Sprecher des Stammtisches »Die Schopenhauer«

Duisburg 02.12.1997

Sehr geehrter Herr Tomayer, wir bestätigen Ihnen hiermit dankend den Eingang Ihres Schreibens. Auch wir haben die Nachricht von der Ermordung des Gastwirtes Manfred Meisel mit Entsetzen und großem Bedauern zur Kenntnis genommen. Das Engagement Ihrer Stammtischrunde ist sicherlich sehr hoch zu werten. Jedoch müssen wir Ihnen - in Abstimmung mit der Geschäftsführung unseres Hauses - mitteilen, daß wir Ihrem Vorschlag nicht folgen können. Die Aussetzung einer Belohnung zur Ergreifung der Mörder von Manfred Meisel würde u. E. die polizeilichen Ermittlungen vor Ort massiv in Frage stellen und u. U. beeinflussen, was wir auf keinen Fall wollen. Sehr geehrter Herr Tomayer, wir bitten Sie und Ihre werten Freunde um Verständnis für unsere Entscheidung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

KÖNIG BRAUEREI

i.V. Karin Sauer i.A. Karla Dethof

*

Zugegeben: Auch früher schon wurde der eine oder andere Wirt **erschossen**

Ein diesbezüglich ungebetener Gast war so **frei**

Aber des Wirtes Bierzulieferer enthielt sich solch windiger **Ausredepossen**

Von wegen: Die Aufspürung des Mörders sei Res der **Polizei**

Früher fackelten die Brauereien nicht lange

Und orderten bei den **Steckbriefdruckerein**

Mit dem Blut ihrer erschossenen Wirte gedruckte Plakate

Und ließen die »Unknown: Wanted for murder an unserm Budiker - Belohnung 20000 RM« von den Litfaßsäulen **schrein**

Manne Meisel, du hast zwar deinen Papageienpfleger(Innen) auf Mallorca nur fünf Mark bezahlt die **Stunde**

Trotzdem trinken wir auf dich, ernüchtert von der seelenlosen Haltung deiner einst'gen Lieferantin Doris König - prosit -, deine Hamburg-Rothenbaumer KÖPI-Schopenhauer-Stammtisch-**Runde**

Konkret 01/98, S. 58

Ren Martens

Melodie & Rh thmus

Station 17: Scheibe, WSFA/Indigo

»Haus der Künstler« heißt ein Pavillon der »Niederösterreichischen Landesnervenklinik« in der Nähe von Wien, in dem elf teils schizophrene, teils schwachsinnige Patienten leben und arbeiten. Ihre Bilder verkaufen sie durchaus mal für 50.000 Mark, denn unter Galeristen, Kuratoren und Sammlern gilt die Bildende Kunst von vermeintlich Irren mittlerweile als etabliert. So hatte die diesjährige documenta »für Collagen, Möbelobjekte und Kandiszucker-Skulpturen aus Nervenheilanstalten« (»Spiegel«) einen eigenen Saal reserviert.

Mit Musik verhält es sich anders. Die aus Behinderten und Nicht-Behinderten bestehende Gruppe Station 17, die seit 1988 in einer Wohngruppe der evangelischen Stiftung Hamburg-Alsterdorf zusammenspielt, bekommt zwar hier und dort Lob vom Feuilleton. Aber den Status, den die Kollegen in Wien genießen, werden sie nie erreichen. Kritiker und Fans ordnen Station 17 oft hilflos »zwischen Genie und Wahnsinn« ein, obwohl dieses Etikett auch viele stinknormale Stubenhocker angeklebt bekommen, wenn ihre Musik ein bißchen von der Norm abweicht. In der Welt des Alsterdorfer Projekts indes existieren Normen nicht. Das Prinzip funktioniert so: Die nicht-behinderten Musiker liefern die Rhythmus- und Klangstruktur, ihre Kollegen texten, singen und steuern den einen oder anderen instrumentalen Solo-Beitrag bei. Die Bewohner orientieren sich dabei manchmal an ihren Lieblings-Schlagern aus dem Fernsehen, etwa von Tony Marshall oder Tic Tac Toe. Doch die Musik-Profis tun ihnen nicht den Gefallen, diese Stücke nachzuspielen. »Wir bedienen die behinderten Musiker nicht«, betont Kai Boysen, der Initiator des Projekts. So entstehen Dekonstruktionen, die das Original kaum noch erkennen und die sich in keinen Kontext einordnen lassen.

Auf »Scheibe«, ihrer dritten CD, lassen die Profis von Station 17 erstmals ihrer Vorliebe für neue elektronische Musik freien Lauf. Sie verwenden Material von Koryphäen wie Alec Empire oder »irgendwem aus dem Internet« und selbstgebastelte Loops. Die Intensität des gesampelten Materials paßt zu der, mit der die Alsterdorfer ihre Gedanken und Erzählungen vorbringen, und so entwickelt sich eine warme, in vielen Momenten auch magische Musik, die ihre Qualität aus sich selbst zieht und nicht etwa aus ihrer ungewöhnlichen Entstehung.

Am besten ergänzen sich Musik und Text in dem Stück » 1 Fach denken«, wo Birgit Hohnen über einem rollenden Baß-Groove bewußtseinstheoretische Fragen aufwirft. Als entfernter Geistesverwandter wird im Booklet Heinrich von Kleist mit seinem Essay »Ober die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden« angeführt.

Graf Hadik: Harte Post, Morbid Records/EFA

Während die Nicht-Behinderten von Station 17 betonen, daß sie sich nicht als Musiktherapeuten verstehen, ist Stefan Wildner für die Gruppe Graf Hadik genau in diesem Bereich tätig. Der Wiener Psychiater hat die »Shrink-Theorie« erfunden. Er setzt gewissermaßen zusammengeschrumpfte Musik (to shrink = schrumpfen)

zur Behandlung ein. »Jede Musik kann einen Shrink-Wert erreichen, auch ein Lied von Heino«, behauptet er.

Von Wildners beruflicher Arbeit beeinflußt ist auch Graf Hadik, die seit Anfang der 80er Jahre auf Cassetten und Singles minimalistischen Electropop veröffentlichen. Ein paar Songs ihrer Retrospektive »Harte Post« wirken, als würden zumindest Fragmente davon im Rahmen einer Behandlung eingesetzt; doch bevor man sich in sie vertiefen kann, werden die Stücke - nein, nicht ausgeblendet, sondern, irgendwie untherapeutisch, abrupt abgebrochen. Als hätte jemand das Radio abgestellt. Die übrigen Songs erinnern an die Zeit, als elektronischer Popmusik aus dem Wohnzimmer noch etwas Kurioses anhaftete. Textlich und humoristisch beziehen sich Graf Hadik - mit Songtiteln wie »Uff, uff, uff (Wir fahren in den Zoo)« oder »Beethoven (Es ist nicht egal, welche Frau in der Nähe ist)« - auf die Neue-Welle-Protagonisten Der Plan sowie auf die CD »Teen Riot Günther-Strackture«, die der Zeichner Tex Rubinowitz mit einem Kollegen unter dem Projektnamen Mäuse eingespielt hat. Sie erschien vor einigen Monaten auf demselben Label.

The Beach Bo s: The Pet Sounds Sessions, EMI

Der bekannteste Psychiater der Pop-Geschichte ist wahrscheinlich Eugene Landy. Anfang der 80er Jahre rettete er Brian Wilson das Leben, nachdem das Mastermind der Beach Boys seinen Körpergewichts-Rekord auf 311 Pfund und seinen Drogenkonsum ins Unermeßliche gesteigert hatte. Im Laufe der Jahre entpuppte sich Landy aber als Psycho-Guru, der Wilson das Gehirn wusch. Teilweise firmierte der »Life Manager« sogar als dessen musikalischer Partner.

Wilson hatte bereits 1964, als 22jähriger, seinen ersten Nervenzusammenbruch. Fortan spürte er den Teufel in sich und überhaupt überall, sogar in der Dusche, weshalb er eine Zeitlang auf Körperpflege verzichtete. In Interviews gibt Wilson über seine rund zwei Jahrzehnte lange Krankheitsgeschichte freimütig Auskunft - mittlerweile auf sehr aufgeräumte Art, wie zuletzt im Oktober in der TV-Dokumentation »Die Beach Boys und der Satan« zu verfolgen war.

Brian Wilson ist einer der wenigen Musiker, auf die das Klischee von Genie und Wahnsinn tatsächlich zutrifft. Das wissen wir seit 1966, als unter seiner Regie das hochgerühmte Jahrhundertwerk »Pet Sounds« entstand - übrigens einer der seltenen Fälle von Popkulturkritik, wo man sich auf das Urteil des Experten-Mainstreams verlassen kann. Wann immer Musikmagazine die besten Platten aller Zeiten auflisten, ist dieses komplexe Werk mit dabei.

»Pet Sounds« markiert einen Wendepunkt in der Geschichte, hier wurde Pop zu einer ernstzunehmenden Kunstform. Der wahnsinnige Wilson machte das Studio zum Instrument, setzte für Popmusik ungewöhnliche Instrumente ein wie Schlittenglocken oder Aetherophon, und schuf einen orchestralen Sound, der den Beatles als Vorbild für »Sergeant Pepper« diente. Mehr als 30 Jahre später erscheint die 4-CD-Box »The Pet Sounds Sessions« - mit allen Songs in remastertem Mono und in euphorisierenden Stereo-Versionen, außerdem mit alternativen Takes, unveröffentlichten Stücken, Demos und ähnlichem Forschungsmaterial. Das ist nicht nur für Beach-Boys-Forscher reizvoll, sondern auch für alle, die sich einmal den Luxus leisten wollen, der einem Rezipienten sonst selten vergönnt ist: nämlich nachvollziehen zu können, daß der Entstehungsprozeß von Kunst so faszinierend sein kann wie das Ergebnis. Neben den Stereo-Aufnahmen sind vor allem die sinfonischen Instrumentals die Stärke dieser Box. Mal ehrlich: Von welcher anderen Band kann man sich Song-Versionen ohne Gesang nicht nur anhören, sondern sogar mit Vergnügen und Gewinn?

Konkret 01/98, S. 59

Corinna Stegemann, Mark-Stefan Tietze

Kniefall in Dortmund

Personenkult post mortem: Die Erhebung Willy Brandts zum Nationalmythos in der Oper

»Brandt-Oper triumphaler Erfolg« - das konnte wirklich nur die Dortmunder Lokalpresse auf die Titelseite bringen. Die traditionell SPD-nahe »Westfälische Rundschau« widmete dem Ereignis am Montag nach der »spektakulären Welturaufführung« gleich drei weitere Artikel. Das Saalpublikum war vom »Kniefall in Warschau« begeistert. Egon Bahr auch: »Willy hätte sich gefreut.« Einzig der Rezensent im Kulturteil zierte sich ein wenig. Er bezweifelte immerhin die historische Authentizität des Bühnenwerks und bemängelte die lächerliche Erhabenheit des Librettos (»Aktenprosa läßt sich schlecht vertonen. >Passierscheinabkommen< und >Große Koalition< kann man eigentlich nicht singen«). Ebenfalls ein eher kritisches Gehör fand die »gemäßigt moderne« Musik des Komponisten Gerhard Rosenfeld: »Sie geht mitunter gefällig ins Ohr und kann auch wieder von quälender Härte sein.« Das paßt. War denn nicht Willy Brandt erklärter Repräsentant einer gemäßigten Moderne? Ist nicht die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, recht bedacht, eigentlich ein Spagat zwischen, ja genau: ins Ohr gehender Gefälligkeit und quälender Härte?

Simple Parallelen zwischen Werk und historischem Geschehen aber haben sich die Schöpfer der Oper von Anfang an verbeten. In Auftrag gegeben hat Generalintendant und Regisseur John Dew ein »Denkmal für Brandt«, und zwar eines, »das ein Eigenleben hat und weit über den eigentlichen Menschen hinausgeht«. Auch Librettist Philipp Kochheim hat sich gegen Kritik am historischen Gehalt der Bühnenaufführung warm angezogen: »Die handelnden Personen sind durch den Gesang von vornherein als Kunstfiguren ausgewiesen und können nicht in den Verdacht geraten, möglichst naturale Abziehbilder sein zu sollen.« Dieser Verdacht drängt sich in der Tat nicht auf, vielmehr jener, daß Kochheim, der mit seinem Text »Geschichtsbuchbilder zum Leben erwecken« wollte, als ausschließliche Quelle die *Chronik der Deutschen* (Harenberg-Verlag Dortmund) benutzt haben könnte.

Das Singspiel durchhetzt die Jahrzehnte und fährt mit dem Zeigefinger lustlos über ein paar markante Daten. Um den Helden in seinem Ringen mit dem Schicksal und sich selbst jedoch klarer konturieren zu können, hat der gewiefte Librettist ihn für die Bühne in gleich drei Persönlichkeiten zerrissen: Den jungen Arbeiter, der den Sozialismus wollte, den reifen Herrn, der zum Kanzler wurde, und den alten Mann, der die deutsche Wiedervereinigung erhielt - man kann das ja tatsächlich tragisch nennen. Man wäre vielleicht sogar ergriffen. Von Nachdenklichkeit beispielsweise, wenn der alte Brandt den jungen Frahm ansingt: »Des Landesverrats werden sie di-hich bezichtigen!« Als ob der richtige Brandt je hätte Kanzler der Deutschen werden können, wenn er nicht immerzu seinen Patriotismus unter Beweis gestellt und vom »nationalen Verrat durch das Hitler-Regime« geredet hätte. Dann singen sie wieder: »Demokraaa-tiiie« (Violindissonanzen), »zwischen Alptraum und Visioooo-oon« (harmonische Kadenzen), und man kann nicht anders als lachen.

Die fast völlige Absenz von Humor und Ironie auf der Bühne, ein rührend anachronistischer, fast schon sympathischer Zug in diesen Tagen, macht denn auch viele Einfälle der Regie zu einem Fest der fallhohen Komik, und zwar im Zuschauerraum. Nach dem Mauerbau, der durch das Verlegen von Stacheldrahtrollen am linken (!) Bühnenrand symbolisiert wird, verlöscht das Licht auf der linken Seite komplett, während es rechts hell aufgleißt. Als Brandt anschließend Entspannung predigt und die Regierung Adenauer wegen ihrer Kompromißlosigkeit geißelt, ist es: genau andersherum! Dazu tönt der Gesang sehr schön und voll: »Es geht um die Menschen zuallererst!« Große Koalition, Pause.

Nach dem Wahlsieg 1969 wächst die Verantwortung für das Land und damit die Überhöhung des Protagonisten ins Unermeßliche. Gleichzeitig macht sich die swingende Laune jener Ära in den gezielt farcenhaften Auftritten eines grienenden Walter Scheel und eines total verbohrten Willi Stoph Luft, bevor die Oper schließlich ihrem andächtigen Höhepunkt entgegensteuert. In dieser Inszenierung eines anderen Deutschland darf der legendäre Kniefall natürlich nicht allein jenen gelten, denen er in Warschau zugedacht war. Er läßt sich hier vielmehr, in den Worten des Librettisten Kochheim, »aktualisieren im Hinblick auf alle heute neu oder wieder Verfolgten, Gedemütigten, Ermordeten«.

Der Rest ist dann ebenso absehbar. Barzel und Strauß geben anläßlich des Mißtrauensvotums die Ulknudeln, Guillaume den heimlich fotografierenden Spion, und Wehner bereitet (»Der Herr badet gerne lau ... «) den Dolchstoß vor. In der Nacht vor dem Rücktritt wälzt sich der Kanzler dramatisch auf dem Bühnenboden herum. Das Orchester entrüstet sich zur Kakophonie, ein metallenes Instrument schlägt das letzte Stündlein. Während sich die drei Brandts in Gewissensqualen winden, verschmelzen die Zeiten: »Meine Rrroooolllee ... war es vorher-zu-sehen?« Das Licht hinter den Scheiben des dem Willy-Brandt-Haus architektonisch nachempfundenen Bühnenbildes dreht voll auf, die Brandts treten ab und das Denkmal im Hintergrund, eine Kopie der Brandt-Skulptur von Rainer Fetting, um die jetzt zirka 40 Komparsen versammelt sind, wird enthüllt. Letzte Worte: » ... ein Politiker, nur ein Spiel?« Die Antwort ist organisierter Krach. Vorhang.

»Eine gute Skulptur kann man eigentlich überall hinstellen«, hat der Bildhauer Fetting über sein Werk gesagt: »Mich interessiert es nicht, abstrakte Kunst zu machen, und dennoch benutzt jede gute künstlerische Arbeit Abstraktion, der

Betrachter wird darin nicht festgelegt, sondern hat eher Raum für Gedanken und Phantasie.« Genau diese völlig unzulängliche Ästhetik der Sozialdemokratie mit ihrer Wertschätzung des »guten« Kunstwerks zeichnet »Kniefall in Warschau« aus. Man will Geschichte umschreiben, »andere« Nationalmythen schaffen, einer sozialdemokratischen Renaissance Vorschub leisten. Weil man sich aber auf das toteste Gleis einer untergegangenen Moderne gestellt hat, kommt dabei immer nur ein Requiem heraus. Mit der Stilisierung Willy Brandts zum tragischen Opernhelden, zur bürgerlichen Repräsentationsfigur, zum positiven und autonomen Leitbild eines besseren Deutschland zeigt sich nur eines: daß diese Leute alles tun würden, um endlich auch einmal einen der Ihren auf den Schild der feinen Leute zu hieven.

Corinna Stegemann ist Regieassistentin in Münster; Mark-Stefan Tietze schrieb in KONKRET 9/97 über Rammstein

Konkret 01/98, S. 60

Kay Sokolowsky

Lynesamen

Die Neuverfilmung von »Lolita« findet in den USA keinen Verleih und im »Stern« einen Kompagnon

»Lolita« von Adrian Lyne ist ein Film wie ein Schmierlappen: Man würde sich nicht wundern, wenn nach jeder Vorstellung Vaseline an der Projektorlinse klebte. Der Regisseur von »Flashdance« und »9 1/2 Wochen« ist ein Kunstgewerbler und Kolporteur durch und durch, und wer immer noch in seine Stücke geht und mehr als einen ärgerlichen Abend erwartet, der hat selber schuld. Als gelernter Werbefilmer versteht Lyne einiges von der Manipulation des Publikums, aber sonst nichts. Er verhält sich zu seinen Drehbüchern wie vormals zu irgendwelchen Automarken, und genauso wie der Werbeblock vorm Hauptfilm hinterlassen den Zuschauer Lynes Streifen: genervt, gelangweilt und an der Nase herumgeführt. Daß ausgerechnet dieser Mann, dessen einzige Regie-Idee für allezeit jener Eiswürfel sein wird, der in Großaufnahme über den nackten Bauch von Kim Basinger fährt - daß ausgerechnet dieser mäßig talentierte Engländer, der im Grunde nichts zu erzählen weiß, sich ausgerechnet an einem Monsterroman und Geniestreich wie Nabokovs *Lolita* vergreift, mag man mit Größenwahn erklären; in Wirklichkeit kalkuliert er nur auf den »Skandal«, der die Kundschaft erst richtig scharf macht.

Das war nicht anders bei »Eine verhängnisvolle Affäre« (1987), einem der wüst frauenfeindlichsten »Frauen«-Filme der letzten 20 Jahre, nicht anders auch bei »Ein unmoralisches Angebot« (1992). Dabei war das »Skandalöse« dieser Stücke pure Medien-Halluzination. Indem sie Stoffe der Boulevardpresse kolportierten (Geliebte wird sitzengelassen und rächt sich an Familie des Liebhabers, 1987; Milliardär bietet 1 Mio. fürs ius primae noctis mit Demi Moore, 1992), vermittelten sie zugleich das zutiefst reaktionäre Wertesystem dieser Presse. So schaukelten die Scheißfilme und die Drecksblätter sich gegenseitig auf und hoch, dem Verleih zur Freude; und der wahre Skandal der Machwerke, ihre eminente Verlogenheit und Patriarchenethik, verschwand hinter den Schlagzeilen, von denen jene abstammten.

Lolita konnte von einem Kerl wie Lyne nicht ungeschändet bleiben. Denn nie hat ein Buch seither - die verwickelte Publikationsgeschichte beginnt 1955 - solchen Skandal gemacht. Daß der Name Lolita zum Synonym geworden ist fürs feuchte alte Herrenwort »Kindfrau«, hat mit dem Text selbst übrigens nur mittelbar zu tun, genauso wie sein frivoler Ruf. Erzählt wird, vom Helden selbst, die wahnsinnige Liebe des europäischen Gelehrten Humbert Humbert zu der zwölfjährigen Amerikanerin Dolores Haze; er ehelicht ihre Mutter Charlotte, hoffend, wenigstens seiner Neigung zum Voyeurismus von nun an ungestraft frönen zu können. Und das Schicksal meint es gut mit ihm (wenngleich schlecht mit Dolores): Charlotte, »die Hazin«, wird überfahren, und der hinterbliebene Stiefvater nutzt all seine Macht übers Mündel, um die Träume, die er einst auf Parkbänken und Rollschuhbahnen spann, an ihr zu erfüllen.

Lolita ist u. a. ein großes Plädoyer Humberts in eigener Sache; was immer an Einwänden gegen ihn erhoben werden kann, gibt er freimütig zu, was immer zu seinen Gunsten spricht, schiebt er sofort hinterher. Die rhetorische Brillanz dieses Verbrechers hat nicht ihresgleichen; bis heute gehen Apologeten des Romans ihm auf den Leim und behaupten, dies sei eine der größten Liebesgeschichten des Jahrhunderts. Von wegen: Dies ist, wenn schon, eine der größten Obsessionsgeschichten, in jeder Beziehung. Nabokov, zeitlebens fasziniert von Kreativität und Solipsismus der Psychopathen, hat mit Humbert Humbert eine Figur geschaffen, yould love to hate, einen Charakter, so sinister und fürchterlich gescheit, daß er weder taugt als Fallbeispiel für Pädophilologen noch als Vorbild für Päderasten.

Und erst recht nicht als Filmfigur. Denn was wir in Nabokovs Roman über Humbert erfahren, erfahren wir allein von Humbert; und so wenig eins diesem charmanten Ungeheuer trauen darf, so wenig läßt sich erst recht die dunkle Magie seiner Metaphern (»Der Kühlschrank brummte mich bösartig an, als ich ihm das Eis aus dem Herzen nahm«) und seines Humors (»Meine sehr fotogene Mutter starb durch eine Schicksalslaune (Picknick, Blitz)«) verfilmen. Stanley Kubrick, der es 1962 als erster versuchte, gibt heute zu, gescheitert zu sein. Adrian Lyne, der es dem erheblich begabteren Kollegen nachtut, obwohl er, Lyne, über die Ästhetik von Zigarettenreklamen nie hinausgekommen ist (Eiswürfel, Bauch), versagt sogar beim Scheitern.

Wo nämlich Kubricks Fassung immerhin einige hinreißend komische Szenen zu bieten hat und mit James Mason einen Schauspieler, dem man den fanatischen Spielplatzspanner sofort abnimmt - da zeigt Lyne nichts als kostbare Bilder, die bloß nach kostbaren Bildern aussehen, und läßt Jeremy Irons einen Humbert aufführen, der von Melancholie und Unglück, aber bestimmt nicht von Perversion zerfressen ist. Da das Buch Stellen hat, die keine sind, doch auf der Leinwand sofort welche würden, da der Wald von Metaphern, den der Erzähler um seine Nächte mit Lolita aufrichtet, unmöglich inszeniert werden kann, entschied der klügere Kubrick, sich auf die satirischen Elemente des Romans zurückzuziehen. Lyne, der ebenfalls eine Indikation fürchtet, übersetzt die Metaphern in seine eigene unsäglich flache Metaphorik - und gelangt ins degoutante Gebiet der Meta-Pornographie: Er geilt das Publikum auf, um es mit einer Abblende zu enttäuschen, er läßt seine Hauptdarstellerin Dominique Swain posieren wie ein Pin-up, aber nie nackt - für die einzige Bettszene (die natürlich eine Szene *danach* ist) wurde ein Body-double engagiert. Die Andeutungen Lynes verweisen immer schnurgerade auf die

allertrivialsten Bilder, die das Kino sich vom Sex macht, nie auf den alptraumhaften Spuk, den Humbert Humberts Text veranstaltet.

Kurz, der Film hat im Grunde alles, um ein Erfolg zu werden: einen Teeny mit langen Beinen, Weichzeichner, zwei Stars (neben Irons die komplett fehlbesetzte Melanie Griffith als Mrs. Haze) und eine skandalumwitterte Vorlage. Beim landesweiten, publicityträchtigen »Lolita-Contest« drängelten sich 2.500 Frauen zwischen 14 und 26 (!) um die Titelrolle. Aber Lynes »Lolita« ist eines der größeren Verlustgeschäfte der letzten Jahre geworden, weil die amerikanischen Verleiher sich weigern, das Stück in ihr Programm aufzunehmen. Was natürlich nichts mit seiner Qualität zu tun hat: Er habe, berichtet Lyne, Briefe von »wenigstens zwanzig oder dreißig« Moguln, »die mir erklären, wie umwerfend sie den Film gefunden hätten«. Das ist vermutlich nicht einmal gelogen. Kunstgewerbe wie seine »Lolita« bekommt für gewöhnlich zwei bis drei Oscars nachgeworfen. Abgesagt wird, weil der Film, bei aller Verblümtheit und Rüschigkeit, von einem Päderasten handelt. Der Skandal, auf den Lyne spekulierte, ist den US-Kinobesitzern einfach zu groß; Sex mit Kindern sells not, jedenfalls nicht außerhalb der heimischen vier Wände.

Wiewohl es kein Schade ist, wenn diese »Lolita« im Giftschrank verschwindet, so hat man es Lyne doch zu danken, daß der Boykott gegen ihn einiges verrät über die Folgen der Mißbrauchsdiskussion der letzten zehn Jahre. Deklariert als Tabubruch - die Frauen, die als Kinder vergewaltigt wurden, sollten ermutigt werden, von sich zu erzählen -, hat diese Diskussion inzwischen neue, vielleicht noch stärkere Tabus errichtet: Es darf jeder mitreden, sofern er oder sie keine Zweifel an den immer ungeheuerlicheren Statistiken anmeldet, und so detailliert und entsetzlich das Reden über den Mißbrauch mittlerweile geworden ist, so unerhört und weit übers gesetzliche Verbot hinaus inkriminiert ist heute nicht nur die Abbildung der Tat, sondern bereits die sympathetische Darstellung eines Pädophilen. Er ist der Superunhold, das Megascheusal der 90er, und allein der Gedanke, er könnte das distinkte Gesicht von Jeremy Irons haben statt eines tropfenden Echsenkopfs bzw. der Fresse von Adolf Hitler, muß die Wortführer der Mißbrauchsdebatte in Empörung versetzen. In den USA wird derzeit ernsthaft vorgeschlagen, nach dem Spielfilm auch das Buch aus dem Verkehr zu ziehen.

Die Firma Tobis, die Lynes Ware in Deutschland herausbringt, rechnet offenbar mit weniger Gegenwind, vielleicht weil die Vergewaltigung von Kindern hierzulande immer noch als ein Phänomen betrachtet wird, das anderswo stattfindet, in Belgien oder Thailand. Vielleicht aber auch, weil seit Anfang 96, als in den USA die Previews des Films liefen, sich mittlerweile bis zum »Stern« und seinem Chefredakteur Werner Funk herumgesprochen hat, daß dies ein »verharmlosende(r) und ästhetisierende(r)« Streifen ist. Mißbrauch, der hierzulande vor allem ein todsicherer Aufmacher ist, trägt, gerade weil er vorzugsweise in seiner »exotischen« Gestalt wahrgenommen wird, immer noch Reste des Rede-Tabus mit sich herum, das in den USA längst gefallen ist - und ist deshalb zumindest rudimentär behaftet mit dem Ruch jenes Skandals, auf den Lyne eigentlich abzielte.

In Heft 47/97 haben Funk und sein »Stern« ihr Möglichstes getan, aus Lynes Schmierfetzen Auflage zu schinden. Auf dem Titelbild sitzt, mit verwischtem Lippenstift und einem Zipfel ihres Nachthemdchens zwischen den Schenkeln, Dominique Swain und sähe, mit ihren sechzehn Jahren, vielleicht wirklich aus wie zwölf, hätte sie nicht einen Pickel im Dekolleté. Dieser Prototyp eines meta-pornographischen Bildes hat Werner Funk offenbar so gut gefallen, daß er es im Heft gleich noch einmal abdrucken ließ - es ist, als wäre Henri Nannen nie gestorben. In seinem Editorial behauptet der Chef, *Lolita* zähle »gewiß zu den meistgelesenen Büchern der Weltliteratur«, was es nun aber ganz gewiß nicht ist, »(und) zu den umstrittensten«, was er seinen Lesern allerdings mitteilen muß, weil der Skandal des Romans schon vierzig »Stern«-Jahrgänge zurückliegt und weil man den kritischen Journalisten spätestens auf Seite 3 heraushängen lassen muß (auf Seite 1 darf nix hängen). Seine Angestellte Gerda-Marie Schönfeld »hat sich den Film angesehen. Und den Klassiker noch einmal gelesen. Dabei kam sie zu überraschenden Einsichten.«

Und zwar zu solchen: »Lynes >Lolita< ist der redliche Versuch, mit einer ästhetischen Literaturverfilmung eine Zeitbombe zu entschärfen.« Kein Wort wahr, weder das von der Redlichkeit noch das von der Ästhetik (welche Schönfeld, anständig halbgebildet, mit Gediegenheit verwechselt) und schon gar nicht das von der Bombe. Das Buch *Lolita* hat seinen Skandal lange hinter sich, der Film darf keinen machen, aber irgendwie muß die Nachthemdfalte im Schritt von Ms. Swaine ja gerechtfertigt werden. Weite Strecken des äußerst mühsam witzelnden Artikels ergehen sich in einer Nacherzählung des Romans, die so ziemlich alles ignoriert, was an ihm Nabokov ist: Die Clare-Quilty-Episode, das Schicksalshündchen, die Landschaftsmalereien. Statt dessen eine Aufzählung all jener »Stellen«, die seit 40 Jahren jeden enttäuschen, der das Buch nach ihnen absucht. Um die Sache, die nicht und nicht zur Sache kommt, jedenfalls nicht so, wie der »Stern« es braucht, zu verschärfen, hilft Schönfeld mit ihren eigenen dürftigen Worten nach: »Wenn das Mädchen fiebert, kriegt es selbstverständlich kein Aspirin, sondern Humbert auf den Bauch.« Kein Wunder, daß jemand, der so schreibt, sich vor Bomben fürchtet.

Das ganze oberflächliche, nichtsnutzige Geseier unter der Schlagzeile: »Lolita - ein Klassiker verliert die Unschuld«. In dem Wortspiel steckt wie in einer Nußschale das spezifisch Meta-Pornographische dieser Art Titelgeschichten, das Versprechen einer Schweinerei und ihre Denunzierung zugleich. Zusammen mit Funks Lieblingsbild der Woche stellt sich

ein Effekt ein, der beim Brechreiz erst anfängt. Daß anläßlich des nächsten Falls Dutroux (auf den der Haupttitel »Der Fall Lolita« schielt und hofft) zumal der »Stern« eine aufrüttelnde Polemik halten wird wider Kinder-Models, die als Vamps verkleidet werden, versteht sich von selbst. Am Hamburger Baumwall hat Bigotterie eben System, aus Tradition: *Herr* Schönfeld hätte diese Geschichte nie schreiben dürfen. Frau Schönfeld aber auch nicht.

Konkret 01/98, S. 63

Marit Hofmann

Film & Theater

Comedian Harmonists

Regie: Joseph Vilsmaier. Mit Ulrich Noethen, Ben Becker, Mèret Becker; BRD 1997 (Senator); 105 Minuten; ab 25.12. im Kino

»Man muß vergessen können«, antwortete der Bariton Roman Cycowski auf Eberhard Fechners Frage nach dem Verhältnis der Comedian Harmonists untereinander. Daß es weder ihm noch den anderen Mitgliedern des berühmten Vokalensembles gelungen ist, die Streitigkeiten, die lange vor dem Auftrittsverbot durch die Nazis begannen, aus der Erinnerung zu streichen, hat Fechner bereits 1976 in seinem Dokumentarfilm »Die Comedian Harmonists« auf beklemmende Weise gezeigt. Noch als alte Männer bezichtigten sie sich gegenseitig des Betrugs um Tantiemen oder verdächtigten einzelne Mitglieder, bei der Reichskulturkammer selbst darum gebeten zu haben, nicht mehr mit den Juden der Gruppe auftreten zu müssen. Über zwanzig Jahre später hat sich Joseph Vilsmaier nun daran gemacht, die unschöne Geschichte der Gesangsgruppe nach Spielfilmmanier zurechtzubiegen: Er erzählt das Lügenmärchen einer Männerfreundschaft, die schicksalhaft durch die Nazis zerstört wurde. In der letzten Szene liegen sich die jüdischen und nichtjüdischen Mitglieder zum Abschied in den Armen: »Ein Freund, ein guter Freund..., auch wenn die ganze Welt zusammenfällt.«

Die sechs Darsteller »wurden auch privat richtig gute Freunde«, freut sich Vilsmaier. »Genauso wie die Comedian Harmonists.« Die Harmoniesucht wird auf die Spitze getrieben, indem die Künstler und ihr begeistertes Publikum sich bis zum Ende des Films über die politischen Ungerechtigkeiten erhaben zeigen. Kein Nachsatz deutet an, daß nach der Trennung 1935 beide Seiten Nachfolgegruppen bildeten, das »reinrassige«, nur mäßig begabte »Meistersextett« in Deutschland und die international erfolgreiche Truppe des Ensemblegründers Harry Frommermann. Für Rivalitäten in Vilsmaiers Männergesangsverein sorgen, wie könnte es anders sein, allein die Frauen. Erst auf dem Bahnsteig entscheidet sich Erna Eggstein (Meret Becker) schließlieb doch für den herzensguten Harry (Ulrich Noethen) und folgt ihm in die Emigration. In Wirklichkeit war sie zu diesem Zeitpunkt zwar schon seit drei Jahren Frommermanns Frau, aber wenn der Einbau der Schmonzette den Film irgendwie retten würde, könnte man über diese Nonchalance im Umgang mit Details evtl. hinwegsehen.

Die Wahrheit läßt sich immer noch in Fechners *Die Comedian Harmonists - Sechs Lebensläufe* (gerade rechtzeitig zum Kinostart von Vilsmaiers Verfälschung bei Heyne als Taschenbuch erschienen) nachlesen. Eine Erkenntnis haben wir Vilsmaier dennoch zu verdanken: Die lächerlichen Grimassen der Darsteller bei den Playback-Gesangseinlagen beweisen: Wer versucht, die großen Comedian Harmonists zu imitieren, kommt nicht ungestraft davon. Dabei hatte »Schlitzohr Sepp« (»Focus«) sein Machwerk in München extra schon mal eine Woche vorab laufen lassen, um sich noch für den Oscar 98 bewerben zu können.

Titanic

Regie: James Cameron. Mit Kate Winslet, Leonardo DiCaprio, Billy Zane; USA 1997 (Fox); 192 Minuten; ab 8. 1. im Kino

Hier muß ich mich geschlagen geben. Niemals hätte ich geglaubt, daß mich James Camerons Katastrophen-Melodram mitreißen könnte. Doch dann bin ich bis zum Ende an Bord geblieben, hing ein ums andere Mal mit pochendem Herzen über der Reling, habe ergriffen mitangehört, wie Mütter ihre Kinder in den Tod sangen, und jede Menge Wasser geschluckt. Wer wollte da noch mit den Kriterien Wahrscheinlichkeit und historische Korrektheit kommen? - Nicht daß es nun gar nichts zu beanstanden gäbe. Sätze wie »Das Herz einer Frau ist tief wie ein Ozean« und die mit Sonnenuntergängen und Panflötenklängen arg strapazierte Romanze zwischen der unglücklich verlobten Dame der High Society (Winslet) und dem Dritte-Klasse-Passagier (DiCaprio) reißen jäh aus dem Sog der Bilder heraus. Doch mit einem alten Trick, der immer wieder funktioniert, zieht sich Cameron auch hier geschickt aus der Affäre: Vom verzückten Antlitz der jungen Schönen blendet er unvermittelt zum runzligen Gesicht der Greisin über, die sich 84 Jahre später erinnert; ebenso gerne springt er, während man sich noch am Glanz des gigantischen Schiffes berauscht, zurück in die Gegenwart, zum vermoderten Wrack der »unsinkbaren« Titanic. In solche Effekte ist Cameron derart verliebt, daß er schließlich mindestens acht Szenen aneinanderreiht, die jede für sich ein passables Ende abgegeben hätten. Lang wird einem das dreistündige Bad im Eismeer trotzdem nicht. Nur erschöpft war ich danach und heilfroh, noch einmal mit dem Leben davongekommen zu sein.

The Blackout

Regie: Abel Ferrara. Mit Matthew Modine, Dennis Hopper, Beatrice Dalle; USA 1997 (Jugendfilm); 100 Minuten; ab 8. 1. im Kino

Nach diesem Film brauchst du nicht alleine nach Hause zu gehen. Ein diabolischer Dennis Hopper begleitet dich auf Schritt und Tritt und raunt dir unaufhörlich Dinge ins Ohr wie: »Tu's, Baby, komm schon, spiel einfach mit, laß dich gehen.«

In dem drogensüchtigen Filmstar Matty (Matthew Modine) hat dieser Teufel ein williges Opfer gefunden: Als Nachtclubbesitzer Micky stachelt er den Szenejunkie nicht nur zu immer neuen Exzessen an, er hält auch noch mit seiner Kamera voll drauf, um Mattys Ausfälle für ein voyeuristisches Video-Projekt zu verwenden, eine drastische Neuverfilmung von *Nana,* Zolas »Roman einer Dirne«. Während Modine trinkt und kokst, ist der Zuschauer Ferraras Farbenrausch und der düsteren Musik Joe Delias ausgesetzt. Und wie man erst im Nachhinein aus dem Munde Hoppers erfährt, liefert der Schauspieler im Delirium »die beste Vorstellung, die er je gegeben hat«. Ach ja, Claudia Schiffer spielt auch noch mit, doch da konnte nicht viel schiefgehen: Als naiv-unschuldiger Kontrast zur erotischen Ausstrahlung Beatrice Dalles hilft sie dem abgestürzten Star bei einer Entziehungskur: ein guter Grund, wieder mit dem Trinken anzufangen. Die Szene, in der Matty rückfällig wird, ist der Höhepunkt des Films - und die beste Vorstellung, die Modine, einer der großen Unterschätzten Hollywoods, je gegeben hat.

Konkret 01/98, S. 64

Carsten Otte

Freiheitsbier

Die Gedenkfeierlichkeiten zum 150. Jahrestag der deutschen Revolution von 1848 dräuen herauf und dienen vor allem dazu, den in der Nachkriegszeit beschädigten „Gefühlshaushalt der Nation“ wieder neu auszustatten

„Wir müssen in der Geschichte unseres Volkes nach jenen Männern spüren und ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die dafür gelebt und gekämpft haben, damit das deutsche Volk politisch und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung selbst gestalten kann.“

Gustav Heinemann

Friedrich Hecker sah aus wie der Räuber Hotzenplotz und ist bis heute ein Volksheld in Baden-Württemberg. Seine Karriere begann wie bei den meisten Unruhestiftern mit seriösem Engagement für eine gute Sache: Als Mitglied des Frankfurter Vorparlaments sollte er die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche vorbereiten. Da Hecker sich aber unter anderem mit der Forderung, die aristokratische Klasse sofort zu entmachten und den feudalen Grundbesitz den Bauern zu übergeben, nicht durchsetzen konnte, verließ er Ende März 1848 die parlamentarische Bühne. Als sein Mitstreiter Joseph Fickler, Herausgeber der radikaldemokratischen „Seeblätter“, auf dem Bahnhof in Karlsruhe verhaftet wurde, schritt Hecker zur Tat. Am 12. April 1848 rief er die Konstanzer Bevölkerung zu einem bewaffneten Aufstand gegen den Großherzog Leopold auf. Allerdings mit wenig Erfolg. Nur 55 Getreue schlossen sich dem revolutionären Zug an, der am nächsten Tag aufbrach, um die badische Residenzstadt zu erobern. Mit noch weniger Erfolg. Bereits am 20. April wurden die Freischärler in Kandern von Bundestruppen geschlagen, Hecker floh in die Schweiz und emigrierte wenig später in die USA. Anderen Aufständlern in Baden erging es schlechter: Gustav Struve verkündete Ende September 1848 in Lörrach die „Deutsche Republik“, trommelte ebenfalls seine Mannen zusammen, doch auch dieser Trupp wurde vom badischen Militär zerschlagen. Struve wurde vor Gericht gestellt und ins Gefängnis geworfen.

Während in Paris die Februarrevolution immerhin zur Zweiten Republik führte, ging im benachbarten Deutschland alles schief. Der Märzaufstand in Berlin wurde von den Schergen Prinz Wilhelms beendet, die deutsche Nationalversammlung ließ sich vom preußischen König gängeln, die Erhebungen in der Provinz - ob in Sachsen, im Rheinland oder in der Pfalz - wurden vom preußischen Militär niedergeschlagen, in Mannheim, Freiburg und Rastatt wurden 28 vermeintliche Rädelsführer im Schnellverfahren hingerichtet, 1849 hatten die Royals die alte Ordnung wiederhergestellt.

1998/99 werden in Deutschland all diese Mißerfolge gefeiert, 150 Jahre nach der peinlichen Pleite werden überall im Lande peinliche Reden geschwungen, es werden Leute über Revolution und Rebellion schwatzen, die einen Wechsel von der Buntfaltenhose zur Jeans schon für eine freche Angelegenheit halten. Statt von der „friedlichen Revolution im Osten“ werden die Leitartikler zur Abwechslung mal von der „tragischen Revolte unserer Vorfahren“ schwärmen, die zweite Stufe der kollektiven Katharsis wird durchgeführt. Nach der Wiedervereinigung, mit der die „Nachkriegszeit“, die dem Gefühlshaushalt des Vaterlands arg zugesetzt hatte, beendet werden konnte, soll nun endlich auch der frühe Makel in der Nationalgeschichte zur nationalen Erfolgsstory umgemogelt werden.

Stuttgarts ehemaliger Oberbürgermeister Manfred Rommel zeigt, wie das Spielchen wider alle Vernunft funktioniert. Rommel (er)findet für die Niederlage derart abstruse Gründe, daß unterm Strich ein Sieg herauskommt. Das Bravourstück ist in der vom deutschen Sparkassenverband herausgegebenen Festschrift nachzulesen, die den offiziellen Feierslogan „Für die Freiheit streiten“ trägt: „Es wird immer wieder vorwurfsvoll angemerkt, daß in Deutschland keine Revolution gelungen ist. Ich darf darauf hinweisen, daß eine Revolution in dem bis hin zu einer Art >konstituierter Anarchie< (Hegel) parzellierten und dezentralisierten Deutschland schwerer durchzuführen war als im zentralisierten Frankreich.“ Mit zwei Brocken Hegel wird der verbitterte Lokalpolitiker das verbitterte Dörflervolk wohl davon überzeugen, daß die Enge im Großherzogtum die badischen Massen einst davon abgehalten habe, den Fürsten zu verjagen. In bester Revolutionsstimmung werden die Landsleute folglich das „Hecker-Lied“ anstimmen, wenn zu Ehren des Freiheitskämpfers im Juni 1998 das Wandbild „Morgen brechen wir auf“ von Johannes Grütkze an der Ostfassade des Bürgersaals in Konstanz enthüllt wird - und Schnaps, zwo, drei, vier: „Wenn die Roten fragen, / Lebt der Hecker noch? Sollt Ihr ihnen sagen / Ja, er lebet noch! Er hängt an keinem Baume, / Er hängt an keinem Strick, / Sondern an dem Traume / der deutschen Republik!“

In jedem Kaff von Baden-Württemberg, in Eigeltingen, in Nenzingen, in Riedböhringen, in Fützen, in Hitzingen, in Dettighofen, in Lauchringen, in Waldshut, in Dossenbach, in Schopfheim, in Wolfegg, in Vogelbach, in Todtnau, in Wieden, in Kembs, in Blansingen, in Menzenschwand, in Günterstal und anderswo wird die längste Fastnacht aller Zeiten stattfinden: „Zwischen September 1997 und Herbst 1999 werden 160 Veranstalter mit mehr als 560 Projekten in 120 Städten und Gemeinden Baden-Württembergs einer der wesentlichen Wurzeln unserer demokratischen Tradition gedenken. Kein anderes Bundesland und keiner unserer europäischen Nachbarn kann ein ähnlich umfangreiches und vielfältiges

Programm vorweisen. ... Selbst bei vorsichtiger Schätzung können wir mit 500.000 Besuchern rechnen , verkündete jüngst Michael Hörmann. Der Leiter der projektübergreifenden Geschäftsstelle für die Feierlichkeiten in Baden-Württemberg wird nicht darüber nachgedacht haben, daß man sich angesichts der historischen Ereignisse mit solchem Größenwahn vor allem bei unseren europäischen Nachbarn lächerlich machen könnte.

Ein Revolutions-Almanach gibt Auskunft über alle Tiefpunkte des Spektakels in Südwestdeutschland, und wer die Fibel einmal in den Händen gehalten und darin geblättert hat, der weiß sofort, warum in dieser Region eine Revolution mißlingen mußte. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat trotz schwieriger finanzieller Situation mehr als 5 Mio. DM bewilligt, um die geschichtlichen Ereignisse der Revolutionsjahre ins Bewußtsein zu rufen, schreibt Ministerpräsident Erwin Teufel im Vorwort des Veranstaltungskalenders, der eine wahre Orgie von Gedenktinnef und Besinnungskokolores bereithält: Konzert: Katzenmusik der Gruppe Gälfiäßler - Ein himmlisches Singspiel aus der Revolution 1848/49 , Vortrag: Georg Herwegh und die Spritzledergeschichte , Kulinarische Lesung: 150 Jahre Festmahl zur Pressefreiheit , Ausstellung: Aus der Geschichte der schwäbischen Umbewegung , Konzert: Leute, höret die Geschichte! Gesungene Zeitungen , Kulturwoche: Ich bleib bei den Alten und meng mich nicht unter die Aufrührerischen , Politische Lieder: Hannes Wader , Matinee: Von Freude, Gleichheit und Freiheit tönt es und von emanzipierten Seelen und armen Frauen , Regiophilia 1998: Militärpost, Sammlung von Briefen und Flugblättern aus der Revolutionszeit , Kabarett: Bunter Abend für Revolutionäre (u. a. mit Matthias Deutschmann , Ehrenwehrhaft für die Freiheit , Kochkurs: Revolutionärer Festtagsbraten , Party: Lange Revolutionsnacht , Vortrag mit Vorführung: Zottelbart und Pulverdampf - Mode und Revolution in Deutschland 1848/49 , Weiter im Text: Franz Josef und Kai Degenhardt , Sängerfest: Europa im Lied , Große Schau in Konstanz: Die jüngere Klasse einheitlich für die Republik . Seminar: Helfen kann nur die große That , Wochenendseminar: Die deutsche Doppelrevolution, erfolgreiche industrielle und gescheiterte politische Revolution , Studienabend: Schwarz-Rot-Gold , Straßenfest: Barrikadenbau für Anfänger , Film: Kampf um Freiheit und nationale Einheit , Festakt: Gedenken an den Fall der Festung in Rastatt und an den 100. Geburtstag Gustav Heinemanns , Mainz wie es singt und lacht: Einheit und Narrheit .

Der Verkehrsverein Karlsruhe bietet den Revolutions-Touristen eine Revolutions-Pauschale für 92 Mark pro Person an, und zwar inklusive einer Übernachtung, dem Eintritt in die Landesausstellung Revolution der deutschen Demokraten in Baden , einem Revolutions-Essen und der freien Straßenbahnhenutzung bis Bad Herrenalb. Die Fahrt mit der historischen Dampflok zum Offenburger Freiheitsfest muß extra bezahlt werden. Die Gäste aus der Fremde werden, bevor sie das eine oder andere revolutionäre Programm mitmachen, sich mit den einschlägigen revolutionären Merchandising-Produkten ausstatten, je nach Bedarf mit einem schwarzen Hecker-Hut mit schwarz-rot-goldenem Band oder Fasanenfeder , mit einem Biedermeier-Schutenhut , mit einem Arme-Leute-Hut , einem Revoluzzer-Hemd , mit einer Kokarde mit einer Nadel zum Anstecken, schwarz-rot-gold (wahlweise mit Schleife , mit einem Hecker-Pin , mit einem Bierkrug mit Heckerkopf , mit einer Baseball-Cap mit Revolutionslogo auf der Stirnseite, mit dem Apfelschaumwein Rebell , dem Freiheitsbier , mit allerhand Büchern und Zeitschriften.

Ich habe mir vorab sämtliche Revolutions-CD-Roms schicken lassen; meine Lieblingsscheibe ist die von Heinrich Raab zusammengestellte Auflistung von 38.000 Revolutionsteilnehmern . Teilgenommen hat, wer 1848 den Mut besaß, vor die Tür zu treten. Nach jahrelanger Auswertung der Quellen des Karlsruher Generallandesarchivs und des Freiburger Staatsarchivs hat der Heimatforscher damit bewiesen, daß 1848 in Baden eigentlich fast jeder ein Revolutionär war. Meine zweitliebste CD-Rom handelt von Klimmzügen, Aufschwüngen und Riesenwellen. 150 Jahre Gymnastik, Turnen, Spiel und Sport in Württemberg . Dieses gute Stück klärt den Zusammenhang von Leibeserziehung und revolutionärer Aktion. Im Schwabenland war jeder Revolutionär ein Turner und umgekehrt; bei den entscheidenden Schlachten gegen die preußischen Regimenter haben die schwäbischen Sportskameraden wegen körperlicher Doppelbelastung schlapp gemacht. Um nachzuempfinden, welchen Qualen die südbadischen Revolutionäre ausgesetzt waren, hat der Schwarzwaldverein in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung die Wanderrouten der Revolutionäre abgesteckt und eine Broschüre veröffentlicht, in der der Hecker-Weg und der Struve-Weg beschrieben werden.

Die Revolution macht's möglich: Es gibt zur Feier des Jubiläums auch Geld zu gewinnen. Die Kids können im Rahmen eines Schülerwettbewerbs zur Erinnerung an die Revolution immerhin 1.500 Mäuse zur Verbesserung der Multimedia-Ausstattung der Schule abgreifen, wenn sie eine Hauswand, einen Bauzaun oder eine andere häßliche Großfläche mit entsprechenden Motiven bemalen. Die Alten dürfen im Wettbewerb für bildende Künstler unter anderem eine Revolutionsfahne (42 x 60 cm) gestalten. Neben einem Internet-, einem Video- und einem Theaterwettbewerb gibt es noch einen Journalistenwettbewerb. Der Landesbezirk Baden-Württemberg der IG Medien hat drei Revolutionspreise in Höhe von 5.000, 3.000 und 2.000 Mark ausgeschrieben. Wie schön. Da werde ich diesen Artikel einreichen.

Konkret 01/98, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Letzte Meldung vom Kreuzweg des ehemaligen Evangelen, ehemaligen Katholen, ehemaligen Anarchisten, ehemaligen Maoisten, ehemaligen DKPisten Peter Schütt, wegen seiner ehemaligen Liebe zum ehemaligen Vorsitzenden der ehemals größten der Parteien auch »Mies-Peter« genannt:

Vor einem Jahr pilgerte Peter Schütt nach Mekka und wurde von einem saudischen Prinzen an dessen Hof geladen. Nun ist er zum Islam übergetreten.

Allah ist groß.

Günter Grass hat behauptet, daß es in Deutschland Fremdenhaß gebe. Zum Beweis, daß er gelogen hat, läßt die »Bild«-Zeitung sieben Leser vor die Schranken ihres Volksgerichtshofs treten:

Horst Geshake (Rodgau): »Typisch Günter Grass. Mit links wird moderiert, mit rechts kassiert. ER ist es, der sich schämen sollte. «

Joachim Heser (Koblenz): »Ich schäme mich für Günter Grass, den größten Nestbeschmutzer Deutschlands.«

M. Hagemann (Wuppertal): »Was bildet sich der selbsternannte Moralprediger eigentlich ein?«

Gotffried Stepani (Kammeltal): »Woher nimmt er sich das Recht, so zu urteilen, dieser Klugsch ... «

Rudi Liebgott (Forst): »Hetze übelster Art.«

Elmer Funk (Weinheim): »Es ist eine Frechheit, was man sich in Deutschland alles erlauben kann. «

Gerhard Ehlert (Berlin): »Ich schäme mich, daß ich gemeinsam mit Günter Grass in einem Land leben muß. «

Man hat ihnen gesagt, sie seien fremdenfeindlich. Das ist Hetze übelster Art, antworten sie. Wir sind ganz normale Nazis.

Auch die »Frankfurter Allgemeine«, die »Bild«-Zeitung für den Landgerichtsrat, läßt sich gerne von ihren Lesern aus der Seele sprechen, und so konnte ein »Professor Dr. Muje Rugova, Bonn«, am 22. November 1997 in einem 109 Zeilen langen, namentlich gekennzeichneten Beitrag die Meinung des Herausgebers Johann Georg Reißmüller aber schon sowas von nicht wiedergeben:

Indem die Serben in den verschiedenen Zentren der Welt, wo große Politik gemacht wird, herumschnüffeln, sehen sie die Möglichkeit der Bestrafung auf sich zukommen, und ihnen ist bewußt, daß sie sie schon lange verdient haben... (Das ist) die Sorge, die dieses als barbarisch bloßgestellte Volk in der Seele fühlt... Dieser Ausschnitt aus der politischen Philosophie der serbischen Elite ... ist im Verhältnis zu den Verbrechen eines ganzen Volkes nur die Spitze des Eisbergs. Eine solche Feststellung, nämlich daß ein ganzes Volk barbarisch und kriminell ist, ist schwerwiegend, aber die Tatsachen belegen es. Wer vertrieb und massakrierte die albanische Bevölkerung, ... wer diskriminierte und vertrieb für immer das deutsche, ungarische, rumänische und kroatische Volk aus der Vojvodina? Wer tötete während derselben Zeit Unschuldige in Slowenien, wer massakrierte und verletzte schwer das kroatische Volk, wer verbrannte, vergewaltigte das bosnische Volk, wer übt seit einem Jahrhundert in Kosova und im Sandzak Apartheid und Völkermord, wer anders als die Serben?... Wenn die Welt Serbien nicht endgültig in die Knie zwingt, wird es einen Krieg von europäischem Ausmaß oder noch mehr auslösen. Ein Volk, das Verbrecher unterhält und unterstützt, muß unbedingt bestraft werden.

Wer bloß hat den Professor Rugova, der doch sonst ein völkisch einwandfreies Vojvodendeutsch schreibt, auf die Idee gebracht, seine lieben Albaner mit Negern zu vergleichen? Darauf muß man, als Leser der »FAZ«, erst einmal kommen, beziehungsweise gebracht werden, und genau dies war tatsächlich vier Wochen zuvor geschehen, und einmal dürfen Sie raten, durch wen:

Niemand in der westlichen Welt wird sagen dürfen, er habe nichts geahnt und nichts ahnen können, wenn eines Tages auf dem südserbischen Kosovo, dem Amselfeld, der Unterdrückungskessel explodiert. Den Albanern dort geht es unter der serbischen Herrschaft übler als es den Schwarzen Südafrikas erging. Die serbische Politik auf dem Amselfeld geht die zivilisierte Welt nicht weniger an als einst die Apartheid in Südafrika.

Warum nämlich hat der Johann Georg Reißmüller sein Frankfurter Herausgeberleben lang darauf verzichtet, zur zivilisierten Welt zu gehören? Doch einzig und allein deshalb, weil es den Schwarzen in Soweto unter der Apartheid so gut ging, viel besser jedenfalls als den Albanern im Kosovo bzw. Kosova. Woran wiederum dies lag, darauf hat der Professor seinen Herausgeber aufmerksam gemacht, der drei Wochen nach Rugovas Leserbrief über die von Verbrechern

vertriebenen Deutschen der Sache, daß Titos Partisanen 1945 die in Jugoslawien lebenden deutschen Nazi-Kollaborateure für einige Zeit in Lagern interniert hatten, auf den Grund ging:

Nie hat man den Gefangenen gesagt, warum sie im Lager waren. Kein erklärendes Wort fiel, als man sie im Mai 1946 mit Fetzen auf dem Leib entließ, mit einer Fahrkarte bis zum Heimatort.

Auch da haben es die Serben wieder besser. Dafür, daß sie sich beim nächsten deutschen Truppenbesuch über einen Mangel an erklärenden Worten nicht beschweren müssen, können sie sich bei Reißmüller und seinem Rugova schon heute bedanken.

Der Beauftragte für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, und der SPD-Abgeordnete Freimut Duve

sind mit dem Hannah-Arendt-Preis des Bildungswerks Umwelt und Kultur in der Heinrich-Böll-Stiftung ausgezeichnet worden.

Aber nicht, wie man denken sollte, weil sie mehr Kilometer im ICE »Hannah Arendt« der Deutschen Bahn zurückgelegt haben als Rita Süßmuth in den Clippern der Bundeswehr, sondern, das muß einem gesagt werden:

für politisches Denken. Vorbilder wie Gauck und Duve seien heute nötiger denn je, weil das Politische in Deutschland An hohem Maße verächtlich gemacht« werde, sagte Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth in ihrer Laudatio. Das durch die Preisträger ausgeübte freie Wort erfordere Mut.

Wer das freie Wort wagt wie die zwei Vorbilder und ihre Präsidentin, steht immer schon mit einem Bein in der VIP-Lounge und mit dem andern in der Spesenkontrolle, bei deren ungünstigem Ausgang um des Delinquenten Hals das Band des Bundesverdienstkreuzes gelegt wird. Doch der wackre Duve forcht sich nit, ging seines Weges Schritt vor Schritt in die nächstgelegene Anstalt, es war der Ostdeutsche Rundfunk ORB, um sich freiwillig zu stellen und eine weitere Probe seines Mutes abzugeben:

Wir müssen weiterhin abschieben, um die Werte erhalten zu können, derentwegen die Asylanten hierher kommen.

Wie sie ihn für dieses freie Wort wieder jagen werden, die ausländerliebenden Massen! Dafür müßte es einen Rosa-Luxemburg-Preis geben, gestiftet von der Führungsakademie der Bundeswehr.

Berühmt geworden ist der Harald Schmidt mit dem Scherz:

Was haben Bettina Böttinger, Emma, Eierlikör und eine Kloschüssel gemeinsam? Kein Mann würde sie anfassen.

Jetzt erhält Schmidt den »Medienpreis für Sprachkultur 1998« der Gesellschaft für Deutsche Sprache. Wer hält die Laudatio? Die Kloschüssel? Oder doch wieder die Rita Süßmuth? Fast erraten. Die Emma bzw. Alice Schwarzer. Auf die Frage der Illustrierten »Stern«:

Fällt es Ihnen schwer. den Frauenfeind Schmidt zu loben?

antwortete die Unangefaßte:

Nein, sonst täte ich es ja nicht... Die Frage mit den Witzen ist nie, ob sie gemein sind. Die Frage ist nur: Sind sie wirklich witzig? Wenn ja, sind sie immer auch entlarvend und damit nie reaktionär.

Nachdem Emma als Kloschüssels Schwester entlarvt ist, will es die Illustrierte aber wirklich wissen:

Halten Sie Harald Schmidt für einen Macho?

Und sanft gurgelt die Schwester:

Es ist quasi unmöglich heutzutage, einen vom Machotum wirklich freien Mann zu finden. Ich vermute, Schmidt steht in der Skala des Männlichkeitswahns im weitverbreiteten Mittelfeld.

Von dem sprachkulturellen Zuruf, daß das Stehen in der Skala ein weitverbreitetes Feld sei, Alice, wird sich die Laudatorin nicht aufhalten lassen. Sie muß weiter, nach Berlin, wo die »Bild«-Zeitung den mit 10.000 Mark aus ihren Zuhälter-Anzeigen dotierten »Bild-Kulturpreis« verleiht und zu Anlaß eine milieugestählte Festrednerin braucht, eben die Emma Villeroy-Boch. Damit aber nicht nur immer sie übergibt, und zwar einerseits die Preise und dabei anderseits sich in sich, hat der Deutsche Staatsbürgerinnen-Verband Frau Schwarzer zur »Frau des Jahres 1997« gewählt und der Bundespräsident ihr das Bundesverdienstkreuz verliehen. Ein Orden hält so manchen Puff ab im Gedränge, sagt Goethe. Er hat dabei aber nicht direkt an Prostitution gedacht.